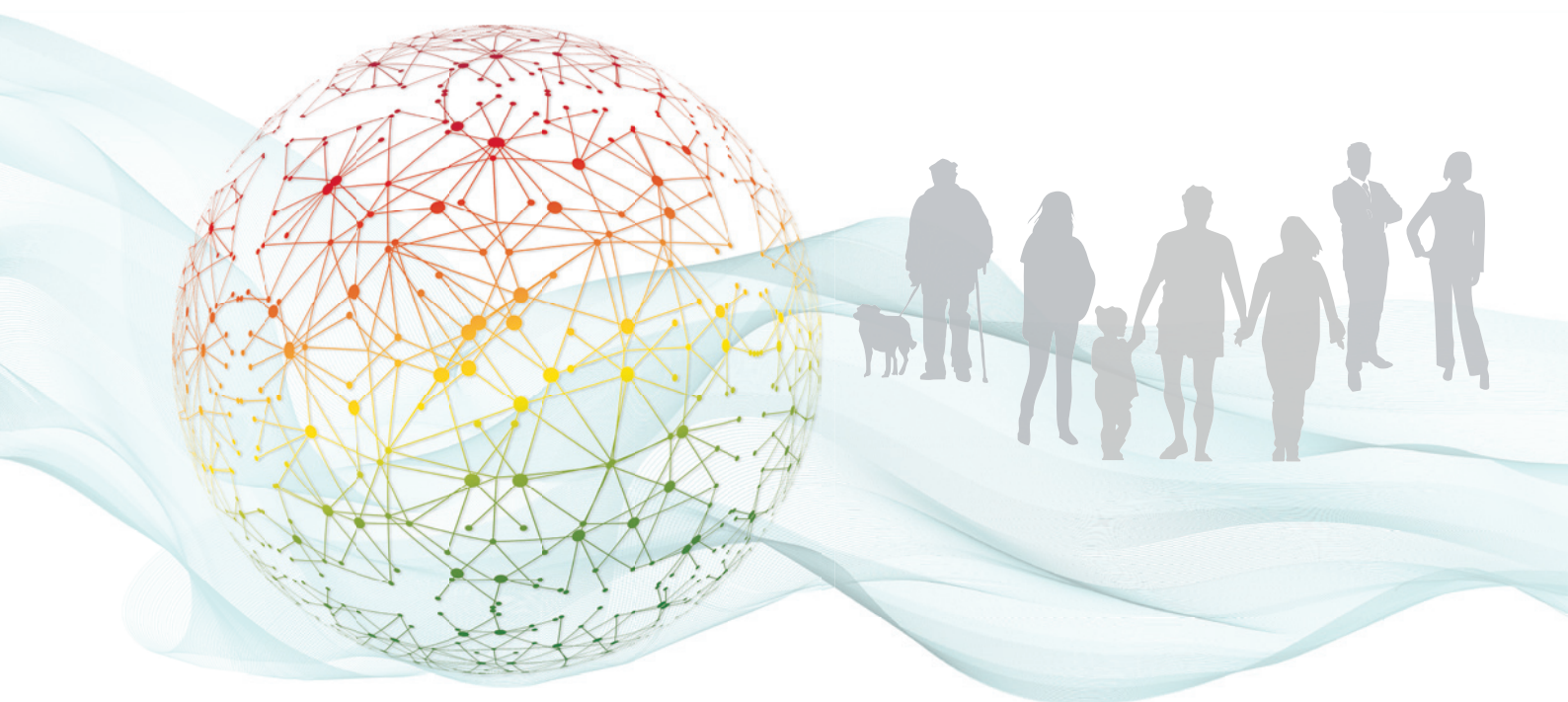




ZUKUNFTSVERTRAG RHEINLAND-PFALZ – 2021 bis 2026



Koalition des Aufbruchs und der Zukunftschancen



Inhalt

Präambel	7
Koalition des Aufbruchs und der Zukunftschancen.....	7
Beste Bildung für alle Kinder	8
Konsequenter Schutz von Klima und Umwelt	8
Innovationsvorreiter Rheinland-Pfalz	9
Neuen Zusammenhalt schaffen	10
Gleichwertige Lebensverhältnisse und Stärkung der Innenstädte	10
Sicher leben in einem handlungsfähigen Staat	10
Unser Land bleibt weltoffen, tolerant und vielfältig.....	11
Ressortübergreifende Regierungsschwerpunkte	12
SPD-Federführung: Rheinland-Pfalz zum führenden Biotechnologiestandort machen	12
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Federführung: Rheinland-Pfalz klimaneutral machen	12
FDP-Federführung: Innenstädte der Zukunft	13
1. Beste Bildung für alle Kinder	14
Frühkindliche Bildung.....	14
Schule	17
2. Konsequenter Schutz von Klima und Umwelt.....	24
Klimaschutz.....	24
Energie.....	26
Naturschutz.....	33
Ernährung, Ökologischer Landbau, Lebensmittelüberwachung.....	38
Tierschutz	39
Wald.....	40
Jagd	42
Kreislaufwirtschaft, Ressourcenschutz und Umwelttechnologie	43
Immissionsschutz.....	45
3. Innovationsvorreiter Rheinland-Pfalz.....	47
Wirtschaft.....	47
Nachhaltig, stark, sozial gerecht – Wir machen Rheinland-Pfalz zum Gewinner der Transformation.....	47
Tourismus	57
Landwirtschaft und Weinbau	59
Verkehr/Infrastruktur	69
Mobilität für alle – Infrastruktur sichern – Klimaschutz verwirklichen – vernetzte Angebote ausbauen.....	69

Arbeit	77
Akademisierung der Gesundheitsberufe	80
Wissenschaft	85
Forschung und Innovation.....	85
Weiterbildung.....	93
Digitales Leben in Rheinland-Pfalz	95
Medien.....	101
4. Neuen Zusammenhalt schaffen.....	105
Pflege und Soziales	105
Pflegeinfrastruktur auf hohem Niveau weiterentwickeln.....	105
Gesundheit	112
Kultur	118
Kirchen und Religionsgemeinschaften	121
Zukunftssicher Bauen und Wohnen in Rheinland-Pfalz.....	122
Nachhaltigkeit im Landesbau – flächeneffizient und ressourcenschonend	126
Hochschulbau	127
Demokratie	128
Für ein vielfältiges und demokratisches Rheinland-Pfalz	129
Ehrenamt – praktizierte Demokratie	132
Kinder, Jugend und Familie	134
Familienland Rheinland-Pfalz	135
Frauen	139
Vielfalt.....	142
Integration.....	145
Sportland Rheinland-Pfalz	148
Europa und Internationales.....	150
5. Sicher leben in einem handlungsfähigen Staat	154
Inneres.....	154
Polizei	154
Verfassungsschutz: Hass und Gewalt frühzeitig erkennen – Extremismus bekämpfen – Beratung und Prävention ausbauen	157
Brand- und Katastrophenschutz, Rettungsdienst.....	160
Justiz	162
Leistungsfähige Justiz als tragende Säule unseres Rechtsstaates.....	162
Kommunen und Kommunalentwicklung	167
Landesentwicklung	173
Haushalt und Finanzen.....	174
Haushaltspolitik.....	174

Das Land Rheinland-Pfalz – ein moderner, attraktiver und vielfältiger Arbeitgeber	178
Verbraucher:innenschutz.....	181
6. Grundsätze der Zusammenarbeit und Vereinbarungen.....	183
Landtag und Bundesrat, Zusammenarbeit.....	183

Präambel

Koalition des Aufbruchs und der Zukunftschancen

Wir befinden uns in einem Veränderungsjahrzehnt, in dem sich entscheiden wird, wie wir in Zukunft in Rheinland-Pfalz leben werden. Die Bewältigung der Corona-Pandemie, der Einsatz gegen die Klimakrise, die Transformation in der Wirtschafts- und Arbeitswelt und die Gestaltung der Digitalisierung machen in den kommenden fünf Jahren grundlegende Entscheidungen und Weichenstellungen notwendig. Die bevorstehenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbrüche sind gewaltig, die Gefahr, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich weiter öffnet ebenso. Diese Herausforderungen gehen wir entschieden an. Wir wollen die Innovationskraft unserer Wirtschaft stärken, uns auf den Weg hin zur Klimaneutralität machen, Mobilität neu denken, die Digitalisierung unserer Gesellschaft nachhaltig und für alle zugänglich gestalten, unsere öffentliche Verwaltung effizient und bürgernah modernisieren, den Zusammenhalt unseres Landes sichern für eine starke Demokratie und ein freiheitliches und weltoffenes Rheinland-Pfalz. Unser gemeinsames Ziel ist, unser Land so weiter zu gestalten, dass alle Menschen das Beste aus ihrem Leben machen können und die gleichen Chancen haben, ihre Lebensziele zu erreichen. Damit das gelingen kann, werden wir kraftvolle und mutige Schritte nach vorne gehen müssen. Wir müssen uns wandeln, um zu bewahren, was Rheinland-Pfalz lebens- und liebenswert macht.

Die Ampel-Regierung will das Veränderungsjahrzehnt zukunftsfähig gestalten, um auch unseren nachkommenden Generationen ein lebens- und liebenswertes Rheinland-Pfalz zu hinterlassen. Wir stellen die drei Dimensionen zukunftsfähiger Entwicklung ins Zentrum unserer Politik. Für uns bedingen sich soziale Gerechtigkeit, Ökologie und Ökonomie. Wir arbeiten gemeinsam für eine nachhaltige Zukunft unseres Landes. Uns eint das Ziel, die besten Rahmenbedingungen für ein krisenfestes, soziales, klimaneutrales und zukunftsorientiertes Wirtschaften und Zusammenleben in Rheinland-Pfalz zu schaffen – für die Erhaltung unserer Lebensgrundlagen.

Unser Koalitionsvertrag ist ein Zukunftsvertrag.

Die Corona-Pandemie bestimmt seit mehr als einem Jahr unser Leben in allen Bereichen. Sie hat unser Zusammenleben tiefgreifend verändert. Wir werden uns entschieden diesen vollkommen neuen Herausforderungen stellen. Denn auch die nächsten fünf Jahre werden im Zeichen der Bewältigung der Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die gesamte Gesellschaft stehen. Das betrifft Familien mit Kindern und junge Menschen in ihrer schulischen und persönlichen Entwicklung. Es betrifft die Wirtschaft ebenso wie die Zivilgesellschaft, unser Gesundheitssystem ebenso wie die öffentliche Verwaltung, die Kultur ebenso wie das Sport- und Vereinsleben oder die Zukunft unserer Innenstädte und den Schutz der Umwelt. Es betrifft die Frage von sozialer Ungleichheit ebenso wie die nach der Generationengerechtigkeit. Viele Menschen in unserem Land sind durch die Pandemie und die wirtschaftlichen und sozialen Folgen hart getroffen. Wir sind dankbar für die gesellschaftliche Solidarität, die viele Bürger:innen in Rheinland-Pfalz jeden Tag leben und die Kreativität und Einsatzbereitschaft, mit der viele unseren veränderten Alltag aktiv mitgestalten. Wir werden den sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Pandemie mit zahlreichen konkreten Maßnahmen begegnen und den Zusammenhalt in Rheinland-Pfalz stärken.

Mit Blick auf die Klimakrise sind wir die Generation, die die entscheidenden Weichen für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen stellen muss. Unser entschlossenes Handeln heute wird darüber entscheiden, ob wir unseren Kindern und Kindeskindern in Zukunft einen bewohnbaren Planeten hinterlassen.

Unsere Ampelregierung ist eine Koalition des Aufbruchs und der Zukunftschancen mit einer klaren Werteorientierung und einem starken gesellschaftlichen Mandat. Ihre Stärke ist, dass sie breite Teile der rheinland-pfälzischen Gesellschaft hinter sich vereint. In den vergangenen fünf Jahren haben wir Rheinland-Pfalz sozial gerecht, wirtschaftlich erfolgreich und ökologisch nachhaltig gestaltet. Die Bürger:innen haben diese Arbeit honoriert und uns erneut das Vertrauen geschenkt. Nun gehen wir die Herausforderungen der Zukunft entschlossen und mit Tatkraft an. Wir wollen Rheinland-Pfalz erneuern und in eine gute Zukunft führen. Unser Ziel ist ein innovatives, solidarisches, klimaneutrales, weltoffenes und wirtschaftlich erfolgreiches Land. Wir wollen den Menschen Sicherheit im Wandel geben und die Teilhabe aller auch für die Zukunft sichern. Wir stehen für ein kinder- und familienfreundliches Rheinland-Pfalz. Denn wir wissen: Allen geht es besser, wenn wir Gemeinsinn über Egoismus stellen und Vielfalt über Ausgrenzung. In diesem Geist wollen wir unser Land weiter voranbringen.

Dafür treffen wir konkrete Vereinbarungen und formulieren auf Basis unserer unterschiedlichen politischen Perspektiven unsere zukunftsorientierte Politik:

Beste Bildung für alle Kinder

In Rheinland-Pfalz sollen alle Kinder die beste Bildung erhalten. Das bedeutet in den 20er Jahren dieses Jahrhunderts: junge Menschen auf ein Leben in einer digitalen und vernetzten Welt vorzubereiten. Die Bildung der Zukunft gibt allen Kindern Chancen auf ein selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Leben, weckt ihre Neugier und Kreativität. Sie fördert jede Einzelne und jeden Einzelnen. Sie sensibilisiert junge Menschen für Solidarität und Toleranz und ermutigt sie zu kritischem Denken.

Die Bildung der Zukunft braucht gute Lehrkräfte, ein modernes, digitales Lernumfeld und die dazugehörige Infrastruktur. Sie braucht eine moderne Pädagogik und Freiräume jenseits des Lehrplans. Sie braucht besondere Unterstützung für Schwächere und gezielte Förderung von Talentierten. Sie braucht gute Bedingungen für ein inklusives, ein integratives, ein offenes und tolerantes Miteinander und stärkere Mitspracherechte. Wir werden die sehr guten Rahmenbedingungen im rheinland-pfälzischen Bildungssystem weiter verbessern und Impulse für eine neue Lernkultur und moderne, zukunftsgegenwärtige Pädagogik geben. Mit dem weiteren flächendeckenden Ausbau der Ganztagschulen werden wir einen Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf und zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen am Erwerbsleben leisten. Bildung ist ein grundlegendes Recht. Deshalb bleibt sie in Rheinland-Pfalz von der Kita bis zur Hochschule gebührenfrei.

Konsequenter Schutz von Klima und Umwelt

Wir wissen, dass es eine lebenswerte Zukunft nur mit wirksamem Klimaschutz gibt. Unsere gesundheitliche, soziale und wirtschaftliche Zukunft hängt davon ab, ob wir es schaffen, die Auswirkungen des menschengemachten Klimawandels und die Erderwärmung zu begrenzen. Denn konsequenter Klimaschutz schützt nicht nur unsere Natur und trägt zum Erhalt unserer Wälder und unserer Artenvielfalt bei, sondern ist

grundsätzliche Voraussetzung, um unseren Kindern einen lebenswerten Planeten zu hinterlassen. Wir müssen in den nächsten Jahren noch deutlich entschiedener und schneller vorankommen, um unserer Verantwortung zur Einhaltung des Pariser Klimaschutzabkommens nachzukommen. Dazu gehört der deutliche Ausbau der Erneuerbaren Energien im Land, die Unterstützung unserer Wirtschaft auf dem Weg zur Klimaneutralität sowie die Gestaltung der Verkehrswende mit dem Ausbau eines attraktiveren Angebots im ÖPNV und einer sicheren und attraktiven Infrastruktur für Radfahrer:innen.

Für uns ist klar: Gerade die Ärmsten in unserer Gesellschaft leiden am meisten unter den Auswirkungen des Klimawandels. Vom Klimaschutz werden daher alle profitieren.

Neben dem Klimaschutz ist für eine gute Zukunft auch eine intakte Umwelt zentral. Wir müssen daher heute Rücksicht auf die Regenerierbarkeit unserer natürlichen Ressourcen Luft, Wasser und Boden nehmen, um unsere Lebensgrundlagen zu erhalten. Wir wollen das ökologische Gleichgewicht bewahren und das Artensterben stoppen. Auch die Stadt soll ökologisch aufgewertet werden. Unsere Naturparadiese wollen wir weiter schützen und Lebensräume für Tier und Natur im Land ausweiten.

Innovationsvorreiter Rheinland-Pfalz

Wir wollen Rheinland-Pfalz zum Innovationsvorreiter in der Bundesrepublik machen. Insbesondere die Nachhaltigkeit eröffnet uns Märkte der Zukunft, die wir noch stärker erschließen wollen. Dabei bauen wir auf unsere starke Wirtschaft: kleine Betriebe genauso wie Weltkonzerne, Selbständige und Mittelstand. Wir fördern kreative Köpfe, die an den Lösungen für morgen arbeiten. Wir setzen faire und moderne Rahmenbedingungen, um unseren innovativen Mittelstand zu stärken und Arbeitsplätze zu sichern.

Die starke Sozialpartnerschaft mit Kammern, Verbänden und Gewerkschaften ist dabei ein Standortvorteil. Mit unserer Politik schaffen wir gute Rahmenbedingungen für unsere soziale Marktwirtschaft und den Erhalt unseres Wohlstands. Wir wollen, dass Rheinland-Pfalz auch in Zukunft ein starker Industriestandort bleibt und unsere Industrie zum Vorreiter bei den Technologien der neuen Zeit wird: bei alternativen Antrieben, bei der Batterietechnik, in der Industrie 4.0, beim Smart Farming, beim Einsatz von grünem Wasserstoff, bei der Nutzung Erneuerbarer Energien, in der klimaneutralen Produktion. Wir werden unseren bundesweiten Spitzenplatz in der KI-Forschung weiter ausbauen und künstliche Intelligenz auch ganz gezielt im Kampf gegen die Klimakrise einsetzen, zum Beispiel durch intelligente Speicher, energieeffizientes Sanieren und ressourceneffiziente Verkehrssteuerung.

Wir wollen Rheinland-Pfalz in diesem Jahrzehnt zu einem führenden Standort in der Biotechnologie und Altersforschung machen. Durch Weiterbildung und Qualifizierung schaffen wir neue Chancen am Arbeitsmarkt, stärken die Beschäftigten und verhindern, dass die Veränderungen zu Risiken und verringerter Teilhabe führen – gerade auch bei der Ausbildung. Wir werden uns auch in Zukunft für die Gleichwertigkeit akademischer und beruflicher Bildung sowie für die Sicherung unseres Fachkräftenachwuchses einsetzen und die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am Erwerbsleben und in Führungspositionen fördern. Mit unseren exzellenten Forschungsstandorten und dem engen Austausch zwischen Wirtschaft und Wissenschaft verfügen wir in Rheinland-Pfalz über die besten Voraussetzungen, um mit innovativen Ideen und technischen Möglichkeiten die umfassenden Veränderungen in Wirtschaft und Gesell-

schaft zu gestalten und uns auf einen eindeutigen Pfad hin zur Klimaneutralität zu begeben. Dafür stärken wir gezielt die Investitionen in Spitzenforschung, mit Cluster- und Netzwerkbildungen, fördern neue und innovative Ideen und bereiten den Boden dafür, dass innovative Lösungen für die Klimakrise aus rheinland-pfälzischer Spitzenforschung stammen und dass rheinland-pfälzische Unternehmen führend bei den Technologien der Zukunft werden. So machen wir Klimaschutz zum Innovationstreiber und Jobmotor für unser Land. Für Unternehmen und ihre Beschäftigten gilt es, Lösungen zu finden, die technologischen Wandel und die Prinzipien guter Arbeit im Veränderungsjahrzehnt vereinen.

Neuen Zusammenhalt schaffen

Rheinland-Pfalz ist ein Land, in dem sich die Bürger:innen aktiv für ein gutes und solidarisches Miteinander einsetzen. In keinem anderen Bundesland sind mehr Menschen ehrenamtlich engagiert – dieses gute Miteinander werden wir weiter unterstützen, damit Rheinland-Pfalz auch in Zukunft ein Land der Chancen und des Zusammenhalts bleibt. Wir spüren, dass die Corona-Pandemie unsere Gesellschaft an einigen Stellen auseinanderzutreiben droht. Wir wollen unseren Beitrag dazu leisten, den Zusammenhalt zu sichern und dort, wo sich Brüche zeigen, gemeinsam neu aufzubauen. Wir nehmen die Sorgen der Familien, unserer Vereine, der Kulturschaffenden aber auch der Unternehmen und ihrer Beschäftigten ernst. Und wir wollen dort, wo das Vertrauen in die Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit der Politik gelitten hat, für neues Vertrauen sorgen. Wir wollen die Teilhabe aller Bürger:innen sichern und ein Land schaffen, welches ihnen die bestmöglichen Chancen bietet, sich selbstbestimmt und frei zu entfalten. Wir wollen keine Wege vorgeben, sondern ermöglichen. So unterschiedlich, vielfältig und bunt die Lebensentwürfe der Menschen sind, so ermöglichend, unterstützend und freiheitswährend wollen wir Land und Gesellschaft gestalten.

Gleichwertige Lebensverhältnisse und Stärkung der Innenstädte

Starke Kommunen sind und bleiben ein zentrales Ziel unseres politischen Handelns. Durch eine umfassende Daseinsvorsorge sichern wir gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land. Dazu gehören für uns der freie Zugang zu Bildung, eine gute gesundheitliche Versorgung, der weitere Gigabit-Ausbau, die Weiterentwicklung unserer nachhaltigen Mobilitätsangebote, wie ÖPNV und Radverkehr, und die Verstetigung neuer Nahversorgungsmodelle. Unsere Innenstädte und Dorfkerne werden sich in den nächsten Jahren stark verändern. Wir nehmen alle Dimensionen guten städtischen Lebens in den Blick, um auch in Zukunft in Rheinland-Pfalz florierende Innenstädte mit bezahlbarem Wohnen, lokalem Handel, Gastgewerbe und Kultur zu haben. Zu mehr Lebensqualität in unseren Städten und Gemeinden gehören für uns auch weniger Verkehrslärm und mehr Grünflächen, die einen höheren Erholungswert bieten.

Sicher leben in einem handlungsfähigen Staat

Die Corona-Krise wird die öffentlichen Haushalte auch in den kommenden Jahren spürbar belasten. Wir wollen auch in Zukunft mit einer soliden und verantwortungsvollen Haushaltspolitik sicherstellen, dass wir unsere Aufgaben für die Bürger:innen verlässlich wahrnehmen können und Spielräume für die Zukunftsgestaltung erhalten. Rheinland-Pfalz ist ein sicheres Land. Und das soll so bleiben. Wir werden auch in Zukunft für die Sicherheit der Menschen in unserem Land sorgen. Deshalb stellen wir sicher, dass unsere bürgernahe Polizei, Feuerwehr und Rettungskräfte weiterhin tech-

nisch gut ausgerüstet und personell stark aufgestellt sind. Wir stärken unseren Rechtsstaat durch eine moderne und effektive Justiz, die wir auch weiterhin gut ausstatten und in den nächsten Jahren konsequent digitalisieren.

Unser Land bleibt weltoffen, tolerant und vielfältig

Uns verbindet eine offene und freiheitliche Grundhaltung, die die gesellschaftliche Vielfalt der Lebensrealitäten aktiv anerkennt und alle Menschen, unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Religion, Alter, Beeinträchtigung, Hautfarbe, sozialem Status, sexueller Identität oder Orientierung, diskriminierungsfrei einbezieht. Wir werden uns auch in Zukunft mit aller Entschlossenheit gegen Diskriminierung, Antisemitismus, Antiziganismus, Rassismus, Hass und Hetze sowie jede Form von Gewalt stellen. Rheinland-Pfalz ist ein Einwanderungsland, in dem wir weiter Integration leben und Teilhabe auf Augenhöhe ermöglichen.

Gemeinsam wollen wir für die Menschen in Rheinland-Pfalz neue Zukunftschancen schaffen. Dafür stellen wir mit dem Koalitionsvertrag zentrale Weichen – für eine gute Zukunft und ein erfolgreiches Rheinland-Pfalz.

Ressortübergreifende Regierungsschwerpunkte

SPD-Federführung: Rheinland-Pfalz zum führenden Biotechnologiestandort machen

In der Corona-Pandemie war Rheinland-Pfalz die Apotheke der Welt. Der Impfstoff von BioNTech basiert auf einer weltweit neuartigen mRNA-Technologie. Diese individualisierte Therapie kann der Schlüssel zur Überwindung schwerer Krankheiten, wie Krebs, Multiple Sklerose oder Diabetes sein. Wir wollen das Momentum der weltweiten Sichtbarkeit des Wissenschafts- und Biotechnologiestandortes Mainz insbesondere durch die Erfolge der Firma BioNTech nutzen, um schnell und zielgerichtet die gesamte Wertschöpfungskette am Standort dauerhaft zu sichern und zu erweitern. Rheinland-Pfalz soll zum führenden Standort für Biotechnologie ausgebaut werden. Gemeinsam mit der Stadt Mainz, der Universität Mainz, der Unimedizin und weiteren Akteuren werden wir die verschiedenen Maßnahmen bündeln. Ein:e Koordinator:in der Landesregierung für Biotechnologie wird zentrale:r Ansprechpartner:in für alle Akteure sein. Die Erfolge der vergangenen Jahre im Umfeld des Wissenschaftsstandortes Mainz bieten dazu eine hervorragende Grundlage auf der wir mit verschiedenen Säulen aufbauen:

- Wir werden die Grundlagenforschung stärken. Dazu gehören beispielsweise die Bereiche der Erforschung von Herz-Kreislauf-Erkrankungen und der psychischen Gesundheit sowie der Krebsforschung im Schulterschluss zwischen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen (wie u.a. TRON, HI-TRON, IMB).
- Wir werden die Forschung für gesundes Altern zu einem Schwerpunkt der Gesundheitsforschung in Rheinland-Pfalz ausbauen.
- Wir werden in Mainz die Standortbedingungen für Biotechnologieunternehmen weiterentwickeln und ein attraktives Umfeld für ansiedlungswillige Unternehmen und gute Arbeitsplätze in diesem Bereich schaffen. Wir werden das Technologiezentrum Mainz zum Gründerzentrum in diesem Bereich ausbauen und weiterentwickeln.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Federführung: Rheinland-Pfalz klimaneutral machen

Das Erreichen der Klimaneutralität gehört zu den größten Zukunftsherausforderungen. Wir müssen den Ausstoß von Treibhausgasen drastisch reduzieren und die Erderwärmung stoppen, um unsere Lebensgrundlagen zu erhalten. Konsequenter Klimaschutz ist die einzige Chance, um das Klimaabkommen von Paris mit Leben zu füllen, das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen und unseren Kindern und zukünftigen Generationen einen lebenswerten Planeten zu hinterlassen. Zugleich bieten Klimaneutralität und Klimaschutz eine riesige Chance, unsere Wirtschaft ökologisch zu modernisieren, für die Zukunft zu rüsten und sind für den Erhalt unserer Industrie, unserer Arbeitsplätze und unseres Wohlstandes unabdingbar. Mit uns bleibt Rheinland-Pfalz weiterhin Klimaschutz-Vorreiter. Wir werden notwendige und mutige Schritte gehen und die Rahmenbedingungen in Rheinland-Pfalz so gestalten, dass Rheinland-Pfalz in einem Korridor zwischen 2035 und 2040 klimaneutral wird. Dabei zählt jedes Jahr!

Wir werden Windkraft und Solarenergie kräftig ausbauen, um bis 2030 eine Verdoppelung der installierten Leistung bei Windkraft und eine Verdreifachung bei der Solarenergie zu erreichen. Dazu werden wir eine Photovoltaik-Pflicht für gewerbliche Bauten und Parkplätze mit mehr als 50 Stellplätzen einführen. Wir wollen Rheinland-Pfalz zu einer Modellregion für die grüne Wasserstofftechnologie machen und unsere Wirtschaft auf dem Weg hin zur Klimaneutralität unterstützen. Wir schaffen ein Klimaschutzministerium, das diese Querschnittsaufgabe vorantreibt. Mit einem Kommunalen-Klimapakt werden wir die Kommunen unterstützen, Klimaschutz vor Ort noch engagierter zu betreiben. Bei öffentlichen Gebäuden, wie Schulen und Universitäten, wollen wir Nachhaltigkeit und Klimaneutralität deutlich vorantreiben. Bis 2030 wollen wir die Landesverwaltung klimaneutral aufstellen, vom Fuhrpark bis hin zur Bautätigkeit.

Klimaneutralität ist nicht möglich, wenn nicht alle Sektoren den Ausstoß von klimaschädlichem CO₂ deutlich verringern. Deshalb werden wir auch die Mobilität im Flächenland Rheinland-Pfalz neu denken. Wir wollen, dass die Mobilität der Zukunft Fahrt aufnimmt. Dafür bauen wir Busse und Bahnen aus und unterstützen neue Mobilitätskonzepte wie, Carsharing, E-Bikes oder etwa On-Demand-Verkehre. Wir werden in der Legislaturperiode in ein 365-EuroTicket für junge Menschen in Rheinland-Pfalz einsteigen. Die Mobilität der Zukunft zu stärken, wird eine unserer zentralen Aufgaben sein, um die Mobilitätswende in Rheinland-Pfalz voranzubringen. Wir werden dem Radwegebau eine neue Dynamik geben und den Anteil des Radverkehrs am Gesamtverkehr deutlich ausbauen.

Und natürlich ist für uns Klimaschutz auch Waldschutz. Wir müssen alles dafür tun, dass die grüne Lunge unseres Landes erhalten bleibt. Wir werden unsere Anstrengungen verstärken, um die Erforschung und den Umbau unserer Wälder zu klimastabilen Wäldern voranzubringen.

FDP-Federführung: Innenstädte der Zukunft

Attraktive, lebendige Innenstädte sind wirtschaftliche, kulturelle und kommunikative Zentren. Wir werden die Zukunft unserer Innenstädte gestalten, damit sie gestärkt aus der Pandemie hervorgehen. Wir wollen den lokalen Handel dabei unterstützen, sein Angebot mit modernen Konzepten erfolgreich zu präsentieren und mit digitalen Lösungen auch den vernetzten Kunden zu offerieren. Hier wollen wir Ansätze aus unserem Einzelhandels Gipfel umsetzen. Wir wollen auch Handwerksbetriebe in unsere Innenstädte locken, damit sich Kunden und Hersteller begegnen. Ebenso zählen Dienstleister wie Banken und Behörden zum Rückgrat einer lebendigen Innenstadt. Wir wollen Plätze und Straßen in unseren Innenstädten für kulturelle Angebote nutzen und das gesellschaftliche Leben wieder aufblühen lassen. Dazu brauchen wir ansprechende Restaurants, Gaststätten und Cafés, damit sich Einkaufen und Entspannung zu einem Gesamterlebnis verbinden und die Bürger:innen sich gerne in unseren Innenstädten aufhalten. Und wir wollen nach der Pandemie den Städte-Tourismus wieder ankurbeln, damit noch mehr Menschen aus anderen Regionen zu uns finden.

1. Beste Bildung für alle Kinder

Unser Ziel ist: beste Bildung für alle Kinder! Jedes Kind soll in Rheinland-Pfalz seine Fähigkeiten, Talente und Interessen entwickeln können und in unseren Kitas und Schulen die individuelle Förderung erhalten, die es benötigt. Eine zentrale Herausforderung der nächsten Jahre ist es, den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Bildungschancen zu begegnen. In Rheinland-Pfalz darf kein Kind zum Verlierer der Pandemie werden. Zudem werden wir – in den nächsten Jahren intensiv weiter daran arbeiten, dass der Bildungserfolg in Rheinland-Pfalz keine Frage der sozialen Herkunft ist. Auch deswegen bleibt Bildung in Rheinland-Pfalz von der Kita bis zur Hochschule gebührenfrei.

Eine gute Zukunft fängt bei unseren Kleinsten in den Kitas an: Wir wollen in allen Kitas in Rheinland-Pfalz sehr gute Rahmenbedingungen zum Aufwachsen und Lernen schaffen. Mit dem Kita-Zukunftsgesetz haben wir eines der modernsten Kita-Gesetze Deutschlands. Wir haben die Gebührenfreiheit ausgeweitet, sorgen flächendeckend für eine gute Betreuungsqualität in den Kitas und verbessern weiter die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Unsere Schulen machen wir fit, für das Lehren und Lernen in einer digitalen und vernetzten Welt. Dazu werden wir weiter für sehr gute Rahmenbedingungen an unseren Schulen sorgen und Impulse für eine neue Lernkultur und moderne, zukunftsgerichtete Pädagogik geben. Wir werden für unsere Lehrkräfte auch in Zukunft für ein modernes, digitales, bedarfsgerechtes Lernumfeld sorgen, die dazugehörige Infrastruktur schaffen und an unseren Kitas und Schulen ein inklusives, ein integratives, ein offenes und tolerantes Miteinander fördern und stärkere Mitspracherechte ermöglichen.

Frühkindliche Bildung

Die Pandemie hat es unmissverständlich vor Augen geführt: Der Zugang zur frühen Bildung und Betreuung ist für alle Kinder und ihre Eltern entscheidend. Dabei ist die Gebührenfreiheit für alle Kinder ab zwei Jahren für uns unverzichtbar. Damit sich Kinder unabhängig von ihrer Herkunft in kindgerechtem Rahmen individuell und gemäß ihren Fähigkeiten entwickeln können, ist die Arbeit der engagierten und qualifizierten Fachkräfte in unseren Kindertageseinrichtungen von unschätzbarem Wert. Wir setzen deshalb auf die Weiterentwicklung guter struktureller Rahmenbedingungen und auf die gute und attraktive Ausbildung motivierter und qualifizierter Fachkräfte. Dank ihrer hochwertigen pädagogischen Arbeit vor Ort und des großen Engagements der Träger sehen wir im Land eine hervorragende Grundlage, um die bereits gute Qualität in allen unseren Kitas weiterhin sicherzustellen und gemeinsam weiter voran zu bringen.

Kita-Gesetz/ Multiprofessionalität

Mit Inkrafttreten des Landesgesetzes über die Erziehung, Bildung und Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege (KiTaG) wurden in der letzten Legislaturperiode die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Rheinland-Pfalz in der Kindertagesbetreuung weiterhin einen Spitzenplatz unter den Ländern einnimmt.

Wir haben mit diesem Gesetz die Grundlagen für die Personalbemessung verbessert und werden die Umsetzung, wie vom Landtag beschlossen, durch eine umfassende

Evaluation mit wissenschaftlicher Expertise begleiten. Wir wollen, dass unsere auf hohem Niveau ausgebildeten Erzieher:innen gemeinsam mit Fachkräften aus verschiedensten Berufsbildern in multiprofessionellen Teams zusammenarbeiten. Hierfür hat die bereits bestehende Fachkräfteverordnung einen Weg eingeschlagen, multiprofessionelle Teams in unseren Kindertagesstätten auszubauen und zu fördern. Dazu gehört der Ausbau der Kitasozialarbeit, die Weiterentwicklung der alltagsintegrierten Sprachförderung, der Förderung von Interkulturalität und Mehrsprachigkeit sowie die Stärkung der Kita im Sozialraum durch die Möglichkeiten des Sozialraumbudgets. Diese Struktur untermauert den inklusiven Anspruch, dem sich alle Kitas im Land stellen müssen.

Die Fortführung von Kooperationsprojekten wie „Kinder singen und musizieren in der Kindertagesstätte“ (SIMUKI) und „Kinder machen Musik in Kita und Grundschule“ (MUKI) sowie weiterer Kooperationen im Sinne gelingender frühkindlicher Bildung wie z.B. dem „Haus der kleinen Forscher“, Sportvereinen, Verbänden, Organisationen und Betrieben werden wir weiter unterstützen.

Mit dem KiTaG haben wir den Rechtsanspruch der Eltern auf eine Betreuung von mindestens 7 Stunden am Stück pro Tag inklusive eines gesunden Mittagessens umgesetzt. Wir legen großen Wert auf eine nachhaltige Ernährungsweise und Ernährungsbildung und werden die Kitas dabei unterstützen, bei der Ausgestaltung des Verpflegungsangebots schrittweise den Qualitätsstandard der Deutschen Gesellschaft für Ernährung e.V. zu erreichen und die Nachhaltigkeit in der Verpflegung durch die Verwendung von Produkten aus biologischer Erzeugung und regionaler Produktion zu verbessern. Die Vernetzungsstelle Kita- und Schulverpflegung soll die Träger intensiver bei der Vergabe beraten können.

Weil wir wissen, dass ein zuverlässiges Angebot frühkindlicher Bildung gleichermaßen Grundvoraussetzung für eine individuelle Förderung des Kindes wie auch für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist, unterstützen wir die Träger bei der bedarfsgerechten Erweiterung der Öffnungszeiten für Kitas, etwa in den Randzeiten – in Einzelfällen bis hin zu 24 Stunden. Wir werden die Träger und das Fachpersonal zudem weiter dabei unterstützen, die Qualitätsentwicklung in der frühkindlichen Bildung auf Basis des KiTaG kontinuierlich weiter voranzutreiben.

Fachkräftesicherung und -gewinnung

Der Platzausbau, die Ausweitung der Betreuungsumfänge und die qualitative Weiterentwicklung unserer Einrichtungen erfordern zusätzliche Fachkräfte. Mit der Anpassung der Fachkräftevereinbarung haben wir die Grundlage dafür gelegt, dass gut qualifiziertes Personal unterschiedlicher Fachrichtungen in unseren Einrichtungen zum Einsatz kommt. Diese Multiprofessionalität wollen wir ausbauen. Darüber hinaus werden wir die berufsbegleitende Ausbildung analog zur dualen Ausbildung flächendeckend etablieren. Außerdem werden wir die Attraktivität der Berufsbilder der frühkindlichen Bildung noch stärker herausstellen. Dazu wollen wir gezielt für die Berufsfelder der frühkindlichen Bildung werben, über die verschiedenen Einstiegs- und Weiterentwicklungsmöglichkeiten informieren, tradierte Rollenbilder aufbrechen und so neue Fachkräfte aller Geschlechter gewinnen. Unsere Fachkräfte haben Anspruch auf eine gute und gerechte Vergütung.

Digitalisierung

Digitale Medien und Prozesse sind mittlerweile in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens verankert und gehören damit auch zur Lebenswelt von Kindern im Kitaalter dazu. Wir werden deshalb verstärkt Erzieher:innen unterstützen, auch unseren Kleinsten spielerisch Medienkompetenz zu vermitteln, damit ihnen ein guter und sicherer Start in die digitalisierte Welt gelingt.

Partizipationskultur/ Demokratiebildung

Das Rückgrat einer erfolgreichen frühkindlichen Bildung für jedes Kind stellt die partnerschaftliche Zusammenarbeit auf Augenhöhe zwischen Eltern, Kindern und Kitas dar. Mit dem KiTaG sind daher die gesetzlichen Voraussetzungen für eine strukturell verankerte Elternmitwirkung von der Kita vor Ort über die Landkreise und Städte bis hin zur Landesebene gestärkt worden. Damit der Landeselternausschuss (LEA) seinen Aufgaben gerecht werden kann, errichten wir eine Geschäftsstelle des LEA. Gute Elternmitwirkung braucht informierte Elternvertretungen. Das Land setzt sich für eine Förderung von Fortbildungsangeboten für Eltern ein, die sich in den Elternvertretungen einbringen wollen.

Gegenseitige Achtung, Meinungsbildung, Respektieren von Unterschiedlichkeit, Akzeptanz von Vielfalt, Aushandeln gemeinsamer Regeln – all das muss von klein auf erlebt und erlernt werden, damit unsere demokratische Gesellschaft eine gute Zukunft hat. Demokratieerleben und -lernen muss deshalb schon in der Kita beginnen.

Der Aufbau partizipativer Strukturen soll deshalb entlang der gesamten Bildungskette stattfinden. Das KiTaG sieht einen Kita-Beirat vor. Darüber hinaus sollen die Fachkräfte qualifiziert werden, um in allen Einrichtungen eine kinderrechtbasierte Qualitätsentwicklung im Sinne von Demokratiepädagogik, Menschenrechtsbildung, Partizipationskultur und kindgerechte Beschwerdestrukturen voranzubringen.

Übergang Kita – Grundschule

Ein gelingender Übergang von der Kita zur Grundschule für die weitere Bildungsbiografie unterstützt die weiterhin erfolgreiche Bildungsarbeit im Sinne eines starken, neugierigen, wissbegierigen Kindes. Dabei müssen auch die unterschiedlichen Möglichkeiten der individuellen Förderung zur Vorbereitung auf die Schule in den Blick genommen werden. Die bereits in den Kindertagesstätten identifizierten Stärken wie auch individuelle Förderbedarfe eines jeden Kindes und die damit verbundenen besonderen Fördermaßnahmen sollen am Übergang zur Grundschule nicht verloren gehen, sondern möglichst nahtlos fortgesetzt werden. Wir werden die bestehenden Konzepte und Bildungsinhalte überprüfen und prozesshaft im Sinne einer gezielten und verbindlichen Zusammenarbeit zwischen Kita und Grundschule noch systematischer miteinander verzahnen.

Transferagentur weiterführen

Bildungschancen werden entscheidend in den Kommunen geprägt. Sie sind Träger von Kindertagesstätten, Schulen, Volkshochschulen und können durch intensive Vernetzung und Unterstützung wichtige Voraussetzungen für die optimale Gestaltung von Bildungsbiografien leisten. Die Transferagentur Kommunales Bildungsmanagement Rheinland-Pfalz – Saarland hat seit ihrer Errichtung im Jahr 2014 viele Kommunen in

Rheinland-Pfalz erfolgreich bei der Schaffung eines kommunalen Bildungsmanagements unterstützt. Diese wichtige Arbeit wollen wir in geeigneter Form und in enger Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden weiterführen.

Schule

Die Schule der Zukunft

Die Schulen im 21. Jahrhundert stehen vor großen Herausforderungen. Die Schüler:innen müssen auf die Anforderungen in einer globalisierten, digitalen Welt vorbereitet werden. Die Schulen der Zukunft sollen sich deshalb in unterschiedlichen Bereichen weiterentwickeln und für andere Vorreiter und Vorbild sein. Um Schulen auf diesem Weg zu unterstützen, stellen wir einen „Zukunftsfonds Schule“ zur Verfügung.

Die Schule der Zukunft ist innovativ, modern, sozial, inklusiv, digital und nachhaltig: Deshalb wollen wir die pädagogische Arbeit weiterentwickeln. Die Schule der Zukunft lehrt und lebt Demokratie. Sie ist geprägt von neuen Arbeitsformen, dem Austausch und Miteinander auf allen Ebenen sowie einer guten Verankerung in der Gesellschaft. Das wollen wir mit einem breiten Beteiligungsprozess erreichen.

Wir wollen die Möglichkeiten der Digitalisierung für die Schule der Zukunft stärker nutzen und die Arbeit in multiprofessionellen Teams ausweiten. Wir wollen Schulen mehr Selbstständigkeit ermöglichen und hierbei insbesondere die Ausweitung der Möglichkeiten zur Personalgewinnung, eigener Budgets und Schwerpunktsetzung in den Blick nehmen. Wir wollen Räume schaffen für flexiblere Unterrichts- und Lernzeiten, wo Lehrkräfte zu Lernbegleiter:innen werden und noch viel mehr didaktische Möglichkeiten nutzen können, Schüler:innen in mehr Eigenverantwortung und Kooperation neue Themenfelder – auch in einem nach außen hin offeneren, lebensweltorientierten Umfeld – erschließen können und die Digitalisierung neue Möglichkeiten der individuellen Förderung eröffnet. Dazu gehört auch die Erprobung demokratischer Beteiligungsinstrumente wie Schulparlamente. Die Schulen werden bestärkt darin, außerschulische Lernorte und Erfahrungsfelder in die Gestaltung des Unterrichts einzubeziehen oder neue zu erschließen.

Dreh- und Angelpunkt für eine gute Schulentwicklung ist eine professionell aufgestellte Schulleitung. Auch diese werden wir weiter stärken, qualifizieren und unterstützen – ebenso die Studienseminare und Ausbildungsschulen.

Schulartübergreifend wollen wir neue Formen des gemeinsamen Lehrens und Lernens entwickeln und erproben und das, was sich bewährt, fest etablieren.

- Die Schule der Zukunft ist eine Chancenschule: Wir gehen den Weg der sozialen Gerechtigkeit, Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit, Inklusion sowie Durchlässigkeit und Aufstiegsorientierung konsequent weiter. Dabei haben wir ein besonderes Augenmerk auf Schulen in sozial herausfordernden Lagen. Es gibt Schulen, die ein Mehr an Unterstützung brauchen, um die Schüler:innen zum bestmöglichen Bildungserfolg zu führen: mehr Lehrkräfte, mehr Zeit für Schulleitung und Schulentwicklung, mehr Beratung, mehr Schulsozialarbeit, mehr Sprachförderung und mehr Zeit für individuelle Förderung auch über externe Fachkräfte an Schulen. Jugendliche wollen wir beim Erwerb eines

Schulabschlusses und dem Übergang in Ausbildung und Beschäftigung gezielt fördern und die Schulabbrecherquote minimieren. Programme wie „S hoch 4 – Schule stärken, starke Schule!“ und „Schule macht stark“ wollen wir weiterführen. Benachteiligte Jugendliche wollen wir beim Erwerb eines Schulabschlusses und dem Übergang in Ausbildung und Beschäftigung gezielt fördern, die Schulabbrecherquote minimieren und das Projekt „Keiner ohne Abschluss“ weiter ausbauen und mit Blick auf unsere Förderschüler:innen fortsetzen.

- Die Schule der Zukunft ist im Sozialraum vernetzt: Wir wollen Familienzentren als zentrale Orte der Begegnung, Bildung und Förderung für Kinder und Familien modellhaft entwickeln. In den Familienzentren werden noch intensivere Netzwerke zwischen Kindertagesstätten, Grundschulen, Familien, Vereinen und Organisationen, außerschulischen Beratungs- und Bildungsangeboten, der Schulsozialarbeit, Einrichtungen der Jugendhilfe sowie den weiterführenden Schulen im Sinne einer Verantwortungsgemeinschaft geknüpft. Einher gehen mehr Bildungs- und Teilhabechancen: Kinder profitieren von noch nahtloseren Übergängen und bestmöglicher individueller Förderung. Eltern können sich wohnortnah und niedrigschwellig einbringen und vielfältig vernetzte Beratungs- und Dienstleistungen für Kinder und Familien direkt in Anspruch nehmen oder sich vermitteln lassen. Und der Sozialraum profitiert von einem lebendigen Lern- und Lebensort.

Die Schule der Zukunft braucht moderne Lern- und Arbeitsbedingungen für Schüler:innen und Lehrkräfte. Inklusion, Ganztage, Digitalisierung und Erkenntnisse aus der Corona-Pandemie sind Aspekte von pädagogischen Konzepten, die ebenso wie der Klimawandel und das „Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen“ bei der Modernisierung der Schulbaurichtlinie zu berücksichtigen sind. Um die geänderten Anforderungen an Schulbauten abzubilden, werden wir diese überarbeiten. Wir werden die für den Bau unserer Schulen verantwortlichen Schulträger bei ihrer Aufgabe des Schulbaus weiterhin unterstützen. Eine Einbeziehung der Lehrkräfte, Schüler:innen sowie Eltern schon mit Beginn der Planung von Baumaßnahmen ist uns wichtig.

Digitalisierung

Die Digitalisierung hat in den letzten Monaten einen enormen Schub erfahren. Bund, Land und Kommunen haben sie in einem gemeinsamen Kraftakt vorangetrieben. Hieran wollen wir anknüpfen. Wir wollen sicherstellen, dass die technische Ausstattung unserer Schulen dauerhaft den Anforderungen des 21. Jahrhunderts entspricht und der Fokus auf der Weiterentwicklung der digitalen Bildung und Pädagogik liegt. Wir unterstützen die Schulträger dabei, den Schulen bis zum Ende des nächsten Schuljahres flächendeckend WLAN zur Verfügung zu stellen und die Ausstattung mit belastungsfähiger Bandbreite, ausreichenden Serverkapazitäten, digitalen Endgeräten sowie beim Einsatz von Software und Lehr- und Lernmedien voranzutreiben. Dabei sollen auch Inhouse-WLAN-Lösungen als zentrale digitale Infrastruktur in Bildungseinrichtungen mitgedacht werden. Dazu gehört auch die entsprechende Anwendungsbetreuung der technischen Infrastruktur. Wir werden die Vereinbarung mit den kommunalen Spitzenverbänden umsetzen, auf deren Grundlage die Schulen ausreichend digitalen Support erhalten. Wir setzen uns dafür ein, dass sich der Bund auch nach Auslaufen des Digitalpakts weiter am Ausbau der Digitalisierung von Schulen beteiligt. Schüler:innen, die an der Lernmittelfreiheit teilnehmen, sollen bereits im Schuljahr 2022/2023 ein digitales Endgerät unentgeltlich ausleihen können. Das System der

Schulbuchausleihe entwickeln wir weiter mit dem Ziel, dass auch alle anderen Schüler:innen ein digitales Endgerät gegen Gebühr ausleihen können. Die pädagogische Gestaltung des Unterrichts passen wir an die neuen Anforderungen an. Unsere Lehrkräfte erhalten digitale Endgeräte. Die Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften werden wir intensivieren und ausweiten.

Wir werden eine zentrale Kompetenzstelle beim Pädagogischen Landesinstitut einrichten, die Leistungen für schulisches Lehren und Lernen im digitalen Raum bündelt, aktuelle wissenschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen aufgreift, Partner vernetzt und passgenaue pädagogisch-didaktische Angebote, Lehrkräftefortbildung und -beratung sowie Unterstützungsangebote im Bereich der digitalen Ausstattung und des technischen Supports für Schulen aus einer Hand bietet.

Unser erfolgreiches Landesprogramm „Medienkompetenz macht Schule“ werden wir bis zum Ende der Legislaturperiode auch zum Standard für alle Grundschulen machen. Unser Ziel ist es, dass digitale Lehr- und Lernmedien inklusiv sind.

Gute Unterrichtsversorgung

Guter Unterricht braucht gute Rahmenbedingungen, vor allem durch die Unterrichtsversorgung, die wir weiter verbessern werden. Schulen brauchen genügend Stunden zur verlässlichen Abdeckung des Pflichtunterrichts sowie für zusätzliche Differenzierungs- und Fördermaßnahmen. Digitale Lernformen, eigenverantwortliches und kooperatives Lernen ergänzen hierbei die didaktischen Möglichkeiten von Unterricht. Wir werden die Lehrkräfteaus-, weiter-, und -fortbildung, sowie die Qualifizierung von Schulleitungen den aktuellen Anforderungen entsprechend im Schulalltag weiterentwickeln.

Unser Anspruch ist es, Planstellen weiterhin mit grundständig ausgebildeten Lehrkräften zu besetzen. Damit dies gelingt, werben wir intensiv für den Lehrer:innenberuf und halten für alle Schularten ausreichend Studien- und Ausbildungsplätze vor. Den Vertretungspool werden wir weiter ausbauen und die Instrumente zur Vermeidung von temporärem Vertretungsbedarf weiterentwickeln. Vertretungslehrkräfte bezahlen wir auch in den großen Ferien durch.

Multiprofessionelle Teams

Um den sich verändernden Aufgaben, die an Schule herangetragen und als Gesellschaft adressiert werden, noch besser begegnen zu können, wollen wir die Vernetzung und Arbeit in multiprofessionellen Teams stärken und bestehende Unterstützungsangebote weiterhin bedarfsgerecht ausbauen. Dazu gehören neben Schulsozialarbeit und Schulpsychologie beispielsweise auch Schulgesundheitsfachkräfte als wichtige Beratungs- und Unterstützungssysteme von Schulen. Ein besonderes Augenmerk wollen wir auf die sozial-emotionale Gesundheit und die Resilienz mit entsprechenden Unterstützungsangeboten für Schüler:innen wie für Lehrkräfte legen. Wir unterstützen den Ausbau der Schulsozialarbeit, so dass perspektivisch Schulen aller Schularten davon profitieren können.

Schulleitungen profitieren von der interdisziplinären Vernetzung über die Schule hinaus und Lehrkräfte erhalten Unterstützung bei gesundheitsbezogenen Themen im Unterricht, Beziehungs- und Lernumfeldgestaltung, denn Lehrkräfte sollen Zeit zum Lehren haben. Dieses Angebot werden wir auf- und ausbauen.

Unsere Wertschätzung für unsere gut ausgebildeten Lehrkräfte wollen wir darüber hinaus mit verschiedenen Maßnahmen weiter verdeutlichen und z.B. noch stärker auf die Lehrgesundheit achten, die Fort- und Weiterbildung im Sinne der Persönlichkeitsentwicklung weiter professionalisieren, Schulleitungen entlasten und die Lehrer:innen in die Landeskampagne „Miteinander gut leben – Rheinland-Pfalz gegen Hass und Hetze“ aufnehmen.

Inklusion

Inklusion ist ein Menschenrecht. Inklusion gilt es, in allen Bildungsbereichen mitzudenken und umzusetzen, auch bei der Digitalisierung und der Schule der Zukunft. Wir gehen den Weg der inklusiven Beschulung konsequent weiter. Das Netz der Schwerpunktschulen sowie der Förder- und Beratungszentren unterstützen wir und bauen es bedarfsgerecht weiter aus, ebenso das Angebot der Inklusionsklassen in den Berufsbildenden Schulen. Unser Ziel ist es, allen Kindern die Förderung zukommen zu lassen, die sie brauchen, um erfolgreich zu sein. In der Aus-, Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte und pädagogischen Fachkräfte werden wir für alle Schularten die Module zur inklusiven Pädagogik stärken. Auch zukünftig bieten Förderschulen Schüler:innen mit Beeinträchtigungen besondere Fördermöglichkeiten und werden daher entsprechend unterstützt. Das vorbehaltlose Elternwahlrecht bleibt von zentraler Bedeutung.

Um noch mehr Förderschullehrkräfte gewinnen zu können, werden wir die Einführung des Förderschullehramts-Studiengangs an der künftigen Universität Koblenz prüfen.

Gute Bildung im Ganztag

Die Ganztagsschule leistet einen entscheidenden Beitrag für mehr Bildungschancen. Deshalb werden wir Schulen unterstützen, um vermehrt rhythmisierte Angebote zu schaffen sowie Schulen, die sich zur verpflichtenden Ganztagsschule weiterentwickeln wollen. Wir wollen unser bewährtes, qualitativ hochwertiges Ausbauprogramm für Ganztagsschulen bedarfsgerecht fortführen und weiterentwickeln. Den Leitfaden zur Schulentwicklungsplanung werden wir im Hinblick auf die Errichtung von Ganztagschulen aktualisieren, um das Netz noch weiter zu verdichten. Dabei messen wir dem Elternwillen eine hohe Bedeutung bei und nehmen alle Schularten in den Blick. Dort, wo Bedarfe sind, richten wir weitere schulische Ganztagsangebote ein.

Die Errichtung weiterer Integrierter Gesamtschulen werden wir anhand der im Leitfaden zur Schulentwicklungsplanung verankerten Standards bedarfsgerecht fortführen.

Kooperationen zwischen Schulen bei den Oberstufen zur Sicherstellung eines breiten Angebots unterstützen wir auch schulartübergreifend.

Sprachförderung und Integration

Bildungschancen dürfen nicht an Sprachbarrieren scheitern. Deshalb werden wir weiterhin in die Sprachförderung investieren. Wir setzen neben den schulischen Angeboten auf eine Vielzahl anderer Maßnahmen wie Feriensprachkurse und qualifizierte Hausaufgabenhilfe als Grundlage für eine gelingende Integration. Außerdem setzen wir weiterhin auf Herkunftssprachenunterricht als wichtigen Baustein bei der Förderung der Mehrsprachigenkompetenz der Schüler:innen.

Das Angebot an islamischem Religionsunterricht werden wir erweitern und für die entsprechende Ausbildung der Lehrkräfte sorgen.

Die augenblicklich zwischen den rheinland-pfälzischen Bistümern und den Landeskirchen diskutierten Möglichkeiten eines kooperativ-konfessionellen Religionsunterrichts begleiten wir mit Interesse und Sympathie und werden, sofern diese dies wünschen, seine Einführung fördern.

Demokratie und Europa

Unsere Schulen sind Orte der politischen Bildung, in denen Demokratie gelebt und als Wert erlebbar wird. Ein grundlegendes Verständnis demokratischer Prozesse und die Möglichkeit zur Partizipation sind der wirksamste Schutz vor Demokratieverdrossenheit und Extremismus. Daher werden wir die Förderung von Demokratiebildungsprojekten weiter ausbauen. Wir bekennen uns außerdem zu einer toleranten, weltoffenen und vielfältigen Gesellschaft und wollen sie an unseren Kitas und Schulen vorleben. Wir werden die Arbeit des Bildungsprojekts SchLAu (schwul, lesbisch, bi, trans* Aufklärung) an rheinland-pfälzischen Schulen weiterhin unterstützen und ausbauen.

Allen an Schule Beteiligten bieten wir größtmögliche Partizipation und Mitwirkungsrechte in der nachhaltigen Gestaltung des schulischen Lebens, um so aktive und interessierte junge Menschen auf dem Weg ins weitere Leben zu begleiten. Bis zum Ende der Legislaturperiode werden wir Konzepte zum Schutz vor sexualisierter Gewalt und Mobbing weiterentwickeln und entsprechend die Fortbildung im Bereich der schulischen Kriseninterventionsteams ausbauen. Die Neufassung des rheinland-pfälzischen Schulgesetzes liefert die Grundlage für mehr Mitbestimmung durch die Schüler:innen und damit zu mehr gelebter Demokratie an unseren Schulen. Die Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnerorganisationen wie z. B. dem Netzwerk für Demokratie und Courage und die Durchführung von Aufklärungsprojekten und Zeitzeugenarbeit sind bei der Demokratie- und Toleranzerziehung von hoher Bedeutung.

Demokratieerziehung geht für uns immer mit Erinnerungskultur einher. Die Auseinandersetzung und heutige Bedeutung unserer Geschichte wollen wir modern in die Zukunft entwickeln, um nie zu vergessen und Erinnerung neu zu interpretieren sowie zu bewahren. Die europapolitische Bildung in der schulischen Bildung stärken wir durch die Unterstützung von Projekten und Austauschprogrammen. Wir werden das Netzwerk der Europaschulen ausbauen, weitere Schüler:innenfahrten und -begegnungen z.B. nach Brüssel oder Straßburg fördern, die Europawoche und die Unterstützung von (Klein-)Projekten ausweiten. Für Lehrkräfte werden wir unsere Netzwerke für europäischen Austausch, sowohl zur Aus- und Fortbildung als auch für gegenseitige Hospitationen stärken, denn eine europäische Haltung kann am besten von leidenschaftlichen Europäer:innen vermittelt werden. Auch die Möglichkeit des Austauschs im Rahmen einer dualen Ausbildung wird verstärkt gefördert.

Nachhaltigkeit und gesunde Ernährung

Wir wollen das Bewusstsein für nachhaltige Entwicklung und die Bedeutung einer gesunden Ernährung weiter stärken. Große Bedeutung hat dabei eine nachhaltige, gesunde Schulverpflegung zunehmend aus ökologischer und regionaler Erzeugung. Bildung für nachhaltige Entwicklung ist ein schulisches und unterrichtliches Querschnittsthema, das bei der Überarbeitung der Lehrpläne stärker verankert und bei der Fortbil-

dungsplanung der Schulen berücksichtigt wird. Wir unterstützen das Projekt der LandesschülerInnenvertretung zur nachhaltigen Gestaltung von Schule. Wir werden die Vernetzung aller Akteur:innen zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele sowie Institutionen rund um die Schulverpflegung fördern und die Vernetzungsstellen „Schulverpflegung“ einbinden, die in den Ganztagschulen für ein gesundes und ausgewogenes Mittagessen sorgen. Das Schulobstprogramm werden wir fortsetzen.

Berufswahl- und Studienorientierung, Fachkräftesicherung, ökonomische Bildung

Wir stehen für eine frühzeitige und umfassende Berufswahl- und Studienorientierung in allgemeinbildenden Schulen. Wir wollen unsere Jugendlichen gut auf ihre Ausbildung, ihr Studium und ihren Berufsweg vorbereiten. Die Vermittlung der ökonomischen Kompetenzen und der Grundprinzipien unserer sozialen Marktwirtschaft ist in diesem Zusammenhang ein bedeutender Baustein schulischer Bildung. Uns ist es wichtig, dass die jungen Menschen in allen weiterführenden Schulen fundierte Bildung und Informationen zur dualen Ausbildung und zu Studienmöglichkeiten gleichermaßen erhalten. Die Berufswahl- und Studienorientierung ist Aufgabe aller weiterführenden Schulen, deshalb werden wir sie ausbauen und weiterentwickeln. Die fruchtbare Kooperation mit zahlreichen Partner:innen in der Berufswahl- und Studienorientierung werden wir unter Einbeziehung digitaler Angebote ausbauen. Schüler:innen, die beim Übergang in Ausbildung und Beruf besondere Unterstützung benötigen, nehmen wir mit dem Ausbau der Übergangskoachs in den Blick.

Die Realschule plus bleibt – ebenso wie die Gymnasien und die Integrierten Gesamtschulen – eine tragende Säule unseres durchlässigen Bildungssystems und der Fachkräftesicherung. Die erfolgreiche Informationskampagne zu den mit der Realschule plus verbundenen Bildungs- und Aufstiegschancen setzen wir fort.

Die MINT-Strategie hat in den vergangenen Jahren Meilensteine gesetzt auf dem Weg zu einem starken MINT-Land Rheinland-Pfalz. Die Förderung junger Menschen und insbesondere junger Mädchen und Frauen ist ein wichtiger Beitrag zur Fachkräftesicherung in unserem Land. Wir werden sie fortführen und überall in Rheinland-Pfalz MINT-Regionen entwickeln.

Berufsbildende Schulen stärken – duale Ausbildung in der Fläche erhalten

Die berufsbildenden Schulen sind zentraler Partner in der dualen Ausbildung und bei der Fachkräftesicherung. Sie stehen wie keine andere Schulform für die Durchlässigkeit unseres Schulsystems. Für viele Jugendliche und Erwachsene sind sie eine sehr gute Alternative, um höherwertige Abschlüsse bis zur allgemeinen Hochschulreife zu erwerben. Die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung ist für uns von zentraler Bedeutung. Darüber hinaus werden wir weiter für das Berufsschullehramt werben und verstärkt die Möglichkeiten zum Quer- und Seiteneinstieg nutzen. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, die berufsbildenden Schulen demografiefest und digital aufzustellen, in der Fläche zu sichern und zu stärken. Unsere Berufsbildenden Schulen sind schon jetzt am Puls der Zeit. Wir werden sie zu „digitalen berufsbildenden Lernzentren“ ausbauen, damit die duale Ausbildung überall im Land attraktiv bleibt und unsere jungen Leute fit für das Arbeitsleben sind.

Flächendeckender Schwimmunterricht für Kinder

Schwimmen ist nicht nur ein wichtiger Bestandteil einer gesunden, sicheren und aktiven Lebensweise. Es leistet auch einen Beitrag zur Gesundheitsprävention und zur motorischen, sozialen, kognitiven und emotionalen Entwicklung von Kindern. Wir wollen deshalb einen Schwimmunterricht, der jedes Kind befähigt, sich sicher im Wasser zu bewegen. Deshalb wollen wir die Grundfertigkeiten stärken: Jedes Kind soll am Ende der Grundschulzeit sicheres Schwimmen beherrschen. Deshalb sollen die Schulen noch stärker den Schwimmunterricht flexibel und am Erwerb der Grundfertigkeiten orientiert gestalten. Schulische Schwimmprojekte z.B. im Rahmen von Projektwochen oder im Ganztags wollen wir ausbauen. Darüber hinaus wollen wir auch die Wassergewöhnung und das Schwimmenlernen im Rahmen von Ferienbetreuungsmaßnahmen weiter fördern und die erfolgreiche Kooperation mit Vereinen fortsetzen.

Wir wollen mit allen Beteiligten an regionalen Runden Tischen zum „Schulschwimmen in Rheinland-Pfalz“ kreative und lokal angemessene Lösungen für das Schulschwimmen und mögliche Verbesserungen von Rahmenbedingungen erörtern.

Ferierschule und Ferienbetreuungsangebote

Mit der Verstetigung der Ferierschule ziehen wir eine Lehre aus der Corona-Pandemie. Mit diesem zusätzlichen Lernangebot, insbesondere in den Sommerferien, geben wir Schüler:innen die Möglichkeit, Lernrückstände zu beheben und stärken die Bildungsgerechtigkeit.

Wir werden die Ferienbetreuungsangebote für Schulkinder ausweiten und damit Familien insbesondere während der großen Schulferien im Sommer unterstützen. Zuverlässige und bedarfsgerechte Ganztagsbetreuungsangebote auch für Schulkinder und auch in den Ferien sind die Grundlage für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

2. Konsequenter Schutz von Klima und Umwelt

Gute Zukunftschancen für alle wird es nur in einer lebenswerten und intakten Umwelt geben. Wir bekennen uns zu den Zielen des Pariser Klimaschutzabkommens und sind entschlossen, in Rheinland-Pfalz mit deutlich mehr Tempo unseren Anteil zur Erreichung der Klimaschutzziele zu leisten. Wir wollen die vollständige Klimaneutralität in einem Korridor zwischen 2035 und 2040 erreichen, in Abhängigkeit von deutschen und europäischen Rahmenbedingungen. Denn Klimaneutralität ist eine große Chance für höhere Lebensqualität, mehr soziale Gerechtigkeit und einen klimagerechten Wohlstand. Diese Chance wollen wir ergreifen! Wir werden umfassende Maßnahmen zum Erhalt der Biodiversität, für den klimaresilienten Umbau unserer Wälder sowie für den Schutz unserer Gewässer und Moore ergreifen – entschlossener Umwelt- und Naturschutz gehören für uns zusammen!

Klimaschutz

Zielsetzung Klimaneutralität und gesetzliche Verankerung

Die Klimakrise ist die größte Herausforderung der Menschheit im 21. Jahrhundert. Nur mit einem konsequenten Klimaschutz können wir die schlimmsten Auswirkungen der Klimakrise noch abwenden. Zentrale Grundlage der Koalition ist das Klimaabkommen von Paris und der Bericht des Weltklimarates zum 1,5-Grad-Limit.

Um dies zu unterstreichen, sollen der Klimaschutz und der Ausbau Erneuerbarer Energien als allgemeines öffentliches Interesse festgeschrieben werden.

Klimaschutz wird nur gelingen, wenn ihn sich alle Ebenen der Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft zur Kernaufgabe machen. Wir streben daher u.a. eine kommunale Wärmestrategie- und Energieplanung in Verbindung mit einem Wärme- und Kältekataster in Rheinland-Pfalz an, um über gezielte Bauleitplanung die Grundlagen für die bestmögliche Realisierung der Energie- und Wärmeversorgung mittels effizienter und erneuerbarer Energiesysteme sowohl im Gebäudebestand als auch im Neubaubereich zu schaffen. Hierzu werden wir den Landesentwicklungsplan (LEP IV) in den Grundsatzen G 162 a, G 168 a und G 168 b sowie das Landesklimaschutzgesetz entsprechend ergänzen.

Rheinland-Pfalz wird seinen Beitrag zum Pariser Klimaabkommen und der Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels leisten. Der Klimaschutz ist eine Querschnittsaufgabe der gesamten Landesregierung. Wir wollen die vollständige Klimaneutralität in einem Korridor zwischen 2035 und 2040 erreichen, in Abhängigkeit von deutschen und europäischen Rahmenbedingungen. Dafür wird das Landesklimaschutzgesetz entsprechend fortgeschrieben, weiterentwickelt, Sektorziele festgelegt und ein wissenschaftlich basiertes Treibhausgasbudget als zentrales Steuerungselement entwickelt und fortlaufend überprüft.

Klimaschutz für alle

Wir wollen mit Energieeinsparung, Energieeffizienz und Erneuerbaren Energien Klimaschutz für alle Rheinland-Pfälzer:innen ermöglichen und erreichbar machen. Die Teilhabe der Bürger:innen an der Energiewende gelingt am besten im eigenen Zu-

hause bei der Wärme- und Stromversorgung. In Verbindung mit Wärmeschutzmaßnahmen, die zu erheblichen Energieeinsparungen führen, ist eine effiziente und erneuerbare Wärmeherzeugung der richtige Weg für eine dauerhaft bezahlbare Heizung. Ideal ergänzen sich Unabhängigkeit und Nachhaltigkeit durch eine Eigenversorgung mit Strom aus einer Photovoltaikanlage mit Batteriespeicher, die auch für die Ladung von Elektroautos zur Verfügung stehen. Das reduziert die Strom- und Mobilitätskosten sowie die CO₂-Emissionen spürbar. Wir wollen erreichen, dass diese nachhaltige Form der Energieversorgung gerade auch Menschen mit geringem Einkommen zur Verfügung steht, indem sie über kostengünstigen Mieterstrom im Quartier (z.B. durch Entlastung bei Eigen- und Direktstromversorgung) verfügen können und ihnen die Möglichkeit eröffnet wird, sich genossenschaftlich an der Energiewende zu beteiligen. Wir wollen Klimaschutz für alle!

Kommunaler Klimapakt, Verstetigung des kommunalen Klimamanagements

Der Klimaschutz und die Folgen der Klimaerhitzung stellen unsere Kommunen vor große Herausforderungen. Dafür wollen wir sie durch geeignete Förderprogramme und durch Veränderung der bestehenden Richtlinien dabei unterstützen, Maßnahmen für Klimaschutz und Klimafolgenanpassung umzusetzen.

Die Koalitionäre streben mit den rheinland-pfälzischen Kommunen einen gemeinsamen „Kommunalen Klimapakt“ an, als ein wesentliches Instrument zur Umsetzung und Verstetigung von Klimaschutz als kommunaler Querschnittsaufgabe sowie zur effizienten Erreichung der Klimaschutzziele des Landes.

In einer gemeinsamen Arbeitsgruppe mit Vertreter:innen der drei kommunalen Spitzenverbände, der betroffenen Ministerien, der Energieagentur sowie des Kompetenzzentrums für Klimawandelfolgen werden unter Leitung des Umweltministeriums zeitnah Ziele, Maßnahmen und konkrete Meilensteine zu den definierten Handlungsfeldern abgestimmt.

Die Koalitionäre betrachten die Finanzierung des Kommunalen Klimaschutzes als eine Investition in eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung zur Steigerung der regionalen Wertschöpfung und zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Rheinland-Pfalz.

Beratungs- und Serviceleistungen der EA RLP, Fördermittel

Zur Unterstützung des Beratungsbedarfs der rheinland-pfälzischen Kommunen bei der Planung, Gestaltung, Umsetzung und Steuerung ihrer Klimaschutzaktivitäten beschließen die Koalitionäre die Weiterentwicklung der Energieagentur Rheinland-Pfalz GmbH zur Energie- und Klimaschutzagentur Rheinland-Pfalz GmbH (EKA.rlp). Verbunden damit ist der Auftrag einer möglichst flächendeckenden projekt- und umsetzungsbezogenen Unterstützung der kommunalen Klimaschutzmanager:innen, wo dies nicht durch kommunale Unternehmen oder etablierte Strukturen erfolgt. Damit leistet das Land einen substanziellen Beitrag zu dem von den kommunalen Spitzenverbänden angestrebten „Kommunalen Klimapakt RLP“.

Zur Wahrnehmung dieser Aufgabe bedarf es der Prüfung und Weiterentwicklung der Finanzierungsstruktur der Energie- und Klimaschutzagentur. Angestrebt wird grundsätzlich, das aktuell positive Verhältnis von Landesfinanzierung zu akquirierten Fördermitteln (1:2) sowie kommunalen Investitionen (1:7) gezielt auszubauen. Weiterhin

soll die Energie- und Klimaschutzagentur substantielle Drittmittelförderungen im Sinne ihres Auftrags akquirieren.

Im Austausch mit den kommunalen Spitzenverbänden soll geprüft werden, inwieweit eine Minderheitsbeteiligung der rheinland-pfälzischen Kommunen an der Landesagentur strukturelle Vorteile bieten kann und wenn ja, wie eine solche Beteiligung gestaltet werden kann, ohne die aktuelle Förderfähigkeit und strukturellen Vorteile zu verlieren. Ergänzend soll geprüft werden, den Aufsichtsrat der Landesenergieagentur um einen Kommunalvertreter zu erweitern.

Steuerung/Controlling Klimaneutralität

Um das Ziel der Klimaneutralität zu erreichen, bedarf es großer politischer Anstrengungen von Seiten der Landesregierung. Wo wir Verantwortung tragen, werden wir dieser nachkommen und wo wir über Einflussmöglichkeiten verfügen, werden wir diese nutzen. Die Erreichung des Ziels der Klimaneutralität hängt auch von nationalen und europäischen Rahmenbedingungen ab. Wir werden uns gegenüber der Bundesregierung und der EU dafür einsetzen, dass die Rahmenbedingungen, etwa mit Blick auf das EEG, so gestaltet werden, dass wir unser Ziel eines klimaneutralen Rheinland-Pfalz erreichen können.

Als Landesregierung wirken wir in unseren Zuständigkeitsbereichen darauf hin, dass sich alle für die Zielerreichung relevanten Sektoren (Energie, Verkehr, Wärme etc.) auf den Pfad der Klimaneutralität begeben, gestalten die politischen Rahmenbedingungen in unserem Einflussbereich so, dass sie der Zielerreichung dienen und unterstützen entsprechende Bestrebungen von Seiten der Wirtschaft und Zivilgesellschaft aktiv.

Innerhalb der Landesregierung wird eine koordinierende Projektgruppe eingesetzt, die sich aus den inhaltlich zuständigen Ressorts unter Federführung des Ministeriums für Umwelt zusammensetzt. Je Sektor (Energie, Verkehr, Wärme, ...) werden Ziele beschrieben. Die Projektgruppe berichtet dem Ministerrat regelmäßig in einem Klimafortschrittsbericht über den Grad der Zielerreichung.

Die Landesregierung stellt die Daten, die zur effizienten Steuerung des Klimaschutzes erforderlich sind, wenn möglich und unter Berücksichtigung der datenschutzrechtlichen Anforderungen, ortsbezogen und aktuell zur Verfügung.

Energie

Ziele

Wir bekennen uns zum Ausbauziel 100% Erneuerbare Energien bis 2030. Das bedeutet, den Netto- Ausbau von 500 Megawatt Photovoltaik und 500 Megawatt Windkraft pro Jahr. Das Ausbauziel 100% Erneuerbare Energien bis 2030 soll ins Klimaschutzgesetz (KSG). Wir wollen den Ausbau der Erneuerbaren Energien als allgemeines öffentliches Interesse im Klimaschutzgesetz verankern.

Windkraft

Wir wollen das starre Konzentrationsgebot im LEP IV (Z163g) aufgeben, aber weiterhin anstreben, größere Windparks mit mehreren Anlagen zu etablieren. Beim

Repowering muss die Summe der Leistung der Neuanlage(n), die Summe des Leistungswertes der zu ersetzenden Alt-Anlage(n) mindestens erreichen, besser überschreiten. Dies ermöglicht eine Reduktion der Anlagenzahl an einem Standort gegebenenfalls auch in Form einer Einzelanlage.

Wir wollen bei Neuanlagen und beim Repowering von bestehenden Anlagen auch in Zukunft mit festen Abstandsregelungen arbeiten. Bei Neuanlagen soll zukünftig ein Mindestabstand von 900 Metern gelten. Beim Repowering arbeiten wir mit einem um 20% reduzierten Abstand. Dadurch wollen wir vermeiden, dass akzeptierte Standorte aufgegeben werden müssen.

In Zukunft soll die Abstandsmessung ab Mastfußmitte erfolgen.

Wir halten an der Regelung in LEP IV (Z.163h) fest, dass der Mindestabstand zu reinen, allgemeinen und besonderen Wohngebieten, zu Dorf-, Misch- und Kerngebieten einzuhalten ist.

Für Windkraftanlagen in Kernzonen von Naturparks gilt für uns das Regel-Ausnahme-Prinzip: Die Kernzonen bleiben grundsätzlich für Windenergieanlagen ausgeschlossen. Dort, wo das Schutzziel nicht erheblich gestört wird, soll eine Einzelfallprüfung möglich sein. Unser mittelfristiges Ziel innerhalb dieser Legislaturperiode ist es, die Naturschutzkernzonen zu überprüfen und die dazugehörige Verordnung anzupassen. Wir wollen prüfen, ob wir generell bei vorbelasteten Flächen (Bahntrassen, Autobahnen, Konversionsflächen) im Bereich der Naturparke den Weg einer Befreiung gehen können.

Windenergie in UNESCO-Welterbestätten

Der UNESCO-Welterbestatus im Biosphärenreservat Pfälzerwald ist für uns von zentraler Bedeutung und darf nicht gefährdet werden. Kern- und Pflegezonen des Biosphärenreservats Pfälzerwald sind von der Windenergienutzung ausgenommen. In Entwicklungszonen wird die Koalition nur entlang von Autobahnen und Bahntrassen sowie auf vorbelasteten Konversionsflächen eine naturnahe Windenergienutzung unter Beteiligung der betroffenen Kommunen, der Biosphärenreservatsverwaltung sowie in enger Abstimmung mit dem MAB-Komitee ermöglichen. Alle anderen Flächen in Entwicklungszonen des Pfälzerwalds werden von der Windenergienutzung ausgeschlossen. Alle unbewaldeten Flächen außerhalb des Biosphärenreservats sind grundsätzlich für die Windkraftnutzung geeignet.

Genauso wie im Biosphärenreservat Pfälzerwald ist auch der UNESCO-Welterbestatus im Mittelrheintal für uns zentral und darf nicht gefährdet werden. Mit Blick auf das UNESCO-Welterbe im Mittelrheintal soll die vorhandene Sichtachsenstudie überarbeitet werden. Unter dieser Prämisse werden wir prüfen, ob und wo im Rahmenbereich des Welterbes geeignete Flächen für Windenergieanlagen existieren und in die Umsetzung gebracht werden können.

Windenergie im Wald

Unser Wald ist in einem verheerenden Zustand. Die anhaltende Trockenheit und die Borkenkäferkalamität setzen den Bäumen extrem zu. Wirksamer Klimaschutz ist auch aktiver Waldschutz, denn unsere Bäume leiden besonders unter steigenden Temperaturen und zu wenig Niederschlag. Dort wo es möglich ist, wollen wir uns beim Bau

von Windkraftanlagen im Wald auf Kalamitätsflächen fokussieren. Ausgeschlossen bleibt für uns die Errichtung von Windkraftanlagen in Gebieten mit altem zusammenhängendem Laubholzbestand. Bei der Entwicklung des LEP V sollen Windenergieanlagen zukünftig in Laubmischwaldbeständen mit einem Alter über 100 Jahren und einer zusammenhängenden Bestandsgröße von über 10 Hektar ausgeschlossen werden.

Zur Unterstützung der für die Raumplanung und Bauleitplanung zuständigen Ebenen werden wir in einer Fachstudie beispielhaft Potentialflächen für Windkraft und Artenschutz darstellen.

Der naturschutzfachliche Rahmen im LEP IV (Z163d) Natura 2000 stammt aus dem Jahr 2012 und soll überarbeitet werden. In diese Überarbeitung sollen die Ergebnisse der o.g. Fachstudie einfließen.

Wir streben zeitnah einen Ministerratsbeschluss zur Teilfortschreibung des LEP IV an. Ab dem Zeitpunkt der Beschlussfassung können Projekte mit entsprechenden Zielabweichungsverfahren vorgenommen werden.

Baulast

Wir wollen eine Reduzierung der Baulasten für Windenergieanlagen nach LBauO auf 0,2 der Anlagenhöhe prüfen.

Kommunale Gestaltungssatzungen

Örtliche Bauvorschriften (kommunale Gestaltungssatzungen), die allein zur Durchführung baugestalterischer Absichten gestellt werden, dürfen die Nutzung erneuerbarer Energien nicht ausschließen oder unangemessen beeinträchtigen. Dafür wird § 88 Abs. 1 LBauO entsprechend ergänzt.

Solidarpakt Kommunen

Gemeinsam mit der Energieagentur wollen wir die von der Windenergie betroffenen Kommunen zu Beteiligten machen. Dafür unterstützen wir Energiegenossenschaften sowie Solidarpakte – vor allem zwischen Standort- und Anliegerkommunen – damit die Menschen vor Ort noch mehr von regionaler Wertschöpfung aus Erneuerbaren Energien profitieren. Die Kommunalabgabe nach § 36k EEG leistet dazu ebenfalls einen Beitrag.

Zentralisierung der Genehmigungsverfahren bei den SGDen

Die Zuständigkeiten für die Genehmigung von Windkraftanlagen wird auf die beiden SGDen übertragen, um eine Vereinfachung, Vereinheitlichung und Beschleunigung der Genehmigungsverfahren zu erreichen. Gleichzeitig werden die verfahrensrechtlichen Regularien auf Optimierungsmöglichkeiten hin untersucht. Eine Beschleunigung soll durch die Zuständigkeitskonzentration und die daraus resultierende gesteigerte Bearbeitungseffizienz erreicht werden. Angestrebt wird dabei auch die Verfahrensdigitalisierung, die Erstellung von einheitlichen Leitlinien sowie die Einrichtung einer transparenten Fallsteuerung. Die Effizienzsteigerung wird nach zwei Jahren evaluiert und sodann auf der Grundlage dieser Erkenntnisse in einer zweiten Stufe über die generelle Hochzonung der Zuständigkeit für die Genehmigung von Anlagen (nach §§

4 und 16 BImSchG) auf die SGDen entschieden. Die Zuständigkeit der Oberzentren soll auf Wunsch unverändert bleiben.

Bioenergie/Biogas

Wir wollen die Möglichkeiten der Bioenergie zum Gelingen der Energiewende möglichst umfassend nutzen. Biogaserzeugung und -verwendung soll flexibel die Versorgungssicherheit in Abhängigkeit von der volatilen Wind- und Photovoltaikstromerzeugung unterstützen.

Wir bekennen uns zu den Biogas-Bestandsanlagen und unterstützen deren Umbau zu flexiblen Biokraftwerken in netzdienlicher Betriebsweise unter anderem auch durch beschleunigte Genehmigungsverfahren und verbindliche Genehmigungsleitfäden, vor allem im Rahmen des Repowering sowie beim Bau von Gülle-Kleinanlagen. Darüber hinaus fördern wir innovative Geschäftsmodelle (z.B. Verbundnetze).

Wir streben eine flächendeckende Nutzung der Bioabfälle in den Kommunen für die energetische und stoffliche Verwertung zur erneuerbaren Strom- und Wärmeerzeugung sowie zur Kompostherstellung als Naturdünger an. Mit dem Ziel, bis 2030 deutlich mehr als die Hälfte aller in Rheinland-Pfalz getrennt gesammelten Bioabfälle durch Biogasgewinnung zu nutzen, werden wir die Stoffströme evaluieren und die Kommunen bei der Umsetzung begleiten.

Wir wollen den wichtigen Beitrag nachwachsender Rohstoffe für die Energiegewinnung und die Wertschöpfung in der Landwirtschaft u.a. durch die Förderung des naturnahen Anbaus mehrjähriger Pflanzungen (z.B. durchwachsene Silphie) ermöglichen, um Biogaserzeugung mit Insekten-, Gewässer- und Grundwasserschutz zu verbinden.

Wir wollen das Potenzial der Gülle-Kleinanlagen in der Landwirtschaft zur Biogasgewinnung für die dezentrale Strom- und Wärmeerzeugung erschließen, um auch die positiven Klimaschutzeffekte für den Gewässer- und Emissionsschutz zu aktivieren. Bis 2030 sollen mindestens 65% aller in Rheinland-Pfalz anfallenden landwirtschaftlichen Wirtschaftsdünger aus Betrieben mit mehr als 200 Großvieheinheiten energetisch-stofflich genutzt werden.

Wir streben die flächendeckende Nutzung einer Biotonne für den anfallenden organischen Abfall an.

Wärme

Wir wollen Anreize schaffen zu einer deutlichen Erhöhung der energetischen Sanierungsquote von Gebäuden zur Energieeinsparung von heute 0,8% auf 3% bis 2030. Ein wesentlicher Schlüssel dazu liegt bei den Kommunen im Land, die wir im Rahmen eines „Kommunalen-Klima-Paktes“ bei der Umsetzung von nachhaltigen Quartierslösungen, energetischen Sanierungskonzepten und erneuerbaren Energieversorgungsmodellen auch mit Fokus auf die regionale Wertschöpfung unterstützen möchten.

Dafür werden wir die Kumulierungsmöglichkeiten der Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG) durch Ausweitung des Landesförderprogramms „Verringerung der

CO₂-Emissionen und Ressourcenschutz“ ausschöpfen und die Möglichkeit, Förderprogramme zu kumulieren, erhöhen. Wir begrüßen auch kommunale und regionale Finanzierungs- und Betreibermodelle, z.B. im Contracting- oder Genossenschaftsansatz.

Wir wollen Klimaschutz und Energieeffizienz im Gebäudebereich, in Wohnquartieren und innerörtlichen Kernbereichen erhöhen und setzen hierzu v.a. auf die dezentrale Nutzung hocheffizienter Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) in Kombination mit Erneuerbaren Energien und Power-to-Heat (PtH) sowie von Abwärme, regionaler Biomasse, Solarthermie und oberflächennaher Geothermie. Wir werden hierzu die Landesförderprogramme (z.B. „Zukunftsfähige Energieinfrastruktur“) erweitern sowie auch mit Blick auf vergabe- und beihilferechtliche Fragen vereinfachen.

Wir streben eine möglichst hohe und schnelle Durchdringung des Wärmesektors mit Erneuerbaren Energien an, vorrangig mit effizienten Wärmepumpen und Kalter Nahwärme, die ihren elektrischen Strom aus Erneuerbaren Energien beziehen sowie mit Solarthermie-, Holzpelletanlagen und industrieller Abwärme. Die Förderung von Photovoltaikanlagen mit Batteriespeichern wollen wir fortführen und ausbauen. Um den Ausbau von Nahwärmenetzen im ländlichen Raum zu fördern, wollen wir die Wärmeerzeugung aus Waldrestholz, Landschaftspflegeholz und Sägewerkresten regionaler Wertschöpfung unterstützen.

Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die Einkopplung Erneuerbarer Energien aus der volatilen Wind- und PV-Stromerzeugung in Strom- und Wärmespeicher sowie in Wärmenetzinfrastrukturen von Umlagen und Abgaben auf netzdienliche Systemdienstleistungen befreit werden.

Mit einer neuen Gebäudeenergiegesetz (GEG)-Durchführungsverordnung wollen wir den Vollzug dieses Gesetzes regeln.

Energieeinsparung/Energieeffizienz

Energieeinsparung und Energieeffizienz sind wesentliche Stellhebel in Richtung Klimaneutralität. Wir wollen diese Stellhebel insbesondere

- durch eine flächendeckende kommunale Beratung zu Bauleitplanung, Sanierungsfahrplänen, Energiemanagement und Förderkulissen durch die Energieagentur
- durch eine strukturelle Ausweitung der EffCheck Beratungen für KMUs sowie
- durch eine Stärkung der Verbraucherzentrale bei der Bürger:innen-Energieberatung

aktivieren.

Darüber hinaus fördern wir im Bereich der Energieeffizienz eine Reduzierung der „Grauen Energie“ und Lebenszykluskosten in der Bauwirtschaft durch den Einsatz nachhaltiger Baumaterialien, Verfahren und Standards.

Sektorenkopplung

Wir streben auf Bundesebene eine Anpassung der gesetzlichen Rahmenbedingungen zur technologieoffenen Befreiung der Sektorenkopplung bei der Nutzung Erneuerbarer

Energien bezüglich der EEG-Umlage und ihrer Anerkennung der Netzdienlichkeit mit damit verbundener Befreiung von Netzentgelten sowie des Eigenstromprivilegs an.

Wir werden ein Energieregionen-Konzept für Rheinland-Pfalz erstellen und seine Umsetzung mit dem Ziel fördern, möglichst energieautarke regionale Verbünde zu schaffen, deren Bilanzkreise sich erneuerbar und hocheffizient über die Verbrauchssektoren mengenmäßig und zeitlich ausgleichen. Hierbei sollen Modellprojekte Wegweiser für eine möglichst flächendeckende Etablierung von Energieregionen sein.

Wir wollen den Ausbau hocheffizienter, grüner Kraft-Wärme-Kopplung in Verbindung mit Speicher- und Regelkraftwerken auf der Grundlage von Batterien, P2X, Wärmespeichern, Pumpspeichern, Bioenergieanlagen etc. für die Ausregelung der volatilen Wind- und PV-Stromerzeugung zum Erhalt der Versorgungssicherheit forcieren.

Wir werden die Sektorenkopplung kraftvoll in die E-Mobilität hinein entwickeln. Hierzu ist es unser Ziel, eine bürger:innenfreundliche Ladeinfrastruktur zu etablieren.

Wir werden kommunale Versorgungsunternehmen bei der Entwicklung und Umsetzung von Künstlicher Intelligenz zur Planung und Steuerung von Sektorenkopplung und energetischen Bilanzkreisen, inklusive der Entwicklung anwendungsorientierter Geschäftsmodelle, fördern.

Wir werden uns auf Bundesebene für notwendige Investitionen in den Ausbau und die Entwicklung der regionalen Verteilnetze in Rheinland-Pfalz – im Sinne der zukünftigen Sektorenkopplung – sowie für eine planbare Festlegung der Netzentgelte durch die Regulierungsbehörden für die Verteilnetzbetreiber einsetzen.

Wasserstoff

Wasserstoff ist eine zukunftsweisende Technologie, auf die wir setzen. Wir wollen Rheinland-Pfalz zu einer Modellregion für Wasserstofftechnologie machen, indem wir insbesondere unsere energieintensive Industrie bei der Nutzung von Wasserstoff, der durch Erneuerbare Energien emissionsfrei erzeugt wird, unterstützen. Grünen Wasserstoff aus Stromüberschüssen der volatilen Erneuerbaren Energien zu erzeugen, statt Wind- und Solaranlagen abzuregeln, hat für uns hohe Priorität insbesondere mit Blick auf die erforderliche Ausgleichsfunktion, wenn diese Erneuerbaren zur Bedarfsdeckung nicht ausreichen. Da bei der Erzeugung von Wasserstoff Abwärme entsteht, wollen wir besonders auch Wasserstoff-Projekte in Verbindung mit regionalen Wärmenetzen unterstützen. Dort, wo eine Elektrifizierung des Verkehrsbereiches nicht möglich ist, streben wir auf grünem Wasserstoff basierende Transportsysteme an. Hierzu wollen wir die Forschung und Entwicklung fördern.

PV-Baupflicht

Die Koalitionspartner sind sich darin einig, dass bei Gewerbeneubauten und für neue Parkplatzflächen mit mindestens 50 Stellplätzen, für die ab 2022 ein Antrag auf Baugenehmigung gestellt wird, eine Pflicht zur Installation von Photovoltaikanlagen gesetzlich vorgeschrieben wird. Bei Stellplätzen ist dieser über dem Parkraum anzubringen. Hierzu werden wir die gesetzlichen Voraussetzungen zügig schaffen.

Förderprogramme PV verstetigen und ausweiten

Die erfolgreichen Förderprogramme für Photovoltaikanlagen mit Solarspeicher und E-Ladestationen wollen wir ausbauen und stärken sowie auf Solaranlagen für Carports ausweiten. Die Kommunen wollen wir bei der Erstellung von Freiflächenkatastern für PV-Freiflächenanlagen unterstützen. Mit einem Förderprogramm für Agro-PV wollen wir Projekte für die geplante Innovationsausschreibung unterstützen.

Freiflächen-Photovoltaikanlagen

Freiflächen-Photovoltaikanlagen können einen wichtigen Beitrag für die dezentrale Energieerzeugung leisten. Im Außenbereich dürfen sie nur errichtet werden, wenn mittels kommunaler Bauleitplanung Baurecht geschaffen wurde.

Deshalb kommt es entscheidend darauf an, welche Rahmenbedingungen in der Regionalplanung, im Energierecht und im Naturschutzrecht gesetzt werden.

Landesplanerische Vorgaben für Freiflächen-Photovoltaikanlagen

Wir wollen in der Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms einen verbindlichen Handlungsauftrag an die Planungsgemeinschaften verankern, dass im Zuge einer raumordnungsrechtlichen Angebotsplanung zumindest Vorbehaltsgebiete für Freiflächen-Photovoltaikanlagen ausgewiesen werden. Dies gilt insbesondere entlang von linienförmigen Infrastrukturtrassen, auf bereits großflächig versiegelten Flächen (Konversion) und auf ertragsschwachen Grünland- und Ackerflächen.

Fortschreibung der PV-Freiflächenverordnung

Wir wollen die Landesverordnung über Gebote für Solaranlagen auch nach 2021 fortschreiben und auf ertragsarmen Grünland- und ertragsarmen Ackerflächen ermöglichen. Die Höchstgrenze soll auf 200 Megawatt pro Jahr erweitert werden.

PV-Freiflächen außerhalb des EEGs

Um die wirtschaftliche Entwicklung landwirtschaftlicher Betriebe angemessen zu berücksichtigen, soll der Bau von PV-Freiflächenanlagen nur auf vergleichbar ertragsschwächeren landwirtschaftlichen Flächen erfolgen. Als Kenngröße ist hierzu die Ertragsmesszahl (EMZ) heranzuziehen. Den Kommunen wird empfohlen, den Bau von PV-Anlagen außerhalb des EEGs auf Ackerflächen lediglich mit einer durchschnittlichen EMZ von max. 35 zu ermöglichen. Landesweit soll die Nutzung von Ackerflächen für den Bau von PV-Anlagen im Außenbereich auf 2% im LEP begrenzt werden. Die Verbandsgemeinden werden vom Land bei den Planungen für PV-Freiflächen auf der Ebene der Flächennutzungsplanung unterstützt.

PV-Freiflächenanlagen ohne zusätzlichen Flächen-Ausgleichsbedarf

Aktuelle Studien zeigen, dass Freiflächenanlagen die Biodiversität positiv beeinflussen. So können sich im Schatten der Module und rund um die Anlagen zahlreiche Pflanzen- und Tierarten ansiedeln und gedeihen, die bei einer rein landwirtschaftlichen Nutzung der Flächen keine Chance hätten. Wir wollen ökologische Ausgleichsmaßnahmen künftig innerhalb von Photovoltaik-Freiflächenanlagen ermöglichen. Durch die

Reduktion des ökologischen Ausgleichsbedarfes für die Errichtung von PV-Freiflächenanlagen entlasten wir zudem den Flächendruck auf landwirtschaftliche Nutzflächen.

Fossile/atomare Forderungen und Forderungen auf Bundesebene

Viele Weichen für das Gelingen der Energiewende und einen wirksamen Klimaschutz werden auf Bundesebene gestellt. Die Koalition wird sich daher dafür einsetzen, dass alle wesentlichen bundesgesetzlichen Rahmenbedingungen entsprechend angepasst werden, um den notwendigen Zubau von Erneuerbaren Energien zu begünstigen und weitere Maßnahmen für Klimaschutz anzuregen. Wir wollen eine Länderöffnungsklausel erreichen, damit wir ein ambitioniertes Landeswärmegesetz auflegen können. Konsequenter Klimaschutz bedeutet auch die Beendigung des Abbaus fossiler Ressourcen. Weiter setzt sich die Koalition für eine entsprechende Novellierung des Bergrechts ein, die auch mehr Bürger:innenbeteiligung und Transparenz ermöglicht. Die Erweiterung des Tanklagers in Mertert in Luxemburg lehnen wir ab.

Wir werden uns weiterhin mit aller Kraft für eine Abschaltung der grenznahen Risikoreaktoren sowie eine Vermeidung von Zwischenlagern einsetzen. Zudem wollen wir, dass auch die Bundesregierung alle dafür erforderlichen Maßnahmen ergreift und sich zudem für eine transparente Endlagersuche der europäischen Nachbarn mit allen Beteiligungsrechten der rheinland-pfälzischen Bevölkerung einsetzt.

Naturschutz

Wir sind uns unserer Verantwortung für den Schutz und Erhalt der rheinland-pfälzischen Artenvielfalt bewusst und werden durch die umfassende Weiterentwicklung unserer vielseitigen Natur- und Artenschutzprogramme sowie eine flächendeckende Biotopvernetzung die europäischen und nationalen Biodiversitätsziele erfüllen. Gemeinsam mit allen Akteur:innen in Rheinland-Pfalz und darüber hinaus werden wir das Artensterben stoppen, indem wir unsere blühenden Wiesen, Weiden, Bäche, Moore sowie Straßen- und Wegränder miteinander verbinden und dauerhaft aufwerten. Dazu werden wir sowohl unsere Naturschutzverwaltung, die umfangreichen Agrarumweltprogramme, den zielgenauen Vertragsnaturschutz als auch unsere erfolgreichen Programme des Natur- und Gewässerschutzes, die „Aktion Grün“ und „Aktion Blau Plus“, im Sinne des ganzheitlichen Naturschutzes in die Lage versetzen, die aktuellen Herausforderungen und Aufgaben unserer Zeit effizient zu bewältigen.

Moderne, effiziente Naturschutzverwaltung

Um den wachsenden Anforderungen der EU und des Bundes zum Schutz der Biodiversität sowie der wichtigen Rolle des Artenschutzes beim Ausbau der Erneuerbaren Energien und an der Schnittstelle Naturschutz und Landwirtschaft nachzukommen, müssen wir die Naturschutzverwaltung in die Lage versetzen, diese Ziele erfüllen zu können.

Durch die Erstellung einer IT-Strategie in der Naturschutzverwaltung Rheinland-Pfalz können Effizienzsteigerungen durch die Potenzialnutzung von neuesten Algorithmen, Künstlicher Intelligenz und moderner IT-Infrastruktur geschaffen werden.

Das rheinland-pfälzische Umweltministerium ist mit der Federführung bei der Digitalisierung der Umweltverwaltung in Deutschland beauftragt und soll somit eine Vorreiterrolle bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes einnehmen. Daneben werden wir durch eine engere Zusammenarbeit der Naturschutzverwaltung mit unseren Hochschulen einen umfassenden Wissenstransfer zu aktuellen Forschungsergebnissen herstellen und dadurch unsere Arten- und Naturschutzmaßnahmen zielgerichteter einsetzen.

Klimaschutz/Klimawandelfolgen im nachgeordneten Bereich verankern

Die Bedeutung von Klimaschutz und dem Schutz der Biodiversität hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Damit verbunden ist auch ein gestiegener Informations- und Beratungsbedarf in diesen Bereichen. Klimaschutz und Klimawandelanpassung müssen darum als übergeordnete Aufgaben in der Umweltverwaltung fest verankert werden.

Biodiversitätsstrategie weiterentwickeln

Der Schutz der Biodiversität ist ein wichtiges Ziel internationaler Übereinkommen, der EU-Biodiversitätsstrategie 2030 sowie des Bundes. Rheinland-Pfalz hat mit seiner Biodiversitätsstrategie, die seit 2015 die Grundlage für Projekte und Maßnahmen des Natur- und Artenschutzes darstellt, bereits wichtige Ziele erreicht. Auf dieser Basis werden wir uns auch weiterhin für den Schutz der Natur und für eine Verbesserung des ökologischen Zustandes unserer Naturräume einsetzen. Die Programme „Aktion Grün“ sowie „Aktion Blau Plus“ zur Umsetzung der Ziele und Maßnahmen der Biodiversitätsstrategie des Landes Rheinland-Pfalz werden fortgeführt.

Ein wesentlicher Baustein zur Stärkung des Artenschutzes ist die Umsetzung der Natura 2000-Bewirtschaftungspläne. Nur durch die Umsetzung der Maßnahmenpläne können wir den Anforderungen der EU zur Zielerreichung des Bewirtschaftungsmanagements der Natura 2000-Gebiete gerecht werden.

Etablierung von Naturschutzstationen

Wir werden den Natur- und Artenschutz durch die Etablierung und bedarfsgerechte Finanzierung von regionalen Naturschutzstationen auf regionaler Ebene stärken und ausbauen, um den zahlreichen Herausforderungen und neuen Aufgaben für unsere Naturschutzverwaltung in der Zukunft wirkungsvoll begegnen zu können. Dazu zählen unter anderem die flächendeckende Umsetzung der Natura 2000-Bewirtschaftungspläne sowie die Stärkung der Artenhilfsprogramme, wie zum Beispiel für Leitarten der extensiven Wiesen, etwa das Braunkehlchen.

Gemeinsam mit den regionalen Akteuren der Umwelt- und Landwirtschaftsverbände und unseren Kommunen werden wir regional angepasste Natur- und Artenschutzprojekte im Rahmen des Vertragsnaturschutzes und des Biotopmanagements umsetzen sowie das Monitoring unserer Schutzgebiete und eine gezielte Umweltforschung durch die umfangreiche Kooperation fördern. Die Naturschutzstationen sollen darüber hinaus zur Entlastung und Effizienzsteigerung der Naturschutzverwaltung beitragen und die Umweltbildung im Rahmen des ehrenamtlichen Naturschutzes verbessern.

Dabei streben wir die konzeptionelle Erstellung und Erprobung in Modellregionen bis 2024 an. Auf der Grundlage erfolgt anschließend eine Evaluierung. Es sollen keine

Doppelstrukturen entstehen und bestehende Ressourcen bestmöglich eingebunden werden.

Artenschutzprojekte und Monitoringprojekte ausweiten

Ein zentrales Instrument zur Überprüfung der Wirksamkeit von Naturschutzmaßnahmen, u.a. im Sinne der EU-Vorgaben, sind Monitoringprogramme und deren Auswertung. Diese Monitoringprogramme werden wir verstetigen und dem Biodiversitätszentrum des Bundes Daten über den Zustand der Arten und Lebensräume auf Grundlage eines kontinuierlichen Monitorings liefern.

Aufgrund der Erweiterung der Anforderungen der EU-Vogelschutz-Richtlinie wird in Rheinland-Pfalz das Monitoring in Vogelschutzgebieten weiter ausgebaut.

Entsprechend dieser Verpflichtungen und zur fachlichen Unterstützung im Bereich Artenschutz und Ausbau der Erneuerbaren Energien richten wir eine Vogelschutzwarte beim Landesamt für Umwelt ein.

Invasive Pflanzen

Invasive Pflanzen bedrohen immer mehr natürliche Lebensräume, daher leisten wir unseren Beitrag zur Belebung der individuellen Artenvielfalt in den Regionen von Rheinland-Pfalz.

Grünlanderhaltungsstrategie

Dauergrünland leistet einen wichtigen Beitrag zum Schutz von Biodiversität und Klima. Insbesondere langfristig extensiv bewirtschaftete Dauergrünlandbestände weisen eine hohe Artenvielfalt auf – sowohl in floristischer wie faunistischer Hinsicht. Darüber hinaus weist Grünland im Vergleich zu Ackerland sehr hohe Humusgehalte auf. Zum Erhalt des artenreichen Grünlandes in Rheinland-Pfalz wird eine flächendeckende Grünlanderhaltungsstrategie entwickelt, die die Nutzung der landwirtschaftlichen Flächen auch unter Berücksichtigung der Tierhaltung mit dem Schutz der Biodiversität in Einklang bringt. Dies erfolgt in Zusammenarbeit mit den Tierhalter:innen in Rheinland-Pfalz.

Moorschutzprogramm

Moore sind wichtige Kohlenstoffspeicher und Lebensraum für besonders empfindliche und seltene Pflanzen und Tiere. Sie können den Wasserabfluss verzögern und die Auswirkungen von Dürreperioden abmildern. Entwässerung, Torfabbau und Aufforstungen führten zu erheblichen Veränderungen, teilweise zum Verlust der Moore in Rheinland-Pfalz. Unsere Moore sollen aufgewertet und renaturiert werden. Hierzu wird ein Moorkataster erstellt und ein Moorschutzprogramm etabliert.

Agrarumweltprogramme und Vertragsnaturschutz verstetigen

Wesentliche Ursache beim Verlust der Artenvielfalt ist der Verlust extensiv genutzter Agrarbiotope und reich strukturierter Landschaftsräume. Wir wollen gemeinsam mit Landwirtschaft und Umwelt Lösungen erarbeiten, um den Schutz der Vielfalt in der Agrarlandschaft zu verbessern und gleichzeitig die Existenz landwirtschaftlicher Betriebe nachhaltig zu sichern.

Als Beitrag zu unseren europäischen und nationalen Biodiversitätszielen sind in und um unsere Schutzgebiete – insbesondere Natura 2000-Gebiete – naturverträgliche Bewirtschaftungs- und biologische Pflanzenschutzverfahren bevorzugt und entsprechend über Agrarumweltprogramme unterstützt in die Anwendung zu bringen. Über entsprechende Förderprogramme wollen wir Anreize setzen, um in unseren Naturschutzgebieten bis 2025 ausschließlich ökologische Bewirtschaftung zu erreichen. Die schrittweise Umsetzung werden wir durch ein umfangreiches Beratungsangebot für unsere Betriebe und im Rahmen der Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen (AUKM) attraktiv fördern.

Eines der wichtigsten und erfolgreichsten Instrumente ist der kooperative Naturschutz. Rheinland-Pfalz will den Vertragsnaturschutz weiter ausbauen mit dem Ziel, praxisgerechte, betriebsintegrierte und standortangepasste Maßnahmen zu entwickeln, mit denen sowohl die Artenvielfalt gefördert als auch landwirtschaftliche Betriebe ausreichend honoriert werden. Bei der Gestaltung der Förderprogramme sollen die Ergebnisse bereits laufender erfolgreicher kooperativer Projekte berücksichtigt werden. Ziel ist es, die Fläche im Vertragsnaturschutz wie in der Vergangenheit weiter zu steigern.

Biotopverbund

Biotopvernetzung ist ein wesentlicher Baustein für den Artenschutz und übergeordnete Aufgabe. Eine wichtige Ursache für den Verlust der Artenvielfalt ist die Zerschneidung und Verinselung von Lebensräumen. Rheinland-Pfalz wird die Biotopvernetzung zu einem Biotopverbund „Die grüne Achse Rheinland-Pfalz“ weiter ausbauen und hierzu wichtige Gebiete wie z.B. die Rheinauen, den Nationalpark, das Biosphärenreservat, Naturparke und den Grünen Wall im Westen miteinander verbinden. Insbesondere die Ruinen des ehemaligen Westwalls werden als Rückzugsraum für Pflanzen und Tiere zu einem Biotopverbund entwickelt. Das Land will Naturschutz, Denkmalschutz und politische Bildung am ehemaligen Westwall weiter ausbauen.

Gemeinsam mit unseren landwirtschaftlichen Betrieben werden wir dafür Sorge tragen, dass die Biotopvernetzung voranschreitet und vorhandene Biotope erhalten bleiben.

Zusammenarbeit von Naturschutzverwaltung und LBM

Die oberste Naturschutzbehörde erarbeitet mit der obersten Straßenbaubehörde eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit der oberen Naturschutzbehörden mit dem Landesbetrieb Mobilität in Fragen der Verkehrsbegleitflächen.

In dieser Vereinbarung sollen einerseits die Möglichkeiten von Verfahrensvereinfachungen und andererseits Empfehlungen für naturnahe Verkehrsbegleitflächen dargelegt werden.

Verfahrensvereinfachungen sollen insbesondere bei der Handhabung von naturschutzrechtlichen Eingriffsregelungen nach dem Bundesnaturschutzgesetz und bei Abstimmungsverfahren nach dem Landesnaturschutzgesetz angestrebt werden. Gegenstand der Regelung sollen nur Maßnahmen mit geringfügigen Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft außerhalb von Schutzgebieten, Naturparkkernzonen und gesetzlich pauschal geschützten Flächen sein; artenschutzrechtliche Prüfungen bleiben unberührt.

Empfehlungen für naturnahe Verkehrsbegleitflächen (Leitfäden) sollen einem multifunktionalen Ansatz folgen und die Pflege so steuern, dass ein Beitrag zur Vernetzung von Lebensräumen und zum Erhalt von Arten erreicht wird. Verkehrsbegleitflächen haben eine erhebliche Ausdehnung in der Fläche und sind als Biotope von großer Bedeutung.

Urbaner Naturschutz und Klimawandelfolgenanpassung

In unseren Städten und Dörfern sind die Auswirkungen der Klimakrise mit Extremwettern wie Trockenheit, Hitze oder Tropennächten besonders spürbar. Daher setzt sich die Koalition für eine konsequente Klimawandelanpassung in unseren Städten und Dörfern ein, um die Auswirkungen der Klimakrise abzumildern. Hierzu zählen ausreichend Grünflächen, Dach- und Fassadenbegrünung sowie das Freihalten von Kaltluftentstehungsgebieten und Frischluftschneisen.

Wir möchten lebenswerte Innenstädte und Dorfkerne gestalten, die „Aktion Grün“ und die „Aktion Blau Plus“ hierfür verstärkt nutzen und so die vorhandenen grünen und blauen Oasen im besiedelten Bereich aufwerten. Durch Regenrückhaltmaßnahmen, Versickerungskonzepte und Entsiegelung in Quartieren wollen wir den innerörtlichen Wasserrückhalt verbessern. Das stadtplanerische Konzept „Stadt als Schwamm“ bietet verschiedene Möglichkeiten, Wasser in der Stadt zu halten und für Verbrauch und Abkühlung zu nutzen. Zusätzlich werden wir die Installation von Nisthilfen für unsere Vögel und Insekten sowie Fassaden- und Dachbegrünung an allen öffentlichen Gebäuden prüfen.

Grenzüberschreitender Umwelt- und Klimaschutz

Umwelt- und Klimaschutz darf vor nationalen Grenzen nicht Halt machen. Wir wollen gemeinsam mit unseren Partnern in Europa unter Einbindung der Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung sowie der Zivilgesellschaft Projekte anstoßen und entwickeln. Dadurch möchten wir nicht nur die Kooperation in der Großregion und in der Trinationalen Metropolregion Oberrhein (TMO) verstetigen, sondern auch an der INTERREG-Förderung partizipieren. Der Klima- und Ressourcenschutz ist in der neuen Förderperiode 2021 bis 2027 als Schwerpunkt ausgebildet.

Wasser

Die Klimawandelfolgen sind vor allem in der Wasserwirtschaft spürbar, die Grundwasserneubildung geht zurück, die Häufigkeit von Extremwetterlagen wie Dürren, Starkregenereignissen und Hochwasser nimmt zu. Der Schutz der Wasserressourcen für die Trinkwassergewinnung, als wertvoller Lebensraum, für Landwirtschaft und Industrie und die Anpassung der Wasserinfrastruktur ist von großer Bedeutung. Vor diesem Hintergrund wollen wir einen „Zukunftsplan Wasser“ entwickeln, der die notwendigen Schritte zur Anpassung an die Klimawandelfolgen aufzeigt. Wir werden neue Wasserversorgungspläne erstellen, bestehende fortschreiben (Klimawandelcheck) und zusätzliche Trinkwasserreserven sichern. Ein besonderes Augenmerk gilt dem nachhaltigen Grundwassermanagement – der Eintrag von Schadstoffen muss reduziert werden, die Entnahme von Grundwasser darf dessen Neubildung nicht überschreiten. Um die Belastung unseres Wassers mit Spurenstoffen zu minimieren beteiligen wir uns an der Umsetzung der bundesweiten Spurenstoffstrategie.

Die Umsetzung der EU-Wasserrahmen-Richtlinie bis zur EU-Frist im Jahr 2027 möglichst viele Wasserkörper in einen guten Zustand zu überführen, genießt oberste Priorität. Gemeinsam mit den Kommunen wollen wir das erfolgreiche Programm „Aktion Blau Plus“ fortsetzen, um eine Renaturierung der Gewässer und Auen zu erreichen sowie ihre Durchgängigkeit für Wanderfische.

Wir wollen die kommunalen Wasser- und Abwasserwerke bei ihren Anstrengungen für eine klimaneutrale Wasserwirtschaft und bei der Bewältigung der Folgen des Klimawandels unterstützen.

Die Klimawandelfolgen sind auch in der Landwirtschaft spürbar. Extremwetterlagen erfordern eine Anpassung über Sortenauswahl, Fruchtfolgen sowie bodenschonende Bewirtschaftung und machen eine Bewässerung in vielen Bereichen unverzichtbar. Wir werden ein Konzept für eine nachhaltige Nutzung von Oberflächen- und Grundwasser für landwirtschaftliche Beregnungszwecke erarbeiten. Dabei kommen Wasserrückhaltungen, digitale Mengenerfassung und witterungsgesteuerte Beregnungstechniken zum Einsatz, um den Wasserverbrauch zu reduzieren. Verbundlösungen auf Wasserverbandsebene werden nach Möglichkeit mit Mitteln der EU, des Bundes und des Landes unterstützt. Im Hinblick auf die landwirtschaftliche Grundwassernutzung bedarf es zukünftig der steuernden Wirkung durch das Instrument des Wasserentnahmeentgelts. Die landwirtschaftliche Nutzung von Oberflächenwasser wird nicht mit einem Entnahmeentgelt belegt. Um eine angemessene Relation von Aufwand und Ertrag zu erzielen, erfolgt die Erhebung erst bei einer Überschreitung von 10.000 Kubikmeter Grundwasser pro Jahr und Entgeltspflichtigem. Die im Bereich der landwirtschaftlichen Nutzung vereinnahmten Gelder müssen zweckgebunden für ressourcenschonende Bewässerungsprojekte zum Einsatz kommen.

Wir werden weiterhin die Ausarbeitung und Umsetzung von örtlichen Hochwasser- und Starkregenvorsorgekonzepten fördern und damit das Hochwasserrisikomanagement stärken. Wir stehen zu den nationalen und internationalen Verpflichtungen zum Hochwasserschutz, um das vertraglich vereinbarte Schutzniveau erreichen zu können.

Ernährung, Ökologischer Landbau, Lebensmittelüberwachung

Nachhaltige Ernährung durch „Rheinland-Pfalz isst besser“

Die Landesinitiative für eine nachhaltige und gesundheitsfördernde Ernährung „Rheinland-Pfalz isst besser“ werden wir fortführen und die Gemeinschaftsverpflegung weiter auf den Einsatz regionaler Lebensmittel sowie eine gesundheitsfördernde Ausrichtung des Verpflegungsangebots umstellen und weitere Träger über die Ausweitung des Modellprojekts „Pilotregionen Rheinland-Pfalz: Gemeinsam nachhaltig und gesundheitsfördernd essen in Kita, Schule und Mensa“ ansprechen.

Daneben schaffen wir ein „Iss-besser-Kantinen-Programm“ und werden schrittweise die Außer-Haus-Verpflegung in unseren Universitäten, Krankenhäusern, Verwaltungen und Unternehmen auf saisonale, regionale und ökologisch produzierte Produkte umstellen. Wir wissen dabei um unsere Vorbildfunktion als Land und werden besonders auf die frische Zubereitung, vollwertige, vegetarische und vegane Verpflegungsangebote, die Vermeidung von Lebensmittelverschwendung und Verpackungsmüll achten und wollen auch die Standards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) in allen öffentlichen Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung einführen.

Dazu müssen auch unsere Rahmenlehrpläne die Ausbildung von Köch:innen an die sich verändernden gesellschaftlichen Bedürfnisse angepasst werden.

Ökoaktionsplan ausbauen

Der Ökoaktionsplan bündelt eine Vielzahl von Maßnahmen, die dazu dienen, den ökologischen Landbau in Rheinland-Pfalz auszubauen. Es gilt die steigende Nachfrage im Handel sowie in der Gemeinschaftsverpflegung nach regionalen, ökologischen Lebensmitteln durch unsere Betriebe vor Ort zu decken, auch um von diesem steigenden Marktanteil zu profitieren. Gleichzeitig wollen wir Unternehmen bei der Optimierung und dem Aufbau von regionalen Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen unterstützen. Wir wollen bis zum Jahr 2030 durch den weiteren Ausbau des Ökoaktionsplans für Rheinland-Pfalz das EU-Ziel von 25% erreichen. So werden wir gleichzeitig den umfassenden Schutz unserer wertvollen Grünlandflächen, als HotSpots der Artenvielfalt mit einer nachhaltigen Strategie für eine tierwohlorientierte Tierhaltung und einer verbesserten regionalen Verarbeitungs- und Vermarktungsstruktur wie Mühlen-, Molkerei-, Most- oder sonstige Verarbeitungs-Genossenschaften unterstützen.

Tierschutz

Tierschutz hat in Rheinland-Pfalz eine herausragende Bedeutung und daher einen festen Platz in der rheinland-pfälzischen Landesverfassung. Die Mitwirkungsrechte und das Verbandsklagerecht sind gesetzlich fest verankert, um anerkannten Tierschutzvereinen die Möglichkeit zu geben, gegen tierschutzrechtliche Anordnungen vorzugehen. Zudem berät der Tierschutzbeirat die Landesregierung in allen relevanten Fragen zum Tierschutz. Dies unterstreicht, dass der Tierschutz von persönlichem Einsatz und ehrenamtlichem Engagement lebt. Die Koalition wird auch in Zukunft dieses ehrenamtliche Gremium mit seiner großen fachlichen Expertise in alle relevanten Entscheidungen zu tierschutzrelevanten Fragestellungen einbinden. Der Tierschutzbericht der Landesregierung ist ein wichtiges Instrument, um Erfolge und Handlungsbedarfe beim Tierschutz darzustellen. Deswegen werden wir ihn fortführen. Vorbildliche Projekte im beruflichen oder privaten Umgang mit Tieren sowie der besondere Einsatz werden auch zukünftig durch die Vergabe des Tierschutzpreises gewürdigt. Auch Ersatzmethoden für Tierversuche werden wir weiterhin unterstützen und fördern.

Demonstrationsprogramm „Partnerbetrieb Tierwohl“

Wir wollen die Einführung eines Demonstrationsprogramms „Partnerbetrieb Tierwohl“ gemeinsam mit den DLRs prüfen.

Gefährliche Wildtiere in Privathand

Die Haltung von gefährlichen Tieren wildlebender Arten in Privathaushalten birgt Risiken – sowohl für die Tiere selbst als auch für die Bevölkerung. Dies gilt insbesondere dann, wenn Halter:innen nicht über die erforderliche Sachkunde verfügen, die Tiere nicht artgerecht gehalten und gesichert werden. Hier sehen wir Regelungsbedarf.

Tiertransporte

Es ist gut, dass Rheinland-Pfalz den Transport von Tieren über lange Strecken gestoppt hat. Es braucht aber noch deutlich mehr Anstrengungen, um die Zahl der Tier-

transporte weiter zu reduzieren und für mehr Tierwohl zu sorgen. Wir werden uns gegenüber der Bundesregierung und im Bundesrat weiterhin für eine EU-weite Regelung einsetzen, die sicherstellt, dass keine tierwohlgefährdenden Transporte mehr stattfinden.

Tierheime

Zur Verbesserung des Wohls der Tiere in unseren Tierheimen werden wir diese bei Investitionen in die bauliche Situation weiter unterstützen und außerdem gezielte Maßnahmen zur Steigerung des Tierwohls und für die Präventionsarbeit im Tierschutz ergreifen.

Wir setzen uns mit Blick auf den öffentlichen Verkauf von Hunden und Katzen mittels Verkaufsanzeigen auch weiterhin für eine EU- und bundesweite Registrierungspflicht ein.

Zoos und Tierparks

Unsere Zoos, Tierparks, Wildparks und Tierhilfeeinrichtungen in Rheinland-Pfalz leisten einen entscheidenden Beitrag für den Erhalt bedrohter Arten. Außerdem bieten sie die Grundlage für unverzichtbare Umweltbildungsangebote für Kinder und Jugendliche. Sie können sich auch in Zukunft unserer Unterstützung sicher sein.

Wald

Unsere Wälder leisten einen entscheidenden Beitrag zum Schutz unseres Klimas. Zugleich sind die Waldökosysteme in Rheinland-Pfalz massiv und negativ vom Klimawandel betroffen. Das damit verbundene Artensterben und der damit einhergehende Verlust an biologischer Vielfalt sind zentrale Probleme unserer Zeit.

Unser Ziel bleiben stabile und artenreiche Mischwälder, die alle Waldfunktionen erfüllen. Wir wollen unsere Wälder und ihre Funktionen für zukünftige Generationen schützen und erhalten. Deshalb ist es ein zentrales Anliegen unserer gemeinsamen Politik, den vom Menschen verursachten Klimawandel zu begrenzen. Die Koalitionspartner bekennen sich daher zum umfassenden Walderhalt und werden diesem – orientiert an den natürlichen Waldgesellschaften von Rheinland-Pfalz – äußerste Priorität einräumen. Wir bekennen uns zur gemeinsamen Erklärung der Landesregierung mit den Waldverbänden „Klimaschutz für den Wald – unser Wald für den Klimaschutz“ und werden diese im Sinne der ökologischen Waldwirtschaft weiterentwickeln.

Waldbau und Waldklimaprämie

Die schwierige wirtschaftliche Lage der Forstwirtschaft erfordert gezielte Unterstützung. Ziel ist es die Ökosystemdienstleistungen des Waldes mit Hilfe einer bundeseinheitlichen Waldklimaprämie zu honorieren. Damit möchten wir den klimaresilienten und naturnahen Umbau des Waldes in Rheinland-Pfalz sicherstellen.

Wir werden kommunale und private Forstbetriebe angesichts der Herausforderungen des Klimawandels unterstützen. Bei der Waldklimaprämie lehnen wir eine reine Flächenprämie ab. Die Förderung der Waldbesitzer:innen ist an hohe Qualitätsstandards zu koppeln. Wir legen dabei insbesondere Wert auf Maßnahmen zur Klimaanpassung.

Unser Ziel ist es, dass neben Staatsforst viele kommunale und private Wälder in Rheinland-Pfalz nach FSC zertifiziert werden. Dabei werden Landesforsten und FAWF Kommunen und private Waldbesitzer:innen beraten und fördern.

Eine bodenschonende, naturnahe Bewirtschaftung unserer Wälder gewährleistet dabei den Erhalt des Waldinnenklimas zur Vermeidung von Trockenschäden.

Um allen Waldfunktionen in unserem Staatswald gerecht zu werden, werden wir die Leistungsfähigkeit unseres Landesbetriebs Landesforsten stärken.

Die Zusammenarbeit mit der Forschungsanstalt für Waldökologie und Forstwirtschaft (FAWF) und unseren Hochschulen wollen wir weiter ausbauen. Im Projekt „Klimawald 2100“ erforschen wir Zukunftswälder sowie natur- und klimaangepasste Arten der Bewirtschaftung im Vergleich miteinander. Dabei erstellen wir verlässliche Öko- und CO₂- Bilanzen für die unterschiedlichen Bewirtschaftungsweisen sowie entsprechende Empfehlungen und Leitlinien.

Prozessschutz und Wildnis

Darüber hinaus wollen wir unsere Wälder als wertvolle Naturräume weiterentwickeln, indem wir das Vertragsnaturschutzprogramm „Naturschutz im Wald“ ausweiten und eine flächendeckende Umsetzung der „Biotop-Altbaum-Totholz-Konzepte“ im Sinne der nationalen Wildnisstrategie fördern.

Das nationale Wald-Wildnisziel von 5% wollen wir in Kombination mit flächendeckenden „Biotop-Altbaum-Totholz-Konzepten“ und Waldvertragsnaturschutzmaßnahmen in unseren Wäldern übertreffen.

Wir werden Waldschutzkalkungen unterstützen, wo sie für die Ökologie und den jeweiligen Standort notwendig und sinnvoll sind.

Holzwirtschaft

Wir wollen Holz als nachwachsenden ökologischen Rohstoff und als wichtige Grundlage für regionale Wertschöpfung in den ländlichen Regionen unseres Landes erhalten. Mit über 50.000 Beschäftigten im Bereich Forsten ist der Wald ein bedeutender Wirtschaftsfaktor in Rheinland-Pfalz.

Unsere Holzindustrie befindet sich wie viele andere Branchen in einem Umbruch. Wir wollen unsere Holzindustrie bei diesen Entwicklungsschritten mit gezielten Unterstützungsmaßnahmen begleiten, zum Beispiel im Rahmen des Holzbaclusters Rheinland-Pfalz. In diesem Zusammenhang wollen wir auch die Entwicklung neuer Methoden zur nachhaltigen, stofflichen Verwertung und langlebigen Nutzung fördern.

Nationalpark

Die Koalitionspartner bekennen sich zur Weiterentwicklung des Erfolgsprojekts Nationalpark Hunsrück-Hochwald. Mit den Instrumenten der Runden Tische verbessern wir die Kooperation der Nationalpark-Kommunen mit dem Ziel, den Nationalpark zu erweitern und stärken die Zusammenarbeit mit den Hochschulen.

Mit einem intelligenten, länderübergreifenden Verkehrslenkungskonzept sowie einer verbesserten Betreuung der Nationalparktore in kooperativen Trägerstrukturen und einer Aufwertung der Wanderparkplätze verbessern wir die touristische Attraktivität des Nationalparks.

Unser Nationalpark, das grenzüberschreitende Biosphärenreservat Pfälzerwald und die weiteren Naturparke im Land sind Juwelen für den naturnahen Tourismus. Wir wollen Regionalentwicklung, Klima- und Naturschutz besser mit der touristischen Nutzung vernetzen. Dafür fördern wir Leuchtturmprojekte, wie die Ausbildung von Kindern und Jugendlichen zu Junior-Ranger:innen.

Mit den „Bändern des Lebens“ sorgen wir für überregionale Biotopvernetzung zwischen unserem Nationalpark, den Schutzgebieten und den benachbarten Naturparks, wie zum Beispiel zwischen Hunsrück-Saar und Soonwald-Nahe. Unverzichtbar ist hier die Zusammenarbeit mit unseren Nachbarländern.

Forstliches Bildungszentrum

Unser Wald im Klimawandel steht vor vielfältigen Herausforderungen. Diese lassen sich nur bewältigen, wenn wir ein ganzheitliches Waldmanagement betreiben. Dazu zählt auch die Vermittlung von Kompetenzen und neuen Bildungsinhalten, die alle betroffenen Zielgruppen (Forstleute, Waldbesitzende, Naturschutz und Jäger:innen) weiter qualifiziert und so für die enorm gestiegenen Anforderungen befähigt. Das Kompetenzzentrum für forstliche Bildung (Forstliches Bildungszentrum Rheinland-Pfalz) leistet hierzu bereits in den Bereichen Ausbildung, Fortbildung und berufliche Weiterbildung für Rheinland-Pfalz und das Saarland einen großen Beitrag. Wir werden das Kompetenzzentrum für forstliche Bildung so stärken, dass die Qualifizierung der Verantwortungsträger:innen für unseren Wald erfolgreich fortgesetzt werden kann.

Jagd

Wir setzen uns dafür ein, die bestehenden Jagdgesetze und Verordnungen zu evaluieren und bedarfsgerecht weiterzuentwickeln. Dies erfolgt im Dialog mit den Verbänden. In diesem Zusammenhang wird auch die Entwicklung von Wildschäden in Wald- und Forstgebieten eine maßgebliche Bedeutung einnehmen. Auch streben wir eine Vereinfachung der Wildschadenabwicklung an. Das (quantitative/effektive) Management von Wildbeständen nimmt beim Schutz bestehender Forstgebiete sowie beim Erfolg von Wiederaufforstungen eine zentrale Rolle ein.

Darüber hinaus streben wir Veränderungen in den sogenannten rotwildfreien Gebieten in Rheinland-Pfalz an, um den Grundstückseigentümern mehr Mitspracherecht zu ermöglichen. Die Erfüllung der Abschusspläne ist erforderlich, um eine naturnahe Waldbewirtschaftung (Kalamitätsschäden/Naturverjüngung) durch die untere Jagdbehörde konsequent umzusetzen.

Die unteren Jagdbehörden werden angehalten, die Umsetzung der getroffenen Jagdvereinbarungen zu gewährleisten. Die Jagdgenossenschaften erhalten mehr Mitspracherecht bei Jagdzielen und Jagderfüllung. Die Wildbretvermarktung soll im zukünftigen System der Vermarktungsketten einen höheren Stellenwert einnehmen. Im Hinblick auf die Gefahren der Afrikanischen Schweinepest werden wir unser kontinuierliches Engagement ausbauen. Die Jagd ist ein wirkungsvolles Instrument des Wildtiermanagements.

Kreislaufwirtschaft, Ressourcenschutz und Umwelttechnologie

Reduzierung des Müllaufkommens – Kampagne „Müll nicht rum“ ausbauen

Die Koalition will die Kampagne „Müll nicht rum“ stärken und ausbauen, um Unternehmen und Kommunen bei der Reduzierung des Müllaufkommens zu unterstützen, u.a. auch im Bereich „Food-to-go“.

Das Bewusstsein der Verbraucher:innen für nachhaltiges Einkaufen wächst. Unverpackt-Läden, wo loses Obst und Gemüse sowie weitere Produkte ohne Verpackung erworben werden können, sind eine wichtige umweltbewusste Alternative.

Abgabe abgelaufener Lebensmittel an Foodsharing und Initiativen

Die Koalition setzt sich entschieden gegen massive Lebensmittelverschwendung ein. Wir wollen Supermärkte dazu anhalten, noch genießbare Lebensmittel an Hilfsorganisationen oder Initiativen weiterzugeben.

Ressourcenschonendes Wirtschaften

Die Koalition setzt sich auf Bundesebene für eine Stärkung der Kreislaufwirtschaft ein, u.a. durch die Verbesserung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes. Wir wollen die Wirtschaft darin bestärken, auf ressourcenschonende, schadstofffreie Verfahren und Verpackungen umzustellen. Die Koalition setzt sich außerdem für die Vermeidung des Carbon Leakage sowie für das Prinzip „Reparieren statt Wegwerfen“ ein, u.a. für Repair-Cafés.

Abfallwirtschaft

Die Koalition wird die Abfallwirtschaftspläne aktualisieren. Ein Ziel ist die Erhöhung der Recyclingquote von Kunststoffen und Verpackungen. Wir wollen flächendeckende Sortieranalysen an den einzelnen Verwertungsstandorten durchführen. Durch eine Verordnung wollen wir die Mikroplastikeinträge durch Folien, Gummis und Bindemittel in Klärschlamm, Komposten und Vergärungsanlagen verringern.

Auch auf Bundesebene setzen wir uns für eine verbesserte Recyclingquote und Ressourceneffizienz ein, v.a. durch eine Reform des Dualen Systems, eine Ressourcenabgabe und verbindliche Sanktionsmöglichkeiten in Abfallwirtschaftsplänen.

Die Koalition bekennt sich dazu, ausreichend Entsorgungskapazitäten für nicht recyclingfähige Bau- und Abbruchabfälle sicherzustellen. Die Deponiestudie des Landes hat gezeigt, dass Handlungsbedarf besteht. Wir unterstützen daher, in den Bereichen, in denen es regional Engpässe gibt, die Anstrengungen, Deponiekapazitäten auszuweiten. Die Koalition wird sich darüber hinaus dafür einsetzen, dass auch im Bau zunehmend Recyclingbaustoffe zum Einsatz kommen.

Bodenschutz/Altbergbau/PFC/Flächenschutz

Wir wollen die Altlastensanierung weiter vorantreiben. Die orientierenden Untersuchungen und die systematische Erfassung von Altstandorten müssen mit erhöhtem Ressourceneinsatz fortgesetzt werden. Die Sanierung von Böden, die mit per- und

polyfluorierten Chemikalien (PFC) verunreinigt wurden, stellt die Sanierungsverantwortlichen (v.a. die Grundstückseigentümer:innen) vor große Herausforderungen. In Rheinland-Pfalz ist eine nennenswerte Anzahl von gewerblich und militärisch genutzten oder in Konversion befindlichen Flächen betroffen. Der Umwelt- und Gesundheitsschutz gebietet es, möglichst rasch die erforderlichen Untersuchungen anzustellen und Sanierungspläne zu erstellen. Den unteren und oberen Bodenschutzbehörden kommt hierbei eine wichtige Rolle als Überwachungs- und Genehmigungsbehörden zu.

Um das Ziel Netto-Null Flächenverbrauch bis 2050 zu erreichen, muss der tägliche „Verbrauch“ (Neuinanspruchnahme) dauerhaft unter 1 Hektar liegen. Um die Flächenentsiegelung und ökologische Neugestaltung in den Kommunen zu fördern, wollen wir diese beratend bei der Erstellung von Entsiegelungskatastern sowie konkreten Entsiegelungsprojekte unterstützen.

Anwachsenden Risiken aus dem Altbergbau wollen wir systematisch, vorausschauend und vor allem effizient begegnen. Deswegen wollen wir ineffiziente Doppelstrukturen abbauen, stattdessen Kompetenzen des Landesamts für Geologie und Bergbau weiter stärken und dort die Zuständigkeit für den Altbergbau bündeln.

Bürger:innenfreundliche Müllentsorgung

Wir setzen uns für eine ökologisch nachhaltige und wirtschaftlich sinnvolle Abfallwirtschaftspolitik ein. Im Sinne des Kreislaufwirtschaftsgesetzes müssen Vermeidung und Verwertung den Vorrang vor der Beseitigung haben. Neben der Abfallvermeidung wollen wir den bisher erreichten technischen Standard bei der Müllverwertung weiterentwickeln. Darüber hinaus sollen technische Weiterentwicklungen und Effizienzsteigerungen im Bereich der Müllverwertung auch dafür genutzt werden, die Entsorgungsgebühren auf einem stabilen Niveau zu halten.

Grundsätzlich sollen die Kommunen selbst über ihre Müllentsorgungssysteme entscheiden können. Dabei muss allerdings auf die Bürger:innenfreundlichkeit und die Akzeptanz der Systeme vor Ort und deren Verwertungsquoten geachtet werden.

Gleichzeitig geben wir ein klares Bekenntnis für die bewährte Biotonne und das damit verbundene Abholssystem ab. Es hat sich gezeigt, dass dieses System in der Bevölkerung ein hohes Maß an Zuspruch erfährt.

Wir werden die regionale Verwertung biologischer Abfälle vorrangig in Biogasanlagen mit anschließender Kompostierung ausbauen.

Umweltechnologien für den Klima- und Umweltschutz stärken

Rheinland-Pfalz ist Pionier-Land in Umweltechnologien. Der Umweltcampus in Birkenfeld ist mit seiner herausragenden Expertise in den Bereichen Umwelttechnik und Umweltwirtschaft eine Erfolgsgeschichte in Rheinland-Pfalz mit bundesweiter Strahlkraft. Wir werden seine Weiterentwicklung als international renommierter Campus in Sachen Nachhaltigkeit weiterhin positiv unterstützen.

Mit dem Ecoliance Rheinland-Pfalz e.V. wurde eine einzigartige Kooperationsplattform zwischen Wissenschaft und Wirtschaft geschaffen. Damit soll der Wissens- und Technologietransfer in der Klima-, Energie- und Mobilitätswende sowie beim Ausbau der

intelligenten Sektorkopplung gestärkt werden. Dies wollen wir im Einklang mit den Förderinstrumenten des „European Green Deal“ gestalten.

Immissionsschutz

Gewerbeaufsicht

Die aktuelle Corona-Pandemie hat den Bedarf an einer funktionierenden Gewerbeaufsicht im Land nochmals verdeutlicht. Wir setzen die gesetzlichen Anforderungen des Bundes und der EU beim Arbeits- und Umweltschutz um.

Um die entsprechenden Prozesse möglichst effizient für Unternehmen und Aufsichtsbehörden auszugestalten sowie den Wissenstransfer von erfahrenen zu neuen Mitarbeiter:innen im Rahmen eines strukturierten Nachfolgemanagements zu unterstützen, soll ein Pilotprojekt zur Digitalisierung und datenbankbasierten Schnittstellenentwicklung unter Einbindung von Industrie- und Branchenverbänden sowie Gewerkschaften initiiert werden.

Vor dem Hintergrund der Bundes- und EU-rechtlichen Anforderungen muss das Land zukünftig eine einheitliche Zulassung und Marktüberwachung für Non-Food-Produkte auch im Onlinehandel sicherstellen. Die Notwendigkeit dazu wurde zuletzt beim Onlinevertrieb von Atemschutzmasken besonders deutlich. Im Rahmen eines Prüfauftrags sollen die erforderlichen Strukturanpassungen ressortübergreifend erarbeitet werden.

Vorsorgender Umweltschutz

Die Koalitionäre bekennen sich zu dem Prinzip des „Vorsorgenden Umweltschutzes“. Dies bedeutet konkret, dass wir im Sinne der gemeinsamen Interessen proaktiv die entsprechenden Handlungsfelder im Immissions- und Arbeitsschutz transparent und verlässlich planbar für Bürger:innen, Kommunen, Verwaltungen und Wirtschaft gestalten wollen.

Umsetzung Lärmschutz

Mit dem Ziel, dass für alle Kommunen in Rheinland-Pfalz eine einheitliche Lärminderungsplanung erfolgen kann, streben wir in Ergänzung zur Lärmkartierung nach EU-Umgebungslärmrichtlinie die Erstellung eines „Lärmatlas Rheinland-Pfalz“ als konkrete Planungsgrundlage für unsere Kommunen an.

Die Koalitionäre setzen sich auf Bundesebene dafür ein, dass das Mittelrheintal im Zusammenhang mit der Bundesgartenschau zum Pilotgebiet für weitere Maßnahmen des Bundes zur Reduzierung des Schienenverkehrslärms und zur Entwicklung sowie Umsetzung verbindlicher Grenzwerte für Bestandsstrecken erklärt werden soll.

Um die Lärmbelastung der Bevölkerung in der Nähe von Flughäfen transparent zu machen und entsprechende Lärmschutzmaßnahmen gezielt umsetzen zu können, soll eine kontinuierliche Lärmkartierung in den entsprechenden Gebieten erfolgen. Dabei soll auch unter wissenschaftlicher Begleitung die Wirkung des Fluglärms in Kumulation mit weiteren etablierten Lärmquellen bewertet werden.

Luftreinhaltung

Im Rahmen des „European Green Deal“ wird die EU-Kommission die Luftqualitätsstandards stärker an den Vorgaben der WHO ausrichten. Um die Luftqualität diesbezüglich weiter verbessern zu können, planen wir den zukunftsfähigen und effizienten Ausbau unseres ZIMEN-Messnetzes, z.B. durch die Installation von sogenannten NO₂-Passivsammlern nach BImSchV.

Ultrafeinstaubbelastung

Insbesondere im Einzugsbereich des Frankfurter Flughafens besteht ein substanzieller Bedarf, die Realbelastung durch Ultrafeinstaub für die Anwohner:innen transparent zu machen. Da aktuell keine gesetzlich definierten Grenzwerte und Messverfahren für Ultrafeinstaub vorliegen, unterstützen wir den Ansatz, eine Kooperation mit der entsprechenden hessischen Initiative des hessischen Landesamtes für Naturschutz anzustreben, um die dortige Belastungsstudie auf die angrenzenden rheinland-pfälzischen Gebiete auszuweiten.

Immissionsschutz

Die Koalitionäre streben bei der Umsetzung des Immissionsschutzes effiziente, transparente und planungssichere Genehmigungsprozesse an. Dafür sind einheitlich verbindliche und unter Einbindung der betroffenen Behörden, Fachexpert:innen und Verbände erstellte Leitfäden ein wesentliches Instrument. Zu deren Erarbeitung und kontinuierlichen Weiterentwicklung sollen regelmäßig tagende Runde Tische für landesweit relevante Genehmigungstatbestände eingerichtet werden. Bei diesen sollen Rahmenbedingungen, Bearbeitungs- und Verlaufszeiten, Ablehnungsgründe, Umsetzungshemmnisse und Optimierungsoptionen transparent erörtert werden.

Kerosinablass – Bund muss tätig werden!

Rheinland-Pfalz ist vom Fuel-Dumping in besonderem Maße betroffen, vor allem über der Pfalz und dem Biosphärenreservat Pfälzerwald wurde häufig Kerosin abgelassen. Um den Umwelt- und Gesundheitsschutz zu gewährleisten, sind vorsorgende Maßnahmen zwingend erforderlich. Auf Drängen des Landes Rheinland-Pfalz wurde das Umweltbundesamt mit der Erstellung einer umfassenden wissenschaftlichen Bewertung beauftragt, die kürzlich vorgelegt wurde. Darin werden konkrete Vorschläge unterbreitet, wie die flugverkehrsrechtlichen Anweisungen überarbeitet werden sollten: Durch die Zuweisung alternierender Lufträume und die Erhöhung der Flughöhe für den Ablass von bisher 6.000 auf 10.000 Fuß könnten rasch Verbesserungen erzielt werden. Da das Bundesverkehrsministerium sich bislang weigert, diesem Expert:innenrat nachzukommen, werden wir den politischen Druck aufrechterhalten.

3. Innovationsvorreiter Rheinland-Pfalz

Wirtschaft

Nachhaltig, stark, sozial gerecht – Wir machen Rheinland-Pfalz zum Gewinner der Transformation

Die Unternehmen, das Handwerk, die Selbstständigen sowie die Arbeitnehmer:innen in Rheinland-Pfalz legen die Grundlage unseres Wohlstands. Wir wollen mit einer starken Sozialpartnerschaft dafür sorgen, dass Rheinland-Pfalz ein nachhaltiges Industrieland mit Zukunft bleibt und die vielfältigen Transformationsprozesse gut gestaltet. Wir wissen um die Stärken unseres Mittelstands und unseres Handwerks. Kleine und mittelständische Unternehmen stellen den größten Teil der Arbeitsplätze in Rheinland-Pfalz. Wir werden die Rahmenbedingungen für alle Unternehmen weiter verbessern und ein wirtschaftsfreundliches Klima schaffen, damit diese auch in Zukunft erfolgreich sein können. Gemeinsam werden wir den Wandel zu innovativen Produkten und klimaneutralen Wirtschaftsweisen gestalten. Dabei formulieren wir einen klaren Anspruch: Unsere Wirtschaft ist Vorreiter bei Zukunftstechnologien.

Sozial-ökologische Transformation – Innovationskraft und Sicherheit in Zeiten des Wandels

Wir wollen die rheinland-pfälzischen Unternehmen und ihre Beschäftigten zu den Gewinner:innen der Transformation in unserer Sozialen Marktwirtschaft machen und dabei auch unserer ökologischen Verantwortung gerecht werden. Wir bekennen uns klar zum Erhalt des Industriestandortes Rheinland-Pfalz und erachten die Wirtschaft als wichtigen Partner auf dem Weg zur Klimaneutralität. Wir unterstützen sie und ihren Einsatz durch weitreichende Maßnahmen und Innovationsimpulse, da die internationale Wettbewerbsfähigkeit rheinland-pfälzischer Unternehmen in hohem Maße durch deren Innovationskraft bestimmt wird. Von daher gilt es, die Instrumente der Innovations- und Technologiepolitik des Landes weiter auszubauen und entsprechend den Bedarfen der rheinland-pfälzischen Unternehmen – und hier insbesondere der KMU – qualitativ und quantitativ auszurichten.

Wir wollen das innovations- und forschungsfreundliche Umfeld in Rheinland-Pfalz ausbauen. Dabei sollen die Chancen neuer Technologien für die Gesellschaft noch stärker in den Vordergrund gerückt werden. Gerade die schnellen Erfolge in Rheinland-Pfalz bei der Entwicklung eines Impfstoffs gegen COVID-19 zeigen eindrucksvoll, was Forschung und Entwicklung zur Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen leisten. Es handelt sich hierbei um eine umfassende und gemeinsame Aufgabe von Wirtschaft, Wissenschaft und Bildung.

Rheinland-Pfalz verfügt mit dem Transformationsrat bereits über ein wichtiges Gremium zur Gestaltung des Wandels, das wir weiter stark nutzen wollen. Unter Einbeziehung des Rats wollen wir Weiterbildung, Forschung und Förderprogramme in unserem Land konsequent auf die Herausforderungen der Transformation ausrichten.

Zur gezielten Unterstützung der rheinland-pfälzischen Unternehmen in der Transformation planen wir eine Innovations- und Transformationsagentur Rheinland-Pfalz als

operatives innovationspolitisches Umsetzungsorgan. Fokussiert auf die technologischen Bedarfe und Herausforderungen der rheinland-pfälzischen Wirtschaft, insbesondere der KMU, wird diese Agentur als gemeinsame Einrichtung der Landesregierung erste Anlaufstelle, Impulsgeber sowie Innovations- und Transferplattform sein. Durch die Innovations- und Transformationsagentur erhalten Unternehmen in industriellen Leitbranchen des Landes einen verbesserten Zugang zu Forschungsergebnissen. Die Agentur leistet somit einen Beitrag zur Stärkung der Innovationskraft des Standorts und sichert zukünftige Wertschöpfung und Arbeitsplätze in Rheinland-Pfalz.

Unterstützung von Schlüsselbranchen und Wertschöpfungsnetzwerken

Wir wollen uns der nachhaltigen Unterstützung von Schlüsselbranchen und Wertschöpfungsnetzwerken der Innovation widmen. Die für Rheinland-Pfalz essentiellen Wirtschaftsbereiche Automobil- und Nutzfahrzeugindustrie, Chemie, Biotechnologie, Maschinenbau und Industrie 4.0 im Rahmen der Smart Factory, Medizin und Pharma sollen in ihrer Innovationskraft weiter gestärkt werden. Zukunftstechnologien wie Künstliche Intelligenz, 3D/4D-Druck, die Fortführung der 5G-Mobilfunkforschung, Umwelttechnologie und Campusnetze sowie Quantentechnologie werden hier eine wesentliche Rolle spielen. Unsere Innovations- und Technologiepolitik wird weiterhin dem Grundsatz der Branchenoffenheit und Technologieneutralität folgen.

Im Einklang mit den Handlungsfeldern und Clusterschwerpunkten der regionalen Innovationsstrategie (RIS) unterstützen wir einen ambitionierten Ansatz zur Weiterentwicklung der Standortfaktoren und Sicherung der Attraktivität der rheinland-pfälzischen Innovationslandschaft, indem ein neuartiges Zentrum zur Förderung von Unternehmensgründungen und des Wissens- und Technologietransfers zwischen Wirtschaft und Wissenschaft am Standort Kaiserslautern geschaffen wird.

Schnittstellen zwischen Unternehmen, Hochschulen und Forschungsinstituten weiterentwickeln

Um in der Transformation an der Spitze zu bleiben, müssen Unternehmen aller Branchen und Größenklassen Zugang zum neuesten Stand der Forschung haben. Dazu braucht es die passenden Schnittstellen zwischen Unternehmen, Hochschulen und Forschungsinstituten. Die wollen wir umfassend weiterentwickeln und neue Möglichkeiten schaffen, um in Forschungsk Kooperationen Wissenstransfer auch für kleine Betriebe niedrigschwellig zu ermöglichen. Hier wollen wir mit „Forschungsgutscheinen“ wichtige Impulse setzen. Um den Wissenstransfer weiter zu optimieren, werden wir die bestehende Cluster-Landschaft mit dem Ziel der Stärkung von Schlüsseltechnologien unter dem Gesichtspunkt ihres Beitrages zur Transformation evaluieren und bedarfsgerecht neu ausrichten. Das erfolgreiche Zusammenwirken des Kompetenzzentrums Mittelstand 4.0, der Smart Factory, dem Institut für Technologie und Arbeit (ITA) an der TU Kaiserslautern und der dort ansässigen Forschungsinstitute wollen wir weiter stärken. Mit diesen Einrichtungen sind wir deutschlandweit Wegbereiter und Vorreiter in Sachen Industrie 4.0.

Gute Bedingungen für Start-ups

Technologieorientierte Unternehmen und Start-ups sollen sich unter hervorragenden Standortbedingungen weiter gut entwickeln können und den digitalen Wandel nicht nur bewältigen, sondern gestärkt mit neuen Geschäftsfeldern und Wachstumsimpulsen daraus hervorgehen. Die Ausstattung der Unternehmen mit Wagniskapital wird hierzu

ebenso verbessert und ausgeweitet wie die einzelbetriebliche Innovations- und Technologieförderung. Ebenso werden wir Unternehmen in der Phase der Transformation unterstützen und begleiten.

Wir werden in Ergänzung zum Innovationsfonds Rheinland-Pfalz I und II einen Wachstumsfonds Rheinland-Pfalz auflegen, in dem neben dem Land auch private Investor:innen Kapital für Start-ups in der Wachstumsphase bereitstellen.

Start-ups steht eine hervorragende Infrastruktur in den Technologiezentren des Landes zur Verfügung, deren Profilbildung geschärft und durch inhaltliche Schwerpunktsetzungen gestärkt werden soll. Damit wollen wir gleichzeitig die Unterstützung technologieorientierter Netzwerke und Cluster sowie der Digital Hubs in Rheinland-Pfalz intensivieren, um den Prozess der digitalen Transformation in der Wirtschaft weiter begleiten zu können. Unser Ziel besteht darin, die Erfolgsgeschichte von Start-ups und erfolgreich wachsenden Unternehmen weiter fortzuschreiben.

In diesem Zusammenhang wollen wir erfolgreiche Programme wie den „DigiBoost“, die rheinland-pfälzische KMU in der digitalen Transformation unterstützen, beibehalten und die Förderkulisse branchenübergreifend ausgestalten.

Ebenso sollen in enger Abstimmung mit den Kammern die Digitalisierungsberater insbesondere kleinen und mittelständischen Unternehmen Chancen der Digitalisierung aufzeigen und Unterstützung bei der Umsetzung digitaler Strukturen bieten.

Zügige Genehmigungen und aktive Ansiedlungspolitik

Besonders unsere Industriebetriebe sind auf zügige Genehmigungsverfahren angewiesen. Im Sinne einer aktiven Ansiedlungspolitik sind die Verkürzung von Bearbeitungszeiten von Förderanträgen und die Beschleunigung von Genehmigungsprozessen wichtige Hebel. Hier wollen wir eine neue Initiative auf Bundesebene ergreifen. Im Gestaltungsbereich des Landes wollen wir vermeidbare bürokratische Hürden insbesondere in Fragen der Standorterweiterung weiter abbauen. Bürokratieabbau gerade für kleine und mittlere Unternehmen bleibt eine Daueraufgabe für die Landesregierung.

Biotechnologiestandort Mainz

Zudem wollen wir den Biotechnologiestandort Mainz mit dem Aufbau geeigneter Räumlichkeiten für Gründer:innen unterstützen und damit die bereits vorhandenen Kompetenzen und die weltweit wahrgenommene Wirtschaftskraft nutzen, um den Bio-tech-Standort zu stärken. Zu diesem Zweck streben wir an, das Technologiezentrum Mainz zu einem Zentrum für Start-ups aus der Biotechnologie weiterzuentwickeln.

Klimaschutz und Versorgungssicherheit – Wasserstoff für Nutzfahrzeuge und Industrie strategisch nutzen

Energieversorgung und Verkehrssektor sind wichtige Hebel zur Dekarbonisierung der Wirtschaft. Gleichzeitig ist Versorgungssicherheit unerlässlich. Auf dem Weg zur CO₂-neutralen Wirtschaft gelten für uns daher zwei Prinzipien: Planungssicherheit durch verbindliche, transparente Vorgaben sowie Offenheit bei der Förderung klimafreundlicher Technologien.

Vor diesem Hintergrund wollen wir Wasserstoff als sektorenübergreifenden Energieträger im Rahmen einer rheinland-pfälzischen H2-Strategie in allen Wirtschaftsbereichen voranbringen. Unser Ziel ist die ausschließliche Nutzung von CO₂-freiem Wasserstoff.

Es ist unser Ziel, Unternehmen für den Standort Rheinland-Pfalz zu gewinnen. Anknüpfend an die bereits in Gang gebrachte Entwicklung im Bereich der Nutzfahrzeugtechnologie sehen wir einen Entwicklungsstrang im Bereich der Antriebe für Lasttransporte auf der Straße, der Schiene, dem Wasser oder in der Luft. Hier muss die natürliche Schnittstelle zum Bereich der batterieelektrischen Antriebe genutzt werden.

Auch in anderen Bereichen wollen wir das bestehende technologische Knowhow und die vorhandenen Aktivitäten von Unternehmen und Forschungseinrichtungen am Standort Rheinland-Pfalz heben und alle sich ergebenden Synergien systematisch nutzen. Wir werden daher eine Landeswasserstoffstrategie entwickeln, die nicht nur die Eigenerzeugung von grünem Wasserstoff voranbringt, sondern auch die verschiedenen relevanten Nutzungsfelder in den Fokus nimmt.

Vor dem Hintergrund der wachsenden Bedeutung der Batteriezellproduktion für Rheinland-Pfalz wollen wir die Potenziale des Batteriezellrecyclings als Zukunftstechnologie gemeinsam mit der Branche prüfen.

Wachstumsmärkte Kultur-, Kreativ- und Digitalwirtschaft und Games

Die Kultur- und Kreativwirtschaft hat sich zu einem dynamischen und wachsenden Wirtschaftszweig entwickelt. Zusammen mit der digitalen und Gameswirtschaft ist sie ein Schwerpunkt unserer Mittelstandspolitik und stark von technologischen Entwicklungen getrieben.

Wir unterstützen die Kultur-, Kreativ- und Gameswirtschaft bei der digitalen Transformation durch Zugänge zu Fördertöpfen und nichtstaatlicher Finanzierung, sowie durch Unterstützung beim Aufbau eines „Kreativnetzwerks Rheinland-Pfalz“ zur Förderung gegenseitigen Wissenstransfers innerhalb der Branche. Auf europäischer Ebene wollen wir uns für die Weiterentwicklung der rechtlichen Rahmenbedingungen im Zeitalter der Digitalisierung im Sinne der Kreativwirtschaft einsetzen und so ein modernes, aber gleichzeitig schützendes Urheberrecht ermöglichen.

Games-Branche als Säule des wirtschaftlichen Wachstums

Computer- und Videospiele sind Kulturgut, Innovationstreiber, Wirtschaftsfaktor und Bildungsbeschleuniger mit enormen Wachstums- und Umsatzraten. Technologien und Mechanismen der Gameswirtschaft finden heute weit über den Kultur- und Unterhaltungssektor hinaus Anwendung, beispielsweise in der Automobilindustrie, bei Banken, Versicherungen, der Pharmaindustrie und im Gesundheitswesen.

Rheinland-Pfalz ist mit zahlreichen gamesbezogenen Studiengängen ein führender Hochschul- und damit Ausbildungsstandort für Berufe rund um die Gamesbranche. Renommierete Unternehmen der Branche sind hier tätig. Diese Bedeutung wollen wir noch konsequenter in der Wirtschaftspolitik abbilden.

Das Software-/Gamesforum „GameUP! Rheinland-Pfalz“, das Designforum „DESCOM“ und das „Film- und Medienforum Rheinland-Pfalz“ fördern wir daher weiterhin.

Aufenthaltsqualität und Wertschöpfung – Innenstädte und Handel in unseren Orten unterstützen

Ausgelöst durch die Digitalisierung und einen Wandel unseres Einkaufsverhaltens und beschleunigt durch die Corona-Pandemie, stehen Innenstädte sowie auch Innenbereiche kleinerer Kommunen, Gastronomie und stationärer Einzelhandel massiv unter Druck. Dies macht zügige Maßnahmen zur Stärkung erforderlich. Die Koalition eint das Ziel, unsere Innenstädte und innerörtlichen Bereiche gestärkt aus der aktuellen Phase der Krise hervorgehen zu lassen.

Daher wollen wir Innenstädte mit ihrem Einzelhandel, ihrer Gastronomie, ihren Dienstleistungsbetrieben und ihren Kulturschaffenden sowohl mit dem Instrument der Städtebauförderung als auch mit Wirtschaftsförderungsmitteln gezielt und entschlossen in ihrem Wandel unterstützen und sie ermutigen, neue Wege zu gehen.

Eine gute Aufenthaltsqualität im Umfeld von Geschäften und Gastronomie soll unsere Innenstädte zu beliebten Treffpunkten machen.

Mit dem novellierten LEAPG wurden in der letzten Legislaturperiode die Voraussetzungen geschaffen, nun auch in Rheinland-Pfalz erfolgreich Business Improvement District-Projekte umzusetzen. In enger Abstimmung mit den Kammern und den kommunalen Spitzenverbänden sollen derartige Projekte begleitet und flankierende Förderatbestände geprüft werden.

Faire Vergabe und Beschaffung

Als großer Auftraggeber hat das Land Rheinland-Pfalz eine Vorbildfunktion bei der Vergabe und Beschaffung öffentlicher Güter und Dienstleistungen.

Wir wollen das öffentliche Vergaberecht modernisieren, sozial, regional und ökologisch.

Gründungen und Unternehmensnachfolge

Wir wollen Rheinland-Pfalz zum Spitzenland für Unternehmensgründungen machen. Dafür werden wir Gründer:innen verstärkt unterstützen und die Voraussetzungen für ihren Erfolg schaffen. Eine lebendige Gründungskultur schafft Innovation und bringt berufliche Perspektiven sowie regionale Entwicklung und Wertschöpfung. Insbesondere wollen wir den globalen Megatrends der Digitalisierung, Nachhaltigkeit, Mobilität sowie dem demografischen Wandel gezielt begegnen.

Wir wollen Gründer:innen die Unterstützung geben, die sie brauchen. Mit der Entwicklung von Accelerator-Programmen (u.a. Coachings, Mentorings, Finanzierung und Netzwerkentwicklung) werden wir diesen Beitrag leisten. Mit der Start-up-Initiative „Produktion“ werden wir Spin-offs oder Neugründungen im Bereich der innovativen Industrieproduktion stärken. Im Rahmen bestehender Förderprogramme wollen wir besonders Start-ups mit dem Fokus auf Umwelt- und Zukunftstechnologien fördern, um

somit den globalen Herausforderungen durch Umwelt- und Klimafolgeschäden zu begegnen.

Durch die bereits geplante Einrichtung einer Gründungsleitstelle sollen Gründer:innen noch gezielter unterstützt werden. Vor allem gilt es dabei, das Gründungspotenzial von Frauen zu heben und sie über Qualifizierungsangebote, spezielle Förderungen und Vernetzungsstellen umfassender zu informieren.

Wer Gründungen fördern will, muss auch die Menschen hinter den Gründungen mit Blick auf existenzielle und wirtschaftliche Risiken entlasten. Wir wollen daher die Entwicklung eines Stipendienprogramms für Gründer:innen fortführen, durch das sie finanziell und beratend über den Zeitraum eines Jahres unterstützt werden sollen.

Das Förderprogramm „Start-up innovativ“ hat sich nach einer zweijährigen Pilotphase in der Gründungslandschaft etabliert. Aufbauend auf die erfolgreiche Entwicklung der geförderten Start-ups und als wirkungsvolle Begleitung zwischen Gründungsstipendium und Wagniskapital wie dem Innovationsfonds II, wollen wir „Start-up innovativ“ dauerhaft im Förderangebot verankern.

Weiterentwicklung des Innovationsfonds

Für die Rekrutierung von privatem Wagniskapital und Geldern von privaten Venture Capital-Gesellschaften werden wir gezielt Netzwerkaktivitäten verstärken.

Um den großen Bedarf an niederschweligen Finanzierungsangeboten in der Inkubationsphase zu decken und Gründungsvorhaben mit deutlichen Potenzialen beschleunigt zu ermöglichen, werden wir die Weiterentwicklung des Innovationsfonds II hin zu einem gemischten Wagniskapitalfonds prüfen, in den neben öffentlichen auch private Mittel einfließen können. Damit sollen die Finanzierung der frühen Phase sowie Aktivitäten der Business Angels gestärkt werden. Die Koalitionspartner wollen hierzu gezielt Akteur:innen aus der rheinland-pfälzischen Industrie und dem Mittelstand (u.a. aus den Bereichen der Umwelttechnologie, Games, Gesundheit und Biotechnologie) gewinnen und an der Entwicklung beteiligen.

Das Beratungsangebot des rheinland-pfälzischen Mittelstandslotsen soll fortgesetzt werden.

Nicht jede Idee funktioniert beim ersten Versuch und so manches Leuchtturmprojekt führt erst über Umwege zum Erfolg. Deshalb braucht es faire Spielregeln bei einem Misserfolg, eine Gründungskultur der zweiten und dritten Chance und keine Stigmatisierung.

Frauen als Gründerinnen – Entrepreneurship-Preis

Wir wollen Frauen ermutigen und unterstützen, die neue Unternehmen und Start-ups gründen. Mit einem Entrepreneurship-Preis des Landes wollen wir erfolgreiche Gründerinnen gesellschaftlich stärker in den Fokus rücken und so Lust auf eigene Gründungen machen. Beratungsprogramme, Förderangebote und vor allem auch Finanzierungsinstrumente sollen so ausgestaltet werden, dass sie Gründerinnen gezielt unterstützen.

Außenwirtschaft und Standortmarketing

Wir sind uns des wichtigen Erfolgsfaktors Außenwirtschaft für den Wohlstand und die Beschäftigung in Rheinland-Pfalz bewusst. Das hohe Niveau der rheinland-pfälzischen Aktivitäten in diesem Bereich, auch vor dem Hintergrund neuer Technologien beispielsweise aus den Bereichen Biotechnologie, Umwelttechnik und Ressourceneffizienz, wollen wir fortführen und unterstützen.

Wir werden die etablierten Maßnahmen der Außenwirtschaft, wie Wirtschaftsreisen, Messebeteiligungen und Fachseminare im Ausland, die gerade für exportorientierte kleine und mittlere Unternehmen aus Rheinland-Pfalz von außerordentlich großer Bedeutung sind, weiterentwickeln. Die Wirtschaftsrepräsentanzen haben sich für die Unterstützung des Markteintritts bewährt und werden zukunftsorientiert ausgebaut. Gerade für die Zeit in und nach der Corona-Pandemie werden wir so Unternehmen auf den Auslandsmärkten verstärkt unterstützen und dabei neben den etablierten Präsenzformaten bereits erfolgreich praktizierte, virtuelle Möglichkeiten zukunftsorientiert nutzen.

Investitionen aus dem In- und Ausland sind ein bedeutender Faktor für Wachstum, Wertschöpfung, Arbeitsplätze und Wohlstand in Rheinland-Pfalz. Um die Position des Landes im nationalen und internationalen Wettbewerb weiter zu verbessern, werden wir die Wirtschaftsstandortmarke „Rheinland-Pfalz.Gold“ fortführen und weiterentwickeln. Ziel ist es, das Image von Rheinland-Pfalz als innovativem, nachhaltigkeitsorientiertem und attraktivem Wirtschaftsstandort zu schärfen und Investor:innen und Fachkräfte zu gewinnen.

Gesundheitswirtschaft

Wir sehen die Gesundheitswirtschaft als einen bedeutsamen Wachstumsfaktor für Rheinland-Pfalz. Hierbei bestehen nicht nur große Potentiale in den Kernbereichen der ambulanten und stationären Versorgung, sondern auch in direkten Bereichen wie dem Gesundheitshandwerk, der Medizintechnik oder der medizinischen Biotechnologie. Die Gesundheitswirtschaft orientiert sich an den konkreten Bedürfnissen der Menschen. Deshalb sollen auch künftig Projekte zum Anschub von technischen Innovationen zum längeren Leben im eigenen Zuhause, dem Gesundheitstourismus und in den Bereichen Sport und Ernährung gestaltet werden.

Innovative Rohstoffwirtschaft

Bei der Rohstoffwirtschaft wollen wir den fairen Interessensausgleich im Rahmen des Rohstoffdialogs weiter fortführen, um langfristige, innovative, nachhaltige und konsensfähige Rohstoffabbau und -sicherung zu gestalten.

Fachkräfte im Handwerk stärken

Das Handwerk ist für den Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz mit all seinen Facetten von besonderer Bedeutung. Wir wollen in den kommenden Jahren Handwerk, Unternehmer:innen und Beschäftigten gute Rahmenbedingungen bieten, um deren Anpassungs- und Innovationsfähigkeit weiter zu stärken.

Kleine und mittlere Handwerksbetriebe tragen darüber hinaus zu einer nachhaltigen und regionalen Wertschöpfung bei. Die Koalitionspartner wollen das Handwerk als bedeutsamen Wirtschaftszweig und volkswirtschaftlich stabilisierenden Faktor sichern sowie seine Wettbewerbsfähigkeit, insbesondere durch Ausgleich von betriebsgrößenbedingten Nachteilen und Abbau von bürokratischen Belastungen, erhalten. Sie stärken die Anpassungsfähigkeit und Innovationskraft der Handwerksbetriebe und unterstützen insbesondere das Handwerk durch einen entsprechenden Ordnungsrahmen, wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen sowie eine bedarfsgerechte passgenaue Förderkulisse. Die Wertschätzung des Handwerks mit seiner Bedeutung in der Region und für die Region stehen im Zentrum der Wirtschaftspolitik.

Die erfolgreiche Einführung des Aufstiegsbonus in Rheinland-Pfalz, mit dem die Leistung von Meister:innen sowie Absolvent:innen anderer Fortbildungsabschlüsse honoriert wird, wollen wir konsequent in Korrelation mit der Fortentwicklung des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes (AFBG) weiterentwickeln.

Digitalisierung im Handwerk

Der digitale Wandel stellt große Herausforderungen für Handwerksbetriebe dar. Sie weiterhin bei dem notwendigen Innovationstransfer zu unterstützen, ist Ziel der Koalition. Sie setzt ihre Bemühungen fort, die Attraktivität der handwerklichen Berufe der breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen. Die Arbeit der Meister:innen, die Ausbildung und das Know-how der Fachkräfte sowie der große Einsatz der Betriebsinhaber:innen garantieren hochwertige Qualitätsarbeit „Made in Rheinland-Pfalz“.

Um die Rahmenbedingungen des Handwerks weiter zu verbessern, will die Koalition mit dem „HandwerksDialog“ den Austausch intensivieren. Im Dialog sollten die Zukunftsthemen Fachkräftesicherung, Digitalisierung und Innovationstransfer, Klimawandel, Wasser- und Energieversorgung erörtert und Lösungsansätze entwickelt werden, um den Stellenwert und den Beitrag von Handwerksbetrieben in der Gesellschaft zu verbessern. Die Erkenntnisse des Kompetenzzentrums Digitales Handwerk sind dabei für den Bereich der Digitalisierung und des Innovationstransfers von besonderer Bedeutung.

Wir wollen in den kommenden Jahren dem Mittelstand in Rheinland-Pfalz und damit dem Handwerk ein innovatives Umfeld bereiten, um Wertschöpfungsnetzwerke zu ermöglichen und neue Wege der Kooperation zu gehen. Das „Internet of Things“ sowie die Künstliche Intelligenz werden die Entwicklung der Prozesse im Handwerk weiterhin vorantreiben.

Die exzellenten beruflichen Bildungsstätten bieten hier einen An Schub für die notwendige Transformation in die Unternehmen. Dies gewährleistet hochqualifiziertes Personal in den Unternehmen und sichert ein nachhaltiges Wirtschaften.

Die Digitalisierungsberater:innen der Kammern werden als Schnittstelle zu den Betrieben weiterhin einen wichtigen Beitrag bei dieser Transformation leisten, damit ein abgestimmtes System des koordinierten Wissenstransfers unterstützt wird.

Duales Ausbildungssystem als Standortvorteil

Das duale Ausbildungssystem ist unser Standortvorteil und von zentraler Bedeutung für die Fachkräftegewinnung. Gemeinsam mit allen Partner:innen investieren wir in die

Qualität der beruflichen Bildung an allen Lernorten. Dazu gehören die bedarfsgerechte Förderung der technischen Ausstattung der Berufsschulen und der überbetrieblichen Bildungsstätten genauso wie die kontinuierliche Qualifizierung von Berufsschullehrkräften sowie Ausbilder:innen in den Betrieben und in den überbetrieblichen Bildungsstätten. Wir stehen auch kreativen zeitgemäßen Modellen bei der dualen Ausbildung offen gegenüber und wollen die Chancen daraus nutzen.

Die Transformation, die Verknüpfung von Innovation, Digitalisierung, modernsten Technologien, Nachhaltigkeit und attraktiven Arbeitsbedingungen in der Arbeitswelt gelingt nur durch das Zusammenwirken verschiedener Partner in der beruflichen Aus- und Weiterbildung.

Beste Voraussetzung hierfür bietet die intensivere Vernetzung der Lernorte. Das Zusammenwirken der Ausbildung im Betrieb, mit den Berufsschulen und den überbetrieblichen Berufsbildungsstätten soll im Rahmen von Lernortkooperationen vor dem Hintergrund des effizienten Einsatzes von Ressourcen gestärkt und weiterentwickelt werden.

Die berufsbildenden Schulen und vor allem die Berufsschule als ihr Kernbildungsgang sind zentraler Partner in der dualen Ausbildung. Um die Berufsschule demografiefest weiterzuentwickeln und Fachklassen in der Fläche zu sichern, werden wir die Innovationsmöglichkeiten der Digitalisierung des Berufsschulunterrichtes konsequent weiterentwickeln. Im Bereich der beruflichen Bildung ermöglichen digitale Bildungsangebote eine hoch qualifizierte Ausbildung vor Ort statt langer Wege zu zentralisierten Fachklassen.

Wir streben über verstärkte Anreize, Beratung und Öffentlichkeitsarbeit einen Ausgleich von Ausbildungsangebot und -nachfrage an und wollen die duale Ausbildung landesweit stärken. Dazu wollen wir es durch konsequente Berufsorientierung vor allem in Schulen und Betrieben sowie durch frühzeitige individuelle Förderung schaffen, dass möglichst jeder junge Mensch einen Schulabschluss und eine berufsqualifizierende Berufsausbildung erreicht. Gleichmaßen wollen wir zusammen mit den Kammern und den Agenturen für Arbeit die Zahl der ausbildungsaktiven Betriebe erhöhen und die Ausbildungsbetriebe dabei unterstützen, ihre Ausbildungsplätze mit passenden Bewerber:innen zu besetzen. Hierfür wollen wir die Instrumentarien noch besser aufeinander abstimmen und gezielt optimieren. Förderinstrumente und Initiativen sollen einen Anreiz zum Ausgleich von Ausbildungsangebot und -nachfrage schaffen und die Attraktivität der dualen Bildung steigern.

In der Berufs- und Studienorientierung wollen wir zwei zusätzliche Schwerpunkte setzen: Wir wollen zum einen mehr junge Frauen für gewerblich-technische Ausbildungsberufe und naturwissenschaftliche Studiengänge gewinnen und die Aktivitäten hierfür übergreifend intensivieren. Wir verstehen dies auch als einen Beitrag gegen den Gender-Pay-Gap, weil in diesen zukunftssträchtigen Berufen besonders gute Verdienstmöglichkeiten bestehen. Zum anderen informieren wir Eltern als wichtige Entscheidungsbegleiter ihrer Kinder über die verschiedenen Bildungsoptionen nach der allgemeinbildenden Schule, insbesondere über die Vorteile des dualen Berufsbildungswegs.

Fort- und Weiterbildung mit der Innovationsförderung verzahnen

Hervorragend qualifizierte Mitarbeiter:innen sind die Grundlage für unternehmerischen Erfolg. Wir wollen über die Mindestanforderungen der Ausbildungsverordnungen hinaus zusätzliche dem unternehmensspezifischen Bedarf entsprechende Qualifizierungsmöglichkeiten für Auszubildende erreichen. Zudem wollen wir die Fort- und Weiterbildung frühzeitig mit dem technologischen Wandel und der Innovationsförderung verzahnen.

Dabei setzen wir auf die Kompetenz der Hochschulen, der Kammern und weiterer Partner in der Berufsbildung.

Um die Fachkräftebedarfe sichern zu können, muss an vielen Stellen gleichzeitig angesetzt werden. Dabei ist ein strukturiertes und aufeinander abgestimmtes Vorgehen von entscheidender Bedeutung. Die Koalition will ihren Beitrag leisten, damit die Arbeitgeber:innen die notwendigen qualifizierten Fachkräfte finden und die Erwerbstätigen über die notwendigen Voraussetzungen verfügen, um sich erfolgreich im Arbeitsmarkt bewegen zu können. Wir setzen dabei auf gute Voraussetzungen zur Entfaltung der Potentiale unter anderem von Frauen, Menschen mit Behinderungen sowie älteren Erwerbstätigen. Wir wollen im zunehmenden demografischen Wandel die Anstrengungen erhöhen, um den Arbeitsort Rheinland-Pfalz für Fachkräfte aus anderen Bundesländern und anderen Staaten attraktiver zu machen. Wir wollen interessierten Fachkräften aus dem In- und Ausland, ihren Familien sowie deren künftigen Arbeitgeber:innen umfassende Unterstützung bieten, um Rheinland-Pfalz als Wirtschafts- und Lebensstandort interessant zu machen. Den Wettbewerb um gut ausgebildete und qualifizierte Fachkräfte wollen wir mit einer gelebten Willkommenskultur und optimalen Beratungs- und Begleitungsangeboten insbesondere über die Welcome Center Rheinland-Pfalz gewinnen. Die zahlreichen Aktivitäten von öffentlichen und privaten Trägern in diesem Bereich sollen noch effektiver vernetzt werden.

Die Grundlagen für eine gute Gründungskultur können bereits in der Schule gelegt werden. Dies unterstützen wir mit Maßnahmen im Rahmen der Berufsorientierung, die die diversen Möglichkeiten der Erwerbstätigkeit, ob in einer abhängigen oder selbstständigen Beschäftigung, vermitteln. Weil es für den weiteren Lebensweg junger Menschen wichtig ist, möchten wir die Vermittlung von Wirtschaftswissen als Teil der Allgemeinbildung in Schulen deutlich verbessern. Um den Schulen ein einfach handhabbares Angebot zur Stärkung des Wirtschaftswissens und der beruflichen Orientierung mit der Perspektive der eigenen Selbstständigkeit an die Hand zu geben, brauchen wir auf Grund der Vielzahl der Akteur:innen und Initiativen eine gemeinsame zentrale Anlaufstelle, die die Schulen individuell und bedarfsgerecht über die bestehenden Angebote unterrichtet und die erforderlichen Kontakte herstellt. Dazu sollen die bestehenden Bildungsangebote verschiedener Einrichtungen in einer leistungsstarken Einrichtung gebündelt werden und so in ihrer Wirksamkeit gestärkt werden.

Industrie- und Gewerbeflächen

Attraktive, verkehrsgünstig gelegene Industrieflächen mit moderner Erschließung sind für die Weiterentwicklung und Neuansiedlung von Unternehmen von ausschlaggebender standortpolitischer Bedeutung. Diese Bedeutung für den Erhalt und den Ausbau von Wertschöpfung und Beschäftigung wächst angesichts der Transformation der Wirtschaft und ihrer Veränderungsprozesse.

Mittlerweile hat sich in fast allen Regionen des Landes ein Mangel und insbesondere in den ballungsnahen Landesteilen eine eklatante Unterversorgung an Gewerbe- und Industrieflächen eingestellt.

Vor diesem Hintergrund führen das Wirtschaftsministerium und das Innenministerium seit dem Jahr 2019 eine landesweite Bestands- und Potenzialanalyse durch und unterstützen die Landkreise bei der Erstellung regionaler Studien. Das abgestimmte Leitkonzept für Rheinland-Pfalz wird voraussichtlich Ende 2021 vorliegen.

Eine auf dieser Grundlage basierende nachhaltige Gewerbe- und Industrieflächenstrategie im Lichte einer zukunftsorientierten Landesentwicklungsplanung sowie eine Weiterentwicklung und Intensivierung der Unterstützung für Kommunen bei der konzertierten, flächensparenden Neuausweisung und bedarfsgerechten Erschließung von Arealen bzw. einem intelligenten Flächenrecycling von Konversionsflächen sowie einer Revitalisierung von Brachflächen ist dabei von besonderer Bedeutung. Die Kommunen können die zusätzlichen Aufgaben nicht alleine leisten. Die Förderung des Landes für die Kommunen wird an den Bedarfen orientiert weiterentwickelt.

Tourismus

Rheinland-Pfalz zieht mit seiner Vielfältigkeit an touristischen Angeboten Menschen aus nah und fern und aus aller Welt an. Bei uns ist alles möglich: Wandern, Radfahren, Reiten, Wein, Kultur und Kulinarik, spannende Städtetouren sowie Wellness- und Gesundheitserlebnisse. Der Erhalt und die Weiterentwicklung des kulturellen Reichtums des Landes, der Natur, der Landschaften und Kulturstätten sind von zentraler Bedeutung. Dabei stellen wir alle Akteur:innen des Tourismus in den Mittelpunkt unseres Handelns, sowohl unsere vielen inhaber:innengeführten und mittelständischen Betriebe aber auch die Touristiker:innen auf allen Ebenen.

Tourismus ist eine Querschnittsbranche. Sie zeichnet sich durch harte und weiche Standortfaktoren im Wettbewerb um Gäste, Einwohner:innen, Fachkräfte und Unternehmen aus. Mit einem Bruttoumsatz von über 7 Milliarden Euro und rund 150.000 Arbeitsplätzen zählt er zu den wichtigsten Wirtschaftsbranchen des Landes. Die Corona-Pandemie hat das wirtschaftliche, soziale, gesellschaftliche und touristische Leben verändert. Sie hat eindrucksvoll die Verflechtungen des Tourismus mit anderen Bereichen der Wirtschaft und Gesellschaft aufgezeigt und deutlich gemacht, welche Bedeutung der Tourismus in Rheinland-Pfalz aufweist. Gleichzeitig erwächst mit dieser Erkenntnis die Verantwortung, die sich daraus ergebenden Chancen für den Tourismus in Rheinland-Pfalz zu identifizieren.

Wachsende Bedeutung erfahren naturnahe Angebote. Daher wollen wir weiter die Entwicklung unseres Nationalparks Hunsrück-Hochwald, das einzigartige UNESCO-Biosphärenreservat Pfälzerwald-Nordvogesen und die Naturparke und Naturschutzgebiete unterstützen. Umweltverträglichkeit, Regionalität, Barrierefreiheit und Familienfreundlichkeit sind dabei Leitlinien. Wir werden Modelle wie die Einführung von Gästemobil-Cards, wie schon in der Pfalz eingeführt, beratend begleiten.

Die Tourismusstrategie 2025, die gemeinsam mit den touristischen Partnern des Landes erarbeitet und vorgelegt wurde, setzt zusammen mit den Hinweisen aus dem Endbericht der Enquete-Kommission des Landtages wichtige Eckpunkte für die Fortentwicklung des Tourismus und der Tourismuspolitik in unserem Land. Die Tourismusstrategie 2025 umzusetzen und fortzuentwickeln, bleibt unser gemeinsames Ziel.

Gerade angesichts der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie für den gesamten touristischen Bereich wird das Land seine Anstrengungen zur Unterstützung des Tourismus auch finanziell weiter zu begleiten.

Besondere Bedeutung hat die zielgerechte Ausgestaltung der Zusammenarbeit und Aufgabenteilung der öffentlichen touristischen Partner (System Tourismus) in Rheinland-Pfalz, um die vorhandenen Ressourcen auf allen Ebenen noch effizienter einzusetzen und den Tourismus in unserem Land bestmöglich zu fördern. Das Land setzt seine Bestrebungen fort, das System Tourismus gemeinsam mit den Partnern auf der Basis der Tourismusstrategie weiterzuentwickeln und effizienter auszugestalten. Dabei gilt es, die Möglichkeiten der Digitalisierung im System Tourismus entschlossen zu nutzen und die Digitalkompetenzen auszubauen.

Die zentrale Position bei der Umsetzung der Tourismusstrategie 2025 und bei der Koordinierung im Prozess der Digitalisierung liegt bei der Rheinland-Pfalz Tourismus GmbH (RPT) als Landesmarketingorganisation. Um der Bedeutung einer Landesmarketingorganisation für die Tourismuspolitik des Landes Rechnung zu tragen, strebt das Land die strukturelle Fortentwicklung dieser an. Die für die Umsetzung der Ziele der Tourismusstrategie, der Digitalisierung und der entschlossenen Nutzung von Marktchancen für die rheinland-pfälzische Tourismuswirtschaft zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel werden gezielt verstärkt und verstetigt.

Landwirtschaft und Weinbau

Landwirtschaft und Weinbau haben in Rheinland-Pfalz gute Zukunftsperspektiven: wir unterstützen sie dabei, den Strukturwandel erfolgreich zu meistern. Wir wollen weiterhin die Rahmenbedingungen so setzen, dass landwirtschaftliche Betriebe und damit auch Traditionen erhalten und fortgeführt werden können. Dafür bedarf es auch in Zukunft einer zielgerichteten Förderung von Investitionen in die Modernisierung von Betrieben und ökologischer Landwirtschaft.

Unser Leitbild für die Landwirtschaft

Die rheinland-pfälzische Landwirtschaft ist geprägt von einer großen Vielfalt. Gleichzeitig sind die agrarwirtschaftlichen Strukturen kleinteilig und bestehen überwiegend aus familiengeführten Betrieben. Diese bewährten und identitätsstiftenden Gegebenheiten wollen wir erhalten und unterstützen. Auch unsere Nebenerwerbslandwirt:innen leisten dabei einen nicht zu unterschätzenden Beitrag.

Dabei sehen wir keine Widersprüche zwischen ökologischer und konventioneller Landwirtschaft. Beide Formen der Bewirtschaftung haben einen gleichberechtigten Platz in unserem Agrarsystem. Die Koalition eint, dass wir keine Bewirtschaftungsform bevorzugen oder benachteiligen. Landwirt:innen und Winzer:innen sollen auch zukünftig selbst entscheiden können, welche Anbauform sie bevorzugen.

Wir setzen auf ein Miteinander von ökologischer und konventioneller Landwirtschaft. Beide müssen sich unserem Anspruch auf nachhaltige und klimaschonende Bewirtschaftung stellen.

Wir wollen eine auf dieser Vielfalt aufbauende, regionale Wirtschaftskreisläufe fördernde Landwirtschaft, die aus der Perspektive der bäuerlich-familiären Landwirtschaft auch mittelständisch-unternehmerische Strukturen im Blick hat.

Die Landwirtschaft muss sowohl Hofnachfolger:innen aus bäuerlichen Familien eine sichere Zukunftsperspektive ermöglichen können als auch Seiteneinsteiger:innen, Umsteiger:innen und Gründer:innen Chancen bieten.

Weinbauland Rheinland-Pfalz – Weine mit höchster Qualität

Rheinland-Pfalz bleibt das Weinbauland Nr. 1 in Deutschland und der Weinbau in seiner Bedeutung für unser Land ökonomisch, ökologisch und sozial sowie kulturell und touristisch herausragend. Die rheinland-pfälzischen Winzer:innen und ihre Weine liegen mit höchster Qualität und Produktion auf internationalem Spitzenniveau. Wir begrüßen, dass immer mehr junge, innovative Winzer und auch in zunehmender Zahl Winzerinnen den Weg in den Weinbau finden.

Die Koalitionspartner sind sich der Verantwortung des Landes für den Weinbau bewusst und werden unvermindert eine führende Rolle bei der Gestaltung der Weinmarktpolitik und der Weingesetzgebung auf EU- und Bundesebene einnehmen.

Wir unterstützen weiterhin das Herkunftsmodell „je kleiner die geografische Einheit, desto höher die Qualitätsanforderungen“ und werden gemeinsam mit der Weinwirtschaft unser Weinrecht modernisieren und enger an international geltende Kriterien anpassen.

Das Festhalten am qualitätsorientierten Herkunftsversprechen prägt unser Handeln und bietet Verbraucher:innen Orientierung und Sicherheit. Wir werden dieses in Forschung, Lehre, Ausbildung und Beratung weiterhin verfolgen.

Der Klimawandel macht auch vor dem Weinbau nicht halt, fehlende Niederschläge, Extremwetterlagen und Temperaturanstiege verändern die Anbaubedingungen und Entwicklung der Weinreben. Für eine nachhaltige und erfolgreiche Zukunft des rheinland-pfälzischen Weinbaus wollen wir daher mit den Winzer:innen lokale Maßnahmen wie etwa Bewässerungsanlagen aus Regenwasserspeichern, vorbehaltlich der Aufrechterhaltung einer GAK-Kofinanzierung förderrechtlich prüfen.

Um die besonders anspruchsvolle Bewirtschaftung der Steil- und Steilstlagen zu unterstützen, werden wir eine Förderung des Einsatzes von Drohnen bei der Ausbringung von Pflanzenschutzmitteln auf den Weg bringen. So kann vor allem die Menge der ausgebrachten Schutzmittel reduziert und Lärmbelästigung durch die sonst eingesetzten Hubschrauber verringert werden. Dazu werden wir nun ein Genehmigungsverfahren gemäß aktuell geltendem Pflanzenschutz- und Luftfahrtrecht etablieren.

Wir sehen im Einsatz von Drohnen großes Potential, auch bei der Steigerung von Produktivität und Rentabilität im Steil- und Steilstlagenweinbau, den wir dadurch für Winzer:innen attraktiver machen können. Aufgrund ihrer besonderen Bedeutung in diesem Zusammenhang werden wir den Erhalt und die Sanierung von Weinbergsmauern weiter fördern.

Diese Anbauform prägt zudem unser Landschaftsbild und den Weinbau in Rheinland-Pfalz. Um diese Besonderheit weiter zu stärken, werden wir den Steil- und Steilstlagenweinbau darüber hinaus weiterhin mit dem bewährten Instrumentarium unterstützen.

Die Schutzgemeinschaften wollen wir stärken und als Partner beim Thema Herkunftsbezeichnung intensiv einbinden.

Das Lehr- und Versuchswingut Bad Kreuznach ist von großer Bedeutung für die Weiterentwicklung des ökologischen Weinbaus. Wir wollen die Bedingungen für eine Teilmstellung auf ein Ökowingut prüfen.

Den Studiengang (MA und BA) Önologie am Weincampus Neustadt wollen wir in Forschung und Lehre weiter unterstützen.

Düngung

Wir wollen die Ziele des Gewässer- und Bodenschutzes und die Belange der Landwirtschaft in Einklang bringen und vor diesem Hintergrund auf die praxisgerechte Fortentwicklung des Düngerechts ein großes Augenmerk richten.

Aufgrund strenger europäischer und bundesrechtlicher Vorgaben und Fristen musste in den letzten Monaten im Eiltempo eine Landesdüngeverordnung auf den Weg gebracht werden. Es ist uns gelungen, unter Präzisierung der Darstellung der einzelnen Nitratbelastungen die Zahl der „roten Gebiete“ merklich einzugrenzen, indem die pauschale Definition der vorausgegangenen Bundesverordnung durch eine verbesserte Feinausweisung im Rahmen einer Nährstoffüberschuss-Modellierung abgelöst wurde.

Im Sinne weiterer Verfahrenserleichterungen für die Praxis wollen wir uns zeitnah der Weiterentwicklung der Gebietsausweisung nach § 13a DüV in Verbindung mit der AVV GeA (Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Gebietsausweisung) widmen.

Damit soll die aktuelle Ausweisung der mit Nitrat belasteten Gebiete zum Ende des Jahres 2021 weiter optimiert werden (beispielsweise durch die Berücksichtigung von Menge und Verwertung organischer Dünger aus größeren Tierhaltungen und Biogasanlagen über Ortsgemeinden hinweg oder die Disaggregation der N-Salden innerhalb der Ortsgemeinden auf Ebene der Hauptnutzungsrichtungen).

Darüber hinaus wollen wir zur weiteren Präzisierung der Belastungen das Messstellennetz verdichten und neue Messstellen einrichten. Die Auswahl repräsentativer Standorte werden wir im Dialog mit der Agrar- und Wasserwirtschaftsverwaltung und mit dem Berufsstand vornehmen (in Gestalt eines Praktiker:innenkreises), um eine hohe Akzeptanz sowie wissenschaftliche Belastbarkeit zu erreichen. Das Messstellenportal erhalten wir aufrecht, um größtmögliche Transparenz und Interaktion auch in Detailfragen beibehalten zu können.

Auch die Ausweisung mit Phosphat eutrophierter Gebiete unter Einbeziehung von Boden-P-Gehalten des LGB werden wir in Zusammenarbeit mit dem Forschungszentrum Jülich präzisieren.

Wir wollen zum Ende des Jahres 2024 eine turnusmäßige Neuberechnung aller belasteten Gebiete aufgrund der Vorgaben der AVV GeA vorgenommen haben.

Wir wirken zudem engagiert bei der Entwicklung eines bundesweiten Monitorings zur Düngeverordnung mit und wollen Monitoring-Modellregion werden.

Wir wollen ein umsetzungsfähiges Konzept zur Erhebung von Realdaten für die Berichtspflichten an die EU zur Wirkung der DüV, aber auch für eine verbesserte Gebietsausweisung nach der AVV GeA entwickeln.

Ziel dieser Präzisierung ist es, so schnell wie möglich noch mehr dem Vorsorge- und Verursacherprinzip durch eine möglichst echt- und betriebsdatenbezogene Ermittlung von Nährstoffsalden Rechnung tragen und damit auch dem berechtigten Wunsch der Landwirt:innen nach Planungssicherheit nachkommen zu können (Messen statt Rechnen). Darüber hinaus werden wir die Praxis weiter mit Beratungsangeboten (Düngeberatung, Gewässerschutzberatung in der Landwirtschaft) und einer auf diesen Problembereich ausgerichteten digitalen Infrastruktur dabei unterstützen, die Belastung unseres Grundwassers mit Nitrat zu reduzieren.

Neben der Verbesserung dieser Rechtssituation setzen wir auf die bewährten Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen (AUKM), mit denen wir weiterhin eine umweltschonende und nachhaltige Bewirtschaftung fördern wollen.

Wir sehen das Problem ungeregelter Importe von Wirtschaftsdüngern und wollen dies abstellen. Einige Bundesländer haben hier eigene Modelle entwickelt und auch Verträge mit EU-Nachbarstaaten abgeschlossen. Weitere Bundesländer sind in der Prüfung, ob und inwieweit sie sich diesem Verfahren anschließen wollen. Wir setzen uns für eine 1:1 europaweite Umsetzung ein. Wir wollen ein mit den anderen Bundesländern abgestimmtes Verfahren zur fristgerechten Meldung von Wirtschaftsdüngerimporten und deren Verwertung nach und innerhalb von Rheinland-Pfalz einführen. Sollte

die auf Bundesebene in Arbeit befindliche Monitoring-Verordnung etwaige Regelungslücken aufweisen, werden wir ergänzende Regelungen in Angriff nehmen.

Integrierter Pflanzenschutz/ Pflanzengesundheit

Wir stehen zum bedarfsgerechten, integrierten Pflanzenschutz im Sinne der Ertragsicherung und der Nachhaltigkeit. Wir wollen den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in Landwirtschaft und Weinbau auf das notwendige Mindestmaß verringern.

Wir wollen den Pflanzenschutz in Rheinland-Pfalz optimieren und den aktuellen Herausforderungen wie dem Klimawandel und dem Artensterben durch eine optimierte Fruchtfolgeanpassung, resistente Sortenauswahl und zunehmend alternative Pflanzenschutzverfahren sowie zielgerichtete und bedarfsoptimierte Ausbringungstechniken nachhaltig begegnen.

Ebenso werden wir weiter an der Unterstützung der Entwicklung pilzresistenter Züchtungen („PiWis“) und dem erfolgreichen Einsatz von Pheromonen zur Vermeidung von Insektiziden festhalten.

Zur Bandbreite des integrierten Pflanzenschutzes zählen wir auch moderne und digitale Anwendungen.

Wir rechnen im Laufe des Jahres mit der Verabschiedung des „Insektenschutzpakets“ des Bundes. Im Zuge dessen werden wir prüfen, ob und in welchem Umfang von sogenannten Länderöffnungsklauseln Gebrauch zu machen ist, um insbesondere lokale partnerschaftliche Modelle zwischen Landwirtschaft und Naturschutz zu protegieren. Dies kann auch der Förderung lokaler Klimaschutzstrategien dienen.

Bei der zu erwartenden Neufassung des Pflanzenschutzgesetzes werden wir uns im Sinne des Nationalen Aktionsplanes Pflanzenschutz (NAP) verhalten und dabei unsere Ausrichtung auf alternative Pflanzenschutzmethoden genauso im Blick behalten wie den Rückgang an Behandlungsmitteln.

Digitalisierung in der Landwirtschaft

Wir haben in Rheinland-Pfalz die Agrar-Digitalisierung entscheidend vorangebracht. Diesen Weg werden wir weitergehen. Wir werden die GeoBox -Infrastruktur weiter ausbauen, die Einsatzmöglichkeiten des GeoBox-Messengers erweitern und länderübergreifende Kooperationen fortführen.

Der GeoBox-Viewer wird insbesondere durch eine verbesserte Ausweisung von Gewässerabständen zur Umsetzung des neuen Düngerechtes überarbeitet.

Die Digitalisierung in der amtlichen (Pflanzenschutz-)Beratung wird vorangetrieben und eine weitere Verzahnung der GeoBox-Infrastruktur mit ZEPP und ISIP angelegt. Als bedeutende Komponente des landwirtschaftlichen Wissens- und Informations- sowie Beratungssystems (AKIS) werden wir das Beratungswesen in das Digitale Agrarportal auf Basis der GeoBox-Infrastruktur implementieren.

Das Angebot von Prognosemodellen (u.a. Wetter, Klima, Frost) soll erweitert werden und vorhandene IT-Meldeportale (Sachkunde, FAREKOS, Düngeportal etc.) sind für das OZG vorzubereiten.

Die Weinbegleitdokumentation werden wir weiter digitalisieren und damit auch die Weinkontrolle für die Winzer:innen entbürokratisieren.

Wir sind ein bedeutender Standort für das Smart Farming. Unsere Netzwerke mit Unternehmen im Bereich des Nutzfahrzeugsektors, der Künstlichen Intelligenz und der Forschung (Fraunhofer etc.) werden wir gezielt nutzen, um auch in wirtschaftspolitischer Hinsicht weitere innovations- und investitionsfördernde Schnittstellen zu schaffen und Potentiale zu heben, auch im Sinne einer nachhaltigen und klimaresilienten Landwirtschaft. Dies gilt sowohl für die Landtechnik, aber im weiteren Sinne auch für die Ernährungs-, Tourismus und Softwarebranche.

Unser Ziel ist es, die GeoBox zu einer zentralen und resilienten Datendrehscheibe zur Vernetzung aller Akteure im Agrarsektor auszubauen.

In dieser Legislaturperiode streben wir an, die Fördermaßnahmen auch im investiven Bereich von der Beantragung bis zur Bescheidung ausschließlich elektronisch abzuwickeln.

Bürokratische Hemmnisse für landwirtschaftliche Betriebe wollen wir abbauen und werden sie im Sinne einer Entbürokratisierung durch eine digitalisierte Daten- und Berichtspflege sowie Antragstellung weiter reduzieren.

Smart Farming – Ansätze vernetzen

Rheinland-Pfalz verfügt über eine Vielzahl leistungsfähiger Unternehmen – global aufgestellte Konzerne wie auch KMU – im Bereich des Digital Farmings. Die Unternehmen arbeiten gezielt daran, den Ressourcenverbrauch in der Landwirtschaft nachhaltig zu reduzieren, die Landwirtschaft klimaoptimiert aufzustellen und die Nachverfolgbarkeit der qualitativ hochwertigen Nahrungsmittel und damit auch den Verbraucherschutz zu steigern. Stärken unseres Standortes sind hierbei die vielen Kompetenzen, welche insbesondere in Kaiserslautern angesiedelt sind, wie die TU Kaiserslautern oder der FDF e.V. Wir wollen in diesem Kontext insbesondere die Zusammenarbeit mit dem „Förderverein Digital Farming (FDF) e.V.“ weiter intensivieren. In diesem Verein, mit Sitz in Kaiserslautern, sind führende Unternehmen entlang der gesamten Wertschöpfungskette des Digital Farmings, also landwirtschaftliche Betriebe, Landmaschinenhersteller, Unternehmen der Agrarchemie, die Lebensmittelindustrie und der Handel vertreten, um sich zu vernetzen und entsprechende Projekte und Vorhaben und damit die Wirtschaft, zu fördern. Hierbei bedarf es intelligenter Schnittstellen zwischen Wirtschaft und Landwirtschaft aus einer Hand, um diese Kooperation gezielt über den Commercial Vehicle Cluster (CVC) und dessen Expertise im Bereich der Nutzfahrzeugindustrie und hier speziell der Landmaschinenindustrie sowie dem dazugehörigen Unternehmensnetzwerk, auszubauen.

Partnerland Ruanda

Wir wollen auch im Agrarbereich unsere Partnerschaft mit Ruanda auf Augenhöhe leben.

Im September 2019 haben das rheinland-pfälzische und das ruandische Landwirtschaftsministerium im Bereich der Digitalisierung und dem Weinbau eine Zusammenarbeit vereinbart. Darauf aufbauend werden wir nun gemeinsam mit den ruandischen Freund:innen ein Projekt zur Digitalisierung der Agrarmeteorologie in

Ruanda als eine Grundlage für eine nachhaltige Landbewirtschaftung erarbeiten.

Darüber hinaus wollen wir auf dem Gebiet des Weinbaus eine Machbarkeitsstudie zum Anbau von Weintrauben und Möglichkeiten zur Verarbeitung sowie Vermarktung von Traubenprodukten, insbesondere auch Tafeltrauben, beauftragen.

Diese beiden Projekte sollen im Jahr 2021 starten und über drei Jahre laufen.

Europäisches Tierwohllabel

Wir setzen uns für ein verpflichtendes europäisches Tierwohllabel ein und wollen dazu eine Bundesratsinitiative auf den Weg bringen.

Maschinenringe und Lohnunternehmen

Die Maschinenringe leisten einen Beitrag zur Wettbewerbssicherung, zur sozio-ökonomischen Sicherung der Betriebe in Härtefällen und zum gezielten Einsatz moderner Agrartechnik für landwirtschaftliche Betriebe, die nicht über das Potenzial für die entsprechenden Investitionen verfügen. Die Fortführung der Unterstützung ermöglicht die Einflussnahme auf die inhaltliche und damit schnellere Implementierung von landespolitisch relevanten Themen in die landwirtschaftliche Praxis, wie z.B. Einsatz der Digitalisierung, Erhaltung der Biodiversität oder Hilfestellung bei der Umsetzung der Maßgaben der Düngeverordnung und der Wasserrahmenrichtlinie.

Eine ähnliche Funktion kommt den landwirtschaftlichen Lohnunternehmen zu, die wir auch aus diesen Gründen im Kreis möglicher Förderadressaten halten wollen.

Gemeinsam für eine nachhaltige Landwirtschaft und attraktive ländliche Räume

Ziel bleibt auch weiterhin, eine leistungsfähige, flächendeckende, nachhaltige bäuerliche Landwirtschaft und den Weinbau sowie die Versorgung der Bevölkerung mit guten und hochwertigen Lebensmitteln zu sichern, wie auch den bäuerlichen Familien einen auskömmlichen Verdienst zu ermöglichen.

Die nachhaltige Entwicklung unserer Landwirtschaft unter ökologischen und ressourceneffizienten Gesichtspunkten werden wir gemeinsam mit allen Akteur:innen sowie Verbänden ausbauen. Orientierung sind uns dabei auch die Ziele der rheinland-pfälzischen Biodiversitätsstrategie.

Die Mittel der ersten Säule der europäischen Agrarpolitik (GAP) sollen einerseits an gemeinwohlorientierten Kriterien anknüpfen, andererseits honorieren sie die gesamtgesellschaftlichen Leistungen der Landwirt:innen im Sinne einer ausreichenden Einkommensstützung.

Leistungen, die für öffentliche Güter, wie den Schutz der Umwelt, die Pflege von Kulturlandschaften sowie zuvorderst natürlich die Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigen Lebensmitteln erbracht werden, müssen auch zukünftig noch deutlich umfangreicher honoriert werden.

Landwirtschaft findet im ständigen Austausch mit Umwelt und Natur statt. Wir werden daher das rheinland-pfälzische Programm zur Ausgestaltung des Europäischen Land-

wirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) gemeinsam mit allen Akteur:innen und Verbänden im zugehörigen Begleitausschuss in guter Partnerschaft weiterentwickeln.

Ziele hierbei sind der Erhalt und die Stärkung unserer Agrarstruktur, die Unterstützung landwirtschaftlicher Betriebe bei der Entwicklung von Veredelungs- und Vermarktungsstrukturen sowie die Etablierung zukunftsfähiger, umwelt- und klimagerechter Wirtschaftsweisen.

Im Rahmen der Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen (AUKM) werden wir weiterhin Förderprogramme zu integrierten Arten-, Natur- und Umweltschutzmaßnahmen anbieten. Wir werden die erfolgreichen Zuwächse von teilnehmenden Betrieben an den landeseigenen Vertragsnaturschutzprogrammen der letzten Jahre durch eine Aktualisierung und Anpassung der Konzepte fortsetzen.

Wir wollen die Programme rheinland-pfälzischen Landwirt:innen weiter zugänglich machen und dabei den bürokratischen Aufwand so gering wie möglich halten. In diesem Rahmen wollen wir prüfen, den Partnerbetrieb Naturschutz auszuweiten.

Zur Sicherung der ökologisch wertvollen Grünlandflächen auf den Mittelgebirgsstandorten ist eine standort- und tierschutzgerechte Tierhaltung einschließlich einer leistungsfähigen Milchviehhaltung zur Wertschöpfung und Arbeitsplatzsicherung unverzichtbar. Angesichts der Neuausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik in der EU-Förderperiode 2021 bis 2027 auf mehr Umwelt-, Biodiversitäts- und Klimaschutz sind auch die flankierenden flächenbezogenen Maßnahmen der 2. Säule der GAP in unserem neuen ländlichen Entwicklungsprogramm entsprechend auszurichten. Wir haben das Ziel, eine Ausgleichszulage in den benachteiligten Gebieten einzuführen, um zur Einkommens- und Resilienzstärkung der bäuerlichen tierhaltenden Betriebe auf den Mittelgebirgsstandorten beizutragen. Die Weidetierprämie von Landesseite halten wir bis zur Ablösung durch die gekoppelte Direktzahlung der ersten Säule der GAP 2023 aufrecht.

Wettbewerbs- und Innovationsoffensive in Landwirtschaft und Weinbau

Die Bewältigung der vielfältigen an die Landwirtschaft und die ländlichen Räume gestellten Herausforderungen ist nur leistungsfähigen, modern ausgestatteten und nachhaltig wirtschaftenden Betrieben möglich.

Eine angemessene Finanzausstattung und möglichst gute Konditionen der Maßnahmen stellen wir sicher. Nach dem Auslaufen des Investitions- und Zukunftsprogramms Landwirtschaft des Bundes haben wir das Ziel, mit einem Landesprogramm einen wichtigen Beitrag zur investiven Planungssicherheit für die Betriebe zu leisten.

Natürlich gut beraten

An der Einheit von Lehre, Beratung und Versuchswesen an den DLR halten wir fest, um in Verbindung mit gezielt geförderten privaten Beratungsangeboten dem steigenden Beratungsbedarf sowie der gleichwertigen Vermittlung von aktuellsten Lehrinhalten der ökologischen und konventionellen Landwirtschaft an unseren Bildungsstätten gerecht zu werden. Ein besonderes Augenmerk gilt hierbei der digitalen Infrastruktur und digitalen Formaten der Lehre und der Beratung

Auf regions- und branchenangepassten Demonstrationsbetrieben werden wir die Möglichkeiten von integrierten Arten- und Naturschutzmaßnahmen lehren und entsprechende Fortbildungsangebote dauerhaft etablieren.

Wir wollen die Umstiegsberatung für die ökologische Landwirtschaft über alle Beratungsstrukturen hinweg stärker unterstützen.

Wir wollen Existenzgründungen und den Quereinstieg in die Landwirtschaft und die Hofübernahme durch ein gezieltes Beratungsangebot weiter unterstützen.

Wir wissen, dass es zunehmend schwerer wird, Nachfolger:innen zu finden, die einen Hof oder einen Betrieb weiterführen. Dies betrifft die Landwirtschaft wie den Weinbau gleichermaßen. Um Betriebsübernahmen attraktiver zu machen, werden wir eine Hofübernahme- und Existenzgründungsprämie einführen.

Regionale Produktion und Vermarktung stärken

Die steigende Nachfrage im Handel sowie in der Gemeinschaftsverpflegung nach regionalen sowie ökologischen Lebensmitteln wollen wir durch den Ausbau des Ökoaktionsplans und die Stärkung unserer heimischen wirtschaftenden Landwirtschaft bewältigen. So können wir gleichzeitig den umfassenden Schutz unserer wertvollen Grünlandflächen mit einer nachhaltigen Strategie für eine tierwohlorientierte Tierhaltung und einer verbesserten regionalen Verarbeitungs- und Vermarktungsstruktur wie Mühlen-, Molkerei-, Most- oder sonstige Verarbeitungs-Genossenschaften unterstützen.

Wir wollen bis zum Jahr 2030 durch den weiteren Ausbau des Ökoaktionsplans für Rheinland-Pfalz das EU-Ziel von 25% erreichen. Sowohl unsere kleinstrukturierte, vielfältige Landwirtschaft als auch den Weinbau werden wir in unserer Kulturlandschaft und unseren Dorfbildern langfristig sichern, indem wir den landschaftsprägenden Steil- und Steilstlagenweinbau weiterhin unterstützen.

Rheinland-Pfalz bietet ein sehr gutes Ausbildungsangebot im Bereich der Grünen Berufe. Die hohe Qualität der Schulstandorte und der Stätten für die überbetriebliche Ausbildung ist wichtig, um weiterhin hochqualifizierte Fachkräfte in Landwirtschaft und Weinbau hervorzubringen. Die Gleichberechtigung von konventioneller und ökologischer Wirtschaftsweisen ist auch hier unser Ziel.

Um den vielfältigen ökonomischen und ökologischen Herausforderungen in diesem Bereich begegnen zu können, müssen sich auch Lehrpläne mitentwickeln. Auch hier wird die Digitalisierung eine wichtige Rolle spielen. Neuere, teilweise noch in der Entwicklung befindliche, Wirtschafts- und Vermarktungsformen (z. B. Agroforst und So-LaWi) sollen ebenfalls thematisiert werden.

Klimaanpassung und Ressourcenschutz durch Innovationskraft

Die Auswirkungen des Klimawandels sind längst spürbar. Die Anpassung der Landwirtschaft, etwa an Dürren und Starkregenereignisse, ist für uns ein wichtiges Ziel.

Die betroffenen Dienstleistungszentren Ländlicher Raum und die landeseigenen Gesellschaften passen sich in Organisationsstruktur und hinsichtlich Lehre, Versuchswesen, Forschung und Beratung insoweit den sich ständig verändernden Aufgaben zur Bewältigung des Klimawandels an.

Unsere erfolgreichen Programme wie „Gewässerschonende Landwirtschaft“ werden wir insbesondere in besonders gefährdeten Erosionsgebieten und im Rahmen von Hochwasser- bzw. Starkregenvorsorgekonzepten fortführen.

Bei der Erstellung solcher Konzepte werden die bewirtschaftenden Landwirt:innen verbindlich beteiligt.

Den Folgen von Trockenheit und Dürre begegnen wir durch neue Forschungsansätze in dem Themenbereich und einer optimierten Fruchtfolgeanpassung und Sortenauswahl.

Wir werden alternative, naturverträgliche Verfahren durch innovative Forschungsansätze in Kooperation mit unseren Hochschulen sowie dem Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum unterstützen und auf unseren Demonstrationsbetrieben erproben, um Möglichkeiten der Pestizidreduzierung zu erforschen.

Gemeinschaftsaufgabe Agrar- und Küstenschutz (GAK)

Auf Bundesebene treten wir weiter in den zuständigen Gremien im Hinblick auf die „Gemeinschaftsaufgabe Agrar und Küstenschutz“ (GAK) dafür ein, die Anzahl der vielfältigen GAK-Sonderrahmenpläne einzuschränken. Außerdem fordern wir, die Mittel für Bewässerungsanlagen und für Gewässerschutzmaßnahmen zu entfristen, die haushalterischen Vorgaben hinsichtlich der GAK-Mittel zu flexibilisieren und auf eine ausreichende Sicherstellung der zugehörigen Mittel zur Kofinanzierung im Sinne einer vollständigen Kompatibilität mit den EU-GAP-Mitteln hinzuwirken.

Flächenverbrauch

Vorhandene landwirtschaftliche Fläche ist kostbar. Nutzungs- und Interessenkonflikte bei der Ausweisung von Ausgleichsflächen gilt es daher frühzeitig zu erkennen und im Ausgleich zu lösen. Wir werden vermehrt „produktionsintegrierte Kompensationsmaßnahmen“ (PIK) oder die Aufwertung von Waldflächen nutzen, so dass im Falle naturschutzrechtlich gebotener Ausgleichsmaßnahmen landwirtschaftliche Flächen in der Praxis weniger häufig aus der Nutzung genommen werden.

Vegane und vegetarische Ernährung

Vegetarische und vegane Ernährungsformen werden immer beliebter und die Nachfrage nach entsprechenden Produkten steigt. Wir wollen diese Chance für unsere Landwirtschaft und lebensmittelverarbeitenden Unternehmen nutzen und den nachhaltigen Anbau für vegetarische und vegane Produkte stärken.

Wirtschaftswegbau und Flurbereinigung

Die ländliche Bodenordnung und die damit verbundenen Maßnahmen der Flurbereinigung leisten wichtige Beiträge für eine integrierte, nachhaltige Landentwicklung. Sie

sichern die Wettbewerbsfähigkeit unserer Landwirtschaft und bieten enorme Entwicklungschancen für unsere Gemeinden. Eine starke Ausstattung der DLRs, um diese entsprechend umzusetzen, ist unerlässlich. Landwirtschaftliche Infrastruktur wird dabei immer häufiger mit zusätzlichen Nutzungen versehen, etwa im Kontext des Radwegenetzes. Angesichts des so stattfindenden Wandels des Wirtschaftswegenetzes zu einer multifunktional genutzten Wegeinfrastruktur, ist es unser Ziel, zur Weiterentwicklung dieser wertvollen Infrastruktur mit Blick auf die Wirtschaftsmittel außerhalb der Flurbereinigung Zugänge zur Förderung zu verbreitern.

Landesgartenschau

An dem bewährten Format der Präsentation einer Kommune bzw. eines regionalen Verbundes im Wege einer Landesgartenschau wie auch der damit verbundenen gestalterischen und investiven Effekte halten wir fest: Damit ermöglichen wir innovative modellhafte Lösungen für Herausforderungen wie dem demografischen Wandel und dem Klimawandel sowie für die Standortentwicklung in Rheinland-Pfalz. Wir erwarten Impulse für einen nachhaltigen Städtebau und die Infrastruktur.

Tierkörperbeseitigung

Für die Beseitigung gefallener, toter und verendeter Tiere (Tierkörper) sowie von Schlachtabfällen bzw. tierischen Nebenprodukten (Konfiskate) setzen wir uns dafür ein, das EU-Beihilferecht dahingehend zu ändern, dass die strukturell nachteiligen Unterschiede in Rheinland-Pfalz ausgeglichen werden. Die Rahmenbedingungen der Vieh- und Fleischwirtschaft in Rheinland-Pfalz werden wir zukunftsorientiert ausgestalten und wettbewerbsfähig halten sowie für die Sicherstellung der Beseitigung gefallener Tiere die sogenannte „Drittellösung“ gemäß den Vorgaben in § 4 des Landesgesetzes zur Ausführung des Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetzes (AGTierNebG) fortführen. Diese Änderungen erfolgen in enger Abstimmung mit allen beteiligten Akteur:innen. Überprüft werden die Entsorgungsmöglichkeiten in anderen Bundesländern und/oder in EU-angrenzten Ländern.

Verkehr/Infrastruktur

Mobilität für alle – Infrastruktur sichern – Klimaschutz verwirklichen – vernetzte Angebote ausbauen

Ziel unserer Mobilitätspolitik ist, dass die moderne Verkehrswelt erschwinglich und für alle zugänglich, klimaneutral, schnell und komfortabel ist – unabhängig, ob die Menschen in ländlichen oder in urbanen Räumen leben. Dafür bieten wir passgenaue und attraktive Angebote für alle Menschen durch die unterschiedlichen Verkehrsträger an. Wir wollen unsere Verkehrsinfrastruktur weiter konsequent modernisieren. Wir nutzen intelligente Technologien und machen unser Land zum Mobilitätsvorreiter.

Gleichberechtigte Teilhabe aller Verkehrsteilnehmenden

Die Koalitionspartner verpflichten sich dem Leitgedanken „Vision Zero“ mit dem Ziel eines sicheren Straßenverkehrs für alle Verkehrsteilnehmer:innen, zu Fuß, mit dem Rad oder motorisiert unterwegs, in dem kein Mensch mehr sein Leben verliert. Dabei gilt der Leitsatz aus der Straßenverkehrsordnung, dass die Teilnahme am Straßenverkehr stets gegenseitige Rücksichtnahme aller Verkehrsteilnehmer:innen erfordert. Dazu gehört aber auch die Ausgestaltung sicherer, barrierefreier Wege und eine angemessene Aufteilung des öffentlichen Raums. Schon bei der Planung von Verkehr, ist daher bereits zu Beginn auch der Fuß- und Radverkehr mit zu berücksichtigen. Die Kommunen sollen weiter beratend dabei unterstützt werden, Pilotprojekte zu sicheren Schulwegen in Anlehnung an die „beispielbare Stadt“ ebenso wie „Shared Spaces“, verkehrsberuhigte Bereiche, Fußgängerzonen bis hin zu autofreien Innenstädten und Tempo-30-Strecken auf klassifizierten Straßen innerorts auf den Weg zu bringen.

Vernetzte Verkehrsangebote, nachhaltige Mobilität

Mobilität ermöglicht Freiheit und Teilhabe, sie ist ein Grundbedürfnis. Dem Nahverkehr kommt dabei in Zukunft noch mehr als heute schon eine Schlüsselfunktion zu. Daher wollen wir die Angebote des Nahverkehrs stärken und den ÖPNV im Sinne einer sozial und ökologisch gerechten Mobilitätskultur ausgestalten. Dafür gilt es, die in Gang gesetzten Maßnahmen fortzuführen und weiterzuentwickeln. Unser Ziel ist, dass der Modal-Split-Anteil des Nahverkehrs an allen zurückgelegten Kilometern bis zum Jahr 2030 deutlich steigt.

Eindeutige Standards mit dem Landesnahverkehrsplan

Auf Grundlage des neuen, richtungsweisenden Nahverkehrsgesetzes werden wir zügig einen Landesnahverkehrsplan entwickeln und so die im Gesetz definierten Ansprüche an Mobilität erfüllen. Das Erfolgsmodell des Rheinland-Pfalz-Takts schreiben wir dabei mit dem Zeithorizont 2030 darin fort und überwinden die Trennung von Bus und Bahn. Vorbild sind hier die bereits umgesetzten ÖPNV-Konzepte im Norden des Landes bzw. das in Umsetzung befindliche ÖPNV-Konzept im RNN.

Für uns gilt: Stadt, Stadt-Umland-Beziehungen und ländliche Räume müssen nach der im Rahmen des ersten Nahverkehrsplans beabsichtigten Angebotsausweitung auf jeweils angemessene Weise profitieren.

Mit dem Landesweiten E-Ticket wollen wir die Möglichkeit schaffen, in einer durchgängigen Reisekette zwischen den Verkehrsmitteln wechseln zu können. Das Ticket soll

dabei auch für Fähren, Leihfahrräder, Seilbahnen oder flexible (on-Demand-)Angebote gelten.

Mit dem neuen Nahverkehrsgesetz haben wir uns entschieden: Der Nahverkehr wurde zur kommunalen Pflichtaufgabe, die die Kommunen in den Grenzen ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit erfüllen. Im Nahverkehrsplan werden wir Mindeststandards festlegen. So stellen wir den Nahverkehr auf ein solides und zukunftsfestes finanzielles Fundament. Es ist unser Anspruch, den Bedürfnissen aller Regionen mit ihren jeweiligen Anforderungen gerecht zu werden.

Wir sehen auch den Bund in der Pflicht und setzen uns weiterhin für eine ausreichende Mittelausstattung ein, das heißt neben einer Erhöhung/Dynamisierung der Regionalisierungsmittel auch die anteilige Finanzierung des ÖPNV-Rettungsschirms in bisheriger Form bezogen auf die Jahre 2020/2021.

Die Möglichkeiten des neuen NVG zur Förderung der Angebotsqualität bei Service und Material, innovativer Technologien, alternativer Antriebe sowie zur Stärkung guter Beschäftigungsbedingungen wollen wir aktiv nutzen.

Im Rahmen einer Überarbeitung der bestehenden Förderkulisse wie auch im Rahmen der Konzeptionierung der Ausschreibungsbedingungen auf Grundlage des NVG, sollen innovative Modelle und Projekte, neue Mobilitätsformen, alternative Antriebe, Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung, wie die Bereitstellung von WLAN als Anforderung bei Neuausschreibungen, sowie Tarifmaßnahmen unterstützt werden. Stadt und Land sollen dabei ausgewogen berücksichtigt und alle Maßnahmen gemeinsam und aufeinander abgestimmt im Rahmen des Landesnahverkehrsplan entwickelt werden.

Die Echtzeit-Initiative mit barrierefreien Informationsmöglichkeiten wird fortgeführt.

Vernetzte Mobilität weiterentwickeln – innovative Verkehrsformen konsequent umsetzen

Die vernetzte Mobilität werden wir stärken, indem wir landesweit Umsteigepunkte entwickeln, an denen ÖPNV, Radverleihsysteme, (E-)Carsharing, Bike&Ride, Fahrradparkhäuser und Park&Ride gebündelt werden und Menschen so leichter auf klimafreundliche Verkehrsmittel umsteigen können.

Bürgerbusse bieten außerhalb des ÖPNV als Sozialverkehre sinnvolle Ergänzungen an. Wir wollen diese Form der Teilhabe und Solidarität im ländlichen Raum weiter unterstützen und möglichst in jeder Verbandsgemeinde ein Bürgerbus-Angebot ermöglichen.

Auch die Einrichtung eines Carsharing-Angebots, möglichst in Form von E-Carsharing, wollen wir im Rahmen der bestehenden Förderkulisse unterstützen.

Wir wollen Möglichkeiten prüfen, den Erwerb von Jobtickets zu erleichtern, so dass landesweit alle Arbeitnehmer:innen kostengünstiger in Busse und Bahnen umsteigen können. Hierzu werden im Zuge des Gutachtens zu den rheinland-pfälzischen Tarifen mit dem Ziel eines späteren Landestarifs (verbundübergreifender Tarif inkl. Nachbargebiete) durch das Land und die Verkehrsinstitutionen im Land Modelle geprüft, die auch Arbeitnehmer:innen von Betrieben, die nur wenige Mitarbeiter:innen beschäftigen, den niederschweligen Zugang zu Jobtickets ermöglichen.

Landesstraßen

Im Bereich des Straßenbaus halten wir an dem Grundsatz „Erhalt vor Neubau“ fest. Wir investieren weiter in eine Straßeninfrastruktur, die den Anforderungen einer modernen und klimafreundlichen Mobilität gerecht wird.

Wir werden das Landesstraßen- und das Radwegebauprogramm insgesamt auf hohem Niveau fortschreiben. Bereits in den vergangenen Jahren hat der Radwegbau zunehmend an Bedeutung gewonnen. Dem wollen wir in Zukunft weiter Rechnung tragen.

Dabei soll der ländliche Raum bei Sanierungsmaßnahmen besondere Unterstützung erhalten.

Wir werden die Systematik sowie die Bewertungskriterien des IP und BP zeitnah überarbeiten und so anpassen, dass der ländliche Raum zukünftig besser von Sanierungen profitiert.

Der Landesbetrieb Mobilität (LBM) ist der zentrale Mobilitätsdienstleister in Rheinland-Pfalz. Damit er den hohen Anforderungen beim Straßen- und Radwegbau gerecht werden kann, werden wir ihn weiterhin sachgerecht ausstatten.

Um einem Sanierungsstau vorzubeugen, werden wir das Planungsverfahren weiterentwickeln und auch eine Vorratsplanung bei Verkehrsprojekten – Straßenbau, Radverkehr und ÖPNV integrieren. So schaffen wir mehr Effizienz und eine zügige Umsetzung.

Wir werden eine Veränderung des Landesstraßengesetzes entlang unserer Ziele einer leistungsfähigen, nachhaltigen und klimafreundlichen Mobilität prüfen.

Bundesverkehrswegeplan

Der Bund sieht in seinen Bedarfsplangesetzen (Bundesverkehrswegeplan) Projekte in Rheinland-Pfalz vor, die insgesamt umgesetzt werden sollen.

Das Land setzt diese Projekte durch den Landesbetrieb Mobilität im Rahmen der Auftragsverwaltung um.

Inhaltlich divergieren die Positionen der Koalitionspartner zu einzelnen Projekten des Bundesverkehrswegeplans.

Grundsätzlich gilt es, bei allen Projekten des Bundesverkehrswegeplans auch die Verkehrssicherheit und den Lärm- und Naturschutz zu berücksichtigen.

Darüber hinaus wollen wir weiter gegen die Belastung von Anwohner:innen durch Mautumfahrungen durch LKW vorgehen.

Mittelrheinbrücke

Die Planung einer Mittelrheinbrücke als welterbeverträgliches, kommunales Verkehrsprojekt wird weitergeführt.

365-Euro-Ticket für junge Menschen

Wir werden in dieser Legislaturperiode mit dem Einstieg in ein 365-Euro-Ticket für junge Menschen starten.

Starke Schiene

Wir sehen in der Schiene einen zentralen Träger im Mobilitätsmix. Die Koalitionspartner bekennen sich zum Ziel, die Schiene als klimafreundlichen Verkehrsträger im Personen- und Güter-, im Nah- und im Fernverkehr zu stärken.

Um die Umweltbilanz immer weiter zu verbessern, treiben wir die Elektrifizierung des gesamten Schienennetzes voran.

Bei der Reaktivierung stillgelegter Schienenstrecken nimmt Rheinland-Pfalz einen bundesweiten Spitzenplatz ein. Diesen Weg wollen wir weiter beschreiten und auf bereits erzielten Fortschritten aufbauen. So wollen wir die Verlängerung der S-Bahn von Homburg nach Zweibrücken sowie die Reaktivierung der Weststrecke bei Trier zügig umsetzen. Die Reaktivierung der Eifelquerbahn zwischen Gerolstein und Kaisersesch, der Aartalbahn zwischen Diez und Wiesbaden sowie der Strecken Landau – Germersheim, und Landau – Herxheim und der beiden noch vorhandenen Abschnitte der Glantalbahn (Altenglan – Lauterecken sowie Lauterecken – Staudernheim) werden wir auf Basis neuer Bewertungskriterien vorantreiben.

Die Koalitionspartner befürworten ausdrücklich die geplante Überarbeitung der standardisierten Bewertung mit einer stärkeren Betrachtung von insbesondere klimarelevanten Aspekten und erwarten einen zügigen Vorschlag des Bundesverkehrsministeriums.

Die Förderrichtlinie für Investitionen in die Reaktivierung bzw. Ertüchtigung von nicht-bundeseigenen öffentlichen Eisenbahninfrastrukturen in Rheinland-Pfalz außerhalb des Rheinland-Pfalz-Taktes (VV NE-Bahnen) bietet einen guten und erprobten Rahmen für die Reaktivierung bzw. Ertüchtigung. Dieses Instrument wollen wir weiter intensiv nutzen und für entsprechende kommunale Initiativen werben. Dies betrifft neben der Zellertalbahn, und der Wieslauterbahn ebenso die Brexbachtalbahn, Kasbachtalbahn sowie die Hochwaldbahn.

Im Übrigen gilt weiterhin der Grundsatz „Trassensicherung vor Entwidmung“.

Die Stationsoffensive der DB Station und Service nutzen wir, um die Zugangssituation zum SPNV zu verbessern. Wir unterstützen die zügige Errichtung eines Bahnhaltepunkts am Schottwerk in Mainz als überregional bedeutsamen neuen Umsteigebahnhof.

Um die Anbindung der Hunsrückregion zu verbessern halten wir daran fest, die Hunsrückquerbahn zu reaktivieren. Hierzu wird das durch das Eisenbahnbundesamt laufende Planfeststellungsverfahren bis zu Erlangung des Baurechts abgeschlossen und ggf. ein in Stufen wirkendes Konzept zur Inbetriebnahme als regionale Erschließungsachse entwickelt.

Das Land wird mit der Deutschen Bahn AG in Gespräche eintreten mit dem Ziel, im Rahmen der grundgesetzlich verankerten Verantwortung des Bundes die Anbindung

der rheinland-pfälzischen Oberzentren an den Fernverkehr wiederherzustellen (Trier) bzw. zu sichern und zu verbessern (Koblenz, Mainz, Ludwigshafen und Kaiserslautern).

Eine gute Anbindung von Industrie- und Gewerbeflächen an das Schienennetz stärkt die Position der Schiene im Gütertransport. Für den Ausbau entsprechender Anschluss-Infrastruktur besteht eine umfangreiche Förderkulisse seitens des Bundes. Wir wollen, dass Rheinland-Pfalz hiervon verstärkt profitiert und werden Wege prüfen, wie diese Mittel der Industrie, dem Gewerbe und den Kommunen in der Breite optimal zugänglich zu machen sind.

Binnenschifffahrt für eine umweltfreundliche Gütermobilität

Der Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz und seine exportorientierten Unternehmen sind auf eine leistungsfähige Wasserstraßeninfrastruktur angewiesen. Im Sinne des Klimaschutzes braucht es eine noch stärkere Verlagerung von Güterverkehren auf Binnenschiffe. Es ist vor diesem Hintergrund im Interesse des Landes und seiner Unternehmen, die bestehenden guten Rahmenbedingungen bei Wasserstraßen und Häfen zu erhalten und weiter auszubauen.

Dazu gehört für uns auch eine verbindliche Flächensicherung zugunsten der als „landesbedeutsam“ eingestuften Häfen. Die Vertiefung der Fahrrinne des Rheins zwischen Mainz und St. Goar unter Berücksichtigung der naturschutzfachlichen Belange wird daher ebenso unterstützt wie die Forderung nach einem möglichst raschen Ausbau der Moselschleusen um jeweils eine 2. Schleusenkammer. Wir fordern weiter die Abschaffung der Schifffahrtsabgaben auf der Mosel.

Wir setzen uns unvermindert für die Aufstockung der personellen Ressourcen bei der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes sowie für eine intensive Förderung im Bereich der Flottenmodernisierung seitens des Bundes ein. Die landesseitige Förderung von Landstromanlagen für Schiffe setzen wir fort und prüfen, inwieweit im Land vorhandene Kompetenzen im Bereich des automatisierten und vernetzten Fahrens für die Binnenschifffahrt nutzbar gemacht werden können.

Flugverkehr

Mit Blick auf eine funktionierende Flughafeninfrastruktur für ein exportorientiertes Bundesland bleibt der Flughafen Frankfurt-Hahn von Bedeutung.

Um den Flugverkehr möglichst CO₂-arm und klimafreundlich zu gestalten, sollen zudem Möglichkeiten auf Bundesebene unterstützt werden, um Forschung und Entwicklung bei alternativen Treibstoffen und Antriebstechnologien für den Luftverkehr sowie die Nutzung der rheinland-pfälzischen Flugplätze als Testfelder zur CO₂-Einsparung- und -kompensation voranzubringen.

Nahmobilität und Radverkehr stärken

Der Radverkehr hat in den letzten Jahren einen Aufschwung erlebt. Diesen wollen wir voranbringen und den Radverkehr weiter stärken, um ein verstärktes Umsteigen vom Auto zu erreichen.

Wir halten an unserem mehrsäuligen Ansatz fest: Der Radverkehr soll gerade im Alltagsverkehr deutlich ausgebaut werden. Aber wir fördern den Radverkehr auch aus dem Blickpunkt der Entwicklung ländlicher Räume und aus touristischer Perspektive heraus. Wir werden daher weiterhin alle Fördermaßnahmen auch außerhalb des Landeshaushaltes zur Verbesserung des Modal Split in Richtung Radverkehr benutzen.

Die Pendlerradrouten (PRR) als attraktive Radschnellverbindungen sind für uns zentral. Sie können eine wichtige Funktion bei der Bündelung und Beschleunigung des Alltagsradverkehrs übernehmen und damit auch einen Beitrag zur Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs leisten.

Wir wollen die bereits laufenden sieben Projekte der rheinland-pfälzischen Pendleradrouten möglichst zügig mit den Kommunen umsetzen. Die Routen sollen einheitliche Standards vorweisen, entsprechend beschildert sein, möglichst kreuzungsfrei und durchgängig verlaufen. Bis 2026 sollen alle sieben bislang projektierten Routen in Bau oder fertiggestellt sein.

Eine Beschleunigung für die Planung und den Bau sowie die Übertragung der überörtlichen Radinfrastruktur durch die Übertragung der Baulastträgerschaft auf das Land werden wir ergebnisoffen prüfen.

Wir streben an, die Instandhaltung und die Verkehrssicherungspflicht für PRR gemeinsam mit den Kommunen durch Wartungs- und Verkehrssicherungsverträge bzw. Nutzungsvereinbarungen zu sichern.

Bei jeder Landesstraßenbaumaßnahme, die im Wege des Landesstraßenbauprogramms umgesetzt wird, soll zukünftig geprüft werden, ob unter Einbeziehung der Radverkehrsnetze in der Zuständigkeit der jeweiligen Gebietskörperschaften eine geeignete Führung des Radverkehrs besteht oder geplant werden sollte. Im Falle des Verzichts auf eine getrennte Führung des Radverkehrs ist dies zu begründen.

Die Stärkung des Radverkehrs werden wir auch beim LBM weiter fortsetzen. Um Kommunen noch besser zu Fördermöglichkeiten beraten zu können, werden wir bei jedem regionalen LBM jeweils ein eigenes Radverkehrsteam einrichten, um den Ausbau von Radwegen und Radverkehrsanlagen schrittweise beschleunigen zu können.

In den kommenden Haushalten wollen wir die entsprechenden Mittel für den Radwegbau bereitstellen.

Für das Land Rheinland-Pfalz soll zudem eine Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundliche Kommune (AGFK-RLP) eingerichtet werden. Die Interessenverbände werden bei der Gründung der AGFK-RLP eingebunden.

Wir wollen einen digitalen Mängelmelder für Radverkehrsanlagen umsetzen.

Die Empfehlungen für Radverkehrsanlagen (ERA) sollen bei neuen Radverkehrsanlagen Grundlage der Planung werden, um die Qualität im Radwegbau zu steigern.

Das bestehende Radwegenetz wollen wir im Laufe der Legislaturperiode im Hinblick auf die vorhandenen Standards untersuchen und gegebenenfalls vorhandene Bedarfe ermitteln.

Wir wollen – wo geeignet – spezielle Ampelschaltungen mit Radverkehrsvorrang prüfen und einen verstärkten Ausbauschub bei Umsteigepunkten erreichen, indem wir mehr Fahrradpark-, -verwahr- und -ladegelegenheiten schaffen bzw. fördern.

Die Mitnahme von Fahrrädern im öffentlichen Nahverkehr soll durchgehend und kostenfrei möglich sein (Ausnahme touristische Radbusse).

Die Maßnahmenvorschläge des Radverkehrs-Entwicklungsplan Rheinland-Pfalz (RVEP-RLP 2030) machen wir zur Grundlage unserer Radverkehrsstrategie. Sie soll konsequent umgesetzt werden. Wir werden alle zwei Jahre zur Begleitung der Umsetzung des RVEP an wechselnden Orten Jahresradverkehrskonferenzen organisieren und uns um die Durchführung des Nationalen Radverkehrskongresses 2023 bewerben.

Für Fahrrad-Schutzstreifen außerorts werden wir Pilotprojekte durchführen.

Die Koalition bekennt sich zu einer guten und möglichst einheitlichen Qualität für den Radverkehr. Daher werden wir einen Leitfaden entwickeln, der etwa eine einheitliche Handhabung von Fahrradstraßen und -zonen empfehlen wird, solange der Bund hierfür keine einheitlichen Vorgaben gemacht hat.

Autonomes Fahren weiterentwickeln

Autonomes Fahren wird Verkehr und Logistik in Zukunft entscheidend prägen. Wir wollen autonomes Fahren auf Land- und Wasserwegen weiterhin erproben mit dem Ziel der Vernetzung und Steuerung aller Verkehrsteilnehmer:innen durch eine einheitliche Schnittstelle und des Einsatzes im Alltagsverkehr.

Verkehrslärm wirksam minimieren

Lärm beeinträchtigt die Lebensqualität der Menschen. Die Koalitionspartner bekennen sich dazu, aus Gründen des Gesundheitsschutzes dem Lärmschutz verkehrsmittelübergreifend eine besondere Rolle zukommen zu lassen. Deshalb wollen wir innerhalb der Landesregierung eine Stabsstelle schaffen, in der die Maßnahmen zur Reduktion von Lärmemissionen und die politischen Aktivitäten für besseren Lärmschutz gebündelt werden.

Die Koalitionspartner sind sich einig, dass jeglicher Verkehrslärm – Auto-, Bahn- und Fluglärm – eine erhebliche Beeinträchtigung darstellt. Wir respektieren die Entscheidungen der Kommunen über Geschwindigkeitsbegrenzungen im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten, um mehr Lärmschutz zu erzielen. Dazu werden wir den Kommunen weiter beratend mit der „Handreichung Tempo 30“ zur Seite stehen. Auf Bundesebene werden wir uns für mehr eigenständige Kompetenzen der Kommunen bei der Einführung von Geschwindigkeitsbegrenzungen auf klassifizierten Straßen einsetzen.

Wenn nach der Corona-Pandemie die Flugbewegungen wieder steigen, ist klar, dass ein Neuaufbau des Luftverkehrs unter der Herausforderung des Klimaschutzes stehen wird. Vor der Corona-Pandemie war der Fluglärm des Frankfurter Flughafens durch eine Zunahme der Flugbewegungen bis weit nach Rheinland-Pfalz hinein kontinuierlich angewachsen. Auf dieses Niveau und darüber hinaus darf die Lärmbelastung nicht wieder ansteigen. Die Koalitionäre versichern, dass sie weiterhin auf der Seite der Bür-

ger:inneninitiativen in der Region stehen. Leider hat die Evaluation des Fluglärmschutzgesetzes nicht die Verbesserung für die Region gebracht, die nötig gewesen wäre, um den Gesundheitsschutz zu gewährleisten.

Dringend erforderlich ist eine bundesgesetzliche Regelung, die die gesetzliche Nachtruhe festschreibt und die Luftfahrtbehörden und die Flugsicherungsorganisation zu einer Aufwertung des Schutzes vor Fluglärm insbesondere bei der Festlegung und wesentlichen Änderung von Flugrouten verpflichtet. Der Bund soll die Anstrengungen zur Verbesserung des Lärmschutzes an der Quelle verstärken, insbesondere auf die Auflegung von Incentivierungsmodellen zur Weiterentwicklung der Antriebstechnologien für leiseres Großfluggerät hinwirken sowie sich bei der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation (ICAO) für eine Überprüfung der aktuellen Lärmgrenzwerte mit der Zielsetzung einer Verschärfung der Grenzwerte einsetzen. Das Land Rheinland-Pfalz wird die Bundesratsinitiative zum Schutz der Bevölkerung vor Fluglärm wieder aufrufen.

Schieneilärm reduzieren

Die Koalitionspartner setzen sich auf Bundesebene dafür ein, das Maßnahmenpaket des Beirats Leiseres Mittelrheintal gegen Bahnlärm umzusetzen. Das Bundesgesetz zum Verbot von lauten Güterwagen gilt seit Ende 2020 auf dem deutschen Schienennetz. Auf dieser Grundlage erwarten wir vom Bund, dass Verstöße der gesetzlichen Verpflichtung folgend sanktioniert und alle Möglichkeiten zur Lärminderung (u.a. die Flüsterbremse) ausgeschöpft werden. Als langfristige Maßnahme unterstützen wir die Forderung nach einer alternativen Güterverkehrsstrecke im Mittelrheintal zwischen Troisdorf und Bischofsheim.

Darüber hinaus treten wir gegenüber dem Bund dafür ein, dass das Mittelrheintal im Zusammenhang mit der Bundesgartenschau zum Pilotgebiet für weitere Maßnahmen des Bundes zur Reduzierung des Schienenverkehrslärms und zur Entwicklung sowie Umsetzung verbindlicher Grenzwerte für Bestandsstrecken erklärt werden soll. Wir werden uns des Weiteren für ein stärkeres Monitoring seitens der Deutschen Bahn einsetzen, um Schadensfälle durch Erschütterungen frühzeitig zu begegnen. Ebenso werden wir uns für mehr Lärmschutz und ein entsprechendes Erschütterungs-Monitoring für die Moselstrecke einsetzen.

Arbeit

Wir wollen die Veränderungen in unserer Arbeitswelt so gestalten, dass sie Teilhabe und Zukunftschancen für alle Menschen ermöglichen. Dazu gehört auch, Sicherheit im Wandel zu schaffen und allen Menschen Zugang zu Weiterbildungen und Qualifizierungen zu ermöglichen. Bei der Gestaltung aller Veränderungen setzen wir auch in Zukunft auf unsere starke Sozialpartnerschaft mit Kammern, Verbänden und Gewerkschaften. Und klar ist für uns auch: die Arbeit der Zukunft muss gute Arbeit sein. Wir setzen uns daher nachdrücklich für gute Arbeitsbedingungen mit guten Löhnen ein, dabei fördern wir ganz besonders die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am Erwerbsleben.

Sozialpartnerschaft aktiv leben

Vertrauensvoll gelebte Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitgeber:innen, Betriebsrät:innen und Gewerkschaften ist in Rheinland-Pfalz Tradition. Wir pflegen diese und sind dankbar für unsere gute Partnerschaft auf Augenhöhe. Eine starke Sozialpartnerschaft mit Kammern, Verbänden und starken Gewerkschaften sowie eine aktiv gestaltende Landespolitik, die für gute Standortbedingungen sorgt, tragen zum Erfolg unseres Wirtschaftsstandorts bei.

Gesetzlichen Mindestlohn weiterentwickeln

Der gesetzliche Mindestlohn schützt die Arbeitnehmer:innen. Wir unterstützen die Mindestlohnkommission bei dem Ziel, perspektivisch den Mindestlohn weiterzuentwickeln. Der Mindestlohn kann immer nur eine Untergrenze sein.

Starke Tarifbindung, gute Löhne

Die Stärkung der Tarifbindung ist erforderlich, um oberhalb des Mindestlohns eine bessere Bezahlung von Arbeitnehmer:innen zu erreichen. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie zeigt sich, wie wichtig dies für die Sicherung der Fachkräftesituation in den systemrelevanten Bereichen ist. Wir setzen uns mit Nachdruck dafür ein, dass es einen einheitlichen und auskömmlichen Mindestlohn in allen Pflege-Bereichen geben muss, der deutlich höher sein muss als bisher. Die Finanzierung darf nicht zulasten der Eigenanteile der Beitragszahler:innen gehen.

Stärkung des Landestariftreuegesetzes

Rheinland-Pfalz setzt sich seit Jahren im Rahmen des Landestariftreuegesetzes für Tariftreue und Mindestentgelte bei öffentlichen Aufträgen ein. Dort, wo keine Tariftreue gefordert werden kann, müssen sich Unternehmen bei öffentlichen Aufträgen dazu verpflichten, ihre Beschäftigten nach dem jeweils aktuell geltenden Mindestlohn zu bezahlen. Für öffentliche Aufträge über Dienstleistungen im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf Straße und Schiene in Rheinland-Pfalz gibt es besondere Regelungen zum Arbeitnehmerschutz (Tariftreue, Beschäftigtenübergang bei Betreiberwechsel).

Wir wollen das Landestariftreuegesetz mit sozialen und ökologischen Aspekten fortentwickeln. Themen könnten die Förderung von Auszubildenden, die Beschäftigungsförderung im Rahmen der Diversity und Nachhaltigkeitsaspekte sein. Bei der Überprüfung von neuen Kriterien sollen verzichtbare Ausnahmen mit überprüft und bei Bedarf

gestrichen werden. Zudem sollen individuelle Interessen und Belange von Branchen und Betrieben (Branchenzugehörigkeit, Betriebsgröße, Möglichkeiten der Beschäftigungsförderung) berücksichtigt werden.

Die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen soll verbindlicher geregelt sowie konsequent kontrolliert und sanktioniert werden. Die Kontrollen durch Einbeziehung der Servicestelle zum LTTG werden wir verstärken. Dafür werden die personellen Ressourcen der Servicestelle im Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung (LSJV) ausgebaut.

Auf Bundesebene setzen wir uns für ein effektives Lieferkettengesetz ein und stehen zu den Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte der Vereinten Nationen.

Stärkung des Arbeitsschutzes

Arbeit darf nicht krankmachen. Dazu gehört ein starker Arbeitsschutz. Dafür tragen in erster Linie die Arbeitgeber:innen die Verantwortung. Die Stärkung der Beratung und Überwachung durch die Arbeitsschutzbehörden muss jedoch damit einhergehen.

Arbeitsbedingungen in speziellen Branchen verbessern

Der Arbeitsschutz in Branchen mit zum Teil schwierigen oder gar prekären Arbeitsbedingungen bedarf besonderer Aufmerksamkeit. Die Digitalisierung der Aufsichtsbehörden muss vorangebracht werden, damit diese vor Ort im Außendienst effizient beraten und bei Bedarf auch aufsichtsrechtlich tätig werden können. Die unzureichenden oder gar fehlenden Arbeitsschutzmaßnahmen von manchen Beschäftigten, u.a. in der Fleischindustrie, in der Paketbranche oder der Saisonsarbeitskräfte in der Landwirtschaft, muss mit einer effektiven und konsequenten Arbeitsschutzaufsicht entgegengewirkt werden.

Bei der Fortentwicklung des Arbeitsschutzes werden wir Kontrollmechanismen weiterentwickeln und eine Koordinierungsstelle bei den Arbeitsschutzbehörden einrichten. Wir wollen eine Anlaufstelle für mobile Arbeitnehmer:innen aus dem Ausland (z.B. LKW-Fahrer:innen und Fernbusfahrer:innen) schaffen, an die sie sich wenden können, wenn Schwierigkeiten bei ihren Arbeitsbedingungen bestehen.

Ladenöffnungsgesetz RLP rechtssicher gestalten

Die Koalition bekennt sich zum Sonntagsschutz und zum Ladenschluss. Ausnahmen sollen nur gemeinsam mit Gewerkschaften, Wirtschaft, Kommunen und Kirchen rechtssicher ermöglicht werden. Um Rechtssicherheit zu gewährleisten, streben wir für die bisher vier zulässigen verkaufsoffenen Sonntage in Abstimmung mit Handel, Gewerkschaften und Kirchen die Schaffung von praktikablen Regelungen für einen Anlassbezug an.

Arbeitszeiten selbst gestalten

Die Digitalisierung hat die Arbeitswelt für die Beschäftigten verändert. Das ortsunabhängige Erledigen der Arbeiten im Homeoffice ist gerade in der Corona-Krise in vielen Betrieben Realität geworden. Diesen Fortschritt möchten wir weiter begleiten und den Arbeitnehmer:innen und Arbeitgeber:innen Möglichkeiten der Weiterentwicklung aufzeigen.

Unter Beachtung der gesetzlichen Arbeitszeit- und Arbeitsschutzregelungen, wollen wir mobiles Arbeiten und Homeoffice dort ermöglichen, wo die Sozialtarifpartner praktikable Lösungen finden. Konkrete Anreize und mögliche gesetzliche Rahmenbedingungen werden wir prüfen. Diese sollen Arbeitnehmer:innen und Arbeitgeber:innen nicht über Gebühr bürokratisch belasten.

Weichen für eine moderne Arbeitswelt stellen

Um die Potenziale der Digitalisierung für nachhaltige wirtschaftliche und soziale Innovationen zu erschließen, müssen die Beschäftigten über die Betriebsräte und Interessenvertretungen an den betrieblichen Veränderungsprozessen beteiligt werden und ihre Arbeitsbedingungen besser mitgestalten können. Wir sprechen uns daher für eine Fortentwicklung des Betriebsverfassungsgesetzes aus.

Intelligente, innovative und flexibel anpassbare Arbeitszeitmodelle sind wichtige Mittel, um die sozialen Bedürfnisse von Arbeitnehmer:innen mit gesellschaftlichen und betrieblichen Notwendigkeiten auszubalancieren. Auch in kleinen und mittelständischen Unternehmen ist der Vereinbarung von Familie und Beruf Rechnung zu tragen. Mit einer flexiblen Vollzeit, die es Beschäftigten ermöglicht, freier zu entscheiden, wie innerhalb eines Korridors von 30 bis 40 Stunden ihre persönliche Vollzeit aussieht, wollen wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verbessern, genauso mit einer Pflegezeit, die hilft, die Sorge für einen nahestehenden Menschen mit dem Beruf besser zu vereinbaren. Branchen- und betriebsspezifische Regelungen werden im Rahmen der Tarif- und Sozialpartnerschaft getroffen.

Eine Verlängerung der täglichen Höchstarbeitszeit schließen wir aus.

Betriebliches Gesundheitsmanagement (BGM) und psychische Gesundheit

Die zunehmenden und veränderten Anforderungen in einer digitalisierten Arbeitswelt führen bei Beschäftigten auch zu steigenden psychischen Belastungen. Ein starkes betriebliches Gesundheitsmanagement ist daher unerlässlich. Wir streben eine Weiterentwicklung der bestehenden Landesstrategie an.

Der in den letzten Jahren aufgebaute Informations- und Wissenstransfer BGM soll weiterentwickelt werden. Es sollen innovative und nachhaltig ausgerichtete Projekte gefördert werden, die Betriebliches Gesundheitsmanagement und Klimaschutz zusammendenken.

Stärkung der Gesundheitsfachberufe

Die Corona-Pandemie zeigt einmal mehr, wie wichtig gut ausgebildetes Pflegepersonal ist. Deshalb wollen wir uns auf Bundesebene für verbindliche Personalbemessungsinstrumente in der Pflege und eine bessere Vergütung der Pflegeberufe einsetzen. Insgesamt setzen wir uns für mehr Pflegestellen ein, um die Arbeitssituation zu verbessern. Parallel zu den steigenden Gehältern müssen auch die Vergütungen für die Pflegedienste angehoben werden.

Gleichzeitig ist der Bedarf besonders an qualifiziertem Gesundheitsfachpersonal nach wie vor hoch und wird zukünftig noch steigen. Deswegen wollen wir die Gesundheitsfachberufe für junge Menschen durch verbesserte Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen attraktiver machen. Die Kapazität wollen wir bedarfsgerecht erhöhen.

Wir streben in dieser Wahlperiode die Schulgeldfreiheit für die Ausbildung in allen Gesundheitsfachberufen, auch der Heilmittelerbringer:innen, an. Wir bemühen uns weiter um die strukturelle Integration in das System der Krankenhausbetriebskostenfinanzierung.

Heute die Fachkräfte von morgen für die Gesundheitsfachberufe sichern

Die Sicherung der Fachkräfte im Gesundheits- und Pflegebereich ist eine der größten Herausforderungen unserer Gesellschaft. Bessere Löhne sind für die Attraktivität der Pflegeberufe ein wesentlicher Faktor. An dem Ziel eines allgemeinverbindlichen Tarifvertrags in der Altenpflege – alternativ einer Anhebung der Lohnuntergrenzen – halten wir fest.

In der Fachkräfteinitiative Pflege 2.0 gestalten wir mit unseren Partner:innen im Gesundheitswesen und der Pflege die Zukunft. Wir steigern die Ausbildungskapazitäten und gestalten aktiv die Versorgungsstrukturen und Rahmenbedingungen in der Pflege. Wir verbessern die Beschäftigungsbedingungen und die Führungs- und Unternehmenskultur in den Gesundheitsfachberufen.

Wir erleichtern nach einer Auszeit die Rückkehr in den Pflegeberuf.

Wir stehen als Koalition dafür ein, dass die akademische und die berufliche Ausbildung der Pflegeberufe gleichermaßen wertgeschätzt werden.

Das Image der Ausbildung und der Gesundheitsfachberufe verbessern wir durch weitere mit der Praxis abgestimmte Öffentlichkeitskampagnen auch an den allgemeinbildenden Schulen.

Wir steigern die Ausbildungszahlen in den Gesundheitsfachberufen bedarfsgerecht und regionenbezogen und gestalten die Ausbildungs- und Qualitätsstandards einheitlich und hochwertig.

Akademisierung der Gesundheitsberufe

Die akademische Ausbildung von Fachkräften in den Gesundheitsberufen leistet einen wichtigen Beitrag für die Gesundheitsversorgung in Rheinland-Pfalz. Wir haben bereits entsprechende Strukturen aufgebaut u.a. mit Pflegewissenschaften an der Universität Trier, Pflege- und Hebammenwissenschaften an der Hochschule Ludwigshafen sowie der Psychotherapie an den Universitätsstandorten für Psychologie in Mainz, Trier und Landau. Dazu gehören auch die Ausbildungen in der Physiotherapie, Logopädie und Ergotherapie. Die bestehenden Angebote von Studienplätzen in der Pflege, des pflegepädagogischen Studienangebotes für Berufsschullehrer:innen sowie bei der Hebammenausbildung wollen wir perspektivisch weiterentwickeln. Die Qualifizierung und Reglementierung in diesen Feldern ist eine nationale Aufgabe, deren Finanzierung mit durch den Bund sicherzustellen ist.

Unterstützung der Schulen und Einrichtung bei der weiteren Einführung der generalistischen Pflegeausbildung

Rheinland-Pfalz hat zum 1. Januar 2020 erfolgreich die generalistische Pflegeausbildung umgesetzt. Wir werden die Umsetzung als Kernstück der Qualitätsoffensive

Pflege weiter intensiv begleiten. Wir werden weiter zusätzliche Unterstützungsmaßnahmen für Pflegeschulen, Träger der praktischen Ausbildung und Orte der praktischen Ausbildung bereitstellen. Pflegestudiengänge wollen wir ausbauen. Auch unterstützen wir die Hauswirtschaftskräfte in der Pflege, denn hauswirtschaftliche Berufe haben in vielen Einrichtungen unverzichtbare Schlüsselfunktionen.

Aufwertung der Helfer:innenausbildung

Wir streben eine Aufwertung der Helfer:innen- bzw. Assistenzberufe in der Pflege auf der Basis von zwischen Bund und Ländern abgestimmten, landesrechtlichen Regelungen an. Die neuen Helfer:innen- bzw. Assistenzbildungen sollen durch eine modulare Ausbildung und eine Weiterqualifizierung eine Anschlussfähigkeit an die generalistische Pflegeausbildung garantieren und den Absolventen den Einstieg in die Fachkraftausbildung erleichtern.

Rheinland-Pfalz – attraktiv für ausländische Pflegekräfte

Aufgrund des demografischen Wandels ist mit einem wachsenden Bedarf an Pflegekräften zu rechnen. Umso wichtiger ist es, Verfahren zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen zu beschleunigen und die Sprachqualifizierung spezifisch auf die Berufsgruppe zuzuschneiden. Hierzu ist eine verbesserte Personalausstattung in den Anerkennungsbehörden notwendig. Ausländischen Pflegekräften wollen wir durch ein Netzwerk von Anpassungsmaßnahmen sowie geförderten Integrationsprogrammen sowohl die Möglichkeit bieten, zeitnah beruflich in Rheinland-Pfalz tätig zu werden, als auch sich dauerhaft im Berufsleben zu integrieren. Wir stehen in der Verantwortung, mit unserer Politik für ausländische Pflegekräfte nicht zu negativen Folgen für die Herkunftsländer beizutragen. Deshalb wollen wir nicht aktiv ausländische Fachkräfte aus außereuropäischen Ländern anwerben, in denen selbst ein Fachkräftemangel besteht und eine Abwanderung dort Lücken in die Versorgung reißen würde.

Transformation der Arbeitswelt mit unseren Partnern gestalten

Die Corona-Pandemie hat die Transformation der Arbeitswelt zusätzlich beschleunigt. Wir wollen, dass sowohl Unternehmen als auch Beschäftigte gestärkt aus diesem Prozess hervorgehen. Gemeinsam mit unseren Partner:innen gestalten wir daher die gesamtwirtschaftliche Transformation in einem fortlaufenden und konstruktiven Austausch, so etwa im Transformationsrat oder am Ovalen Tisch der Ministerpräsidentin. Die Landesstrategie zur Fachkräftesicherung in Rheinland-Pfalz werden wir mit unseren Partner:innen weiterentwickeln und an die Herausforderung der Transformation fortlaufend anpassen. Der Dialog soll im neu gegründeten Beschäftigungsbeirat fortgesetzt werden.

Auch in dem Bestreben, dass Rheinland-Pfalz klimaneutral wird, werden wir Unternehmen und Arbeitnehmer:innen unterstützen. Bereits existierende Förderansätze in unserer Arbeitsmarktpolitik, wie das Bedarfsgemeinschaftscoaching, „Perspektiven eröffnen“ und unsere Projekte für Frauen, werden um Digitalisierungsmodule ergänzt. Auf Bundesebene wollen wir das Kurzarbeitergeld weiterentwickeln und mit einer zielführenden Qualifizierung für die ökologische und digitale Transformation verknüpfen.

Transformationsakademie und Fachkräftestrategie

Wir gründen eine Transformationsakademie unter deren Dach Maßnahmen gebündelt sind, die Unternehmen und Organisationen benötigen, um die Veränderungen im Wirtschafts- und Arbeitsleben gemeinsam mit ihren Mitarbeiter:innen zu gestalten. Die Akademie richtet sich insbesondere an Mitarbeiter:innen von kleinen und mittelständischen Unternehmen und leistet Unterstützung in den Veränderungsprozessen.

Die Fachkräftestrategie des Landes setzen wir mit einem neuen Schwerpunkt auf der Weiterbildung fort. Eine abgeschlossene Ausbildung ist eine wichtige Voraussetzung für einen erfolgreichen Berufseinstieg, ein existenzsicherndes Einkommen sowie gute berufliche Perspektiven. In Zeiten des beschleunigten Strukturwandels ist aber eine verstärkte berufs begleitende Weiterbildung in Schulen und Hochschulen sowie Betrieben von zunehmender Bedeutung. Wir wollen daher eine Weiterbildungskultur, die die Chancen in den Blick nimmt, etablieren und die Rahmenbedingungen für lebenslanges Lernen im Zeitalter der Digitalisierung noch weiter verbessern.

Weiterbildung und Qualifizierung weiter stärken

Im Zuge der Transformation gewinnt die berufliche Weiterbildung nochmals erheblich an Bedeutung. Unser neuer Förderansatz „Betriebliche Weiterbildung“ sowie der erweiterte „Qualischeck“ haben sich bewährt, um Beschäftigte bei der Anpassung an die Transformation zu stärken, und werden daher fortgeführt.

Wir werden unseren erfolgreichen Förderansatz „Zukunftsfähige Arbeit“ zu einem Angebot zur Unterstützung von Erwerbstätigen in Transformationsprozessen weiterentwickeln. Inhaltliche Schwerpunkte sollen hierbei auf den Themen „Digitalisierung“ und „Künstliche Intelligenz“ liegen.

Wir setzen uns auf Bundesebene weiterhin für die möglichst rasche Einführung eines Bildungsregisters einschließlich einer Verlaufsstatistik in der beruflichen Bildung ein. Es ist wichtig, dass trotz der Corona-Pandemie in zukünftige Fachkräfte investiert wird. Deshalb unterstützen wir die stark betroffenen Branchen und machen dies zu einem Schwerpunktthema im Branchendialog.

Übergänge von der Schule in den Beruf vereinfachen

Wir wollen Jugendliche beim Übergang von der Schule in den Beruf unterstützen. Deshalb wollen wir mehr Jugendberufsagenturen mit echter Hilfe aus einer Hand aufbauen. Das in Modellprojekten erprobte Konzept der „Jugendberufsagentur Plus“ werden wir nun flächendeckend zur Verfügung stellen.

Mit dem neuen Förderprogramm „Job Action“ werden wir verstärkt besonders arbeitsmarktfremde junge Menschen ohne Berufsabschluss unterstützen. Wir wollen ihnen die Möglichkeit geben, auf ihren Fähigkeiten etwa in den Bereichen Kultur, Handwerk, Umwelt oder Sport aufzubauen, so dass sie über einen persönlichen Förderplan schrittweise an eine Ausbildung herangeführt werden können.

Soziale Absicherung von Solo-Selbstständigen

Besonders für (Solo-)Selbstständige ist die Corona-Pandemie mit erheblichen und existenzgefährdenden wirtschaftlichen Einbußen verbunden. (Solo-) Selbstständige

benötigen eine bessere soziale Absicherung. Wir setzen uns weiterhin auf Bundesebene für eine attraktive Arbeitslosenversicherung für Selbstständige und neue Sicherungsmodelle ein, die innerhalb der Sozialversicherung den Eintritt in die Gesundheits- und Rentenversicherung erleichtern.

Vermittlung in den Arbeitsmarkt verbessern – SGB II zukunftsfest machen

Auf Bundesebene unterstützen wir eine grundlegende und zukunftsfeste Reform der Grundsicherung (SGB II-Reform), die vor Armut schützt, soziale Teilhabe garantiert, für den Arbeitsmarkt der Zukunft qualifiziert und dem Prinzip „Hilfen aus einer Hand“ folgt.

Wir setzen uns für die Einführung eines Gesamtbudgets für die Jobcenter ein. Um Planungssicherheit zu gewährleisten, sollten bekannte Mehrbedarfe, insbesondere aufgrund von Tarifierhöhungen durch eine entsprechende Dynamisierung der Haushaltsansätze berücksichtigt werden. Wir wollen dafür werben, dass in den Kreisen und kreisfreien Städten Modellversuche für Grundsicherungsservicebüros, die alle Grundsicherungsleistungen der Kommune bündeln, eröffnet werden. Jobcenter sollen eingeladen werden, sich daran zu beteiligen.

Verstetigung des sozialen Arbeitsmarktes

Seit der Einführung des sozialen Arbeitsmarktes 2019 haben darüber 52.000 langzeitarbeitslose Menschen einen Arbeitsplatz erlangt. Nach aktueller Gesetzeslage ist die Förderung bis 31.12.2024 befristet. Wir fordern eine Verstetigung des sozialen Arbeitsmarktes als Regelinstrument und setzen uns auf Bundesebene für die Bereitstellung der dazu erforderlichen finanziellen Ressourcen ein.

Zur Bekämpfung des Langzeitleistungsbezuges setzen wir Schwerpunkte, um Menschen mit multiplen Vermittlungshemmnissen auf eine Beschäftigung auf dem Arbeitsmarkt vorzubereiten.

Inklusiver Arbeitsmarkt

Dass Menschen mit und ohne Behinderungen im selben Betrieb ihrer Tätigkeit nachgehen, soll zur Selbstverständlichkeit werden. Daher wollen wir die Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen in die Fachkräftestrategie des Landes aufnehmen.

Mit dem Budget für Arbeit fördern wir die Eingliederung von Menschen mit Behinderungen, die zuvor in Werkstätten für behinderte Menschen beschäftigt waren, in den regulären Arbeitsmarkt. Wir wollen Unternehmen dazu ermutigen vom Budget für Arbeit mehr Gebrauch zu machen. Rheinland-Pfalz wird sich zudem für einen Ausbau des im Januar 2020 eingeführten Budgets für Ausbildung stark machen. Dabei soll Menschen mit Behinderungen von Beginn ihrer beruflichen Tätigkeit an eine reguläre Berufsausbildung ermöglicht werden. Wir unterstützen den Ansatz eines „Budget für Inklusion“ und prüfen die Möglichkeit zur modellhaften Erprobung. Mit einem Beschäftigungsanteil von mindestens 30% schwerbehinderter Menschen nehmen die rheinland-pfälzischen Inklusionsbetriebe eine Vorreiterrolle ein. Wir unterstützen den Aufbau, die Erweiterung, die Modernisierung und die Ausstattung von neu zu gründenden und bereits bestehenden Inklusionsbetrieben. Die Anzahl regulärer Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen in Inklusionsbetrieben im Land werden wir nach Mög-

lichkeit verdoppeln. Für die Behindertenwerkstätten wollen wir auch weiterhin, gemeinsam mit deren Vertreter:innen, rechtssichere und praktikable Anordnungs-, Prüfungs- und Vergütungsrichtlinien sicherstellen.

Das Land wird den Weg fortsetzen, inklusiver Arbeitgeber zu werden. Wir bekennen uns zu dem Ziel einer Beschäftigungsquote von mindestens 6% von Menschen mit Behinderungen im Landesdienst.

Wir prüfen hierzu neue Maßnahmen, unter anderem auch die Möglichkeit, „Budget für Arbeit“-Stellen im Landesdienst zu schaffen und in den Ressorts mit verbindlichen Zielen zu hinterlegen. Wir wollen Inklusionsbetriebe und -abteilungen in der Landesverwaltung schaffen.

Für Menschen mit Behinderungen wollen wir das Budget für Arbeit modellhaft um ein „Budget für Mobilität“ ergänzen, damit auch Menschen mit Behinderungen, die auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt beschäftigt sind, ihre Arbeitsstätte erreichen können.

Verhinderung von Armut im Alter

Für immer mehr Menschen reicht die Rente nicht mehr für ein auskömmliches Leben im Ruhestand aus – das Risiko der Altersarmut nimmt zu. Diese Entwicklung betrachten wir mit Sorge.

Wir setzen uns auf Bundesebene weiter dafür ein, dass die Altersversorgung in Deutschland auch für die Zukunft nachhaltig und sicher gestaltet wird. Wir unterstützen die Einführung einer gründerfreundlich ausgestalteten Altersvorsorgepflicht für Selbstständige, die nicht bereits anderweitig abgesichert sind.

Wissenschaft

Forschung und Wissenschaft sind das Fundament für technischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt in unserem Bundesland. In diesem Bereich werden die Grundlagen dafür gelegt, dass Rheinland-Pfalz gestärkt aus dem bevorstehenden Jahrzehnt hervorgeht. Unser Ziel ist es, gleichwertige Lebensbedingungen und ein gutes, nachhaltiges Leben für alle Menschen zu erreichen. Die Weichen, die wir in den nächsten Jahren stellen – sei es mit Blick auf die Auswirkungen der Klimakrise, der Digitalisierung, der Corona-Pandemie, die Stärkung unserer Demokratie, die Zukunft als erfolgreiches Bildungsland, die Innovationskraft unserer Wirtschaft oder die Zukunft unserer Industrie – werden im Bereich Wissenschaft, Forschung und Innovationen vor-gedacht.

Forschung und Innovation

Gemeinsam mit allen Akteur:innen wollen wir die Vorteile unserer Wissenschaftsland-schaft weiterhin stärken – unsere Wissenschaft prägt die zentralen gesellschaftlichen Zukunftsthemen.

Um den gesellschaftlichen Wandel und die Festigung der Demokratie, die die Voraus-setzung für unser freies und friedvolles Zusammenleben ist, zu begleiten und voran-zutreiben, werden wir zudem den Gesellschafts- und Geisteswissenschaften an den Hochschulen in unserem Land weiter einen hohen Stellenwert beimessen. Um die Geistes- und Gesellschaftswissenschaften weiter zu stärken, muss es auch darum ge-hen, strategische Kooperationen in diesen Bereichen aufzubauen, dafür ist die Allianz für Spitzenforschung für Antike zwischen Römisch-Germanischem-Zentralmuseum (RGZM), Universität Trier und der GDKE ein sehr gutes Vorbild. Unsere Innovations-politik ist darauf ausgerichtet, die Umsetzung neuen Wissens in innovative und nach-haltige Produkte, Verfahren und Dienstleistungen zu fördern und damit die Wettbe-werbsfähigkeit unserer Unternehmen zu erhalten und zu steigern. Wir wollen, dass auch in Zukunft auf internationalen Märkten von „Innovation made in Rheinland-Pfalz“ die Rede ist. Hochschulen, Forschungsinstitute sowie Ausgründungen aus der Wis-senschaft sichern die Teilhabe unserer Regionen an globalen Entwicklungen. Grund-lagenforschung und Anwendung sind dabei untrennbar verbunden, deshalb werden wir beides, ebenso wie unsere vielfältige Ausgründungskultur, im Land unterstützen und dafür sorgen, dass rheinland-pfälzische Forschung ein Vorbild mit nationaler und internationaler Strahlkraft bleibt.

Wir unterstützen die Vernetzung der bereits existierenden Forschung zum Schwer-punkt Sexualisierte Gewalt.

Lebenswissenschaften stärken und Rheinland-Pfalz zu einem weltweit führen-den Standort für Biotechnologie ausbauen

Wir wollen das Momentum der weltweiten Sichtbarkeit des Wissenschafts- und Bio-technologiestandortes Mainz insbesondere durch die Erfolge der Firma BioNTech nut-zen, schnell und zielgerichtet handeln und die gesamte Wertschöpfungskette am Standort dauerhaft sichern und erweitern. Rheinland-Pfalz soll so zum führenden Standort für Biotechnologie ausgebaut werden. Gemeinsam mit der Stadt Mainz, der Universität Mainz, der Unimedizin und weiteren Akteur:innen werden wir die verschie-

denen Maßnahmen bündeln. Ein:e Koordinator:in der Landesregierung für Biotechnologie wird zentraler Ansprechpartner für alle Akteur:innen sein. Die Erfolge der vergangenen Jahre im Umfeld des Wissenschaftsstandorts Mainz bieten dazu eine hervorragende Grundlage, auf der wir mit verschiedenen Säulen aufbauen:

Wir werden die Grundlagenforschung stärken. Dazu gehören beispielsweise die Bereiche der Erforschung von Herz-Kreislauf-Erkrankungen und der psychischen Gesundheit sowie der Krebsforschung im Schulterschluss zwischen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen (wie u.a. TRON, HI-TRON, IMB).

Wir werden die Gesundheitsforschung von der Grundlagenforschung bis zur Entwicklung von Therapien für drängende Probleme einer alternden Gesellschaft stärken und die Forschung für Gesundes Altern zu einem Schwerpunkt der Gesundheitsforschung in Rheinland-Pfalz ausbauen.

Wir werden in Mainz die Standortbedingungen für Biotechnologieunternehmen weiterentwickeln und ein attraktives Umfeld für ansiedlungswillige Unternehmen in diesem Bereich schaffen. Wir werden das Technologiezentrum Mainz zum Gründerzentrum in diesem Bereich ausbauen und weiterentwickeln.

Zukunftsthema „Künstliche Intelligenz“

Rheinland-Pfalz ist schon heute ein Vorreiter in der Erforschung und Anwendung Künstlicher Intelligenz. Daher ist es von zentraler Bedeutung, die bereits vorhandenen Kompetenzen der Forschung im KI-Bereich weiter voranzutreiben. Die rheinland-pfälzische Wissenschaftslandschaft ist mit ihrer Forschung im Bereich der Künstlichen Intelligenz breit und differenziert aufgestellt. Insbesondere mit dem Deutschen Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz (DFKI) in Kaiserslautern, den einschlägigen Aktivitäten der Universitäten und der Hochschulen für angewandte Wissenschaften sowie außeruniversitären Forschungseinrichtungen, wie dem Fraunhofer-Institut für Techno- und Wirtschaftsmathematik (ITWM) und dem Fraunhofer-Institut für Experimentelles Software Engineering (IESE) verfügt das Land über Einrichtungen, die sich mit Aspekten der Erforschung von KI in den unterschiedlichen Wissenschaftsfeldern und der Anwendung von KI in der Wirtschaft beschäftigen. Im Rahmen der KI-Agenda werden wir unsere Aktivitäten zur Stärkung der rheinland-pfälzischen Wissenschaftslandschaft im Bereich KI deutlich stärken. Dazu zählt unter anderem die Gründung der KI-Allianz, die Ernennung von KI-Botschafter:innen und KI-Lots:innen und die Einrichtung neuer Professuren. Bei der Erforschung und Anwendung künstlicher Intelligenz sollen ethische Fragestellungen, gesellschaftliche Wechselwirkungen und die nachhaltige Entwicklung beachtet und abgewogen werden.

Strategie zur Stärkung von Forschung und Innovation

Mit einer Strategie zur Stärkung von Forschung und Innovation begleiten wir die Hochschulen bei der Profilbildung in der Forschung sowie bei überregionalen Forschungs Kooperationen. Wir wollen neue Ideen, neues Wissen und neue Technologien aus der Wissenschaft schnell und zielgerichtet als Innovationen in die Wirtschaft und Gesellschaft bringen. Modelle für eigene Gestaltungsmöglichkeiten der Hochschulen sollen weiter erprobt und Fördermöglichkeiten weiterentwickelt werden. Wir werden unsere Hochschulen bei erfolgversprechenden strategischen Bewerbungen im Rahmen von

bundesweiten Wettbewerbsverfahren sowie bei strategischen Berufungs- und Bleibeverfahren unterstützen. Wir unterstützen eine Forschungs- und Innovationslandschaft, die geprägt ist von Humanität und der Freiheit der Wissenschaft.

Wir werden die Strukturen der gemeinsamen Nachwuchsförderung zwischen den Hochschulen und den regionalen und überregionalen außeruniversitären Forschungseinrichtungen weiterentwickeln, um für junge Wissenschaftler:innen attraktive Ausbildungs- und Qualifizierungsbedingungen zu schaffen.

Wir werden die Hochschulen und Forschungseinrichtungen bei der Forschung zu aktuellen und zukünftigen gesellschaftlichen Herausforderungen gezielt unterstützen, um so den Beitrag der rheinland-pfälzischen Forschung zu den großen gesellschaftlichen Herausforderungen national und international beispielsweise in den Feldern Künstliche Intelligenz, Quantentechnologien, Wasserstofftechnologie, in der Gesundheitsforschung sowie bei den Querschnittsthemen Nachhaltigkeit und Digitalisierung sichtbar zu machen. Dabei unterstützen wir Ausgründungen wie wissenschaftsbasierte Start-ups und fördern die Vernetzung zwischen Wissenschaft, Gesellschaft und Wirtschaft. Wir fördern die Hochschulen und die außeruniversitären Forschungseinrichtungen auch in der regionalen Kooperation und entwickeln diese weiter. Neue Ideen, neues Wissen und neue Technologien sollen so aus der Wissenschaft schnell und zielgerichtet als Innovationen in die Wirtschaft und Gesellschaft gebracht werden. Wir werden den Technologie- und Wissenstransfer gezielt weiterentwickeln. Dafür werden wir Innovationen in rheinland-pfälzischen Unternehmen durch innovative Formen des Wissenstransfers z. B. über anwendungs- und praxisorientierte Promotionsvorhaben direkt voranbringen. Wir wollen über neue Formen von Unterstützungsformaten, Beratung und Vermittlung von Kooperationspartnern oder den Aufbau von Plattformen Innovationen befördern. Dies beinhaltet auch den Auf- und Ausbau von technologischen und technologieorientierten Kompetenzen sowie von Netzwerk- und Clusterstrukturen in Zukunftsfeldern wie Quanten- und Wasserstofftechnologien, die wir aktiv vorantreiben wollen.

Wissenschaftsstandort Rheinland-Pfalz stärken

Studierende erhalten an unseren Hochschulen nicht nur eine hochwertige Ausbildung, um ihre Zukunft selbst in die Hand nehmen zu können. Die Vermittlung des wissenschaftlichen Anspruchs, unsere Welt verstehen und zum besseren verändern zu wollen, ist eine Säule für eine innovative und nachhaltige Entwicklung unserer Gesellschaft.

Damit diese Entwicklung auch in Zukunft gelingt, müssen Hochschulen in Forschung und Lehre Freiräume bieten und auf eine langfristige finanzielle Sicherheit bauen können.

Dabei können die Hochschulen in Rheinland-Pfalz auf eine solide Finanzbasis aufbauen und sich weiterentwickeln. Wir werden die Stärkung der Grundfinanzierung konsequent fortsetzen. Unser Ziel bleibt dabei, dass den Hochschulen Planungssicherheit verschafft wird.

Die Hochschulstrukturreform wurde auf der Basis des Hochschulzukunftsprogramms für Rheinland-Pfalz initiiert. Das Zukunftsprogramm beinhaltet über die Reform der Strukturen und Standorte hinaus eine Vielzahl an weiteren Empfehlungen. Den damit begonnenen Dialog wollen wir fortsetzen.

Hochschulstrukturreform erfolgreich voranbringen

Wir werden die Hochschulstrukturreform erfolgreich voranbringen und starke Universitätsstandorte Koblenz sowie Kaiserslautern und Landau schaffen, die fest in ihren Regionen verankert und international sichtbar sind. Mit dem beschlossenen Neustrukturierungsgesetz ist festgelegt, dass zum 1. Januar 2023 in Koblenz eine eigene Universität entsteht und der Campus Landau gemeinsam mit der TU Kaiserslautern zur Rheinland-Pfälzischen Technischen Universität zusammengeführt wird. Damit können die jeweiligen Universitätsstandorte ihre Profile schärfen, ihre Stärken kombinieren, ihre Einbettung in ihre Regionen stärken und tragen damit zur Entwicklung der jeweiligen Regionen bei. Wir werden die neu entstehenden Universitäten auf ihrem Weg begleiten und unterstützen, damit sie ihre Forschungsprofile innovativ und zukunftsweisend ausbilden können.

Offene Hochschule und flexible Studienformate

In Rheinland-Pfalz setzen wir schon seit vielen Jahren auf die Gleichwertigkeit und die Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung. Wir werden den Weg der „Offenen Hochschule“ fortsetzen und ausbauen.

Wir werden die Hochschulen unterstützen, die neuen rechtlichen Rahmenbedingungen des rheinland-pfälzischen Hochschulgesetzes für den Ausbau von flexiblen Studienformaten und modularen Studienangeboten zu nutzen. Dazu gehört auch, dass mehr Angebote für ein Teilzeitstudium geschaffen werden und verstärkt digitale Formate genutzt werden. Damit wollen wir einer heterogenen Studierendenschaft und der Vielfalt in unserer Gesellschaft Rechnung tragen.

Im Rahmen des lebenslangen Lernens und der Kultur der Chancen werden wir weiterhin die Hochschulen dabei unterstützen, flexible und bedarfsgerechte Angebote der hochschulischen Weiterbildung auszubauen.

Zugleich sollen duale Studiengänge nachfragegerecht ausgebaut werden. Da die Unternehmen sowohl ausbildungsintegrierte als auch praxisintegrierte Studiengänge zur Personalgewinnung nutzen, unterstützen wir den Ausbau beider Varianten. Gemeinsam mit den Hochschulen und Praxispartnern werden wir den dualen Qualifizierungsweg durch die Einrichtung dualer Masterstudiengänge ausbauen. Die Rolle der Dualen Hochschule als Ansprechpartnerin und Beraterin sowie als Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Wirtschaft soll entsprechend gestärkt werden.

Hochschulinitiative für gutes Studium und gute Lehre in Rheinland-Pfalz

Für eine zukunftsorientierte Hochschulentwicklung schafft Rheinland-Pfalz die Rahmenbedingungen, um gute Arbeit und gute Lehre an den Hochschulen auch weiterhin zu gewährleisten. Zentraler Baustein ist die Hochschulinitiative für gute Lehre und gutes Studium. Mit der Hochschulinitiative können die Hochschulen die aufgebauten Studienplätze flächendeckend und dauerhaft erhalten. Wir werden unsere Hochschulen dabei unterstützen, weitere Zulassungsbeschränkungen abzubauen und ihre Lehr- und Forschungsprofile weiter zu entwickeln.

Beim Hochschulzugang für beruflich Qualifizierte und Personen ohne Abitur sollen bei Universitäten und Fachhochschule (HAW) dieselben Kriterien angelegt werden.

Mit den Zielvereinbarungen im Rahmen der Hochschulinitiative, die bis 2026 abgeschlossen wurden, haben sich die Hochschulen mit dem Land darauf verständigt, ihre Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung weiterzuführen und bei der Besetzung von Stellen Frauen angemessen zu berücksichtigen. Zudem werden die Belange schwerbehinderter Beschäftigter besonders berücksichtigt.

Im Rahmen der Zielvereinbarungen mit den einzelnen Hochschulen haben sich die Hochschulen unter anderem dazu verpflichtet, ihr Studienangebot zu erhalten, eigene Profildomänen zu stärken und die Qualität von Studium und Lehre zu steigern.

Mit den neuen Beteiligungsformen des rheinland-pfälzischen Hochschulgesetzes haben wir die demokratische Mitwirkung aller Statusgruppen am Hochschulgeschehen gestärkt. Diesen Weg gehen wir weiter.

Neben dem Fokus auf der Forschungsstärke unserer Hochschulen, wollen wir die deutschlandweite Profilierung des Hochschulstandorts Rheinland-Pfalz zusätzlich durch die Entwicklung einer qualitativ herausragenden Lehre vorantreiben. Gerade die Corona-Pandemie hat die Bedeutung innovativer Lehrangebote hervorgehoben. Deswegen sollen alle Wissenschaftler:innen ein hochschuldidaktisches und erwachsenenpädagogisches Fortbildungsprogramm durchlaufen und auch im Laufe ihrer Karriere weitere Fortbildungsangebote in Anspruch nehmen.

Sicherung des wissenschaftlichen Nachwuchses

Die Möglichkeiten des Hochschulgesetzes, andere Karrierewege in Forschung und Lehre zu ermöglichen (Juniorprofessuren, Tandemprofessuren, „Dual Career“-Programme) wollen wir weiter stärken. Wir werden die Hochschulinitiative für gutes Studium und gute Lehre in den nächsten Jahren entsprechend unserer Leitlinien für gute Arbeit umsetzen und durch die vorgesehenen Stellenentfristungen mehr Sicherheit und Planbarkeit für die Beschäftigten erreichen.

Studierende tragen häufig eine enorme finanzielle Belastung. Das BAföG hat als zentrales Steuerungsinstrument, um vor allem jungen Menschen aus Nichtakademiker:innenhaushalten den Zugang zu Hochschulen zu ermöglichen, über die letzten Jahrzehnte bedauerlicherweise stark an Bedeutung verloren. Wir setzen uns deshalb auf Bundesebene für eine weitgehende Reform des BAföG ein, um das Versprechen von Chancengleichheit und Aufstieg einzulösen.

Wir werden die Zweitstudiengebühren abschaffen.

Weiterentwicklung der Studierendenwerke

Unsere Studierendenwerke sind wichtige Partner, um Bildung in unseren Hochschulen allen zugänglich zu machen. Das Studium verändert sich, auch durch die digitale Entwicklung, was auch Auswirkungen auf die Studierendenwerke hat. Wir werden einen Prozess beginnen, um „unser Studiwerk von morgen“ gemeinsam zu erarbeiten.

Nachhaltigkeit und Green Offices

Nachhaltigkeitsbestrebungen an den Universitäten, wie z.B. Green Offices, begrüßen wir und unterstützen deren Ausbau.

Digitalisierung der Lehre

Die Corona-Pandemie hat zugleich die Chancen und die Erfordernisse der Digitalisierung für das Lernen und Lehren sowie für die Forschung deutlich gemacht, aber auch die Notwendigkeit der beschleunigten Digitalisierung an Hochschulen aufgezeigt. Diese bietet neue Möglichkeiten für individuelles, effizienteres und vernetztes Lehren und Lehren. Wir werden die Digitalisierung der Hochschulen in den kommenden Jahren weiter vorantreiben. Wir werden die Entwicklung neuer Lehr- und Lernformate an den Hochschulen unterstützen und Qualifizierungsangebote für Lehrende im Hinblick auf die Nutzung digitaler Lehr- und Lernmethoden weiter ausbauen.

Zudem wollen wir weiter daran arbeiten, dass Verwaltungsleistungen, Studierendenservices und die Bibliotheken an den Hochschulen stärker digital nutzbar sind. Die digitalen Infrastrukturen an den Hochschulen werden wir weiter ausbauen und die Zusammenarbeit der Rechenzentren und die Weiterentwicklung ihrer lokalen Serviceprofile unterstützen.

Repräsentation von Frauen im Wissenschaftsbetrieb stärken

Die Repräsentation von Frauen im Wissenschaftsbetrieb ist uns ein wichtiges Anliegen. Wir wollen Wissenschaftlerinnen gezielt fördern. Hierzu werden wir die bestehenden Förderprogramme stärken und ausbauen, um die Karrieremöglichkeit von Frauen an unseren Hochschulen zu verbessern. Zudem begleiten wir die Umsetzung der Gleichstellungsaspekte im Rahmen des neuen Hochschulgesetzes.

Wissenschaftsfreiheit und Wissenschaftskommunikation stärken

Die Freiheit der Wissenschaft ist ein unschätzbbares Gut – sei es im Kampf gegen Krankheiten, den Klimawandel, zur Beantwortung von aktuellen Gesellschaftsfragen oder für mehr Nachhaltigkeit und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Das heißt, dass wir sie vor den Feind:innen der Wissenschaft, seien es Verschwörungsideolog:innen oder Klimaskeptiker:innen, schützen müssen. Wir wollen der erste Ansprechpartner sein, wenn sich Wissenschaftler:innen in ihrer Freiheit und in ihrem Diskurs bedroht fühlen. Wir stehen an der Seite unserer Forscher:innen und nehmen sie und ihre Erkenntnisse ernst.

Eine intensive Wissenschaftskommunikation ist uns sehr wichtig. Wissenschaftskommunikation heißt für uns nicht nur, dass die Ergebnisse unserer Wissenschaftler:innen sichtbar sind, sondern auch, dass der Prozess des wissenschaftlichen Arbeitens verstanden werden kann und es einen gegenseitigen fruchtbaren und konstruktiven Austausch zwischen Wissenschaft und Gesellschaft gibt, in dem alle Beteiligten voneinander und miteinander lernen. Um die Hochschulen gezielt bei dieser wichtigen gesellschaftlichen Transferaufgabe zu unterstützen, prüfen wir die Einrichtung von Plattformen für Wissenschaftskommunikation.

Wir werden die Arbeitsweisen der Offenen Wissenschaft stärken.

Wir werden Wissenschaftler:innen und Hochschulen dabei unterstützen, Forschungsdaten und andere Forschungsprozesse frei zugänglich zu machen. Gleichzeitig möchten wir die Kooperation und Kommunikation mit der interessierten Öffentlichkeit intensivieren.

Internationalisierung der Hochschulen und Hochschulverbände

Eine attraktive Hochschullandschaft ist nicht nur regional, sondern auch international vernetzt. Die Hochschulen des Landes sind dank ihrer guten Kooperation mit wissenschaftlichen und außerhochschulischen Partnern in der Lage, viele ausländische Wissenschaftler:innen sowie Studierende anzuziehen. Ein herausragendes Beispiel für europäische Kooperationen ist dabei die Forthem Alliance, der die Johannes Gutenberg-Universität angehört. Auch bei Kooperationen mit den unmittelbar benachbarten Regionen wurden bereits viele Erfolge erzielt. Beispielhaft sind hier die Universität der Großregion mit Beteiligung der Universität Trier und der Technischen Universität Kaiserslautern und der Verbund RMU, in dem sich die drei Universitäten aus Mainz, Frankfurt und Darmstadt zusammengeschlossen haben. Wir werden daher die gezielte Weiterentwicklung von Internationalisierungsstrategien in Forschung, Lehre und beim Studierendenaustausch unterstützen.

Inklusion und Barrierefreiheit

Unsere Hochschulen sind für alle da. Deswegen setzen wir unseren Weg fort, Barrierefreiheit und Unterstützung für Studierende mit Behinderung und chronischen Krankheiten zu gewährleisten. Den Weg der Inklusion und der weiteren Öffnungen, der im Hochschulgesetz vorgesehen ist, werden wir entschlossen weitergehen.

Hochschulbau

Wir werden den Hochschulbau in Abstimmung mit den Hochschulstandorten zukunftsfähig gestalten. Den Weg, Hochschulen im Bereich der Zuständigkeiten im Hochschulbau modellhaft eigene Gestaltungsmöglichkeiten zu eröffnen, setzen wir fort.

Universitätsmedizin Mainz

Die Universitätsmedizin der Johannes Gutenberg-Universität Mainz ist der herausragende Standort für medizinische Forschung, Ausbildung und Versorgung in Rheinland-Pfalz.

Wir werden den engen Dialog und die gute Zusammenarbeit mit der Universitätsmedizin fortsetzen. Wir werden auf der unterzeichneten Zielvereinbarung für die Jahre 2021 bis 2023 aufbauen und die Finanzierung der vielfältigen Aufgaben der Universitätsmedizin dauerhaft sichern.

Wir haben in der vergangenen Legislaturperiode die Zahl der Medizinstudienplätze im Land um ca. 15% erhöht. Wir wollen das erreichte Niveau von ca. 450 Studienanfänger:innen erhalten und gemeinsam mit der Universitätsmedizin und der Universität die hierfür notwendige Infrastruktur ausbauen.

Wir freuen uns über die gestartete Ausbildung am Medizincampus Trier. Wir werden das Projekt in der kommenden Legislaturperiode evaluieren und das Konzept des Medizincampus Trier weiterentwickeln.

Mit der Beauftragung eines Standortentwicklungskonzepts für die Universitätsmedizin wurde ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer strukturellen Erneuerung des Uniklinik-Campus gemacht. Auf Basis dieses Zielkonzepts werden wir die Weichen für die bauliche Erneuerung stellen.

Den Prozess zur Erarbeitung eines Memorandums zwischen Landesregierung, Universitätsmedizin und Johannes Gutenberg-Universität werden wir fortsetzen und so eine gemeinsame und umsetzbare Vision unserer Uniklinik formulieren.

Weiterbildung

Die Stärkung der Weiterbildung ist eine wichtige Voraussetzung für die Gestaltung des anstehenden Jahrzehnts der Transformation. Klimawandel, Digitalisierung, technologischer Wandel, Demografie und gesellschaftlicher Wertewandel verändern unser Leben und auch die Anforderungen an unsere Arbeit. Wissen und Können bleiben der Schlüssel sowohl für ein selbstbestimmtes Leben und soziale Teilhabe als auch für unseren wirtschaftlichen Erfolg und zukunftsfähige Beschäftigung insgesamt. Wir setzen daher starke Akzente im Bereich der Weiterbildung.

Allgemeine Weiterbildung ausbauen

Bildung und lebenslanges Lernen sind die Voraussetzung für Chancengleichheit und Teilhabe am gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Leben und für die Verwirklichung von Lebenszielen. Die in Rheinland-Pfalz bestehende plurale Weiterbildungslandschaft mit den Volkshochschulen in ihrer kommunalen Verankerung und den anerkannten Weiterbildungsorganisationen mit ihrem zivilgesellschaftlichen Hintergrund ermöglichen lebenslanges Lernen durch ein flächendeckendes, hochwertiges und niederschwelliges Weiterbildungsangebot. Diese Zusammenarbeit wollen wir fortsetzen und prüfen, wie wir diese intensivieren und die Grund- und Angebotsförderung insgesamt und unter anderem auch in den Bereichen Bildung für nachhaltige Entwicklung und Demokratie stärken können. Wir streben an, die bestehenden Antrags- und Förderverfahren zu vereinfachen. Auf der Bundesebene setzen wir uns für einen Transformations- bzw. Digitalpakt Weiterbildung ein.

Wir wollen die Möglichkeiten der Freistellung bekannter machen, damit mehr Berufstätige bezahlten Bildungsurlaub in Anspruch nehmen.

Wir werden – auch vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie – den Aspekt der „Guten Arbeit“ in der Weiterbildung noch stärker in den Blick nehmen.

Die verschiedenen Akteur:innen und Angebote der allgemeinen und beruflichen Weiterbildung wollen wir über alle Qualifizierungsarten hinweg noch stärker vernetzen, damit sie voneinander lernen und profitieren können.

Ehrenamt in der Bildungsfreistellung

Die Ausübung eines Ehrenamtes soll für Beschäftigte in Rheinland-Pfalz attraktiver gemacht werden, indem künftig auch Bildungsfreistellung für Weiterbildungsmaßnahmen zugelassen wird, wenn diese zur Wahrnehmung ehrenamtlicher Tätigkeiten qualifizieren. Dafür wollen wir die rechtlichen Grundlagen schaffen.

Bildungsfreistellung Online

Wir wollen die Möglichkeit, Bildungsfreistellungsveranstaltungen online durchführen zu können, nicht nur auf den Corona-Zeitraum beschränken, sondern Bildungsfreistellung für digitale Weiterbildungsangebote dauerhaft nutzbar machen und dafür die rechtlichen Voraussetzungen in der Durchführungsverordnung zum Bildungsfreistellungsge-
setz schaffen.

Digitale Formate sind vor allem für die berufliche Weiterbildung von starkem Interesse, kommen aber auch zunehmend bei anderen Weiterbildungsveranstaltungen, so auch in der politischen Erwachsenenbildung, mit Erfolg zum Einsatz.

Alphabetisierung und Grundbildung

Rheinland-Pfalz ist das Land der zweiten und dritten Chance. Zentrale Bausteine dafür sind die Angebote zur Alphabetisierung und Grundbildung sowie die Vorbereitungskurse zum Nachholen eines Schulabschlusses. Die Lernangebote im Bereich Alphabetisierung und Grundbildung werden wir verstetigen, niedrighschwellige Angebote ausbauen und dabei insbesondere im Bereich Grundbildung verstärkt auch die Vermittlung digitaler Kompetenzen unterstützen. Die Qualifizierung von Kursleitenden soll weiter unterstützt und dieser Weg fortgeführt werden.

Vorbereitungskurse zum Nachholen eines Schulabschlusses

Wir wollen auch weiterhin, dass alle Bürger:innen auch zu einem späteren Zeitpunkt ihres Lebens einen Schulabschluss nachholen können. Dazu gehört, dass wir gemeinsam mit den Anbieter:innen von Schulabschlusskursen gute Rahmenbedingungen schaffen und ein flächendeckendes, teilnehmer:innenorientiertes und für Anbieter:innen rechtssicheres Angebot an Schulabschlusskursen machen. Diesen erfolgreichen Weg der vergangenen Jahre wollen wir fortführen.

Digitalisierung

Der Digitalisierungsprozess in den Weiterbildungseinrichtungen soll weiter unterstützt werden. Die Förderung von Digitalbeauftragten in den Geschäftsstellen des Verbandes der Volkshochschulen und der ankernannten Landesorganisationen der Weiterbildung soll verstetigt werden. Insbesondere die Entwicklung und Verbreitung von digitalen Formaten und Angeboten zur Förderung der Medienkompetenz von Bürger:innen soll verstärkt unterstützt werden, v.a. durch Beratung der Weiterbildungseinrichtungen in den Regionen zum Beispiel durch medienpädagogische Fachkräfte, Qualifizierung der Kursleitenden und die Förderung von Projekten.

Weiterbildungsportal

Mit dem Weiterbildungsportal wurde die Transparenz im Bereich der Weiterbildungsangebote deutlich erhöht und auch ein wichtiger Beitrag zur Fachkräftesicherung geleistet. Dieses bewährte Instrument zur Information für Weiterbildungsinteressierte und zur Unterstützung bei der Weiterbildungsplanung werden wir weiterführen.

Digitales Leben in Rheinland-Pfalz

Die Digitalisierung wird unsere Art zu arbeiten, zu wirtschaften und zu leben in den kommenden zehn Jahren stark verändern. Wir wollen die neuen Chancen mit starken Digitalisierungsinitiativen nutzbar machen, unser Land zum Gigabit-Land machen und die Teilhabe aller sichern. Dabei denken wir bei jedem Digitalisierungsschritt Fragen der Energie- und Ressourceneffizienz mit und sorgen für starke Bürger:innenrechte und digitale Souveränität.

Digitale Verwaltung

Die Digitalisierung der Verwaltung werden wir weiter vorantreiben und modern und bürger:innenorientiert ausbauen. Dabei kennen wir die Risiken einer zunehmenden Digitalisierung und reagieren sachgerecht auf diese.

Besonders wichtig ist uns, dass das Recht über die Verwendung der eigenen Daten bei den Bürger:innen bleibt und Behörden bei Nutzung und Speicherung von Daten einen klaren gesetzlichen Rahmen haben. Wir werden prüfen, inwiefern algorithmische Entscheidungssysteme einer Regulierung unterworfen werden müssen. Wir schaffen die transparente Verwaltung, nicht den:die gläserne:n Bürger:in. Digitale Produkte und Dienstleistungen sollen barrierefrei sein. Bei der Einführung neuer IT-Verfahren werden wir die digitale Barrierefreiheit sicherstellen und auch bestehende Verfahren hierauf überprüfen.

E-Government

Wir wollen, dass Verwaltungsdienstleistungen für Bürger:innen sowie Unternehmen zukünftig flächendeckend sicher und schnell auf digitalem Weg zur Verfügung stehen. Hierfür bauen wir im Rahmen der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes die IT-Infrastruktur der digitalen Verwaltung Rheinland-Pfalz weiter aus.

Ein Großteil der Verwaltungsleistungen wird dabei von den Kommunen erbracht. Bei dieser Aufgabe werden wir die Kommunen unterstützen.

Mit unserem E-Government-Gesetz haben wir moderne Rahmenbedingungen für die Digitalisierung der Verwaltung geschaffen. Diesen Weg werden wir fortsetzen und die Bürger:innen und Unternehmen in die Lage versetzen, ihre Verwaltungsanliegen rein digital abzuwickeln. Hierfür stellen wir für alle Verwaltungsebenen in Rheinland-Pfalz eine zentrale E-Government-Infrastruktur (Basisdienste) zur kostenfreien Nutzung zur Verfügung. Über ein zentrales Verwaltungsportal können Bürger:innen und Unternehmen Verwaltungsleistungen aufrufen und von der Antragstellung bis hin zur Bezahlung vollständig digital abwickeln.

Einer für Alle/Once Only

Unser Ziel ist es, Verwaltungsleistungen einheitlich und zentral im Sinne von „Einer für Alle“ im bundes- und länderübergreifenden Kontext umzusetzen und damit sowohl die Wirtschaftlichkeit und Effizienz als auch die Bürger:innenfreundlichkeit zu steigern. Darüber hinaus wird durch das Konzept des Once-Only-Prinzips der Service für die Bürger:innen wesentlich verbessert. Nach diesem Prinzip müssen sich die Nutzer:innen einmal registrieren und können dann mit diesem Zugang alle Verwaltungsleistun-

gen abfragen. Das Once-Only-Prinzip werden wir unter anderem durch die Modernisierung der Register, welche in enger Abstimmung mit dem Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit erfolgt, stützen. Die informationelle Selbstbestimmung und digitale Souveränität der Bürger:innen über ihre personenbezogenen Daten hat dabei höchste Priorität.

Verwaltungsmodernisierung/Green IT/E-Akte

Auch die Modernisierung der Landesverwaltung wollen wir vorantreiben. Hierfür bauen wir die zentrale IT-Infrastruktur der digitalen Verwaltung Rheinland-Pfalz zukunftssicher weiter aus. Dabei wollen wir das Thema „Green IT“ bei der Verwaltungsdigitalisierung verstärkt in den Blick nehmen und bekennen uns zu einer verantwortungsvollen Politik unter der Berücksichtigung von Klimaschutz, Energiewende und Ressourcenschonung. Gleichzeitig werden wir auch die verwaltungsinterne Digitalisierung der Prozesse weiter unterstützen, um soweit wie möglich vollständig digitalisierte Verwaltungsprozesse zu schaffen. Dabei werden wir zur Effizienzsteigerung sicherstellen, dass organisatorische Voraussetzungen für die optimale Nutzung neuer IT-Verfahren geschaffen werden.

Bei der Vergabe für Hard- und Software werden wir weiterhin die Energieeffizienz und geeignete Zertifizierungen berücksichtigen.

Diesen Aspekt stützen wir, indem wir die E-Akte in allen geeigneten Bereichen der Landesverwaltung konsequent weiter einführen und damit den vollintegrierten digitalen Büroarbeitsplatz, flexibles Arbeiten in der Dienststelle bzw. im Homeoffice und ein digitales Dokumentenmanagement bzw. Langzeitarchivierung im Landesarchiv ermöglichen.

Zudem werden wir den digitalen Beschaffungs- und Rechnungsprozess der öffentlichen Verwaltung nachhaltig optimieren und für Unternehmen schnell und transparent gestalten. Wir werden prüfen, wie die Rechenzentren der Landesverwaltung im Schwerpunkt mit Erneuerbaren Energien versorgt werden können.

Bei Endgeräten halten wir dort, wo es möglich ist, auch weiterhin an einer Rückführung in den Wirtschaftskreislauf fest.

Aus- und Fortbildung in der digitalen Verwaltung

Aus- und Fortbildung muss in der digitalen Verwaltung neu gedacht werden. Die ständige Digitalisierung ist für alle ein stetiger und herausfordernder Lernprozess. Kollaboration und vernetztes Arbeiten unterstützt die digitale Transformation. Wir begrüßen es, dass die Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften in ein Digitales Kompetenzzentrum weiterentwickelt werden soll. Die Hochschule für Verwaltung in Mayen wird die digitale Verwaltung in den Fokus nehmen.

Open Source

Unser Ziel ist eine transparente und digital souveräne Verwaltung, die auf nachhaltige Technologien setzt. Dem Einsatz quelloffener Software (Open Source) kommt dabei eine Schlüsselfunktion zu. Um dieses Ziel zu erreichen, muss der Fokus der Ausschreibungen in allen geeigneten Bereichen auf der Einführung und Weiterentwicklung von

Open Source-Software liegen. Wir setzen auf anwendungsfreundliche Open Source und wollen die Mitarbeiter:innen entsprechend schulen.

Gleichzeitig werden wir uns gegenüber der Bundesregierung dafür einsetzen, durch entsprechende zwischenstaatliche Abkommen, Datenschutzbedenken insbesondere gegenüber Unternehmen mit Sitz in den USA auszuräumen, um weiterhin auch auf marktübliche und performante kommerzielle Software zurückgreifen zu können.

Open Data

Das Land verfügt über große Mengen an Daten, die nicht sensibel oder personenbezogen sind. Sie stellen die Grundlage für Beteiligung, Wissen und Innovationen dar, ermöglichen neue Geschäftsmodelle und fördern gleichzeitig Transparenz und Offenheit der Verwaltung.

Wir wollen diese Daten kostenfrei und in standardisierter, maschinenlesbarer Form zur uneingeschränkten Weiterverwendung bereitstellen. Zur Erreichung dieser Ziele und zur Hebung der wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Potentiale – unter anderem auch der Entwicklung Künstlicher Intelligenz – misst die Koalition der Entwicklung und Umsetzung einer Open-Data-Strategie eine hohe Bedeutung bei. Hierbei steht das Leitbild der Verwaltung als Nutzerin und zuverlässige Bereitstellerin von qualitativ hochwertigen, aktuellen Daten im Zentrum.

Außerdem sollen vorhandene Daten- und Informationsplattformen inhaltlich weiter ausgebaut und zu einem zentralen, nutzer:innenfreundlichen Angebot zusammengeführt werden, das wenn möglich auch auf bundesweite Open-Data-Plattformen einspeist. Mit einem solchen offenen System geben wir nicht nur wichtige Impulse für unsere Wirtschaft, sondern bauen auch das Vertrauen der Bürger:innen aus, indem wir staatliches Handeln transparent machen.

Green IT

Wir setzen uns für eine nachhaltige digitale Transformation der Landesverwaltung ein. Das bedeutet die Ausrichtung der IT-Infrastruktur sowie den technischen Betrieb auf ressourcenschonende, nachhaltige Technologien.

Organisation in der Digitalisierung

Um die Digitalisierung in allen Bereichen der Landesverwaltung effizient auszubauen und zu beschleunigen, wird auf ministerieller Ebene die vorhandene Planungsinstanz zur strategisch konzeptionellen Steuerung der Digitalisierung gebündelt und weiter ausgebaut. Gleichzeitig entwickeln wir die Umsetzungsebene weiter, stärken den Landesbetrieb Daten und Information durch den Ausbau zu einem Landesbetrieb Digitales. Hierfür werden wir die Führungsebene, die Projektmanagementstrukturen sowie die Kostentransparenz des Landesbetriebs Digitales ausbauen und stärken. Um die zur personellen Verstärkung erforderlichen IT-Expert:innen gewinnen und halten zu können, werden wir geeignete Konzepte entwickeln. Der Landesbetrieb Digitales bietet allen Ressorts Unterstützung bei der Umsetzung ihrer Digitalisierungsprojekte an. Damit bündeln wir Kräfte und können neueste Entwicklungen schneller umsetzen. – Ein Paradigmenwechsel für eine digitale und zukunftsfähige Landesverwaltung.

Cyber- und Informationssicherheit

Die Sicherheit unserer digitalen Infrastruktur und unserer Daten steht auf drei Säulen: Prävention (wir wollen unsere IT und Daten vorbeugend schützen), Detektion (wir wollen Gefährdungen und Angriffsversuche erkennen) und Reaktion (wir reagieren gezielt und zügig bei Vorfällen).

Alle diese drei Säulen wollen wir weiter ausbauen und werden insbesondere unsere Reaktionsmöglichkeiten verstärken, indem wir ein landeseigenes mobiles Reaktions-team (Mobile Incident Response Team – MIRT-rlp) aufbauen sowie ein IT-Notfallmanagementsystem einführen und in das bestehende Krisenmanagement integrieren.

Dazu werden wir bis Ende der Legislaturperiode in allen Landesbehörden IT-Notfallbeauftragte ernannt und IT-Notfallkonzepte erarbeitet haben. Zudem werden wir unsere zentralen Infrastrukturen für Cyber- und Informationssicherheit, u.a. das Computer Emergency Response Team (CERT-rlp), personell weiter ausbauen.

Zudem werden wir in allen Behörden der Landesverwaltung, dem jeweiligen Risiko entsprechend, eine:n Informationssicherheitsbeauftragte:n aufbauen. Wir wollen weiterhin unsere Mitarbeiter:innen für IT-Risiken sensibilisieren (Awareness-Ansatz).

Unser Informationssicherheitsmanagementsystem (ISMS) werden wird weiter vorantreiben und die wichtigsten Mindeststandards und Regelungen für Informationssicherheit nach BSI-Vorgaben effizient und nutzer:innenorientiert setzen.

Digitale Infrastrukturen

Eine leistungsfähige digitale Infrastruktur ist die Hauptschlagader der Digitalisierung. Für die Menschen, Unternehmen und Kommunen in Rheinland-Pfalz ist die Internetnutzung durch die Corona-Pandemie stark angewachsen.

Wir wissen: Um das ganze Land flächendeckend mit schnellem Internet zu versorgen, dürfen Festnetz und Mobilfunknetz fortan nur gemeinsam betrachtet werden.

Bei der mobilen Internetnutzung ist Rheinland-Pfalz nach dem Digital Index der neue Spitzenreiter mit 84%. Die Koalition begrüßt diese Zuwachsraten und will die Bemühungen für den Breitbandausbau und die Mobilfunkversorgung weiter verstärken. Deshalb werden wir den flächendeckenden Netzinfrastrukturwechsel von der Kupferleitung zu Glasfaser bis ans Haus mit Hochdruck vorantreiben.

Breitbandausbau

Beim Breitbandausbau haben wir in den vergangenen Jahren mit intensiver Unterstützung des Breitband-Kompetenzzentrums und Fördermitteln des Landes in allen Landkreisen und vor allem im ländlichen Raum sowie ersten kreisfreien Städten Projekte auf den Weg gebracht. In allen Projekten wird ausschließlich Glasfaser gefördert ausgebaut. Mit Blick auf einen flächendeckenden Netzinfrastrukturwechsel bestehen sowohl im ländlichen wie auch im städtischen Raum in den kommenden Jahren weiter Ausbaubedarfe. Bedarfsträger wie Schulen, Gewerbe oder institutionelle Nachfrage bleiben weiter im besonderen Fokus.

Wir wollen, dass alle Landesbehörden und -ämter mit WLAN-Hotspots ausgestattet sind.

Netzbündnis

Für diese Aufgabe brauchen wir starke Partner im kommunalen Raum, in der Wirtschaft und in deren Verbänden. Wir werden im Dialog und in Abstimmung mit ihnen im Netzbündnis für Rheinland-Pfalz und dem Runden Tisch Breitband gemeinsam für Rheinland-Pfalz erfolgreich sein. Der regelmäßige Austausch mit den Breitband-Koordinatoren der Landkreise und kreisfreien Städten ist hierbei ein wichtiges Instrument.

Breitband-Kompetenzzentrum

Die im Frühjahr 2020 verabschiedete Gigabit-Strategie für Rheinland-Pfalz bildet weiterhin unsere Leitschnur. Wir schaffen die Voraussetzungen, um noch in diesem Jahr mit der ersten Stufe des Ausbaus in grauen-Flecken starten zu können. Entsprechend den Vorgaben der Europäischen Kommission werden wir bereit sein, um ab 2023 mit der zweiten Stufe des Ausbaus der grauen Flecken beginnen zu können. Bei all dem werden wir eine kluge Kombination verfügbarer Fördermittel und -programme sicherstellen.

Damit die Ziele und Maßnahmen der Gigabit-Strategie in den kommenden Jahren umgesetzt werden können, werden wir das Breitband-Kompetenzzentrum stärken.

Zukünftig sollen unter dem Dach des Breitband-Kompetenzzentrums neben der rein operativen Projektkoordinierung des geförderten Ausbaus auch Maßnahmen koordiniert werden, die zu einer Beschleunigung des Ausbaus digitaler Infrastrukturen beitragen. Beispielsweise die Sicherstellung von Mitverlegung passiver Glasfaserinfrastrukturen bei allen durch das Land beauftragten, durchgeführten oder koordinierten (Straßen-)Baumaßnahmen. Wo dies unter Wirtschaftlichkeitsaspekten erforderlich ist, werden wir auch alternative Verlegemethoden anwenden.

Um die Infrastrukturen für die Gigabit-Gesellschaft effizient ausbauen und Synergien frühzeitig identifizieren zu können, werden wir auf Grundlage flächendeckender Netzdetailplanungen alle für den Breitbandausbau erforderlichen Daten in einem Planungstool bündeln.

Wir werden rechtliche und administrative Hindernisse identifizieren und abbauen und damit das Tempo beim Ausbau der Infrastrukturen für die Gigabit-Gesellschaft erhöhen. Mit der Digitalisierung von Genehmigungsverfahren für den Breitbandausbau haben wir im Zuge der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes damit bereits begonnen. Durch eine Optimierung und Verschlinkung der Förderverfahren beim Bund sehen wir hier weitere Potentiale. Unser Ziel bleibt eine Förderung mit Infrastrukturziel statt starrer Aufgreifschwelle.

Open Access

Bei der Förderung von Glasfaserausbau verfolgen wir eine Open Access-Strategie.

Verpflichtung zur Mitverlegung

Wir wollen in den Gemeinden bei jeder Tiefbaumaßnahme prüfen, ob Leerrohre für Glasfaserleitungen oder direkt eigene Glasfaserleitungen verlegt werden können. Ebenso soll geprüft werden, welche Möglichkeiten zur Mitverlegung bei anderen Infrastrukturen wie beispielsweise Abwasserleitungen bestehen.

Alternative Verlegemethoden

Wir werden die Rahmenbedingungen für alternative Verlegemethoden verbessern und erforderliche Genehmigungsprozesse bei Baumaßnahmen effizienter und einheitlicher gestaltet.

Gigabit-Grundbuch

Wir streben eine Bundesratsinitiative an, den Breitbandatlas zu einem Gigabit-Grundbuch weiterzuentwickeln. Darin sollen alle staatlichen, teilstaatlichen und privaten Glasfaserinfrastrukturen unabhängig des Anwendungsbereiches des Netzes verzeichnet und für alle Bedarfsträger einsehbar sein.

5G-Ausbau

Die Koalition hat die Weichen für den für den 5G Ausbau des Mobilfunks gestellt. Die 5G Modellregion Kaiserslautern ist eine von sechs Regionen in Deutschland bei der Erprobung des neuen Mobilfunkstandards. Wir wollen mit dem Gigabit-Kompetenzzentrum und einem Forschungshub den flächendeckenden Ausbau, aber auch die Nutzung und Anwendung des neuen Standards aktivieren. Die Einrichtung von Campus-Netzen spielt dabei ebenso eine wichtige Rolle.

Digital Hubs

Die Koalition will mit Digital Hubs, IT-Netzwerken und Innovationslaboren die Innovationskraft unserer Regionen und Unternehmen weiter stärken. Die Gründer:innen- und Technologiezentren sollen die neuen Digital Hubs aktiv unterstützen, damit dort weiterhin innovative technologische Lösungen für Produktion und Dienstleistungen entwickelt werden können. Wir werden Co-Working-Spaces und Digitale Hubs auch im ländlichen Raum mit den jeweiligen Branchenschwerpunkten unterstützen.

Medien

Digitale Teilhabe, mediale Vielfalt und kommunikative Chancengleichheit sind für uns von zentraler Bedeutung und wichtige Ziele unserer Medienpolitik. Unsere vielfältige Medienlandschaft mit einem leistungsfähigen öffentlich-rechtlichen Rundfunk leistet einen zentralen Beitrag zur demokratischen Meinungsbildung. Die Medienbranche in Rheinland-Pfalz ist mit einem breit gefächerten privaten und öffentlich-rechtlichen Angebot, mit Zeitungsverlagen und etlichen Produktionsfirmen ein wichtiger Standortfaktor, Arbeitgeber und zugleich Innovationsmotor in unserem Land. Wir wollen insbesondere unsere starke Rolle als digitaler Medienstandort in den nächsten Jahren weiter ausbauen.

Medienland Rheinland-Pfalz

Es ist unser gemeinsames politisches Ziel, gute und faire Bedingungen für freie und unabhängige, private und öffentlich-rechtliche Medien zu schaffen. Mit dem neuen Medienstaatsvertrag wurde hierfür ein fortschrittlicher Rahmen geschaffen, der sowohl Plattformen und Intermediäre aber auch die Online-Communities und die Kreativwirtschaft in den Blick nimmt. In diesem Sinne werden wir auch die europäische Rechtsentwicklung mit dem Digital Services Act und dem European Democracy Action Plan begleiten. Transparenzgebote und Diskriminierungsverbote sind entscheidend.

Die Netz- und Plattformökonomie internationaler Medienkonzerne begünstigt – auch mit Hilfe von Algorithmen – Konzentrations- und Monopolisierungstendenzen und macht ein starkes Gegengewicht in der deutschen Medienlandschaft immer notwendiger. Die Reform des Medienkonzentrationsrechts werden wir unterstützen.

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk

Rheinland-Pfalz ist Vorsitzland der Rundfunkkommission der Länder und daher in besonderer Weise für die unions- und verfassungsrechtskonforme Weiterentwicklung der Medienordnung unter den Bedingungen der digitalen Welt verantwortlich. Die Koalitionspartner bekennen sich zu dieser gemeinsam wahrzunehmenden Verantwortung.

Die Koalition arbeitet auf eine Modernisierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks hin. In einer digitalen Mediengesellschaft müssen ARD, ZDF und Deutschlandradio mehr sein, als nur lineare Fernseh- und Radiosender, da verschiedene Medien miteinander verschmelzen. Wir brauchen online genauso wie offline Content mit öffentlich-rechtlichem Profil, der Information, Bildung, Kultur und Unterhaltung klug kombiniert und überall dort präsent ist, wo sich Menschen ihre Meinung bilden. Wir müssen weg von einer durch die Brille der linearen Verbreitung vorgeprägten Sichtweise mit starren gesetzlichen Festlegungen bis hin zu den Namen der einzelnen Programme.

Wir setzen uns zudem dafür ein, dass die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ihre Angebote stärker miteinander aber auch mit anderen Akteur:innen aus Wissenschaft, Bildung und Kultur vernetzen und ihre Mediatheken zu einer Plattform für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk weiterentwickeln. Deshalb muss den Sendern die Möglichkeit eingeräumt werden, eigen- und auftragsproduzierte Inhalte länger als bisher in den Mediatheken vorhalten zu können, sofern dafür die Rechte vorhanden sind und angemessen vergütet werden. Vorschläge seitens der Sender zur Optimierung der Kooperation, zum Abbau von Doppelstrukturen halten wir für erforderlich. Die Angebote müssen sich an der Vielfalt unserer Gesellschaft orientieren und auf den unterschiedlichen

Ausspielwegen barrierefrei erreichbar sein. Die Koalition wird im Lichte der zu erwartenden Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Rundfunkbeitrag auch eine Weiterentwicklung des Systems der bedarfsgerechten Finanzierung unter Einbeziehung der staatsfernen Expertenkommission KEF unterstützen.

Die Koalition arbeitet auf eine Reform und Modernisierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks hin.

Regionalfenster

Im Rahmen der Rundfunkgesetzgebung werden wir auf den Erhalt der Meinungsvielfalt des privaten Rundfunks achten. Dazu leisten die bestehenden Regionalfenster und Drittsendezeiten einen unverzichtbaren Beitrag.

SWR-Staatsvertrag

Wir wollen auch den SWR-Staatsvertrag aus dem Jahre 1998 überprüfen. Mit der Novelle aus dem Jahre 2013 konnten erfolgreich die Zukunftsfähigkeit des SWR in einer sich ändernden Medienwelt gesichert und die Organisationsstrukturen des SWR flexibilisiert werden. Darauf wollen wir aufbauen und die programmlichen und technischen Entwicklungen im Medienbereich sowie Aspekte der Wirtschaftlichkeit durch Kooperationen in den Blick nehmen. Wir wollen den Auftrag des SWR modernisieren und im Wege der Stärkung der Selbstverwaltungsrechte des SWR weitere Vereinfachungen seiner komplexen Strukturen ermöglichen. In diesem Zusammenhang wollen wir die Gremienkompetenzen stärken. Für eine Novellierung des SWR-Staatsvertrags soll frühzeitig Kontakt mit dem Staatsvertragspartner Baden-Württemberg aufgenommen werden.

Jugendmedienschutz

Jugendmedienschutz muss den digitalen Medienwelten gerecht werden. Wir wollen diesen für alle Medien weiterentwickeln und insbesondere Interaktionsrisiken stärker in den Blick nehmen. Die Koalition setzt sich für einen kohärenten Jugendmedienschutz ein, der nicht entlang der Medienart divergiert, der die Anbieter:innenverantwortung stärker betont und die Kommission für Jugendmedienschutz, die freiwilligen Selbstkontrollen und jugendschutz.net langfristig sichert. Die Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen wollen wir stärken und Medienscouts ausbauen. Wir streben eine stärkere wissenschaftliche Begleitung eines zeitgemäßen Kinder- und Jugendmedienschutzes durch rheinland-pfälzische Hochschulen an.

Medienstandort

Rheinland-Pfalz, vor allem unsere Landeshauptstadt Mainz, ist ein bedeutender Medienstandort in Deutschland. Mit dem ZDF als größtem öffentlich-rechtlichen Sender in der EU und dem SWR als zweitgrößter ARD-Sendeanstalt sowie den privaten Radios, den Antenne-Radios, den Zeitungsverlagen und etlichen Produktionsfirmen ist die Medienbranche ein wichtiger Standortfaktor, Arbeitgeber und zugleich Innovationsmotor in unserem Land, den wir auch in Zukunft unterstützen und stärken wollen.

Der Medienstandort Mainz steht für innovative Formate und digitale Transformation. Zahlreiche kleine und mittelständische Produktionsfirmen sind in Rheinland-Pfalz ansässig. ZDF digital, ARD online, FUNK, die Start-ups in der Gamesbranche oder die

neuen Online-Publizisten produzieren die neuen digitalen Angebote im Kleinen wie im Großen und sind wichtige Akteure der digitalen Welt.

Wir werden die Content Convention als zentrales Veranstaltungsformat für die Vernetzung und Sichtbarkeit des Medienstandorts fortführen und weiterentwickeln.

Media & Games made in Rheinland-Pfalz

Zur Stärkung des Medienstandortes Rheinland-Pfalz und zur Bündelung der derzeitigen Medienförderungsmaßnahmen werden wir eine effiziente und zukunftsorientierte Medienförderung, unter anderem für Games, aufbauen. Wir wollen unsere Aktivitäten unter der Dachmarke medienförderung.rlp zusammenführen.

Um der Zukunftsfähigkeit und Fortschrittsorientierung des Medienstandorts besonders Rechnung zu tragen, werden wir in diesem Förderrahmen auch erstmals eine rheinland-pfälzische Gamesförderung etablieren. Computerspiele sind Kulturgut, Fortschrittsbeschleuniger und Wirtschaftsfaktor in einem und seit vielen Jahren fester Bestandteil im Alltag von Millionen von Menschen. Ihre Technologien und Prozesse finden bereits heute weit über den Kultur- und Unterhaltungssektor hinaus Anwendung, zum Beispiel in der Automobilindustrie, der Landwirtschaft oder im Gesundheitswesen. Gerade Rheinland-Pfalz verfügt über eine heterogene Games-Branche, die sowohl aus international etablierten Unternehmen als auch jungen Start-ups besteht. Viele davon sind führend in der Entwicklung von wegweisenden Zukunftstechnologien – angefangen beim Megatrend „Künstliche Intelligenz“ über virtuelle Realitätswahrnehmungen (VR/AR) bis hin zur Wissens- und Kompetenzvermittlung (Serious Games). Daneben werden schon seit einigen Jahren unterschiedliche Studiengänge mit unmittelbarem Branchenbezug an mehreren Hochschulen in Rheinland-Pfalz angeboten.

Die Medien- und Gamesförderung wird über ein Vergabeboard bei der Landesmedienanstalt Rheinland-Pfalz organisiert. Ziel dieser Förderung ist es, zur Entwicklung von qualitativ hochwertigen Inhalten aus Rheinland-Pfalz mit einem kulturellen oder pädagogischen Bezug beizutragen. Die Gamesförderung wird ergänzt durch eine Förderung von Entwicklung von Konzepten und Prototypen in Form von Zuschüssen durch die landeseigene ISB.

Den Austausch mit verschiedenen Branchenvertreter:innen werden wir weiter stärken. Damit wird dazu beigetragen, den Games-Standort Rheinland-Pfalz noch wettbewerbsfähiger und fortschrittsorientierter zu machen.

Medienanstalt Rheinland-Pfalz

Die Aufgaben der Medienanstalt Rheinland-Pfalz wachsen und verändern sich. Mediale Teilhabe für alle Bürger:innen in Rheinland-Pfalz zu ermöglichen, erfordert in den Kernbereichen Medienregulierung, Medienförderung, Medienkompetenz und Bürger:innenmedien neue digitale Wege und neue Instrumente. Wir wollen dazu im Landesmediengesetz den rechtlichen Rahmen schaffen. Die Unabhängigkeit der Medienaufsicht wird durch die plurale Versammlung der Medienanstalt Rheinland-Pfalz gewährleistet.

Offene Kanäle und Bürger:innenmedien

Die Medienlandschaft in Rheinland-Pfalz wird durch Bürger:innenmedien, unsere Offenen Kanäle (OK), bereichert. Wir wollen diese Erfolgsgeschichte weiterschreiben und die Offenen Kanäle zu Orten der digitalen Teilhabe machen. Der OK soll in den Innenstädten zum Begegnungs- und Vernetzungsort auch für das digitale Ehrenamt genutzt werden. Dort soll ein lokales und nichtkommerzielles Medienangebot, auch über Webvideo und andere Plattformen ausgespielt und produziert werden. Wir werden in ganz Rheinland-Pfalz solche digitalen Lernorte und digitalen Labore (Maker Spaces) entstehen lassen.

4. Neuen Zusammenhalt schaffen

Pflege und Soziales

Wir wollen, dass Rheinland-Pfalz auch in Zukunft ein soziales Land ist, in dem alle Menschen die Unterstützung erhalten, die sie in ihrer jeweiligen Lebensphase brauchen. Dazu gehört, dass alle sich darauf verlassen können, dass sie im Alter eine gute Unterstützung und Pflege erhalten – wohnortnah und bezahlbar. Wir unterstützen gemeinschaftliche Wohnformen, gerade auch für Ältere, weil wir wissen, dass Menschen in jedem Alter die Gemeinschaft mit anderen brauchen.

Wir möchten Rheinland-Pfalz auf dem Weg zur inklusiven Gesellschaft weiter voranbringen. Wir wollen, dass auch Menschen mit Beeinträchtigungen von Anfang an inmitten unserer Gesellschaft selbstbestimmt leben können. Wo es sie noch gibt, werden wir Barrieren weiterhin entschlossen abbauen und umfassende Teilhabe ermöglichen. Der Kampf gegen Armut bleibt eines unserer zentralen politischen Ziele. Wir wollen Teilhabe für alle sicherstellen und Menschen in schwierigen Lebenssituationen und in Armut bestmöglich unterstützen.

Pflegeinfrastruktur auf hohem Niveau weiterentwickeln

Menschen sollen auch im Alter so lange wie möglich und so gut wie möglich in ihrem gewohnten Umfeld leben können. Rheinland-Pfalz wird auf die veränderten Bedürfnisse reagieren und eine daran orientierte Pflegeinfrastruktur auf hohem Niveau entwickeln.

Gleichwertige Lebensverhältnisse – Kommunale Pflegestrukturplanung

Für uns spielen die Kommunen bei der Daseinsvorsorge in der Pflege eine Schlüsselrolle. Um frühzeitig auf veränderte pflegerische Angebotsstrukturen reagieren zu können, werden wir den Sicherstellungsauftrag zur Pflegestruktur durch die Kommunen konkretisieren und das Berichtswesen auf neue Füße stellen. Wir stärken die Umsetzung der Pflegestrukturplanung als Pflichtaufgabe. Wir werden die Kommunen unterstützen und stellen einen landeseinheitlichen Musterpflegestrukturplan zur Verfügung. Um eine gute Pflege vor Ort zu gewährleisten, sollen die Kommunen künftig mehr Kompetenzen erhalten.

Wir wollen, dass kommunale Pflegekonferenzen, an denen sich Bürger:innen, Verbände und Pflegekasse beteiligen, verpflichtend und regelmäßig abgehalten werden. Wir wollen eine größere Vielfalt ambulanter Pflegeangebote wie Pflegewohngemeinschaften und generationenübergreifende Wohnprojekte mit Pflegeleistungen im Bedarfsfall. Auch Angebote für pflegebedürftige Kinder und Jugendliche müssen geschaffen und Eltern so entlastet werden.

Wir werden den Ausbau komplementärer Angebote fördern. „Pflege dort, wo ich hingehöre“, besteht nicht nur aus der fachpflegerischen Leistung. Komplementäre Angebote, die es ermöglichen den Haushalt aufrechtzuerhalten, Nachbarschaft und Gemeinschaft zu bewahren, Vereinsamung zu verhindern, Ehrenamt zu fördern und vieles andere mehr, müssen gestärkt und vermehrt werden.

Mit den bereits heute über 135 vorhandenen Pflegestützpunkten, stellt Rheinland-Pfalz eine umfassende Pflegeberatung, beispielsweise durch die Pflegemanager:innen, zur Verfügung. Diese hat sich bewährt und wird in einer sozialräumlich angelegten Pflege Landschaft wichtiger denn je. Wir werden daher den Zuschnitt der Beratungs- und Koordinierungsstellen in den Pflegestützpunkten stärker anhand der aktuellen Bevölkerungsstrukturen ausrichten. Die Suche nach einem freien Platz für Pflegebedürftige wollen wir erheblich erleichtern. Zur Unterstützung Pflegebedürftiger und ihrer Angehörigen setzen wir insbesondere auch auf digitale Lösungen, wie beispielsweise Apps.

GemeindeschwesterPlus flächendeckend ausweiten

Die rheinland-pfälzische GemeindeschwesterPlus ist ein Erfolgsprojekt, welches wir ausbauen und flächendeckend einführen. Wir werden einen stufenweisen Ausbau umsetzen. Wir streben an, den Ausbau dann mit 54 Gemeindeschwestern innerhalb der Legislaturperiode abzuschließen.

Pflege mitten im Leben

Die hohe und stetig wachsende Zahl der pflegebedürftigen Menschen, die in ihren eigenen vier Wänden leben, macht es erforderlich, die Pflegepolitik des Landes noch stärker auf diese Personengruppe auszurichten. Neben den Pflegebedürftigen sind es vor allem Angehörige und auch Freund:innen und Nachbar:innen, die wir gezielt in den Mittelpunkt rücken. Wir werden Modellprojekte prüfen, die zur Entlastung von pflegenden Angehörigen im Alltag beitragen.

Wir wollen, dass sich Pflegeeinrichtungen, zu Pflegende und deren Angehörige auf Augenhöhe begegnen. Die Beratungs- und Prüfbehörde als Aufsicht über die Einrichtungen leistet hier große Unterstützung. Um Konflikte zwischen den Beteiligten frühzeitig lösen zu können, werden wir dort eine Ombudsstelle für die Pflege auf den Weg bringen.

Tagespflegeeinrichtungen sind ein Schlüsselangebot in der häuslichen Pflege. Deshalb werden wir deren Ausbau gezielt unterstützen. Wir wollen ein Anerkennungsverfahren entwickeln und umsetzen, durch das die Präsenzkkräfte, die legal mit einer so genannten A1-Bescheinigung in Deutschland arbeiten, eine Qualifizierung in Anspruch nehmen können. Nach Abschluss dieser Qualifizierung ist dann eine teilweise Finanzierung der Betreuungskosten durch die Pflegekassen möglich. Wir setzen uns für bessere Arbeitsbedingungen und eine faire Bezahlung bei der Pflege in privaten Haushalten ein. In diesem Zusammenhang wollen wir auch die Stellung der 24-Stunden-Pflegekräfte, die oft aus den östlichen EU-Ländern kommen, klären.

Wir wollen Modellprojekte zu digitalen Assistenzsystemen fördern, mit dem Ziel, die selbstbestimmte Assistenz zu erweitern und hierbei Fragen der Ethik sowie des Datenschutzes zu klären.

Wohnen und leben wie ich will

Wir wollen allen Menschen sowohl in der Stadt als auch auf dem Land ein qualitativ hochwertiges, bedarfsgerechtes und wohnortnahes Angebot an fachlicher und guter Pflege ermöglichen. Zusätzlich werden wir die Ansiedlung der neuen Form von „Am-

bulanten Betreuungsdiensten“ unterstützen. Zudem fördert Rheinland-Pfalz Modellprojekte im ländlichen Raum, die eine Gesamtversorgung aus medizinischer, pflegerischer und betreuerischer Sicht integrieren.

Wir werden Ansätze des inklusiven Wohnens, die die Mehrgenerationenperspektive im Quartier und im ländlichen Raum beinhalten (z.B. Wohnpunkt.rlp.), unterstützen.

Nach dem Grundsatz der Wahlfreiheit wollen wir dezentrale Wohnformen unterstützen und die rechtlichen Rahmenbedingungen entsprechend überprüfen und wenn nötig anpassen.

Mitsprache und Mitwirkung auch im Alter

Auch im Rentenalter wollen und sollen sich Menschen am gesellschaftlichen Leben beteiligen, denn gerade bei älteren alleinstehenden Menschen besteht die Gefahr der Vereinsamung und Isolation. Deshalb bekennen wir uns zur Stärkung der Rechte von Senior:innenvertretungen in der Pflegestrukturplanung. Örtliche Altenhilfe- und Senior:innen-Angebote sichern soziale Teilhabe älterer Menschen. Wir unterstützen es, wenn diese Angebote in die kommunale Sozialplanung aufgenommen und abgesichert werden. Zudem wollen wir bezahlte Beschäftigungsangebote für Senior:innen in sozialen gemeindenahen Dienstleistungen fördern.

Digitale Teilhabe für alle

Die Corona-Pandemie hat die Notwendigkeit verstärkt, dass gerade ältere und behinderte Menschen im Umgang mit den digitalen Medien begleitet und unterstützt werden. Denn dies ermöglicht ihnen zum einen digitale gesellschaftliche Teilhabe und zum anderen digitale Kommunikation mit ihren Angehörigen. Unsere Ausstattungsförderung für Ehrenamtliche, die älteren Menschen digitale Teilhabe ermöglichen, ist eine wertvolle Hilfe und ein deutliches Zeichen der Wertschätzung für das digitale Ehrenamt. Wir werden Digitalbotschafter:innen dauerhaft in allen Kommunen etablieren.

Armut auf allen Ebenen bekämpfen

Armut hat viele Facetten. Im Rahmen unseres breit angelegten landesweiten Beteiligungsprozesses „Armut begegnen – gemeinsam handeln“ und des ressortübergreifend erstellten Aktionsplans zur Armutsbekämpfung verfolgen wir das Ziel, Armutsbekämpfung mehrdimensional anzugehen und Armut durch niedrigschwellige Angebote frühzeitig vorzubeugen. Den Aktionsplan zur Armutsbekämpfung werden wir konsequent umsetzen. Um das Erreichte zu konsolidieren und um eine gute Basis für die Weiterentwicklung der Projekte und Maßnahme auf Ebene der Kommunen und des Landes zu schaffen, werden wir eine zentrale Fachstelle zur Koordination und Unterstützung aller Aktivitäten zur Armutsbekämpfung in Rheinland-Pfalz einrichten. Der partizipative Ansatz in der Armutsbekämpfung wird weiterverfolgt und in den Regionen vertieft. Hierzu wird der Beteiligungsprozess „Armut begegnen – gemeinsam handeln“ als „Beteiligungsprozess 2.0“ fortgesetzt. Dieser wird Maßnahmen im Kontext von Lebenslagen entwickeln. Damit zielen wir auf eine Verbesserung der milieubezogenen Lebenslagen ab und entwickeln die rheinland-pfälzische Armutsbekämpfung weiter. Auf der lokalen Ebene sollen strukturelle Verbesserungen in der Armutsbekämpfung mit Hilfe von lokalen Servicestellen erreicht werden, die der Vernetzung von sozialen und zivilgesellschaftlichen Akteuren, der Entwicklung und Umsetzung lokaler Armutsstrategien und deren Einbindung in die kommunale Sozialplanung dienen. Diese sollen

gemeinsam mit den jeweiligen Kommunen gezielt entwickelt und gefördert werden. Als Land wollen wir bei den Kreisen und Städten dafür werben, für Menschen, die Grund-
sicherung beziehen, einen kommunalen Sozialpass unter Beteiligung der kommunalen
Spitzenverbände einzuführen. Dieser soll dann von Institutionen und Verwaltungen
ohne weitere bürokratische Prüfung gegenseitig anerkannt werden.

Um eine erfolgreiche und nachhaltige Implementierung des Lebenslagenansatzes zu
erreichen, werden wir die Bedingungen in den Sozialräumen gemeinsam mit den Be-
wohner:innen verstärkt in den Blick nehmen. Die Lebensbedingungen in den Sozial-
räumen werden wir durch Orte des Zusammenhalts und Gemeinwesenarbeit in sozial
benachteiligten Stadtteilen kontinuierlich verbessern und insbesondere den Ausbau
der Gemeinwesen- und Sozialarbeit vor Ort, im Quartier oder im Dorf fördern.

Wir wollen, dass SGB-II-Leistungsbezieher:innen als Erstausrüstung Haushaltsgeräte
einer hohen Energieeffizienzklasse erhalten.

Schuldner:innenberatung weiterentwickeln

Die soziale Schuldner:innen- und Insolvenzberatung ist ein wichtiger Baustein in der
Armutsbekämpfung und erzielt bereits gute Erfolge bei der Bekämpfung von Armut.
Das Angebot der Schuldner:innenberatung werden wir bedarfsgerecht weiterentwi-
ckeln. Ein besonderer Fokus wird dabei auf der Reduzierung der Wartezeit liegen. Die
Förderung wird an die Erfordernisse einer modernen Schuldner:innenberatung ange-
passt und verlässlich ausgestaltet.

Kinderarmut bekämpfen

Gerade für Kinder und Jugendliche stellt Armut eine belastende Situation dar und ist
häufig mit gesellschaftlicher Ausgrenzung verbunden. Wir werden das bestehende
Förderprogramm zur Bekämpfung von Kinder- und Jugendarmut verstetigen und An-
sätze zu einer milieubezogenen Lebenslagenverbesserung von Kindern und Jugend-
lichen fortführen. Zudem wird sich Rheinland-Pfalz auf Bundesebene für die zeitnahe
Einführung einer Kindergrundsicherung einsetzen.

Gleichzeitig wollen wir uns dafür einsetzen, dass die Beantragung von staatlichen
Transferleistungen, nach dem Vorbild „alles aus einer Hand“, übersichtlicher und ein-
facher gestaltet wird.

Wohnungslosenhilfe modernisieren

Jeder Mensch soll ein Dach über dem Kopf haben. Der Modernisierungsprozess in der
Wohnungslosenhilfe, der durch das Land mit der TAWO-Initiative und wichtigen Impul-
sen zum Schnittstellenmanagement, durch die Einführung einer Wohnungsnotfallsta-
tistik und durch das dezentrale stationäre Wohnen angestoßen wurde, werden wir zu-
sammen mit unseren Partner:innen fortführen. Besonderes Augenmerk soll dabei auf
der Prävention gegen Wohnungslosigkeit und möglichst niedrigschwelligen Angeboten
zur Wohnraumsicherung liegen. Mit den aus dem ersten Beteiligungsprozess ins Le-
ben gerufenen Fachberatungsstellen zur Wohnraumsicherung unterstützen wir Kom-
munen dabei, mit einer Anschubförderung niedrigschwellige Anlauf- und Beratungs-
stellen einzurichten. Wir werden den Ausbau der Beratungsstellen zur Vermeidung von
Wohnungslosigkeit fördern. Das Angebot der Wohnungslosenhilfe soll mit den Kom-
munen weiterentwickelt und die Ansätze des Housing First und des Trainingswohnens

sollen intensiviert werden. Wir werden auf ein bedarfsgerechtes Angebot an Plätzen für Obdachlose in den Kommunen achten, insbesondere für Frauen. Daneben braucht es ausreichende Mittel zur Unterstützung der Kommunen und der Wohnungslosenhilfe.

Clearingstellen ausbauen

Armut und Gesundheit bedingen einander. Jeder Mensch sollte möglichst unkomplizierten Zugang zu gesundheitlichen Leistungen haben. Nach wie vor gibt es aber in Rheinland-Pfalz Menschen, die keine oder keine ausreichende Krankenversicherung besitzen. Diese Menschen wollen wir wieder in die gesetzliche Krankenversicherung eingliedern. Nach der Projektevaluation sollen die Clearingstellen ausgebaut werden. Leider gelingt es aber nicht immer sofort, Menschen in die Krankenversicherung zurückzuführen. Für die Betroffenen ist aus unserer Sicht ein bundesweiter Behandlungsfonds notwendig. Solange dieser nicht umgesetzt ist, werden wir gemeinsam mit den relevanten Akteuren eine landesweite Lösung prüfen.

Inklusion von Anfang an gedacht

Rheinland-Pfalz setzt sich für die Verwirklichung einer inklusiven Gesellschaft ein. Bestehende Barrieren müssen hierfür auf allen gesellschaftlichen und politischen Ebenen abgebaut werden. Inklusives Denken soll eine Selbstverständlichkeit sein.

Mit dem Landesinklusionsgesetz stärken wir die Gleichstellung, Inklusion und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen und setzen die UN-Behindertenrechtskonvention konsequent um. Wir setzen den Anspruch auf Kommunikation in Gebärdensprache in öffentlichen Stellen sowie in Schulen und Kitas um. Öffentliche Stellen sollen hierfür kostenlose Kommunikationshilfen zur Verfügung stellen. Mit dem Aufbau einer Landesfachstelle Barrierefreiheit streben wir die umfassende Barrierefreiheit aller öffentlichen Einrichtungen an. Unser Ziel ist, dass bis 2030 sämtliche öffentlichen Gebäude der Landesverwaltung barrierefrei sind.

Mit der Implementierung einer unabhängigen Monitoringstelle wird bestehendes und neues Landesrecht auf die Vereinbarkeit mit der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) überprüft. Wenn nötig werden wir landesrechtliche Regelungen konsequent an die UN-BRK anpassen

Nach dem Motto „Nicht über uns – ohne uns“ haben wir die Selbstvertretung von Menschen mit Behinderungen gestärkt. Wir wollen den Aufbau der Selbstvertretung der Menschen mit Lernschwierigkeiten fördern.

Inklusion gelingt vor Ort, in den Kommunen. Wir unterstützen es daher, dass immer mehr Kommunen Beauftragte für Menschen mit Behinderungen einrichten und sie stärken. Zusätzlich wollen wir die Psychiatriekoordinator:innen zu Inklusionskoordinator:innen weiterentwickeln.

Aufgrund der gestiegenen Aufgaben durch das Inklusionsgesetz wollen wir den Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen deutlich stärken und bedarfsgerecht personell ausstatten. Den Landesaktionsplan werden wir zur Mitte der Wahlperiode novellieren.

Wir wollen sicherstellen, dass bei der Umsetzung des Landesgesetzes zur Ausführung des Bundesteilhabegesetzes eine einheitliche Leistungsgewährung nach einheitlichen Verfahren (Gesamtplan, Gesamtkonferenz) flächendeckend gewährleistet werden kann, und die Etablierung von Planungsverbänden, in denen sich verschiedene kommunale Träger der Eingliederungshilfe zusammenschließen, fördern und begünstigen. Wir wollen soziale Teilhabe durch verlässliche ambulante Leistungen stärken. Die Rahmenvereinbarungen sollen zügig abgeschlossen und umgesetzt werden. Dazu braucht das LSJV die notwendigen Ressourcen.

Wir werden alternative Finanzierungsformen in der Eingliederungshilfe in evaluierten Modellen erproben und fördern.

Das neue Teilhaberecht hat die Möglichkeit geschaffen, dass Einrichtungen der Eingliederungshilfe und das Land in Modellvorhaben neue Formen von Finanzierungen wie Trägerbudgets vereinbaren. Mit dieser Möglichkeit sollen vor allem Wege eröffnet werden, Innovationen einer partizipativen und personenorientierten Leistungserbringung zu erproben. Wir werden solche Vereinbarungen offensiv angehen und damit Innovationen auf einer gesicherten leistungsrechtlichen Grundlage schaffen. Wir werden hierbei die Selbstvertretungen und Selbsthilfeorganisationen der Menschen mit Behinderungen ausdrücklich beteiligen.

Alternativen zur Tagesförderstätte werden wir weiterentwickeln.

Teilhabe von Menschen mit Behinderungen: Wohnen, wo ich will

Menschen mit Behinderungen brauchen einen ungehinderten Zugang zum Wohnungsmarkt. Deshalb werden wir zusammen mit den Trägern der Eingliederungshilfe bei der Bedarfsermittlung und der Gesamtplanung konsequent auf der Einhaltung der gesetzlich verbrieften Wunsch- und Wahlrechte von Menschen mit Behinderungen bestehen.

Wir werden das Programm zur Dezentralisierung komplexer Wohneinrichtungen im Land weiterentwickeln und in ein neues Programm mit dem Schwerpunkt „Wohnen im Sozialraum“ überführen. Das schließt die Umgestaltung bisheriger Kerneinrichtungen zu so genannten „Sozialräumlichen Zentren“ ausdrücklich mit ein.

Teilhabe von Menschen mit Behinderungen: Zugang zu digitalen Welten ermöglichen

Menschen mit Behinderungen digitale Teilhabe zu ermöglichen, ist eine zentrale Aufgabe der Landes-Teilhabepolitik in den kommenden Jahren.

Wir wollen das Kompetenzzentrum und -netzwerk für digitale Barrierefreiheit bedarfsgerecht ausstatten, soweit die Aufgaben nicht durch die Überwachungs- und Durchsetzungsstelle nach der BITV RP wahrgenommen werden. Dieses Kompetenzzentrum soll Bestandteil der Landesfachstelle Barrierefreiheit sein.

Auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss umfassend barrierefrei werden (100% Untertitel, mehr Audiodeskription und mehr deutsche Gebärdensprache).

Wir werden Bildungsformen unterstützen, in denen Menschen mit Behinderungen an die Anwendung und den adäquaten Umgang mit digitalen Medien herangeführt werden. Digitales Empowerment soll bereits in der inklusiven frühkindlichen Bildung und Erziehung einsetzen. Daher wollen wir auch entsprechende Fördermaßnahmen in Kitas und Schulen stärken.

Wir werden dafür Sorge tragen, dass die infrastrukturellen Voraussetzungen in den Einrichtungen der Eingliederungshilfe gefördert und ausgebaut werden.

Drogen- und Suchthilfe modernisieren

Wir wollen die niederschweligen Angebote in der Drogen- und Suchthilfe weiter ausbauen. In diesem Zusammenhang ist der Ausbau digitaler Beratungsangebote zwingend erforderlich.

Der Konsum birgt Gefahren, denen wir mit Spritzentauschprogrammen, Drogenkonsumräumen und Informationsmöglichkeiten entgegentreten wollen.

Um Gesundheitsrisiken zu reduzieren, prüfen wir als ein Instrument der Schadensminderung die Einführung eines Modellprojektes „Substanzeanalyse von Drogen“.

Wir bekennen uns zur Förderung der Prävention von nichtstoffgebundenen Suchterkrankungen und werden die rheinland-pfälzische Suchtberatung modernisieren. Dazu werden wir ein Förderprogramm neuer Betreuungs- und Unterstützungsformen in der Teilhabe Suchterkrankter auf den Weg bringen.

Aufklärung und Prävention über die Risiken aller Drogen und Abhängigkeiten wollen wir stärken, insbesondere an Schulen und in der Jugendarbeit. Einem übermäßigen Alkoholkonsum unter Jugendlichen und Erwachsenen wollen wir durch Programme begegnen, die einen bewussten Konsum zum Ziel haben.

Wir prüfen, als Land Initiativen mit dem Ziel zu ergreifen, die Ermittlungen der Fahrerlaubnisbehörden gegen THC-Konsument:innen den Regeln für Alkoholkonsum anzugleichen: Sie sollen erst ab einer gewissen Grenze möglich sein, und nur, wenn Konsument:innen am Straßenverkehr teilgenommen haben.

Aufbau von Trauma-Ambulanzen

Um den Gewaltopferschutz weiter zu verbessern und der Intention des neuen Sozialen Entschädigungsrechts zu entsprechen, wird das Land Trauma-Ambulanzen für die Opfer von Gewalttaten flächendeckend, wohnortnah und niedrigschwellig einführen und dabei ein hohes qualitatives Niveau in der Versorgung der Betroffenen sicherstellen.

Gesundheit

Rheinland-Pfalz verfügt über ein verlässliches und krisenfestes Gesundheitssystem, das hat die Corona-Pandemie einmal mehr gezeigt. Wir werden sicherstellen, dass sich alle Menschen – unabhängig von Wohnort und Einkommen – auch in Zukunft auf eine gute medizinische Versorgung verlassen können. Dafür werden wir unseren eingeschlagenen Weg fortsetzen und alternative Versorgungskonzepte, medizinische Gesundheitszentren und Gesundheitsnetzwerke als Ergänzung zu niedergelassenen Hausärzt:innen und Krankenhäusern etablieren. Die Zukunft liegt in einer noch stärkeren Zusammenarbeit von Ärzt:innen, Pflege, Therapieeinrichtungen und Krankenhäusern – Hand in Hand, zum Wohle der Patient:innen.

Prävention und Gesundheitsförderung

Wir werden auch die Förderung von gesundheitsbezogener Selbsthilfe und Ehrenamt, der psychoonkologischen Beratung sowie der Initiative Organspende fortsetzen.

Alle in Rheinland-Pfalz lebenden Menschen haben Anspruch auf eine gut erreichbare, qualitativ hochwertige, patienten- und bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung. Die Zunahme chronischer und altersbedingter Erkrankungen erfordert mehr und mehr sektorenübergreifende, interdisziplinäre, interprofessionelle und miteinander vernetzte Behandlungsmodelle. Für verbreitete chronische Erkrankungen wie Krebs, Diabetes oder Rheuma werden wir innovative Versorgungskonzepte entwickeln.

Unser Ziel ist es, dass es 2030 keine Neuansteckungen mit HIV in Rheinland-Pfalz geben wird. Durch eine Sensibilisierung der Ärzt:innen wollen wir auch die Zugänge zur Prä-Expositions-Prophylaxe (PrEP) zum Schutz vor HIV und Aids erleichtern.

In den Regionen in Rheinland-Pfalz, in denen laut Statistik, die Lebenserwartung eine der niedrigsten in Deutschland und die Raten häufiger Krankheiten besonders hoch sind, werden wir als Modellvorhaben auf Basis von wissenschaftlichen Untersuchungen in den einzelnen kommunalen Untergliederungen ein langfristig angelegtes Gesundheitsprojekt umsetzen und darauf aufbauend zielgenau Maßnahmen entwickeln.

Offener Umgang mit psychischen Erkrankungen

Wir werben für einen offenen Umgang mit psychischen Erkrankungen. Wir werden einen ressortübergreifenden „Aktionsplan seelische Gesundheit“ erarbeiten. Ziel ist es, Unterstützungsangebote sichtbar zu machen und zu einer Enttabuisierung des Themas in der Gesellschaft beizutragen. Wir wollen durch gezielte Aufklärungsarbeit und bessere Integration von chronisch psychisch Erkrankten die Stigmatisierung psychischer Erkrankungen durchbrechen.

Psychisch erkrankte Menschen müssen schneller psychiatrische oder psychotherapeutische Behandlung bekommen. Dafür wollen wir die Versorgungsstruktur insbesondere für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene weiter verbessern.

Gute Versorgung für alle

Wir werden die Qualität der Versorgung und die Patientensicherheit beobachten und durch gezielte Projekte stärken.

Wir wollen vermeidbare Krankenhausaufenthalte von älteren Menschen abwenden. Wir werden Modelle fördern, durch die Krankenseinweisungen und Pflegebedürftigkeit vermieden werden können. Dazu gehört zum Beispiel eine verbesserte Qualität der Arzneimittelversorgung von Menschen in Alten- und Pflegeheimen.

Im ländlichen Raum wollen wir möglichst in Gesundheitszentren angesiedelte und miteinander kooperierende Angebote aus ambulanter, teil- und kurzzeitstationärer sowie pflegerischer Versorgung schaffen. Wo es geht, werden wir hierzu die Möglichkeiten des Krankenhausstrukturfonds nutzen.

Häufig müssen Patient:innen zu weite Wege zu medizinischen Einrichtungen in Kauf nehmen. Deshalb wollen wir Bürgerbusse, Hol- und Bringdienste (z.B. Therapietaxis) und mobile ärztliche Praxen mit Sprechstunden vor Ort unterstützen.

Wir wollen die Medizinischen Zentren für erwachsene Menschen mit Behinderungen (MZEB) ausbauen und mit Angeboten vor Ort vernetzen. Dazu gehört ein Kriseninterventionszentrum für erwachsene Menschen mit psychischen und geistigen Beeinträchtigungen, angedockt an ein MZEB oder als eigenständige Einrichtung. Menschen mit Behinderung brauchen eine professionelle Begleitung im Krankenhaus. Auch dies gehört zum Spektrum ambulanter Dienstleistungen und muss verlässlich finanziert werden.

Förderung des medizinischen Nachwuchses – Ambulante Versorgung

Wir werden die Landarztinitiative (u.a. die Landarztquote) und die Quote für den öffentlichen Gesundheitsdienst bei der Medizinerbildung beibehalten. Den Masterplan zur Stärkung der ambulanten Versorgung in Rheinland-Pfalz wollen wir fortsetzen und ausbauen.

Wir wollen außerdem die Beratung für Kommunen verbessern, die Medizinische Versorgungszentren (MVZ) gründen wollen und befürworten die Gründungen von vertragsärztlichen Praxiskliniken.

Soweit nicht landesrechtlich umsetzbar, werden wir uns auf Bundesebene für erweiterte Möglichkeiten der sektorenübergreifenden Versorgung dort, wo es notwendig ist, einsetzen. Hierzu gehören insbesondere erweiterte Möglichkeiten ambulanter Leistungserbringung durch Krankenhäuser in unterversorgten oder von Unterversorgung bedrohten Gebieten. Teil- und kurzzeitstationäre Angebote sollen auch von niedergelassenen Ärzt:innen, zum Beispiel in Praxiskliniken, erbracht werden dürfen.

Sektorenübergreifende Versorgungsmodelle erfordern auch eine ganzheitliche Finanzierung, etwa durch feste Globalbudgets. Die bestehenden bundesrechtlichen Möglichkeiten zur Umsetzung müssen, wie in der Psychiatrie bereits erprobt, deutlich erweitert werden.

Geburtshilfe stärken

Für eine starke Geburtshilfe werden wir zur Sicherung der Strukturen womöglich auch gesetzgeberisch eingreifen. Die Geburtsstationen im Land sollen erhalten bleiben und ergänzend regional verteilt weitere Hebammenzentren entstehen. Wir wollen Geburtshäuser in direkter Anbindung an Krankenhäuser unterstützen und (analog zur Hausarztförderung) die Niederlassung von Hebammen fördern.

Außerdem treten wir für eine bessere Personalbemessung in den Kreißsälen ein. Wir wollen mehr hebammengeleitete Kreißsäle in Rheinland-Pfalz etablieren. Die Arbeit der Hebammen verdient mehr Wertschätzung, die sich auch im Geldbeutel zeigt. Auf Landesebene wollen wir ein Konzept erarbeiten, um den Kliniken ein Überleben der Geburtshilfe an den verbliebenen Standorten zu ermöglichen. Mit individuellen, regionalen Konzepten wollen wir sicherstellen, dass Standorte für Schwangere gut erreichbar bleiben.

Wir stehen dafür ein, dass die Hebammen mit akademischer und beruflicher Ausbildung gleichermaßen wertgeschätzt werden.

Aufbau einer Lehrkrankenhausstruktur

Wir setzen uns dafür ein, dass die Struktur der Lehrkrankenhäuser in Rheinland-Pfalz fortgeführt werden kann. Hierzu wollen wir die Partner:innen des Gesundheitswesens zusammenbringen, um eine mögliche Umsetzung zu definieren.

Strukturentwicklung der Krankenhäuser

Eine angemessene Grund- und Notfallversorgung sowie ausreichende Geburtshilfen und Abteilungen für Kinder- und Jugendmedizin müssen überall in erreichbarer Nähe gesichert sein. Grundlage hierfür bilden die Kriterien des Gemeinsamen Bundesausschusses. Die hiernach unverzichtbaren Standorte der Geburtshilfe und der Kinder- und Jugendmedizin werden wir schützen, indem wir die Kriterien für den „geringen Versorgungsbedarf“ deutlich anheben, um den betroffenen Abteilungen einen Sicherstellungszuschlag zu ermöglichen. Die unverzichtbaren Krankenhausstandorte sollen zudem bei der Investitionsförderung vorrangig berücksichtigt werden. Kleine Krankenhäuser, die nicht mehr ausschließlich als Krankenhäuser betrieben werden können, unterstützen wir bei der Weiterentwicklung zu lokalen Gesundheitszentren.

Zuverlässige Gesundheitsnetzwerke

Um eine qualitativ hochwertige und flächendeckende Gesundheitsversorgung in Rheinland-Pfalz sicherzustellen, nehmen wir die gesamte Versorgungskette in den Blick. Wir berücksichtigen sowohl ambulante als auch stationäre sowie rehabilitative Strukturen und setzen auf die Vernetzung der Akteur:innen. Dafür steht das Projekt „Zukunft Gesundheitsnetzwerke“ in Rheinland-Pfalz.

Nach der theoretischen Ausarbeitung sind bereits Modellprojekte am Diakonie Krankenhaus in Kirn und am Kreiskrankenhaus Saarburg gestartet. Diese Modelle sollen in Zusammenarbeit mit den Selbstverwaltungspartner:innen und mit externer Unterstützung fortgesetzt und an weiteren geeigneten Standorten etabliert werden. Wo es in einer Region Kliniken mit identischen Versorgungsangeboten gibt, wirken wir darauf hin, dass eine Spezialisierung stattfindet. Krankenhäuser der Grund- und Regelversorgung werden im jeweiligen Versorgungsgebiet verpflichtet, mit Kliniken der Schwerpunkt- und Maximalversorgung Netzwerkstrukturen zu etablieren.

Wir wollen uns, gemeinsam mit der kassenärztlichen Vereinigung als Aufgabenträgerin, dafür einsetzen, dass eine Anpassung der vertragsärztlichen Bedarfsplanung an die Versorgungsrealität in Stadt und Land umgesetzt wird.

Krankenhausfinanzierung auf hohem Niveau

Wir werden die Investitionsfördermittel für die Krankenhäuser im den nächsten Jahren erhöhen. Die Notfall- und Intensivmedizin gehört zum Kernbereich staatlicher Gefahrenabwehr und Daseinsfürsorge und benötigt auch im Vergütungssystem der Krankenhäuser besondere Beachtung. Dies gilt insbesondere auch für die Universitätsmedizin und die Maximalversorger. Dies gilt es auch bei der Investitionsförderung zu berücksichtigen.

Wir werden das rheinland-pfälzische Krankenhausgesetz novellieren und Regelungen zu Qualität und Patientensicherheit aufnehmen. Die Koalition wird sich auf der Bundesebene dafür einsetzen, das aktuelle Krankenhausfinanzierungssystem (DRG-System) grundlegend zu reformieren. Unter anderem setzen wir uns dafür ein, dass eine separate Kalkulation von kinderrelevanten Fallpauschalen gestaltet wird.

Im Pflegepersonalbereich werden wir uns beim Bund dafür einsetzen, dass ein neues Personalbemessungsinstrument eingeführt wird.

IT-Sicherheit in Krankenhäusern

Wir legen einen Schwerpunkt auf die Arbeit des Runden Tisches zur IT-Sicherheit in Krankenhäusern. Deshalb wollen wir die Digitalisierung in den Kliniken mit zusätzlichen Mitteln fördern, insbesondere dort, wo das die Arbeitsabläufe vereinfachen kann und die IT-Sicherheit erhöht. Dafür setzen wir den Krankenzukunftsfonds ein.

Patient:innen- und Angehörigenrechte stärken

Wer erkrankt, ist oftmals mit einer Vielzahl an Fragen konfrontiert. Neben der Wahl zwischen verschiedenen Behandlungsoptionen, stellen sich unter anderem auch Fragen der Finanzierung von Arzneimitteln durch die Krankenkassen. Umso wichtiger ist es, dass die unabhängige Patient:innenberatung (UPD) Patient:innen in gesundheitlichen sowie gesundheitsrechtlichen Fragen als Ansprechpartnerin unterstützend zur Verfügung steht. Rheinland-Pfalz setzt sich daher dafür ein, dass die Aufgaben der UPD langfristig sichergestellt und institutionalisiert werden. Dafür ist es notwendig, dass die UPD wieder in die Hände von zivilgesellschaftlichen und gemeinnützigen Organisationen gelegt wird.

Wir werden prüfen, ob und inwieweit bestehende Informationsdefizite (bezüglich Krankenhausaufenthalt oder auch Entlasssituation) im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten behoben werden können.

Entlastung für unsere Ärzt:innen

Eine vernetzte, intersektorale Versorgung erfordert gerade im ländlichen Raum, auch zur Unterstützung der Hausärzt:innen, eine neue Aufgabenteilung zwischen ärztlicher und heilberuflicher Tätigkeit. Hierzu eignet sich das Berufsbild der „Physician Assistants“, die Ärzt:innen in verschiedenen Bereichen entlasten können, soweit es sich nicht um ausschließlich von Ärzt:innen zu erbringende Tätigkeiten handelt. Wir setzen uns dafür ein, dass in Rheinland-Pfalz entsprechende Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten geschaffen werden.

Gesundheitliche Versorgung in allen Lebensphasen

Mit Förderung des Landes sollen auf regionaler Ebene Gesundheitskonferenzen unter öffentlich-rechtlicher Leitung entstehen. Wir möchten, dass diese von einem oder mehreren Landkreisen und kreisfreien Städten getragen werden. Ergänzend soll die Landesgesundheitskonferenz koordinierende Aufgaben übernehmen.

Die Förderung der ehrenamtlichen Hospizarbeit, insbesondere auch der Kinder- und Jugendhospizarbeit, wird auf mindestens dem heutigen Niveau fortgesetzt. Wir setzen uns für die flächendeckende Hospizversorgung ein und werden dort, wo erforderlich, die Etablierung teilstationärer und ambulanter Angebote unterstützen.

Sicherheit in der Arzneimittelversorgung

Auf Bundesebene fordern wir die systematische Erforschung der Ursachen von Lieferengpässen von Medikamenten beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte. Wir werden uns weiterhin für die Weiterentwicklung einer robusten Infrastruktur zur Produktion dringend benötigter Arzneimittel und Medizinprodukte vor Ort einsetzen.

Öffentlichen Gesundheitsdienst stärken

Den öffentlichen Gesundheitsdienst werden wir auf allen Ebenen auf den Prüfstand stellen, um ihn für künftige Gesundheitslagen leistungsstark und effizient auszurichten. Hierzu werden wir den zwischen Bund, Ländern und Kommunen beschlossenen ÖGD-Pakt konsequent umsetzen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass eine Tätigkeit im Öffentlichen Gesundheitsdienst attraktiver wird.

Wir wollen nach dem Ende der Pandemie die Ursachen für den teilweise unterschiedlichen Verlauf in den Landkreisen und kreisfreien Städten unabhängig untersuchen lassen, wobei Faktoren wie Sozialstruktur und Gesundheitsstruktur zu berücksichtigen sind. Ziel ist es, dass Land und kommunale Körperschaften dadurch künftig in vergleichbaren Krisensituationen noch besser agieren und kommunizieren.

Die Aus-, Fort- und Weiterbildung in Zusammenarbeit mit der Akademie für öffentliches Gesundheitswesen in Düsseldorf werden wir für alle Berufsgruppen im Öffentlichen Gesundheitswesen weiter ausbauen. Für alle ärztlichen Quereinsteiger sowie mittelfristig die Absolventen der ÖGD-Quote bei der Vergabe von Medizinstudienplätzen werden wir ein strukturiertes landesweit einheitliches Weiterbildungskonzept erstellen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass bereits in der Ausbildung der Medizinstudierenden das Öffentliche Gesundheitswesen eine stärkere Rolle spielt. Auch nach der Corona-Pandemie haben wir die Nachwuchssicherung für den Öffentlichen Gesundheitsdienst im Blick. Das Weiterbildungskonzept für Ärzt:innen sieht regionale Ausbildungsgesundheitsämter mit spezifischen Qualifikationsbereichen vor, um das gesamte Aufgabenspektrum abzudecken. Darüber hinaus werden an der Universitätsmedizin in Mainz und am Landesuntersuchungsamt spezielle Lerninhalte vermittelt.

Wir werden das Landesgesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGdG), das Landesgesetz über die Eingliederung der Gesundheitsämter in die Kreisverwaltungen, die Landesverordnung zur Durchführung des Infektionsschutzgesetzes und die Landesverordnung über die Hygiene und Infektionsprävention in medizinischen Einrichtungen (MedHygVO) entsprechend novellieren.

Faire Arbeitsbedingungen für Heilmittelerbringer:innen

Auch den Heilmittelerbringer:innen wollen wir mehr Wert beimessen, da sie mit ihrer Arbeit sicherstellen, dass erkrankte Menschen länger selbstständig bleiben und Pflegebedürftigkeit aufgeschoben oder verhindert wird. Wir setzen uns deshalb auf Bundesebene für eine faire Bezahlung sowie eine bessere Koordination zwischen Pflegekräften, Therapeut:innen und Ärzt:innen unter Einbeziehung der Patient:innen und ihrer Angehörigen ein. Wir setzen uns dort auch für die Prüfung ein, wie ein Direktzugang zu Heilmittelerbringer:innen zu Lasten der Sozialversicherungen eröffnet werden kann, so dass es bei bestimmten Indikationen und Wiederholungsbehandlungen keines Rezepts bedarf.

Digitalisierungsoffensive im Gesundheitswesen

Wo möglich wollen wir Prozesse digital vereinfachen und damit zur Entlastung des Pflegepersonals beitragen. Aus diesem Grund werden wir eine Landesinitiative zur Digitalisierung von Struktur-, Arbeits- und Organisationsprozessen in Einrichtungen und Diensten der Pflege starten.

Zudem bringen wir ein Förderprogramm zur Einführung der Künstlichen Intelligenz mit dem Ziel der technologischen Unterstützung im Pflegeprozess auf den Weg.

Des Weiteren unterstützen wir den Einsatz von Gesundheits-Apps, sofern diese den patienten- und datenschutzrechtlichen Anforderungen entsprechen.

Telemedizin im Gesundheitswesen ausbauen

Im ländlichen Raum müssen Hausärzt:innen oft größere Distanzen überwinden, um die medizinische Versorgung ihrer Patient:innen sicherzustellen. Durch das zunehmende Alter der Bevölkerung sinkt die Mobilität der Patient:innen, während gleichzeitig der Bedarf nach medizinischen Leistungen steigt.

Deshalb unterstützt das Pilotprojekt „Telemedizinische Assistenz Rheinland-Pfalz (TMA)“ gezielt Hausarztpraxen im ländlichen Raum. Wir entwickeln das Projekt weiter mit dem Ziel die „Telemedizinische Assistenz“ landesweit einsetzen zu können.

Zudem setzen wir uns für Investitionen in die digitale Prozessoptimierung in Krankenhäusern ein.

Kultur

Die Corona-Pandemie hat schmerzlich bewusstgemacht, wie wichtig eine vielfältige Kulturszene für unsere Gesellschaft ist. Kultur ist Ausdruck und Bedürfnis des menschlichen Daseins und die menschliche Sehnsucht nach Kunst und Kultur ist stark. Diese kollektive Erfahrung bestärkt uns in unserem Streben, kulturellen Reichtum in unserer Gesellschaft zu ermöglichen und zu erhalten und allen Menschen in Rheinland-Pfalz den Zugang zu Kultur zu ermöglichen. Dazu gehört in den nächsten Jahren insbesondere: unsere vielfältige Kulturlandschaft beim Neustart zu begleiten und unterstützen.

Kulturentwicklungsplan

Aufgabe der Kulturpolitik und der Kulturförderung ist es, gute und verlässliche Rahmenbedingungen für die Kulturschaffenden in unserem Land zu schaffen. Wir setzen auf eine dialogische Kulturpolitik, in der alle Akteure zu Wort kommen und an den Prozessen partizipieren können.

Im Rahmen einer Kulturentwicklungsplanung wollen wir auf der Grundlage des Kulturförderberichts, die Kulturförderung gemeinsam noch besser auf die Bedarfe der Künstler:innen und der Kulturschaffenden anpassen.

Kulturelle Teilhabe stärken

Wir wollen die Rahmenbedingungen für Kultur in allen Teilen unseres Landes, in den Städten und in den ländlichen Regionen, weiter verbessern. Breitenkultur bedeutet auch ehrenamtliches Engagement, vielfach in Vereinen, Theatern, Orchestern, Museen, Bibliotheken, Musikschulen, in der freien Szene oder den soziokulturellen Zentren. Diese Strukturen wollen wir sichern und zukunftsfähig machen.

Wir sind stolz auf das vielfältige Kulturangebot in unserem Land mit seinen renommierten Orchestern, Theatern, Museen, Bibliotheken und Archiven, mit herausragenden Festivals und einer kreativen Freien Szene. Der Kultursommer ist eine etablierte Größe im kulturellen Angebot des Landes Rheinland-Pfalz und ein Alleinstellungsmerkmal, welches wir weiterführen wollen.

Wir wollen die, oftmals ehrenamtlichen, Kulturakteure in der Fläche professionell unterstützen. Dabei bauen wir auf bestehenden Programmen auf.

Die kulturelle Infrastruktur in der freien Szene und der Soziokultur wollen wir weiterentwickeln und zukunftsfest machen. Dabei überprüfen wir sowohl bestehende Chancemanagement-Angebote als auch die Möglichkeit überjähriger Förderungen.

Die finanzielle Förderung von Projekten, Initiativen und Akteuren im Bereich der kulturellen Bildung soll weiterhin ein Schwerpunkt der rheinland-pfälzischen Kulturpolitik sein. Die kulturelle Kinder- und Jugendbildung ist eine wichtige Säule unserer Kulturpolitik und wir werden sie zukunftsfest weiterentwickeln.

Die 42 kommunalen Musikschulen erfüllen eine wichtige Aufgabe in der musikalischen Bildung von Kindern und Erwachsenen und leisten hier hervorragende Arbeit. Diese Förderung werden wir fortsetzen und werden dabei den Aspekt der „Guten Arbeit“ stärker in den Blick nehmen.

Wir unterstützen den bereits eingeleiteten Prozess für einen flächendeckenden Bibliotheksverbund in Rheinland-Pfalz mit einem integrierten Informations- und Lernportal als landesweit vernetzte digitale Infrastruktur als Teil der Digitalstrategie des Landes. Wir wollen dabei prüfen, inwieweit besonders gelungene Bibliothekskonzepte als Vorbildcharakter hervorgehoben werden können.

Arbeitsbedingungen von Künstler:innen verbessern

Die Corona-Krise hat es deutlich gemacht. Die Arbeits- und Einkommenssituation vieler Kulturschaffender und Künstler:innen ist trotz der unbestrittenen Bedeutung der Kultur- und Kreativszene noch immer prekär.

Wir wollen diese Arbeitsbedingungen grundlegend und nachhaltig verbessern. Dabei geht es zum einen um die Stärkung von Beratungs- und Unterstützungsangeboten. Zum anderen geht es um die Arbeitsbedingungen von Künstler:innen. Dazu gehört, dass wir gemeinsam mit anderen Bundesländern die Strukturen der sozialen Absicherungssysteme für die Kultur auf Bundesebene überprüfen (insbesondere die Künstler-sozialkasse) und fortentwickeln wollen. Dazu gehört auch, dass wir gemeinsam mit den Verbänden und Kommunen Mindeststandards für Verträge und Vergütungen erarbeiten wollen.

Digitalisierung und Klimaschutz im Kulturbereich gestalten

Der digitale Wandel beeinflusst den Kunst- und Kulturbereich in seiner Gesamtheit. Die digitale Präsentation und Vermittlung, wie auch die Ermöglichung von digitaler Kunst, gewinnen zunehmend an Bedeutung. Durch die Corona-Pandemie wurde der Bedarf an digitaler Kommunikation und Vermittlung drastisch erhöht. Wir wollen die Kultureinrichtungen und die Künstler:innen bei der digitalen Transformation durch Weiterbildungen und externes Know-how unterstützen.

Wir setzen uns dafür ein, dass Kulturgenuß und Klimaschutz in Rheinland-Pfalz Hand in Hand gehen und werden entsprechende Projekte im Land weiter begleiten.

Kulturelles Erbe unseres Landes sichtbar machen

Rheinland-Pfalz verfügt über ein reiches historisches und kulturelles Erbe. Rheinland-Pfalz ist stolz auf seine UNESCO-Welterbestätten, wie dem Welterbe „Oberes Mittelrheintal“ und die SchUM-Stätten Speyer, Worms und Mainz. Wir bewahren dieses kulturelle Erbe, machen es für die Öffentlichkeit zugänglich und stärken Präsentation und Vermittlung.

Wir wollen das Konzept der Landesausstellung im Zweijahresturnus mit großen historischen Ausstellungen in den Standorten der Landesmuseen fortsetzen. Wir haben das für 2032 anstehende 200. Jubiläum des Hambacher Festes im Blick und werden in der aktuellen Wahlperiode entsprechende Strukturen, Grundlagen und Netzwerke schaffen.

Das Erbe des großen Erfinders und Medienrevolutionärs Johannes Gutenberg strahlt weit über die Stadt- und Landesgrenzen hinaus und ist bundesweit wie international von großer Bedeutung. Wir setzen uns dafür ein, dass der Bund die Rolle des Gutenberg-Museums in Mainz angemessen berücksichtigt und es institutionell fördert. Auch

das Land wird sich an der inhaltlichen und baulichen Weiterentwicklung des Museums finanziell beteiligen.

Kirchen und Religionsgemeinschaften

Die Kirchen in Rheinland-Pfalz prägen unsere Kultur und stehen unter dem besonderen Schutz unserer Verfassung. Die christlichen Kirchen sind für uns wichtige Partner, mit denen wir unseren ständigen Dialog in vielen wichtigen gesellschaftlichen Fragen fortsetzen werden. Wir würdigen besonders ihr Engagement in Caritas und Diakonie, in Bildung und Kultur sowie in der Seelsorge. Wir werden den engen Dialog und die gute Zusammenarbeit mit den Kirchen fortsetzen.

Jüdische Gemeinden stärken

Jüdisches Leben ist selbstverständlicher Teil unseres Zusammenlebens. Wir wollen auch weiterhin zeigen, wie facettenreich und bedeutend jüdisches Leben in Rheinland-Pfalz war und ist. Wir werden die jüdischen Gemeinden in Rheinland-Pfalz nachhaltig stärken und den bestehenden Staatsvertrag fortentwickeln. Wir begleiten und unterstützen den Bau einer Synagoge in Koblenz.

Zusammenarbeit mit islamischen Religionsgemeinschaften

Muslim:innen sind Teil der rheinland-pfälzischen Gesellschaft und gestalten sie mit. Wir streben einen einheitlichen Islamischen Religionsunterricht als reguläres Schulfach mit beim Land beschäftigten Lehrkräften, Lehrplänen und unter Aufsicht der staatlichen Schulaufsicht an. Dazu werden wir eine eigene Lehramtsqualifizierung aufbauen. Die hierfür notwendige Zusammenarbeit mit islamischen Religionsgemeinschaften kann nur erfolgen, wenn diese die notwendigen Anforderungen zur Zusammenarbeit, wie Unabhängigkeit von politischen Eingriffen Dritter, ausreichend erfüllen, um umfassend als Religionsgemeinschaft im Sinne von Art. 7 Abs. 3 Grundgesetz und Art. 34 der Landesverfassung gelten zu können. Bis dahin wollen wir den an 27 Schulen bereits laufenden Modellversuch zum Islamischen Religionsunterricht fortführen.

Zukunftssicher Bauen und Wohnen in Rheinland-Pfalz

Beim Wohnen geht es um mehr als nur vier Wände und ein Dach über dem Kopf – die Art, wie in unseren Dörfern und Städten gebaut wird, beeinflusst unser Zusammenleben insgesamt. Das Wohnen und Bauen der Zukunft ist energieeffizient, barrierefrei und gemeinschaftlich, deswegen schaffen wir bezahlbaren Mietwohnraum für Menschen aller Einkommensschichten, helfen bei der Finanzierung des Eigenheims, fördern gemeinschaftliches und studentisches Wohnen und modernisieren Mietwohnungen. Wir wollen, dass Wohnen für alle Menschen bezahlbar und lebenswert bleibt – in der Stadt und auf dem Land. Deswegen führen wir unsere soziale Wohnraumförderung entschlossen fort, entwickeln sie weiter und sorgen dafür, dass vor allem in den Ballungsgebieten bezahlbarer und nachhaltiger Wohnraum entstehen kann. Dabei wollen wir ressourcenschonendes und nachhaltiges Bauen vorantreiben.

Wohnraumoffensive – gemeinsam stark

Wohnungspolitik ist unter sozialen, ökonomischen und ökologischen Gesichtspunkten eine Querschnittsaufgabe. Die Rheinland-Pfälzer:innen brauchen ausreichenden, guten und bezahlbaren Wohnraum sowohl zur Miete als auch im Eigentum. Es geht um nachhaltiges, ressourcenschonendes und klimagerechtes Bauen in Stadt und Land sowie um die zukunftsorientierte Sanierung bestehender Wohngebäude. Wir werden in der kommenden Legislaturperiode eine Modernisierungsoffensive starten, bei der Klimafolgenanpassungen, Energieeinsparungen, barrierefreies Wohnen und bezahlbares Wohnen gleichermaßen in den Blick genommen werden.

Bezahlbares Wohnen: Soziale Wohnraumförderung

Bezahlbarer Wohnraum für alle ist ein lebensnotwendiges Grundbedürfnis und eine der sozialen Fragen unserer Zeit. Wir wollen, dass alle Menschen in Rheinland-Pfalz Zugang zu bezahlbarem Wohnraum haben und dort leben können, wo sie es möchten. Insbesondere Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen sollen Zugang zu bezahlbarem Wohnraum auch in den Ballungszentren behalten. Erstmals werden wir im Jahr 2021 einen Betrag von 375 Mio. Euro für die soziale Wohnraumförderung investieren. Dieses hohe Niveau werden wir verstetigen und über die gesamte kommende Legislaturperiode fortsetzen. Wir wollen alle Möglichkeiten nutzen, neue Wohnungen in die Sozialbindung zu bringen und bestehende Wohnungen in der Sozialbindung zu halten. Insgesamt wollen wir unsere hervorragenden Programme weiterentwickeln, sie an die Entwicklung des Immobilienmarkts anpassen und unter Beachtung modernen bezahlbaren Bauens sowie der Anforderungen des Klimaschutzes fortschreiben.

Die Förderprogramme beziehen den Neubau und die Modernisierung von Mietwohnungen, den Erwerb von Belegungsrechten und die Förderung von Genossenschaften, Gemeinschaftswohnungen auch für Pflegebedürftige sowie von Studierendenwohnheimen ein. Gerade im ländlich geprägten Rheinland-Pfalz mit seiner im Bundesvergleich sehr hohen Eigentumsquote kommt auch der sozialen Eigenheimförderung eine wichtige Rolle zu. Dabei wollen wir das Wohneigentum stärken und haben auch die finanzielle Leistungsfähigkeit der Bauwilligen im Blick. Wir werden die Programme fortführen und wollen mit neuen Schwerpunkten wichtige Anreize für zusätzliche Investitionen setzen. Dabei setzen wir auf die Kooperation mit unseren Partnern im Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen, gerade auch im Hinblick auf Innovation,

Nachhaltigkeit, Klimaschutz, ökologische Baustoffe und die bedarfsgerechte Anpassung attraktiver Förderkonditionen.

Modernes und soziales Wohnen

Für neue Baugebiete ist es essentiell, dass sie den gesamten Bedarf des Wohnens abbilden. Kernpunkt unserer sozialen Wohnraumförderung sind deshalb Baugebiete mit einer Sozialquote in sozial ausgewogenen Gebieten. Wir wollen mehr Kooperationsvereinbarungen mit Kommunen zur Stärkung des geförderten Wohnungsbaus abschließen. Bereits bisher unterstützen wir Kommunen, die eine Sozialquote in Baugebieten von mindestens 25% eingeführt haben und andere Verpflichtungen zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums eingehen. Kommunen werden wir zudem stärker mit Blick auf die Einführung von Quoten für den sozialgeförderten Wohnungsbau beraten. Im Rahmen der Modernisierungsoffensive wollen wir zudem neue Kooperationsvereinbarungen mit Kommunen auflegen, etwa mit einer neuen Zuschussförderung für energetische und klimafolgenangepasste Maßnahmen im Quartier.

Die Teilhabe aller am sozialen Gut Wohnen ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Förderprogramme. Hierzu gehört auch die Förderung der Barrierefreiheit sowie des altersgerechten und des gemeinschaftlichen Wohnens.

Genossenschaftliches Wohnen fördern

Wir wollen uns weiterhin verstärkt dem sehr breiten Spektrum an Wohnformen zuwenden. Den bereits gut gelungenen Beispielen von Baugemeinschaften sollen neue Projekte folgen. Wir wollen weiter genossenschaftliches Wohnen fördern. In diesem Bereich konnten wir bereits viele einzelne Vorhaben umsetzen und wollen nun verstärkt über Moderationsförderung und Unterstützungsleistungen auch an Kommunen zum Gelingen weiterer Genossenschaften und anderer gemeinschaftlicher Bau- und Wohnprojekte beitragen. Auch der Erwerb von Genossenschaftsanteilen wird in diesem Sinne weiter gefördert.

Berücksichtigung neuer Arbeitsformen

Nicht zuletzt werden wir Lehren aus der Corona-Pandemie ziehen, unter anderem im Hinblick darauf, wie das Zuhause beschaffen sein soll. Mehr Homeoffice und mobile Arbeitsformen verändern dauerhaft auch die Anforderungen an das Wohnen. Bei künftigen Projekten wollen wir den Ort des mobilen Arbeitens berücksichtigen, wissenschaftliche Untersuchungen zu dieser Frage anstoßen, die gesellschaftliche Entwicklung architektonisch begleiten sowie zum Beispiel in größeren Projekten Co-Homeoffice-Bereiche fördern.

Kommunale Wohnungsbaugesellschaften

Wir wollen die Kommunen weiterhin darin begleiten, sich dort, wo es sinnvoll ist, an bestehenden Wohnungsbaugesellschaften zu beteiligen oder neue, auch auf Landkreisebene, zu gründen.

Digitalisierung nutzen

Um gezielt Menschen mit den für sie geeigneten Wohnformen zusammenzubringen, wollen wir die Digitalisierung nutzen und so die örtliche Gemeinschaft stärken und Modelle für das Wohnen der Zukunft fördern. Im Zuge dessen gilt es gerade auch im ländlichen Bereich, weitere Beratungsleistungen in Bezug auf die Förderprogramme des Landes zur Verfügung zu stellen

Entwicklung und Erhalt attraktiver Orts- und Stadtkerne

Die Entwicklung und der Erhalt attraktiver Orts- und Stadtkerne und deren Anpassung an die weitreichenden Folgen der Klimakrise sowie die Umnutzung leerstehender geeigneter Immobilien für Wohnzwecke werden wir durch bedarfsgerechte Programme begleiten.

Bauforum bleibt wertvolle Kommunikationsplattform

Die Vermittlung, der Austausch und das Netzwerk unter Einbeziehung von Handwerk und mittelständischer Bauwirtschaft werden eine wichtige Stütze unserer Aktivitäten im Bereich des Bauens bleiben. Mit dem Bauforum verfügen wir über eine wertvolle Kommunikationsplattform, auf der Bau- und Immobilienwirtschaft, Planung, Politik und Wissenschaft den Austausch pflegen und neue Ideen entwickeln.

Bezahlbare Mieten

Wohnraum zu bezahlbaren Mieten gehört wie der leichte Zugang zu Wohneigentum zum Kernbereich der Daseinsvorsorge. In den letzten Jahren wurden die Landesverordnungen zur Kappungsgrenze und zur Mietpreisbremse erlassen, um bezahlbares Wohnen in angespannten Wohnungsmärkten zu unterstützen. Wir werden die Effekte dieser Maßnahmen evaluieren und in unsere weiteren Entscheidungen einbeziehen.

Die Kappungsgrenzenverordnung läuft bis zum September 2024 und die Mietpreisbegrenzungsverordnung bis zum Oktober 2025. Beide Instrumente wollen wir – unter Berücksichtigung der Evaluation – wie bisher sehr zielgenau und ortsbezogen einsetzen und unter der Voraussetzung, dass die bundesgesetzlichen Grundlagen geschaffen werden, weiterhin nutzen.

Aktivierung von Bauland

Bauland ist ein knappes Gut, und Flächen sind vor allem auch ein ökologischer Faktor. Zusätzliche nicht notwendige Flächenausdehnung gilt es zu vermeiden und primär das bestehende Potenzial von Altstandorten, Konversionsflächen und innenstädtischem Leerstand im Gewerbe- und Bürobereich auszuschöpfen. Insbesondere Konversionsflächen können genutzt werden, um nachhaltige Zukunftsquartiere entstehen zu lassen. Wir möchten auch das Angebot einer Förderung des Erwerbs von Wohneigentum, insbesondere auch von Bestandsimmobilien, intensivieren.

Die ressourcenschonende Aktivierung von Bauland im Innenbereich ist eine wesentliche Voraussetzung für die Schaffung zusätzlichen Wohnraums. Vorrang haben Innenentwicklungspotenziale. Wir wollen in Zukunft verstärkt durch sogenannte Konzeptvergabeverfahren dazu beitragen, eine nachhaltige, qualitativ hochwertige und sozial ausgewogene Baulandentwicklung in Kommunen zu unterstützen. Wir unterstützen

und beraten Kommunen bei der Bodenbevorratung und einem nachhaltigen Baulandmanagement. Kommunen soll es erleichtert werden, Flächen anzukaufen, um Preisspekulationen entgegenzutreten.

Ergänzend setzen wir uns für eine Baulandinitiative ein, mit der wir die Kommunen bei der Aktivierung und Entwicklung neuer Wohnbauflächen unterstützen.

Wir sind uns bewusst, dass der hohe Bedarf an neuem Wohnraum nur durch die starke Einbeziehung von privaten Investitionen gedeckt werden kann.

Wir werden weiterhin die regionale Baukultur in Rheinland-Pfalz fördern und die enge und gute Zusammenarbeit mit der Bauwirtschaft und den Architekt:innen auch im Zentrum für Baukultur fortsetzen.

Klimaziele im Wohnungsbau

Die Einhaltung der Klimaziele ist auch und gerade im Wohnungsbau eine wichtige Aufgabe für die nächsten Jahre. Daher muss hier verstärkt im Neubau und in der Sanierung von Altbauten ein Schwerpunkt auf die Verwendung von langlebigen, nachhaltigen und ressourceneffizienten Bauprodukten wie Holz oder Recyclingbeton aus regionalen Quellen gelegt werden. Mit der Landesinitiative „Klimabündnis Bauen – nachwachsende und kreislauffeffiziente Rohstoffe stärken“ wollen wir gemeinsam mit unseren Bündnispartnern einen strategischen Beitrag zu einem klimaneutralen Rheinland-Pfalz leisten. Das bereits bestehende Holzcluster Rheinland-Pfalz werden wir weiterentwickeln.

Das Bauordnungsrecht wollen wir, orientiert an der Musterbauordnung, an ökologischen Standards und an modernen Sicherheitsanforderungen fortentwickeln, um bundesweit weitgehend einheitliche Anforderungen an das Bauen sicherzustellen.

Wir fördern eine nachhaltige und klimafreundliche Mobilität und werden im Rahmen der Landesbauordnung weiterhin dafür Sorge tragen, zukünftig mehr sichere Stellplätze für Fahrräder und E-Fahrräder einzuplanen. Ebenfalls werden wir dafür sorgen, dass bei Neubauten und umfangreichen Umbauten von Gebäuden grundsätzlich auf die Vorbereitung von Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge zu achten ist.

Um den weiteren Artenverlust in und um unsere Kommunen zu stoppen und die wertvolle Funktionsfähigkeit der Böden zu erhalten, sind Freiflächen dauerhaft und naturnah zu begrünen. Zur Erreichung dieses Ziels werden wir die bestehende Rechtsnorm in der LBauO stärker in den Blick nehmen, sodass Freiflächen grundsätzlich begrünt werden müssen. Weitere Maßnahmen zur Klimawandelfolgenanpassung wie Dach- und Fassadenbegrünungen sollen für Neubauten und im Rahmen von umfassenden Sanierungsarbeiten verstärkt berücksichtigt werden. Bei den landeseigenen Gebäuden wird das Land als Vorbild vorangehen und Dach- und Fassadenbegrünung, wo dies technisch möglich ist, einsetzen.

Bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes wollen wir, dass der Digitale Bauantrag ermöglicht werden soll. Dabei ist nicht nur die Einreichung von Unterlagen, sondern die Digitalisierung des gesamten Prozesses das Ziel.

Die Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) hat ihre Berechtigung und gibt kleinen und mittleren Büros klare, verlässliche Rahmenbedingungen und soll bei

der öffentlichen Vergabe von Aufträgen vor nicht auskömmlichen Angeboten schützen. Das Land wird sich zudem bei der Umsetzung der EU-Berufsqualifizierungsrichtlinie für die Einführung eines einheitlichen Berufsausübungsrechtes für alle am Bau beteiligten Ingenieur:innen einsetzen.

Wir werden die die Bauleitplanung so ausrichten, dass die Aspekte des Klimaschutzes sowie der Klimaanpassung, der Hochwasservorsorge, des Arten- und Biotopschutzes ganzheitlich und umfassend in Flächennutzungs- und Bebauungspläne integriert werden können.

Regelungswerke und Förderprogramme müssen stets die Auswirkungen auf die Bau- und Lebenszykluskosten beachten, um bezahlbares Wohnen zu gewährleisten.

Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung

Die hohe fachliche Expertise der Mitarbeiter:innen des Landesbetriebs Liegenschafts- und Baubetreuung (LBB) ist unverändert gefordert, um die umfangreichen bestehenden und ehrgeizigen zukünftigen Bauprogramme im Bereich des Landes- und Bundesbaus zügig umzusetzen. Dabei wollen wir die Planungs- und Bauabläufe durch ein modernisiertes Verfahrensrecht beschleunigen. Der LBB soll weiter gestärkt und auch mit dem für die Qualitätssicherung und die Umsetzung der ehrgeizigen umweltpolitischen Ziele im Landesbau notwendigen Personal ausgestattet werden. Die Gewinnung von qualifiziertem Fachpersonal wollen wir durch attraktive Ausbildungs- und Qualifizierungsangebote weiter voranbringen.

Zur Steigerung des Bauvolumens wird verstärkt auf die Expertise von freiberuflichen Architekt:innen sowie Ingenieur:innen zurückgegriffen.

Nachhaltigkeit im Landesbau – flächeneffizient und ressourcenschonend

Nachhaltigkeit bei neuen Bauprojekten

Im staatlichen Hochbau wollen wir die eingeschlagene Strategie für Nachhaltigkeit und Klimaneutralität weiter konsequent vorantreiben. Auf dieser Grundlage wollen wir das nachhaltige Bauen (gem. Bewertungssystem BNB inkl. Ökobilanzierung und Lebenszyklusbetrachtung) und das gezielt verstärkte Sanieren in Verbindung mit konsequent energieeffizienten und optimierten Betriebslösungen sowie dem Einsatz regenerativer Energien weiter voranbringen. Für Neubauten gehen wir einen kräftigen Schritt voran und wollen dort den höchsten Standard Gold verwirklichen. Neue Standards und technische Entwicklungen werden wir aufnehmen und in unsere Planungen miteinbeziehen.

Bei der Kalkulation von Bauprojekten im Hochbau des Landes wird ein CO₂-Schattenpreis in Höhe von 180 Euro pro Tonne zugrunde gelegt, um eine Entscheidungshilfe für die Investitionen zu geben.

Zudem wollen wir im Landesbau und unserem Liegenschaftsmanagement den Aspekten des Flächensparens (Suffizienz) und des sorgsamem Umgangs mit den vorhandenen Ressourcen bei der Unterbringung der Landesbehörden ein noch stärkeres Gewicht geben. Im Bereich der allgemeinen Verwaltungsliegenschaften sollen zukünftig turnusmäßig Aktualisierungen der optimierten Nutzungsbedarfe erfolgen. Durch suffiziente Bedarfsplanung vor dem Start von Neubau und großen Sanierungsmaßnahmen

wollen wir die Auswirkungen der Digitalisierung und des modernen Arbeitens auf den künftigen Liegenschaftsbedarf mitberücksichtigen. Der Landesbetrieb LBB soll bei Bedarfsplanungen und Musterlösungen verstärkt beratend tätig werden.

Eine Privilegierung des Bauens im Bestand gegenüber Neubaumaßnahmen „auf der grünen Wiese“ bedeutet Ressourcenschonung. Daher möchten wir die bestehenden Potenziale unserer landeseigenen Gebäude hinsichtlich Baukultur, städtebaulicher Relevanz und Nachhaltigkeit weiter nutzen und aktivieren.

Nachhaltigkeit bei Sanierungen

Ressourcenschonung bedeutet auch: vorausschauender Umgang mit dem vorhandenen Bestand. Ergänzend zu den bereits praxiserprobten Sanierungsstrategien und konkreten Sanierungsplänen wollen wir einen weitergehenden neuen und übergeordneten Umsetzungs- und Realisierungsfahrplan des LBB erstellen. Wir wollen die Sanierungsmaßnahmen deutlich verstärken. Der Umsetzungs- und Realisierungsfahrplan enthält auch Maßnahmen und Priorisierungen im Hinblick auf Funktionalität, Kosteneffizienz und CO₂-Reduktion, um einen Beitrag zur klimaneutralen Landesverwaltung bis zum Jahr 2030 zu leisten. Dieser durch den LBB implementierte Plan soll Grundlage für die strategische Verstärkung der Sanierungen der Landesliegenschaften sein. Hierfür wollen wir noch im Jahr 2021 die Grundlagen schaffen und eine externe Begutachtung in Auftrag geben. Die Digitalisierung im Bereich des öffentlichen Bauens soll in der gesamten Wertschöpfungskette – Planung, Bau und Betrieb von Gebäuden – weiter vorangetrieben werden. Building Information Modelling (BIM), datenbankbasiertes Arbeiten sowie eine zentrale und dynamische Datenerfassung sollen praxistauglich und verstärkt zum Einsatz gebracht werden, um so eine Grundlage für beschleunigte Bauprojekte zu schaffen.

In diesem Rahmen wollen wir die Mittel für wirksame Maßnahmen zur Einsparung von Treibhausgasen bei den laufenden Instandhaltungen verstärken und so die Sanierungsquote unserer Landesliegenschaften steigern.

Für klimagerechte und ressourcenschonende große Sanierungsprojekte im Landesliegenschaftsbestand (Grundinstandsetzungen) müssen perspektivisch zusätzliche Investitionen erfolgen.

Hochschulbau

Wir bekennen uns auch aus baulicher Sicht zu einer attraktiven Hochschullandschaft durch neue Projekte und gezielte Schwerpunktssetzungen. Die Entwicklung übergeordneter größerer langfristiger (Sanierungs-)Bauprogramme und Maßnahmenketten für große Hochschulstandorte schaffen Synergien und bauliche Planungssicherheit und lassen sich auf diese Weise auch wirtschaftlicher nach den Kriterien des Bewertungssystems für Nachhaltiges Bauen abwickeln. Im Rahmen der Modernisierung der Verfahren durch die Novellierung der RL-Bau soll den Besonderheiten des Hochschulbaus durch die Möglichkeit der Beschleunigung einzelner Vorhaben und durch vereinfachte Planungs- und Vergabeverfahren Rechnung getragen werden.

Demokratie

Rheinland-Pfalz ist ein tolerantes und weltoffenes Land, in dem die Menschen gut miteinander leben. Unsere Demokratie ist nicht selbstverständlich, sie lebt von der Beteiligung der Bürger:innen. Dazu gehört für uns eine gute Demokratiebildung in unseren Schulen, die Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Initiativen oder die Unterstützung von aktiver Gedenkarbeit. Rheinland-Pfalz ist ein starkes Ehrenamtsland: Wir fördern das Engagement und die politische Teilhabe aller Menschen als zentrale Voraussetzungen einer funktionierenden Demokratie. Die Digitalisierung bietet vielfältige Möglichkeiten, ehrenamtliches Engagement weiterzuentwickeln und Engagierte zu unterstützen. Wir wollen diese Chancen für Rheinland-Pfalz bestmöglich nutzen und für Engagement und Zusammenhalt auch ein digitales Zuhause schaffen.

Wahlen

Junge Menschen wollen ihre Zukunft mitbestimmen. Wir wollen ihnen auch bei Wahlen eine Stimme geben. Daher setzen wir uns für die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre bei Kommunal- und Landtagswahlen ein.

Wir wollen beim Wahlrecht der EU-Bürger:innen auf Landesebene den nächsten Schritt gehen und prüfen, wie eine Teilnahme an Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz ermöglicht werden kann

Wir streben das kommunale Wahlrecht für Angehörige von Drittstaaten (Nicht-EU-Länder) mit verfestigtem legalem Aufenthalt in Deutschland an. Bis dahin gehören die Beiräte für Migration und Integration als Orte des Engagements und der politischen Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund zu wichtigen Akteur:innen der kommunalen Demokratie.

Auch zwischen den Wahltagen: Demokratie zum Mitgestalten

Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie gehören neben Parlamenten und Räten zur vielfältigen Demokratie. Auf Landesebene streben wir an, die Zahl der nötigen Unterschriften für Volksbegehren zu senken sowie Abstimmungsquoten und das Beteiligungsalter zu überprüfen. Hierbei wollen wir die Ergebnisse der Enquete Bürgerbeteiligung berücksichtigen.

Wir wollen die Akzeptanz von Planungs- und Veränderungsprozessen auf allen Ebenen steigern. Dafür werden wir in Rheinland-Pfalz modellhaft Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger:innen an demokratischen Prozessen erproben, wie beispielsweise Bürger:innenräte oder Reformbegleitkreise, in denen zufällig ausgewählte Bürger:innen konkrete politische Vorhaben begleiten.

Für die Etablierung von entsprechenden Modellen der Bürger:innenbeteiligung auf kommunaler Ebene werden wir die Kommunen und ihre Spitzenverbände einbinden, um vergleichbare Elemente auch auf kommunaler Ebene verstärkt zu realisieren.

Für ein vielfältiges und demokratisches Rheinland-Pfalz

Rheinland-Pfalz ist weltoffen und vielfältig. Dadurch ergibt sich Raum für die Entfaltung unterschiedlichster individueller Identitäten, Lebensformen und Ausdrucksmöglichkeiten. Diese Freiheit und Gleichwertigkeit ist ein zentrales Element unserer liberalen, pluralen, solidarischen und demokratischen Gesellschaft.

Die plurale Demokratie ist das Fundament, auf dem unsere Werte und Rechte eines friedlichen und gleichberechtigten Miteinanders gebaut sind. Wir freuen uns, wenn sich Menschen beteiligen, engagieren und einmischen. Nur so funktioniert unsere Gesellschaft. Demokratie lebt vom Mitmachen, geprägt von vorurteilsfreien Begegnungen, von Toleranz und Offenheit.

Die Gefährdung der Demokratie ist eine wesentliche Herausforderung für die Gesellschaft. Wir stellen uns entschieden allen Versuchen entgegen, den Rechtsstaat und unsere Bürgerrechte zu untergraben, öffentliche Meinung durch Fake News zu manipulieren und menschenfeindliche Gedanken sowie Hass zu verbreiten.

Starke Demokratie: Für alle Menschen und gegen Hass & Hetze

Unsere Aufgabe ist es, die Demokratie von innen zu stärken, zu schützen und die notwendigen Mittel sowie Rechtsgrundlagen bereitzustellen und anzuwenden.

Die größte Bedrohung für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung geht derzeit von der extremen Rechten aus.

Wir begrüßen die Idee eines Gesetzes zur Förderung der wehrhaften Demokratie (Demokratieförderungsgesetz) auf Bundesebene.

Wir brauchen seitens der Bundesebene die Sicherheit, dass die Demokratieförderung verstetigt und weiter ausgebaut wird. Wer im öffentlichen Dienst tätig ist, muss mit seinem gesamten Verhalten für die freiheitlich demokratische Grundordnung und deren Erhaltung einstehen. Extremist:innen dürfen keine Aufgabe im öffentlichen Dienst übernehmen. Wir werden zur Realisierung dieses Ziels konsequent handeln.

Unsere besondere Verantwortung: Gemeinsam gegen Antisemitismus

Jüdische Gemeinden mit ihrem vielfältigen religiösen und kulturellen Leben sind in vielen Städten und Gemeinden wieder selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft geworden. Die Koalitionspartner sind hierfür dankbar.

Das gegenwärtige kulturelle und religiöse Leben jüdischer Menschen zu unterstützen, und die Geschichte jüdischer Menschen auf dem Gebiet des heutigen Rheinland-Pfalz in Erinnerung zu halten, ist für uns staatspolitische Verantwortung und Selbstverständlichkeit

Wir werden die Begegnung zwischen Schulen und jüdischen Gemeinden stärken.

Wir wollen den Antisemitismus-Beauftragten in seiner Arbeit auch in Zukunft unterstützen und seine Rechtsstellung gesetzlich verankern.

Zeitgemäße Demokratiebildung und Gedenkarbeit

Wir wollen die Landeszentrale für politische Bildung stärken, die Zusammenarbeit mit dem Demokratiezentrum, mit Akademien, Schulen, Hochschulen und anderen Einrichtungen intensivieren. Durch einen einfachen Zugang zu diesen Einrichtungen wollen wir erreichen, dass Menschen jeden Alters die gleiche politische Bildung genießen können.

Gegen die Ausbreitung von Verschwörungstheorien und Wissenschaftsfeindlichkeit setzen wir auch auf medienpädagogische politische Bildung. Wir wollen die Demokratiepädagogik in Kitas und Schulen fest etablieren. Die rheinland-pfälzischen Orte der „Straße der Demokratie“ wollen wir für Schulfahrten, bei Volkshochschulen und im Tourismuskonzept sichtbar machen.

Die rheinland-pfälzischen Gedenkstätten und Gedenkort sind wichtige Wegmarken unserer Geschichte und Erinnerung. Nicht alle Facetten der NS-Zeit sind bereits wissenschaftlich aufgearbeitet; gerade im Kontext lokaler Geschichte werden die Ausprägungen des Nazi-Regimes immer wieder für große Teile der Bevölkerung nachvollziehbar. Auch das reiche demokratische Erbe in Rheinland-Pfalz muss gepflegt werden. Wir sind offen dafür, weitere Gedenkort von Gewicht zu erschließen.

Eine wesentliche Säule unserer politischen Bildung ist Gedenkarbeit. Wir wollen eine gute Vernetzung zwischen Bildungseinrichtungen und Gedenkstätten. Wir wollen dafür sorgen, dass alle Schüler:innen mindestens einmal während der Schullaufbahn eine Gedenkstätte wie die Gedenkstätte KZ Osthofen und die Gedenkstätte KZ Hinzert oder einen Ort der Demokratie besucht haben.

Politische Bildung

Unsere Demokratie steht angesichts von demokratiefeindlichen Tendenzen in unserer Gesellschaft vor ernststen Herausforderungen. Die Förderung von Demokratiebildung und einer demokratischen, weltoffenen Haltung in der Gesellschaft für mehr Toleranz und ein friedliches Miteinander ist ein wichtiges Anliegen in der politischen Erwachsenenbildung. Wir wollen deshalb die Förderung in diesem Bereich verstetigen, um auch in Zukunft innovative Formate in der gesellschaftspolitischen Erwachsenenbildung entwickeln und absichern zu können. Eine Weiterentwicklung und einen Ausbau dieses Bereichs werden wir prüfen. Die Landeszentrale für politische Bildung und die anerkannten Weiterbildungsträger sind dabei die zentralen Ansprechpartner.

Die Landeszentrale für politische Bildung in Rheinland-Pfalz leistet und fördert seit vielen Jahren die politische Bildung in unserem Land. Als unparteiische und überparteiliche Einrichtung informiert sie die Bürger:innen über die Grundlagen der Politik und über aktuelle politische Entwicklungen. Wir wollen die wertvolle Arbeit der Landeszentrale unterstützen, so dass sie sich weiterhin dafür einsetzen kann, demokratisches Bewusstsein in unserer Gesellschaft zu fördern.

Weiterhin setzen wir auf eine gute Zusammenarbeit der Landeszentrale für politische Bildung mit der Friedensakademie, die für uns eine zentrale Forschungs- und Transferstelle für friedenswissenschaftliche und friedenspädagogische Themen ist.

Mit der finanziellen und organisatorischen Beteiligung an der Ausrichtung des jährlich stattfindenden Demokratietags wird die Bedeutung der Demokratie für unser Land ebenfalls unterstrichen und ein wichtiger Beitrag zur Demokratiebildung geleistet.

Die Gedenkarbeit spielt für uns eine wichtige Rolle. Durch lokale und landesweite Gedenkstätten wie das KZ Hinzert, das KZ Neustadt oder das KZ Osthofen wollen wir die Verbrechen der NS-Diktatur und ihre Auswirkungen in der Nachkriegszeit sichtbar machen. Wir wollen auch in Zukunft Orte der Gedenkarbeit, die an die Opfer erinnern aber auch lebendige Orte jüdischen Lebens und Lebensorte anderer verfolgter Gruppen in Rheinland-Pfalz weiter fördern, um so Aufklärungsarbeit an originären und authentischen Orten erlebbar zu machen. Auch Stätten wie Soldatenfriedhöfe sind Orte des öffentlichen Gedenkens und wir begrüßen das Engagement von Organisationen wie dem Volksbund im Sinne einer lebendigen und vielfältigen Erinnerungskultur.

Die Aufarbeitung des kolonialen Erbes ist eine Aufgabe, der sich viele europäische Staaten stellen müssen und erfreulicherweise auch zunehmend widmen. Auch wir in Rheinland-Pfalz sehen uns in der Verantwortung, zur Aufarbeitung des deutschen Kolonialerbes beizutragen.

Politische Bildung stärkt die wehrhafte Demokratie und ist ein notwendiger Bestandteil für die freie und offene Gesellschaft. Gerade in Zeiten, in denen vormals politisch irrelevante Phänomene wie Verschwörungsmythen zu handlungsstiftenden Momenten politischer Mobilisierung von Extremist:innen werden, ist politische Bildung wichtiger denn je. Die Koalition wird im Bereich der Demokratieförderung und Antidiskriminierungsarbeit einen sichtbaren Akzent setzen.

Stärkung der politischen Bildung von jungen Menschen

Wir wollen die politische Bildung stärken und somit junge Menschen befähigen Demokratie und Mitbestimmung zu erleben und zu gestalten. Junge Menschen sind oftmals ehrenamtlich engagiert und gestalten ihre Kommune oder ihren Verein mit. Mit diesem Engagement leisten sie einen wichtigen Beitrag für unsere Gesellschaft. Der Landesjugendring als Zusammenschluss vieler Verbände ist hier ein gutes Fundament und wir wollen diesen auch in Zukunft weiter unterstützen. Angebote wie etwa vom Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC), die junge Menschen dabei unterstützen, zu kritisch denkenden Individuen zu werden und Haltung zu zeigen gegen Hass und Hetze, wollen wir verstärkt in die Fläche tragen.

Mehr Transparenz

Korruption muss auf allen staatlichen Ebenen bekämpft werden. Dafür brauchen wir verbindliche Regeln. Die Antikorruptionsstrategie der Landesverwaltung werden wir extern bewerten lassen und gegebenenfalls anpassen. Den Kommunen werden wir eine Mustersatzung zur Korruptionsbekämpfung zur Verfügung stellen. Wir wollen zudem den Schutz von Hinweisgeber:innen weiter stärken. Die bestehende Einrichtung der Vertrauensanwält:innen als unabhängige Anlaufstellen muss bekannter gemacht werden.

Ehrenamt – praktizierte Demokratie

Für unsere Demokratie ist ehrenamtliches Engagement essentiell.

Rheinland-Pfalz ist das Land des Ehrenamtes, weil sich hier fast jede und jeder Zweite ehrenamtlich engagiert.

Nicht nur mit Blick auf die Corona-Pandemie haben wir erlebt, wie wertvoll und bedeutsam die gewachsenen ehrenamtlichen Netzwerke für das Gemeinwohl in unserem Land sind.

Diese rheinland-pfälzische Säule des Zusammenhalts wollen wir in den kommenden Jahren weiter stärken, gute Rahmenbedingungen sichern und neue, zeitgemäße Impulse setzen. Wir werden qualitativ die Strukturen verbessern, die Menschen im Ehrenamt zusammenbringen, um noch mehr Bürger:innen für freiwilliges Engagement zu begeistern. Gleichzeitig haben wir auch die Vereine im Blick, die aufgrund der Corona-Pandemie von Mitgliederrückgängen betroffen sind.

Leitstelle Ehrenamt und Bürgerbeteiligung

Die Leitstelle Ehrenamt und Bürgerbeteiligung in der Staatskanzlei bleibt weiterhin wichtige Koordinierungsinstanz und Service- und Ansprechpartnerin für Kommunen, Vereine, Verbände, Stiftungen, Initiativen und engagierte Bürger:innen. Sie wird ihre Angebote weiter ausbauen und dabei verstärkt auf digitale Maßnahmen setzen.

Die Ehrenamtskarte und Jubiläums-Ehrenamtskarte für langjährig Engagierte wollen wir auf weitere Kommunen ausdehnen. Die Ehrenamtskarte verstehen wir als Teil der Anerkennungskultur, für die wir weitere Partner:innen gewinnen wollen. Zur Entbürokratisierung soll die Laufzeit künftig vier Jahre betragen. Wir wollen die Ehrenamtskarte auch digital zur Verfügung stellen.

Den Ehrenamtstag werden wir fortsetzen und mit neuen Impulsen versehen; ebenso wird das Landesnetzwerk Ehrenamt auch digital weiter ausgebaut. Das wertvolle Engagement im Bereich der Bürgermedien werden wir auch zukünftig sichern.

Wir halten fest am Demokratietag, dem Jugend-Engagement-Wettbewerb Rheinland-Pfalz sowie am Brückenpreis der Ministerpräsidentin.

Digitales Ehrenamt

Ehrenamt ist digital und nutzt digitale Möglichkeiten. Wir würdigen dieses Engagement seit drei Jahren im Rahmen des Digitalforums mit dem digitalen Ehrenamtspreis. Die guten Erfahrungen aus dem ersten digitalen Ehrenamtstag 2020 werden wir auswerten und für die Zukunft nutzen. Die klassischen Formen ehrenamtlichen Engagements, wie Vereinsarbeit, werden zunehmend durch rein digitale Formen des Ehrenamts ergänzt. Für die Koalition steht fest: Alle Formen des Ehrenamts sind wertvoll und unterstützenswert. Deshalb setzen wir uns auf Bundesebene für die Anerkennung der Gemeinnützigkeit von digitalem Ehrenamt ein.

Aktiv, digital, vernetzt – Die Digital-Werkstatt für das Ehrenamt in Rheinland-Pfalz

Ein neuer Meilenstein soll die Digital-Werkstatt für das Ehrenamt in Rheinland-Pfalz werden. Sie bietet künftig online-basierte Fortbildungen zu Rechtsfragen im Ehrenamt sowie zu aktuellen Herausforderungen wie der Nachwuchsgewinnung. Ein digitaler Werkzeugkasten gibt unseren Vereinen eine praxisorientierte Zusammenstellung von digitalen Anwendungen und Programmen an die Hand, die bei der Vereinsverwaltung, der Öffentlichkeitsarbeit oder für digitale Gremiensitzungen genutzt werden können. Das Land prüft, ob es darin eine Plattform von geeigneterer Open-Source Software inklusive einer für Vereine und Ehrenamtliche kostenfreien Videokonferenzsoftware zur Verfügung stellen kann. Er wird begleitet von Online-Schulungen und fachkundiger Beratung. In der Digital-Werkstatt werden zudem innovative Beispiele aus der Praxis vorgestellt. Diese neuen Service-Angebote sollen schrittweise durch regionale und lokale Unterstützungsangebote ergänzt werden.

Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement

Austausch, Beratung und Vernetzung sind im Feld der Ehrenamtsförderung entscheidend für die Wirksamkeit von Maßnahmen und Programmen. Daher soll das Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement weiter gestärkt werden. Es ist zentraler Ort für den Dialog zwischen Landesregierung und Zivilgesellschaft und die gemeinsame Entwicklung einer nachhaltigen Engagementförderstrategie.

Bündnis „Demokratie gewinnt“

Engagementförderung ist immer auch Demokratieförderung. Unser Augenmerk richtet sich dabei in besonderer Weise auf Kinder und Jugendliche. Es ist unser Ziel, junge Menschen schon frühzeitig Erfahrungen im ehrenamtlichen Engagement und in gesellschaftlicher Partizipation zu ermöglichen und die Beteiligungsmöglichkeiten in den Kommunen wie auf Landesebene, in Schulen und allen Lebensbereichen zu stärken. Die wichtige Arbeit des Bündnisses „Demokratie gewinnt!“ und den jährlichen Demokratietag wollen wir auch in der neuen Legislaturperiode gemeinsam absichern und fortführen.

Kinder, Jugend und Familie

Kinder und Jugendliche stärken

Rheinland-Pfalz ist ein kinder- und jugendfreundliches Land. Alle Kinder sollen fern von Armut und Gewalt gut aufwachsen können. Mit unserer Kinder- und Jugendpolitik wollen wir dafür sorgen, dass Kinder und Jugendliche das Leben in Rheinland-Pfalz noch stärker mitbestimmen und mitgestalten können. Wir wollen sie als Expert:innen für ihre eigenen Lebenswelten mit einbeziehen und ihnen auf Augenhöhe begegnen.

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ausbauen

Kinder und Jugendliche in Rheinland-Pfalz brauchen mehr Beteiligung und Mitbestimmung. Sie zeigen gerade in den aktuellen sozialen Bewegungen, dass sie eine starke Meinung haben, politisch sind und aktiv ihre Zukunft in die Hand nehmen wollen und auch bereit sind, Verantwortung zu tragen. Wir wollen das Wahlalter auf 16 Jahre senken. Wir sind überzeugt: Dadurch werden wir dem Interesse von jungen Menschen an Politik gerecht und fördern ihre Bereitschaft, sich gesellschaftlich zu engagieren.

Wir wollen der Jugend eine Stimme geben, um ihre Anliegen zu vertreten, weil sie derzeit in der Politik oft nicht vertreten sind. Wir wollen die Jugend mit in die Landespolitik nehmen. Dafür unterstützen wir die Einrichtung eines Jugendbeirats auf Landesebene.

Des Weiteren wollen wir die Jugendbeteiligung und die Beteiligungsrechte kommunaler Jugendvertretungen stärken und die Einrichtung kommunaler Jugendparlamente unterstützen. Wir wollen Kinder und Jugendliche bei Planungen und Vorhaben, die ihre Interessen berühren, in den politischen Entscheidungsprozess einbinden. Die nächste Veränderung der Gemeindeordnung nehmen wir zum Anlass, um gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden eine stärkere Einbindung von Jugendlichen in die kommunale Politik zu erzielen. Hier werden wir auch in den Dialog mit Jugendvertreter:innen treten.

Auch den Jugendhilferat, die Selbstvertretung der Kinder und Jugendlichen, die in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe leben, werden wir weiter unterstützen.

Um auf die Wünsche und Bedürfnisse eingehen zu können, fragen wir die Beteiligten selbst. Wir wollen eine Kinder- und Jugendrechtecharta für und mit Kindern und Jugendlichen entwickeln. In einem Beteiligungsprozess wollen wir Bedarfe und Notwendigkeiten von Kindern und Jugendlichen in verschiedenen Bereichen wie Bildung, Politik oder Freizeit herausarbeiten.

Jugendarbeit stärken

Kinder und Jugendliche leiden unter der Corona-Pandemie ganz besonders. Jugendliche befinden sich in einer Phase, in der Freundschaften außerhalb der Familie immer wichtiger werden. Gerade in dieser Phase Freund:innen nicht treffen zu können oder plötzlich außen vor zu sein, weil die Clique sich verkleinert, kann zu Einsamkeit und Identitätskrisen führen oder dazu, dass der Bildschirm kaum mehr verlassen wird. Daher ist die Jugendarbeit derzeit ganz besonders wichtig für die Teilhabe von jungen Menschen, gerade auch, wenn diese sich in schwierigen Situationen befinden.

Wir wollen die Jugendstrategie „Jung – eigenständig – stark“ (JES) fortschreiben und stärken. Insbesondere wollen wir Kommunen bei der Jugendarbeit sowie der aufsuchenden Jugendsozialarbeit, den Projekten zur Jugendberufshilfe und die Häuser der Offenen Tür unterstützen. Dazu gehören auch Pat:innenprojekte, damit junge Menschen, die durch die Corona-Pandemie drohen, abgehängt zu werden, eine besondere individuelle Unterstützung bekommen können.

Unsere Jugendstrategie ist das zentrale Instrument unserer Jugendpolitik in Rheinland-Pfalz. Jugendliche und ihre Belange sind von unseren politischen Entscheidungen individuell betroffen. Die Lebenswelten von jungen Menschen sind unterschiedlich und wir wollen den Weg von jungen Menschen bestmöglich unterstützen und sie durch eine konsequente Beteiligung einbeziehen.

Familienferienstätten unterstützen

Beherbergungsbetriebe, wie Jugendherbergen, Familienferienstätten oder Naturfreundehäuser, sind wichtige Orte der Bildung, der Begegnung und der Unterstützung von Familien, Kindern und Jugendlichen. Wir wollen sie im Rahmen der bestehenden Programme weiter begleiten.

Kinder und Jugendliche schützen

Der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Gewalt und Vernachlässigung hat für uns absolute Priorität. Wir werden einen Pakt gegen sexualisierte Gewalt an Kindern und Jugendlichen schließen, um dauerhaft eine noch wirksamere Prävention und eine flächendeckende kindgerechte Intervention und Nachsorge in Fällen sexualisierter Gewalt an Kindern zu gewährleisten. Diesen Pakt werden wir ressortübergreifend anlegen und alle relevanten Akteur:innen einbeziehen, insbesondere Schulen, Vereine, Polizei und Justiz, Jugendämter und Fachberatungsstellen sowie auch Kinder, Jugendliche und Eltern. Die Beteiligung der von sexuellem Missbrauch betroffenen Menschen ist dabei zentral. Dazu wird eine Koordinierungsstelle eingerichtet. Der Pakt soll begleitet werden von einer Kommission zur Aufarbeitung und Prävention sexualisierter Gewalt, die sich insbesondere mit Verbesserungsmöglichkeiten bei der Prävention befasst und in die Betroffene entscheidend einbezogen werden.

Um das Wissen in der Forschung zu Ursachen, Prävention und Hilfen bzgl. sexualisierter Gewalt breiter verfügbar zu machen, wollen wir als Teil des Pakts auch einen Kompetenzverbund für Kinderschutz an Universitäten und Hochschulen in Rheinland-Pfalz auf den Weg bringen.

Suchtberatung von jungen Menschen

Prävention und Beratung im Bereich Suchtverhalten von jungen Menschen sind uns sehr wichtig. Hier leisten die Beratungsstellen sehr gute Arbeit. Wir wollen prüfen, ob die bestehenden Angebote ausreichend sind.

Familienland Rheinland-Pfalz

Rheinland-Pfalz ist ein Familienland. Wir setzen uns gemeinsam auch in Zukunft dafür ein, dass Familien hier gut leben können und alle Kinder beste Bedingungen zum Aufwachsen haben. Familie ist da, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Wir erkennen die Vielfalt von Familienformen an.

Familien haben unsere besondere Unterstützung

Moderne Familienpolitik heißt für uns mehr Zeit und Raum für Familien. Gerade die aktuelle Corona-Pandemie hat Familien hierbei vor ganz besondere Herausforderungen gestellt. Wir wollen uns auch in Zukunft dafür einsetzen, dass Familien Zeit füreinander haben. Dazu braucht es kluge Konzepte, wie Erwerbs- und Sorgearbeit gut verknüpft und partnerschaftlich aufgeteilt werden kann. Nicht nur die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sondern auch die Bedürfnisse von Familien, die ältere Angehörige pflegen, sind uns wichtig. Elternschaft oder auch die Pflege von Angehörigen darf nicht zu Nachteilen auf dem Arbeitsmarkt führen. Kinderarmut bekämpfen und Chancengleichheit für alle unsere Kinder – das sind wichtige Leitlinien für uns.

Wir möchten Eltern dabei unterstützen, erwerbstätig sein zu können. Wir wollen uns dafür einsetzen, Sorgearbeit künftig besser abzusichern. Den Landesbeirat für Familienpolitik werden wir fortführen. Familien brauchen Beratungsangebote für ihre verschiedenen Lebensphasen. Wir setzen uns auch weiterhin für ein gut erreichbares und wohnortnahes Beratungsangebot ein. Dies umfasst die Eltern-, Familien-, Schwangeren- und Schwangerenkonfliktberatung.

Wir stärken Familien, um soziale und gesellschaftliche Teilhabe unabhängig vom Geldbeutel zu ermöglichen. Mit unseren sehr gut ausgebauten Kindertagesstätten, der zukunftsgerichteten und durchlässigen Schullandschaft zeigen wir, dass unsere Familien uns besonders am Herzen liegen. Deshalb bleibt Rheinland-Pfalz das Land der Gebührenfreiheit von der Kita bis zur Hochschule. Das entlastet Familien und macht unser Bundesland besonders für junge Familien besonders attraktiv. Aber auch den digitalen Wandel wollen wir mit und für Familien gestalten. Wir wollen wichtige Angebote und Informationen für Familien aus einer Hand anbieten. Wir werden die bereits bestehenden digitalen Angebote wie etwa die Plattform „Ratgeber Familie“ noch bekannter machen, damit sie für Eltern noch leichter zu finden sind. Dies erspart Eltern Zeit und bündelt unsere vielfältigen Angebote für Familien.

Familienkarte für Rheinland-Pfalz

Wir wollen allen Familien in Rheinland-Pfalz eine Familienkarte anbieten, die sie unterstützt, entlastet, informiert und ihnen Impulse für ein nachhaltiges Leben gibt. Die Karte bietet viele Angebote und Vergünstigungen von Partner:innen aus den Modellkommunen sowie über eine Webseite viele Informationen rund um Beratung und Hilfe, Engagement und Kultur sowie nachhaltiges Leben. So finden Familien schnell Antworten auf ihre Fragen und erhalten zusätzlich Impulse, etwa für die Freizeitgestaltung oder Tipps zum nachhaltigen Konsum. Seit Ende 2020 wird die Familienkarte in den beiden Modellregionen Ludwigshafen und dem Landkreis Kaiserslautern erprobt, in denen bereits viele Familien die Karte nutzen. Zwei weitere Kommunen sollen noch 2021 folgen. Ab 2022 wollen wir sukzessiv die Familienkarte in ganz Rheinland-Pfalz anbieten und weiterentwickeln und sie mit bestehenden Angeboten für Familien verknüpfen.

Familieninstitutionen stärken

Starke Familieninstitutionen sind ein wichtiger Baustein rheinland-pfälzischer Familienpolitik. Sie nehmen überall im Land wichtige, verbindende Aufgaben im Sinne einer funktionierenden Gemeinschaft wahr. Wir gehen auf die Akteur:innen zu und wollen

die Arbeit unserer „Häuser der Familie“ als wichtige Anlaufstellen und Orte der Begegnung für alle Familien weiter unterstützen und nach Möglichkeit stärken.

Die Corona-Pandemie trifft Kinder und Jugendliche in schwierigen sozialen Situationen ganz besonders stark. Umso wichtiger ist es, dass die Einrichtungen der Kinder-, Jugend- und Familienarbeit die Familien und die jungen Menschen auch mit digitalen Angeboten erreichen können.

Mehr Familienfreundlichkeit im Alltag

Auch die Familienfreundlichkeit im Alltag wollen wir verbessern. Um in Rheinland-Pfalz eine Bündelung der Leistungen aus einer Hand zu erproben, wollen wir auf die Bundesagentur für Arbeit zugehen mit dem Ziel der Durchführung eines Modellprojekts mit einer städtischen und einer ländlichen Kommune.

Des Weiteren wollen wir familienfreundliche öffentliche Gebäude, in denen geschlechtsneutral zugängliche Wickeltische vorgehalten werden und dort, wo es räumlich möglich ist, auch Eltern-Kind-Räume eingerichtet werden.

Familien mit besonderen Bedarfen unterstützen

Alle Kinder und Jugendlichen haben das gleiche Recht auf Förderung und Teilhabe. Daher nehmen wir weiterhin besondere Problemlagen in den Blick und werden insbesondere die koordinierte Schaffung und Weiterentwicklung von Angeboten für Kinder psychisch und suchterkrankter Eltern unterstützen. Wir wollen zusätzliche Pflegefamilien gewinnen und setzen uns für die Abschaffung der Kostenbeiträge bei Pflegekindern und in Heimen lebenden Kindern ein.

Des Weiteren brauchen alle Kinder die gleiche Unterstützung, unabhängig davon, ob ein Kind eine Behinderung hat oder nicht und ob dies eine körperliche, seelische oder geistige Behinderung ist. Im Hinblick auf die zu erwartende Reform des SGB VIII wollen wir möglichst frühzeitig Erfahrungen mit einer inklusiven Kinder- und Jugendhilfe sammeln und hierzu auf interessierte Kommunen zugehen.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Familien mit jungen Kindern befinden sich in der „rush hour“ ihres Lebens. Sie wollen ihr Familien-Leben mit Erwerbstätigkeit, Kinderbetreuung Ehrenamt, Freizeit und Alltagsaufgaben verbinden. Für uns steht fest, dass wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verbessern müssen. Wir setzen uns gemeinsam für familienfreundliche Arbeitszeitmodelle ein und wollen Arbeitgeber:innen dabei unterstützen den besonderen Herausforderungen von Familien Rechnung zu tragen. Vereinbarkeit in allen Lebenssituationen und die Umgestaltung der Arbeitswelt sind uns wichtig, damit Sorge- und Pflegearbeit in der Familie und die Erwerbstätigkeit partnerschaftlich aufgeteilt werden können. Hierzu gehören insbesondere flexible Arbeitszeitmodelle und die Etablierung von „Führung in Teilzeit“. Außerdem wollen wir uns für weitere Verbesserungen beim Elterngeld einsetzen. Auch über den Bundesrat wollen wir die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf voranbringen. Das ElterngeldPlus und Initiativen zum Thema Familienarbeitszeit sehen wir als wichtig und richtig an.

Familiäre Infrastrukturleistungen und familienfreundliche Strukturen sind mittlerweile ein Standortfaktor für Kommunen beim Zuzug junger Familien geworden. Wir wollen Kommunen in ihrer Familienzeitpolitik unterstützen.

Aufgrund der Corona-Pandemie benötigen Familien gerade jetzt auch besondere Unterstützung in den Ferien. Wir führen nicht nur die Ferienprogramme und Jugendfreizeiten fort, sondern wollen Angebote der Ferienbetreuung verbessern. Wir wollen die in der Corona-Pandemie geschaffenen Angebote des Familiensommers fortsetzen.

Frauen

Wir wollen, dass alle Mädchen und Frauen in Rheinland-Pfalz ein selbstbestimmtes und freies Leben führen können. Frauen müssen in allen Bereichen unseres gesellschaftlichen Lebens in gleicher Weise teilhaben und mitbestimmen können wie Männer. Wir bekennen uns zu einer aktiven Gleichstellungspolitik, die Frauen gleiche Chancen eröffnet und ihnen berufliche Aufstiegsperspektiven bietet. Wir tun alles dafür, Mädchen und Frauen wirksam vor Gewalt zu schützen und stellen sicher, dass denjenigen, die Opfer werden, ein flächendeckendes Angebot an Hilfsstrukturen zur Verfügung steht.

Konsequente Gleichstellung

Bei der großen Aufgabe der Gleichberechtigung der Geschlechter wurde in den letzten Jahrzehnten vieles erreicht. Doch es gibt weiter ungleiche Verhältnisse in vielen Lebensbereichen. Die Corona-Krise hat bestehende Ungleichheiten deutlich sichtbar gemacht und vielfach weiter verstärkt. Wir wollen gleichberechtigte Gestaltungsmöglichkeiten der Geschlechter, statt in alte Rollenmuster zurückzufallen. Hierzu können auch der Girls-Day und der Boys-Day beitragen. Für uns ist die Gleichstellung der Geschlechter eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Gender Mainstreaming als Querschnittsansatz und eine aktive Gleichstellungspolitik unterstützen wir deutlich. Das umfasst Gleichberechtigung im Arbeitsleben ebenso wie ein Leben frei von Gewalt. Gleichberechtigung ist auch eine Frage der Repräsentation. Wir streben eine stärkere Teilhabe von Frauen in Führungspositionen in Wirtschaft, Politik und Verwaltung an. Hierzu werden wir insbesondere das Mentoring-Programm der Landesregierung „Mehr Frauen an die Spitze“ fortführen. Wir werden die wichtige, vielfach ehrenamtliche Arbeit der Frauenverbände in unserem Land auch in Zukunft unterstützen.

Eine Voraussetzung der Gleichberechtigung ist auch, dass staatliche Mittel den verschiedenen Geschlechtern gleichermaßen zugutekommen. Hierzu werden wir Ansätze des Gender Budgeting bei geeigneten Förderungen erproben. Auch den Ansatz des Gender-Mainstreaming, bei dem bei allen Maßnahmen in den Blick genommen wird, ob diese unterschiedliche Auswirkungen auf die Geschlechter haben, werden wir fortsetzen.

Mehr Frauen in Politik und Parlamenten

Gleichberechtigung in allen Lebensbereichen gilt auch für die politische Partizipation. Frauen sind u.a. in den Kommunalparlamenten deutlich unterrepräsentiert. Um dem entgegenzusteuern braucht es eine wirksame Frauenförderung. Wir wollen die Rahmenbedingungen für politisches Handeln um weitere Aspekte ergänzen, z.B. die Durchführung digitaler Sitzungen, hybride Sitzungsformate, familienfreundlichere Sitzungszeiten, Kinderbetreuung und transparente Arbeitsformen. Wir wollen dadurch mehr Frauen für (Kommunal-)Politik begeistern und zusammen mit den kommunalen Gleichstellungsbeauftragten Frauen unter anderem über kommunale Mentoringprogramme ermutigen und unterstützen.

Gleichstellung in der Arbeitswelt

Wir wollen, dass Mädchen und junge Frauen früh erfahren, dass Technik und Unternehmensgründung eine Perspektive für sie sein können. Die Förderung von Gründerinnen und die bessere Sichtbarkeit als Vorbilder sind gute Beispiele hierfür. Wir setzen uns weiterhin für die Förderung von Frauen und Mädchen im naturwissenschaftlichen und technischen Bereich (MINT) ein. So wollen wir das Ada-Lovelace-Programm weiter fortführen. Den Girl's Day wollen wir modernisieren und weibliche Vorbilder nutzen, um noch mehr Mädchen für eher „untypische“ Berufe zu begeistern. Zudem unterstützen wir Mentoring-Projekte an den Hochschulen. Wir wollen, dass Start-ups und Tech-Unternehmen auch von und mit Frauen aufgebaut werden und wollen sie hierin unterstützen. Zudem wollen wir das Thema Gleichstellung auch in der Digitalisierungsstrategie des Landes stärker verankern.

Wir wollen, dass der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ überall gilt. Dies gilt vor allem für soziale Berufe. Zudem wollen wir mit einem Lohnatlas zeigen, wie sich die Lage in Rheinland-Pfalz darstellt. Das Projekt „Dialog Entgeltgleichheit“ wollen wir fortführen und somit Anreize setzen, die Lohnstruktur der Unternehmen auf den Prüfstand zu stellen. Auch die Beratungsstellen „Neue Chancen“ leisten wichtige Unterstützung beim Wiedereinstieg in die Arbeit. Die Vorschläge der EU-Kommission zur Lohntransparenz begrüßen und unterstützen wir.

Gewalt gegen Frauen bekämpfen

Fast jeden dritten Tag wird in Deutschland eine Frau von ihrem Partner oder Ex-Partner getötet. Gegen die Tötung von Frauen und jede Form von Gewalt in engen sozialen Beziehungen gehen wir entschieden vor.

Wir werden die Istanbul-Konvention umsetzen und hierbei insbesondere Gewalt gegen Frauen und Kinder in den Blick nehmen. Hierzu wollen wir die nächsten Schritte mit einem Landesaktionsplan für mehr Schutz für Frauen gehen. Wir werden Frauenhäuser, Frauennotrufe, Interventionsstellen sowie Frauenhausberatungsstellen weiter strukturell und finanziell unterstützen und das Interventionsprojekt gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen (RIGG) ausweiten. Des Weiteren wollen wir Angebote für das zweite Wohnen (Second-Stage) schaffen, damit nicht mehr benötigte Frauenhausplätze auch wieder frei werden. Auch die mitbetroffenen Kinder brauchen spezielle Unterstützung. Das Modellprojekt Medizinische Soforthilfe nach Vergewaltigung werden wir ausbauen.

Mit einer Strategie gegen Female Genital Mutilation (FGM) wollen wir Frauen und Mädchen vor dieser gravierenden Menschenrechtsverletzung schützen und Betroffene unterstützen. Hierzu gehört auch die Fortführung des Netzwerks gegen weibliche Genitalverstümmelung.

Anlaufstelle für von Gewalt in engen sozialen Beziehungen betroffene Männer

Gewalt in engen sozialen Beziehungen betrifft nicht nur Frauen. Auch wenn es sehr viel seltener ist, sind auch Männer hiervon betroffen. Daher werden wir auch eine Anlaufstelle für Männer einrichten.

Schutz von sich prostituierenden Menschen

Es ist wichtig für sich prostituierende Menschen, dass sie Zugang zu Beratung haben, die Hilfestellung bei Behördengängen, finanziellen oder persönlichen Problemen, aber auch die Ausstiegsberatung leisten. Diese Beratung wollen wir ausbauen. Wir stellen uns in diesem Zusammenhang entschieden gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution.

Beratungsangebote und Sicherstellung der Versorgung bei Schwangerschaftsabbrüchen

Die Schwangeren- und Familienberatung unterstützt Frauen und Paare bei Fragen rund um das Thema Schwangerschaft und Geburt. Wir sehen aber, dass es auch persönliche Lebens- und Konfliktsituationen geben kann, die eine andere Entscheidung hervorbringen. Wir erkennen die Verantwortung und das Selbstbestimmungsrecht von Frauen an. Deshalb wollen wir diejenigen, die sich für einen Schwangerschaftsabbruch entscheiden nicht alleine lassen. Sie brauchen Zugang zu Informationen und einer wohnortnahen, guten medizinischen Versorgung.

Wir setzen uns für eine Reform des Strafrechtsparagrafen 219a ein. Deren Ziel ist es, die sachliche Information über einen Schwangerschaftsabbruch im öffentlichen Raum grundsätzlich zu ermöglichen, während weiterhin das Verbot des Werbens in grob anstößiger Weise gilt. Die ausreichende Versorgung und ein sicherer sowie freier Zugang zu Einrichtungen, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen, ist eine notwendige Bedingung für Gesundheit, Leben und Würde von Frauen.

Daher muss auch die Versorgung in Rheinland-Pfalz deutlich verbessert werden. Hierzu soll der Dialog mit den Akteur:innen intensiviert werden, insbesondere mit dem Ziel mehr Ärzt:innen zu gewinnen, die bereit sind, einen Schwangerschaftsabbruch durchzuführen und auch die entsprechenden Fähigkeiten in der gynäkologischen Ausbildung stärker zu vermitteln.

Hygieneartikel

Für viele Frauen ist der Zugang zu Frauenhygiene-Artikeln aus Kostengründen problematisch. Hierzu wollen wir ein Modellprojekt erproben, in dem an bestimmten Orten, z.B. ausgewählten Einrichtungen der offenen Jugendarbeit, Frauen-Hygieneartikel in den Waschräumen zur Verfügung gestellt werden.

Vielfalt

Landesaktionsplan gegen Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Rheinland-Pfalz ist weltoffen und vielfältig. Wir wollen die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen in einer inklusiven Gesellschaft, die Menschen nicht nach Merkmalen wie Herkunft, Geschlecht, Religion, Alter, Behinderung, Hautfarbe, sozialem Status, sexueller Identität oder Orientierung sortiert, sondern die alle einbezieht.

Wir haben in enger Zusammenarbeit mit vielfältigen zivilgesellschaftlichen, wirtschaftlichen sowie staatlichen Akteur:innen einen Landesaktionsplan gegen Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit entwickelt. Diesen Aktionsplan wollen wir nun weiterhin umsetzen.

Dafür brauchen wir den Ausbau dauerhafter Strukturen in der Arbeit gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und eine gute Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft. Die Landesantidiskriminierungsstelle (LADS) hat eine herausgehobene Rolle, um Diskriminierung erfolgreich zu bekämpfen. Wir möchten die gute Arbeit der LADS weiterhin finanziell und personell absichern und nach Möglichkeit stärken. Auch das Netzwerk diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz wollen wir fortführen und bei der Vereinsgründung unterstützen.

Wir werden die merkmalsübergreifende und intersektionale Bildungs- und Sensibilisierungsarbeit zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ausweiten und finanziell fördern, um damit präventive Ansätze zu stärken. Hierbei geht es darum, verschiedenste Merkmale möglicher Diskriminierung gleichzeitig in den Blick zu nehmen und auch zu berücksichtigen, dass beim Zusammenwirken von mehreren Diskriminierungsmerkmalen, eigene spezifische Diskriminierungserfahrungen entstehen können. Auch die Strategie Vielfalt werden wir fortführen.

Die Entwicklungen der letzten Jahre zeigen die zunehmende Gefährdung der Demokratie und Gesellschaft durch den Rechtsextremismus und den Rechtspopulismus. Auch die rechts motivierte Gewaltbereitschaft, wie auch die ausgeübte Gewalt, haben zugenommen. Ein wichtiges Element, um Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit zu begegnen, ist in Rheinland-Pfalz die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus. Die notwendige Umstrukturierung und Weiterentwicklung der Mobilen Beratung unterstützen wir.

Landesgesetz für Chancengleichheit, Demokratie und Vielfalt

Um ein vielfältiges und offenes Miteinander frei von Diskriminierung weiter zu stärken, wollen wir eine neue gesetzliche Grundlage schaffen. Damit setzen wir europäische Vorgaben zum Diskriminierungsschutz in Landesrecht um. Wir werden dabei insbesondere prüfen, ob wir längere Fristen für die Geltendmachung von Rechten vorsehen und eine Landesantidiskriminierungsstelle genauso wie das Diversity Mainstreaming in der Landesverwaltung darin verankern. Wir wollen das Gesetz in einem breiten Dialogprozess diskutieren.

Extremismusprävention

Um die Skepsis gegenüber der Demokratie oder einzelnen demokratischen Elementen so gering wie möglich zu halten, ist es wichtig, den Zugang zu politischer Bildung, Demokratiebildung und Extremismusprävention so einfach wie möglich zu gestalten. Menschenfeindliche und antidemokratische Propaganda spielt sich heute stark in den sozialen Medien ab. Diesen Aktivitäten wollen wir wirksam begegnen.

Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen

In der letzten Wahlperiode haben wir große Fortschritte für die rechtliche Gleichstellung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, transidenten und intergeschlechtlichen Menschen erreicht. Die Ehe für alle, zu der Rheinland-Pfalz den Gesetzentwurf über den Bundesrat eingebracht hatte, ist ein Meilenstein. Diesen Weg wollen wir weitergehen, um die vollständige rechtliche Gleichstellung und auch die Akzeptanz verschiedener sexueller und geschlechtlicher Identitäten zu erreichen. Hierzu werden wir den Aktionsplan Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen fortsetzen und auch erneut eine bzw. einen ehrenamtliche:n Landesbeauftragte:n für gleichgeschlechtliche Lebensweisen und Geschlechtsidentität berufen.

Auch die Aufarbeitung queerer Geschichte werden wir fortsetzen und ausbauen sowie einen Gedenkort in Mainz einrichten. Die Förderung von Selbstorganisationen wollen wir weiter unterstützen.

Des Weiteren werden wir in den relevanten Ausbildungen wie der Lehrerausbildung und den pädagogischen und sozialen Berufen noch mehr Wissen zu geschlechtlichen und sexuellen Identitäten vermitteln und für das Thema sensibilisieren.

Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, das Transfusionsgesetz und die Richtlinie Hämotherapie der Bundesärztekammer so zu ändern, dass eine Diskriminierung potenzieller Blutspender:innen wegen ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität ausgeschlossen wird.

Volle rechtliche Gleichstellung von LSBTIQ*

Noch immer werden lesbische Eltern diskriminiert. Sie müssen ein belastendes Adoptionsverfahren durchlaufen, in dem u.a. ihre finanzielle und Wohnsituation überprüft wird, bevor sie gemeinsam die Verantwortung für ein in die Beziehung geborenes Kind übernehmen können. Das wollen wir mit einer Reform des Abstammungsrechts ändern.

Besonders groß ist der Handlungsbedarf weiterhin in Bezug auf die Beseitigung von Diskriminierungen transidenter und intergeschlechtlicher Personen. Daher werden wir uns weiterhin über den Bundesrat dafür einsetzen, das Transsexuellengesetz durch ein Gesetz zur Selbstbestimmung bei der Geschlechterzuordnung zu ersetzen.

Auch für ein Verbot von Operationen an den Genitalien intergeschlechtlicher Kinder und eine bessere Beratung für die Eltern werden wir uns weiterhin einsetzen. Die gesundheitliche Versorgung von transidenten und intergeschlechtlichen Menschen wollen wir verbessern.

Gendergerechte Sprache

Basis einer erfolgreichen Gleichstellung, Sichtbarkeit und Akzeptanz ist auch eine sprachliche Gleichbehandlung der Geschlechter. Hierzu werden wir die Verwaltungsvorschrift „Geschlechtsgerechte Amts- und Rechtssprache“ aus dem Jahr 1995 an die Erfordernisse des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum „dritten Geschlecht“ anpassen, um auch Menschen, die sich nicht den Kategorien Mann oder Frau zuordnen, in Formularen, Behördenschreiben und Gesetzen adäquat anzusprechen bzw. zu benennen.

Integration

Die gleichberechtigte Teilhabe aller am gesellschaftlichen Miteinander ist die Grundlage für den Zusammenhalt unserer vielfältigen Gesellschaft. Unser Land ist schon seit Langem ein Einwanderungsland und profitiert davon. Menschen mit Migrationsgeschichte tragen entscheidend zur wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Entwicklung unseres Landes bei. Wir werden uns auch in Zukunft gemeinsam für ein Rheinland-Pfalz einsetzen, in dem alle Menschen frei von jeder Diskriminierung dieselben Chancen und Möglichkeiten haben.

Einwanderungsgesetz stärken und Einbürgerung fördern

Rheinland-Pfalz und die Bundesrepublik Deutschland brauchen Zuwanderung nach klaren Regeln, die den Auswirkungen des demografischen Wandels und des Fachkräftemangels gerecht wird. Sämtliche Regelungen wollen wir in einem Einwanderungsgesetz auf Bundesebene bündeln. Wir werden dazu konkrete Vorschläge in einer Bundesratsinitiative einbringen. Wir wollen das Einwanderungsgesetz weiterentwickeln hin zu einem übersichtlichen, kriteriengeleiteten System. Insbesondere die vereinfachte Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen ist uns ein wichtiges Anliegen. Grundsätzlich muss die Zuwanderung nach Rheinland-Pfalz und in die Bundesrepublik nach klaren und nachfrageorientierten Kriterien fernab des Asylrechts oder der Genfer Flüchtlingskonvention möglich sein. Für Menschen, die bei uns Asyl oder subsidiären Schutz genießen, muss der sogenannte „Spurwechsel“ hin zur Schiene der „Arbeitsmarkteinwanderung“ möglich sein.

Die vollständige politische Teilhabe wird erst mit einer Einbürgerung erreicht. Wir wollen mehr Menschen ermuntern, sich einbürgern zu lassen. Dabei setzen wir uns beim Bund dafür ein, durch die grundsätzliche Möglichkeit der Mehrstaatigkeit auch hier die Entscheidung leichter zu machen.

Fortsetzung der humanitär ausgerichteten Flüchtlingspolitik

Wir werden unsere humanitär ausgerichtete Flüchtlingspolitik fortsetzen. Familien gehören zusammen. Das gilt auch für Menschen mit Fluchtgeschichte. Für uns ist es eine Selbstverständlichkeit geflüchteten Menschen in Not zu helfen und ihnen Schutz zu bieten. Dazu gehört eine angemessene, möglichst dezentrale Unterbringung. Die Härtefallkommission werden wir fortsetzen, um auch weiterhin in außergewöhnlich gelagerten Einzelfällen eine humanitäre Lösung zu ermöglichen. Die Härtefallverordnung des Landes werden wir noch näher an die bundesrechtliche Regelung anpassen. Wir setzen uns dafür ein, dass das Europäische Asylsystem zukunftsfähig aufgestellt wird. Zudem befürworten wir eine Reform des Dublin-Systems. Im Rahmen einer notwendigen europäischen Lösung wollen wir uns dafür einsetzen, dass Regelungen gefunden werden, die zu einer Verbesserung der katastrophalen humanitären Situation an den EU-Außengrenzen beitragen. Die Anwendung des Asylrechts auf europäischer Ebene muss humanitären Ansprüchen genügen. Weitere Verschärfungen des Asyl- und Ausländerrechts lehnen wir ab.

Die Aufnahmeeinrichtungen für Asylbegehrende (AfA) des Landes sowie die Strukturen zur Fluchtaufnahme wollen wir zukunftsfähig aufstellen.

Viele zu uns geflüchtete Menschen haben Traumatisierungen erlebt. Um die psychosoziale und psychotherapeutische Versorgung geflüchteter Menschen weiter zu verbessern, wollen wir diese in den psychosozialen Zentren ausbauen. Insbesondere die Versorgung von Kindern und Jugendlichen wollen wir verbessern

Freiwillige Ausreise und Abschiebungen

Grundsätzlich setzen wir auf das Instrument der freiwilligen Ausreise, wobei die Rückkehrberatung auch weiterhin bereits früh im Verfahren ermöglicht, aber auch nach dem Erhalt eines ablehnenden Bescheides erneut angeboten wird und die Reintegrationsberatung verstärkt wird.

Abschiebungshaft ist immer der letzte Weg. Wir wollen in diesem Zusammenhang den Vollzug der Abschiebungshaft in einem Abschiebungshaftvollzugsgesetz regeln.

Engagement in der Fluchtaufnahme

Wir stehen weiter zu unserer Verantwortung und erneuern unsere Zusage, auch über den Verteilschlüssel der Bundesländer hinaus im Rahmen von Bundesaufnahmeprogrammen Flüchtlinge aufzunehmen. In diesem Sinne wollen wir uns auch weiterhin für ein Umdenken auf Bundesebene einsetzen. Bundesweit haben sich viele Kommunen der Initiative „Sichere Häfen“ angeschlossen und damit ihre Aufnahmebereitschaft signalisiert. Auch in Rheinland-Pfalz haben sich viele Kommunen bereit erklärt, überquotal Menschen aus Griechenland aufzunehmen, wofür wir uns ganz ausdrücklich bedanken.

Landesaufnahmeprogramm

Rheinland-Pfalz wird darüber hinaus die Einführung eines Landesaufnahmeprogramms prüfen, durch das besonders verletzte und schutzbedürftige Menschen aufgenommen werden könnten und das sich in das Gesamtkonzept humanitärer Aufnahmen seitens der EU sowie des Bundes einfügen müsste.

Integration und Teilhabe stärken

Rund ein Viertel der Bevölkerung in Rheinland-Pfalz kann auf eine Einwanderungsgeschichte zurückblicken. Eine zentrale politische Aufgabe ist, die ressortübergreifende Integration und Teilhabe aller Menschen zu stärken. Hierzu gehört die weitere interkulturelle Öffnung unserer Institutionen auf allen Ebenen. Der weitere Dialog mit nationalen Minderheiten und die Förderung der gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft sind für uns selbstverständlich.

Gerade Menschen, die erst kurz in Deutschland leben, brauchen in vielen Bereichen besondere Unterstützung. Ein wichtiger Teil dieser Arbeit wird seit Jahren in den Kommunen geleistet. Für die haupt- und ehrenamtliche Arbeit der Akteur:innen sind wir dankbar. Wir wollen sie auch weiterhin bei den Anstrengungen unterstützen, lokale Migrations- und Integrationspolitik zu festigen und konzeptionell weiterzuentwickeln.

Ehrenamtliches Engagement unterstützen und Beteiligungsstrukturen fortsetzen

Auch ehrenamtliches Engagement trägt wesentlich mit dazu bei, dass die Integration und Teilhabe von zugewanderten Menschen gelingt. Wir bedanken uns für dieses großartige Engagement und wollen dies auch weiter unterstützen. Den Ehrenamtlichen wollen wir weiterhin Möglichkeiten der Qualifizierung anbieten und unterstützen auch weiterhin kommunale Integrationsprojekte. Die Verzahnung mit den hauptamtlichen Akteur:innen ist ebenso wichtig, denn hier können Informationen geteilt und Unterstützung eingeholt werden. Die Koordinierungsstelle „Aktiv für Flüchtlinge RLP“ leistet hier einen wichtigen Beitrag. Dies wollen wir auch in Zukunft unterstützen.

Menschen mit Migrationshintergrund tragen zur kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes bei. Wir begrüßen das vielfältige Engagement von Menschen mit Migrationsgeschichte. Die Arbeit der Migrations- und Flüchtlingsbeiräte in unseren Kommunen leistet hier einen wichtigen Beitrag für unsere Demokratie.

Bewährte Beteiligungsstrukturen wie der Landesbeirat für Migration und Integration werden fortgesetzt. Der Runde Tisch Islam ist seit 10 Jahren ein wichtiges Forum der Landesregierung zum gegenseitigen Austausch. Diesen werden wir fortsetzen. Wir befürworten auch Initiativen für interreligiöse Dialoge, die es in Rheinland-Pfalz in vielfältiger Weise gibt.

Sprachförderung und Bildung stärken

Sprache ist der Schlüssel zur Integration. Daher werden wir die Landeskurse „Sprachziel: Deutsch“ fortführen. Wir wollen Menschen unterstützen entlang der Bildungskette Deutsch zu lernen. Von Kindern bis hin zu Erwachsenen fördern wir die Sprachentwicklung, auch besonders wenn es um die Integration in den Arbeitsmarkt geht. Wir fördern besonders die Teilhabe von Frauen an unserem gesellschaftlichen Leben. Auch hier liegt der Schlüssel liegt vor allem bei der Sprache. Deshalb werden wir auch weiterhin bei Deutschkursen die Möglichkeit der Kinderbetreuung anbieten. Auch Projekte zur Förderung der Arbeitsmarktintegration und der individuellen Begleitung von Frauen mit Migrationshintergrund wollen wir fortführen.

Gerade in der ersten Phase spielt darüber hinaus auch die Sprachmittlung eine zentrale Rolle. Diese wollen wir weiterentwickeln.

Auch die Arbeit ist zentral für die Teilhabe in der Gesellschaft. Damit alle die nötigen Voraussetzungen hierfür erreichen können, werden wir das Nachholen von Schulabschlüssen erleichtern und Menschen ohne Schulabschluss oder Ausbildungsverhältnis die Beschulung bis zum 25. Lebensjahr ermöglichen. Auch berufsbegleitende Deutschkurse und Grundbildungsangebote sind wichtig, damit erfolgreiche Ausbildungen nicht daran scheitern, dass die schulischen Anforderungen nicht bewältigt werden können.

Um Integrationsangebote einfach zugänglich zu machen, bewerben wir die digitale Plattform „Integreat-Willkommen“ in verschiedenen Sprachen, damit Kommunen Informationen und Angebote, lokale Schwerpunkte und Adressen gebündelt zur Verfügung stellen können.

Sportland Rheinland-Pfalz

In Rheinland-Pfalz wird der Sport sehr aktiv gelebt; daher spüren wir die Einschränkungen durch die Corona-Pandemie ganz besonders. Wir stützen unsere Vereine und sorgen dafür, dass sie mit den Auswirkungen der Pandemie umgehen können, damit der Sport auch in Zukunft seiner großen sozialen Bedeutung nachkommen kann. Die vielen Ehrenamtlichen im Sport leisten dabei eine unschätzbare Arbeit, die weit über die Ausübung einer Sportart hinausgeht. Sie sichern die Gemeinschaft im Verein, tragen zur Gesundheitsprävention bei und leisten wertvolle Beiträge zur Integration und Inklusion.

Bewegungsangebote ausbauen und gute Rahmenbedingungen für das Ehrenamt schaffen

Wir bekennen uns zum Breitensport, Freizeitsport und Leistungssport gleichermaßen. Rund 6.000 – größtenteils vom Ehrenamt getragene – Vereine bilden die Grundlage für den Sport und einen starken Zusammenhalt in unserem Land. Ein Drittel der Rheinland-Pfälzer:innen ist Mitglied in einem Sportverein. Wir schätzen die Arbeit der Vereine, der Verbände und der Sportbünde und fördern diese. Bewegung und Sport stärken die Gesundheit, das Wohlbefinden, aber auch die Teilhabe.

Land in Bewegung

Diese Ziele verfolgt die Initiative „Rheinland-Pfalz – Land in Bewegung“. Landesweite Mitmach-Angebote sollen breite Teile der Bevölkerung zu mehr Sport und Bewegung motivieren und so einen gesunden Lebensstil fördern. Gerade nach der Corona-Pandemie ist Bewegung ganz wichtig. Aus diesem Grund soll die im letzten Jahr gestartete Landesinitiative weiterentwickelt und ausgebaut werden.

Sportförderung

Wir werden die Sportförderung auf konstant hohem Niveau ausbauen und uns dabei auch am nachvollziehbaren Bedarf der Sportorganisationen orientieren. Ziel ist es, dabei insbesondere die Vereine und Verbände mit ihren ehrenamtlichen Strukturen zu stärken. Wir werden unsere Aktivitäten beim Bau und der Sanierung von Sportstätten intensivieren. Insbesondere die Erhaltung unserer Bäderstruktur ist als Daueraufgabe anzusehen. Daher wollen wir die Kommunen hierbei weiterhin intensiv unterstützen, um den vorhandenen Bäderbestand durch Neubauten sowie kontinuierliche Sanierung und Modernisierung zu sichern. Die Förderung der Organisationen (z.B. Schwimmvereine, DLRG und Hilfsorganisationen) im Bereich Kleinkinder-Schwimmen bauen wir aus.

Leistungssport

Wir werden den Landessportbund dabei unterstützen, die Leistungssportinitiative für Rheinland-Pfalz weiterzuentwickeln. Dabei muss insbesondere die leistungs- und zielorientierte sowie nachhaltige Förderung der Struktur des Nachwuchsleistungssports im Vordergrund stehen. Zudem werden wir den Kampf gegen Doping und die Aufklärungsarbeit im Kinder- und Jugendbereich weiterführen.

Integration und Inklusion durch Sport

Alle Menschen in Rheinland-Pfalz sollen nach ihren individuellen Wünschen und Voraussetzungen an Bewegungs-, Spiel- und Sportangeboten selbstbestimmt und gleichberechtigt teilnehmen können. Der Behinderten- und Rehabilitationssportverband sowie Special Olympics leisten dabei einen wichtigen und wertvollen Beitrag. Wir wollen diese Arbeit weiter auf hohem Niveau unterstützen und fördern.

E-Sport als gemeinnützig anerkennen und in den Sport integrieren

Die Digitalisierung unserer Gesellschaft, nicht zuletzt forciert durch die Folgen der Corona-Pandemie, entwickelt sich dynamisch und stellt nicht nur den organisierten Sport mit seinen Vereinen und Verbänden vor neue Herausforderungen. Wir stellen uns dieser Aufgabe. Wir werden dafür werben, dass E-Sport in den Sport integriert und auf Bundesebene als gemeinnützig anerkannt wird. Dazu bedarf es eines Abbaus von Ressentiments, klarer Definition von Begriffen und einer offenen Herangehensweise.

Europa und Internationales

Rheinland-Pfalz liegt im Herzen Europas. Wir treten für die europäischen Werte wie Frieden, Freiheit, Gleichheit, Demokratie, Weltoffenheit, wirtschaftlichen und sozialen Wohlstand ein. Unser Alltag ist davon geprägt, dass wir gemeinsam und über Grenzen hinweg reisen, arbeiten, lernen und leben. Wir wollen die grenzüberschreitende Zusammenarbeit weiter ausbauen, weil wir überzeugt sind, dass nur gemeinsames, solidarisches Handeln und gemeinsames Krisenmanagement zum Erfolg führen. Rheinland-Pfalz ist auch über Europa hinaus ein weltoffenes, international vernetztes Land mit hoher Exportquote – unsere vielfältigen Beziehungen zu Regionen und Ländern in aller Welt werden wir fortführen.

Die Zukunft Europas gestalten

Die Vorteile der europäischen, interregionalen und internationalen Zusammenarbeit für unser Land zu nutzen und zu vermitteln, ist dabei Aufgabe und Chance zugleich. Wir setzen uns für eine Stärkung des Europäischen Ausschuss der Regionen ein und werden uns auch gemeinsam mit den Regionen und Ländern an der „Konferenz zur Zukunft Europas“ beteiligen.

Gemeinsam mit den europäischen Partnern wollen wir die Herausforderungen und Chancen zur Gestaltung einer nachhaltigen und gerechten Zukunft annehmen und insbesondere der Klimakrise entschieden entgegenreten. Das Land Rheinland-Pfalz setzt sich für das Subsidiaritätsprinzip und den Abbau von Bürokratie-Hemmnissen ein. Dabei gilt der besondere Einsatz des Landes dem Erhalt des Schengen-Raums, offener Grenzen und der Weiterentwicklung des Binnenmarktes. Mit der regelmäßigen Fortschreibung des EuropaPlans werden wir unsere strategischen Ziele in der Europapolitik festlegen. Gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn wollen wir länderübergreifende Cluster schaffen, um Innovationen voranzutreiben und durch zukunftsweisende Technologien neue Impulse setzen.

Mit dem neuen EU-Haushalt für 2021-2027 wollen wir uns weiter für eine starke Strukturpolitik der EU mit den europäischen Strukturfonds einsetzen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Mittel auch weiterhin in der bisherigen Höhe zur Verfügung stehen. Diese wollen wir auch im Sinne des „European Green Deal“ sozial und ökologisch ausrichten. Wir werden ein gemeinsames Steuerungsgremium einsetzen, das unter Beachtung des Ressortprinzips Optimierungen für die Fondspolitik in Rheinland-Pfalz berät.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Wegen der vielfältigen grenzüberschreitenden Aktivitäten gilt Rheinland-Pfalz vielen Staaten als modellhafte Region. Die offenen Grenzen innerhalb der EU sind Ausdruck des europäischen Selbstverständnisses, das in Rheinland-Pfalz täglich gelebt wird.

Die bestehenden Vernetzungen etwa in den Gremien der Großregion, der Oberrheinkonferenz, dem Oberrheinrat, der IPR und dem GÜZ Ausschuss des Aachener Vertrages (AGZ) wollen wir weiter stärken und die bestehenden Kooperationen fortführen. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bereich Gesundheit wollen wir ausbauen. Einen stärkeren Austausch wollen wir nach dem Vorbild der Freisener Gespräche im Polizeibereich auch in anderen Bereichen durch gegenseitige Hospitationen

und Rotationen von rheinland-pfälzischen Verwaltungsmitarbeiter:innen mit Kolleg:innen aus äquivalenten Landes- und Kommunalbehörden in den Nachbarstaaten fördern.

Eine viel beachtete Kooperation stellt das „4er Netzwerk“ mit unseren Partnerregionen Burgund-Franche-Comté, Oppeln und Mittelböhmen in Frankreich, Polen und Tschechien dar. Wir werden die inhaltliche Zusammenarbeit in Feldern wie Innovation und Bildung vertiefen und die Kontakte durch Jugend- und Praktikant:innenaustausche intensivieren.

Europäische Bildungsarbeit

Mit aller Entschiedenheit werden wir für unsere gemeinsamen europäischen Werte und Haltungen auch in Zukunft offensiv eintreten und einen Schwerpunkt auf die Demokratiebildung legen. Wir setzen uns weiterhin für die Förderung des Sprachunterrichts und der Sprachkenntnisse ein. Die europapolitische Bildung in der schulischen und außerschulischen Bildung werden wir weiter stärken und streben einen weiteren Ausbau der Projekte und Austauschprogramme an. Wir werden auch das Netzwerk der erfolgreichen Europaschulen noch weiter ausbauen und weitere europäische Schüler:innenbegegnungen, Schüler:innenfahrten z.B. nach Brüssel oder Straßburg fördern. Dies gilt auch für Weiterbildungsprogramme für Lehrkräfte.

Wir werden unter Einbindung des „Europahaus Marienberg“ neue virtuelle Jugend-Zusammenkünfte unterstützen. Wir werden die Europawoche, die Unterstützung von Projekten ausweiten und den Europapreis erhalten.

Mit den Europäischen Informationszentren und Multiplikator:innen zur Vermittlung des Europagedankens in Rheinland-Pfalz arbeiten wir eng zusammen und wollen in einer strukturierten Partnerschaft deren Erhalt und die flächendeckende Abdeckung des Landes mit dezentralen Maßnahmen der europäischen Öffentlichkeitsarbeit sicherstellen.

Internationale Zusammenarbeit und Partnerschaften

Wir möchten bestehende Partnerschaften intensivieren. Wir werden uns weiter für die Unterstützung von Menschenrechts- und gesellschaftlichen Initiativen einsetzen und den Menschenrechtsdialog mit den Regierungen stärken.

Wir wollen die gewachsenen und wichtigen Beziehungen zu Großbritannien im Bildungs-, Hochschul- und Forschungsbereich mit eigenen Aktivitäten erhalten und deren weiteren Ausbau ermöglichen.

Ein Musterbeispiel für eine gute Zusammenarbeit zwischen Deutschland, Europa und Afrika ist die Graswurzel-Partnerschaft von Rheinland-Pfalz und Ruanda, die im Jahre 2022 ihr 40-jähriges Jubiläum feiern wird. Wir werden die Partnerschaft fortführen und nachhaltig stärken.

Es ist unser erklärtes Ziel unseren Beitrag zur Stärkung der guten Beziehungen zwischen dem Staat Israel und der Bundesrepublik Deutschland zu leisten.

Wir wollen gerade bei jungen Rheinland-Pfälzer:innen das Wissen über die Geschichte, die Kultur und die Gegenwart Israels und der palästinensischen Autonomiegebiete weiterentwickeln und die Erinnerungsarbeit stärker fördern. Wir unterstützen daher die Bundesinitiative zur Gründung eines Deutsch-Israelischen Jugendwerkes. Wir wollen deutsch-israelische Schulpartnerschaften und die kulturelle Zusammenarbeit zwischen Institutionen in Israel und Rheinland-Pfalz fördern. Dabei wollen wir darauf achten, dass Israelis aus allen Bevölkerungsgruppen in den Austausch einbezogen werden. Wir werden das Engagement, das in vielen, teils ehrenamtlichen, deutsch-israelischen Initiativen beispiellos gezeigt wird, stärker bündeln und neu vernetzen. Dabei soll auch die Landeszentrale für politische Bildung neue Impulse geben. Wir wollen die Erinnerungsarbeit in den Schulen weiter intensivieren.

Kooperation mit Asien und Partnerschaft mit China/Fujian und Japan/Iwate

Für Rheinland-Pfalz und seine Unternehmen ist der asiatische Raum von großer Bedeutung. Stärker in den Fokus nehmen werden wir künftig auch die dynamische Entwicklung in Asien und im Indo-Pazifik. Darüber hinaus pflegen wir mit dem Partnerschaftsverein Rheinland-Pfalz/Fujian seit bald 40 Jahren und der Partnerschaft mit der Präfektur Iwate in Japan seit über 20 Jahren auch den kulturellen Austausch.

Transatlantische Beziehungen

Die transatlantische Partnerschaft und die gelebte Freundschaft mit Amerika sind seit vielen Jahrzehnten ein Fixpunkt für unser Land. Unser Land hat eine besondere Verantwortung, seinen Beitrag dafür zu leisten, dass von rheinland-pfälzischem Boden kein Krieg, sondern Frieden ausgeht. Deshalb haben wir die Gründung der Friedensakademie Rheinland-Pfalz unterstützt. Inzwischen ist die Akademie anerkannt als Denkfabrik und Leuchtturm in der Wissenschaftslandschaft. Wir werden sie fortführen. Zusätzlich setzen wir uns für eine Plattform ein, die alle friedenspolitischen Aktivitäten und Maßnahmen in Rheinland-Pfalz und Deutschland sammelt und vernetzt.

Mit der US-Präsenz in Rheinland-Pfalz geht die besondere Verantwortung und Chance einher, das transatlantische Verhältnis genauso wie das deutsch-amerikanische Zusammenleben in unseren Kommunen positiv zu gestalten. Vor diesem Hintergrund werden wir uns weiterhin selbstbewusst in den transatlantischen Dialog einbringen und Maßnahmen, wie das „Willkommen in Rheinland-Pfalz“-Programm zur Förderung eines aktiven deutsch-amerikanischen Gemeindelebens im Umfeld der US-Standorte weiterentwickeln. Wir bekennen uns zur transatlantischen Freundschaft und den einhergehenden Dialog. Gerade in spannungsgeladenen Zeiten sind internationaler Austausch und kulturelle Verständigung unter demokratischen Kräften essenziell. Deshalb setzen sich die Koalitionspartner im Sinne unseres friedenspolitischen Anspruches für ein atomwaffenfreies Rheinland-Pfalz ein.

Seit vielen Jahrzehnten leben und arbeiten tausende Amerikaner:innen in Rheinland-Pfalz. Unsere traditionell guten Beziehungen sind belastbar und ein Eckpfeiler der transatlantischen Partnerschaft. Wir werden deshalb die vielfältige und erfolgreiche Kooperation mit den amerikanischen Standorten in Rheinland-Pfalz fortsetzen. Bei unseren transatlantischen Aktivitäten wollen wir die Expertise der Atlantischen Akademie in Kaiserslautern weiter nutzen.

Frieden erhalten – Konversion als Chance

Der TRA Lauter (Temporary Reserved Airspace), Übungsflugraum über dem Saarland und großen Teilen von Rheinland-Pfalz wird im Vergleich zu den anderen Übungsräumen in Deutschland weit überdurchschnittlich genutzt. Durch den militärischen Flugbetrieb sind viele Menschen in Rheinland-Pfalz über Gebühr von militärischem Fluglärm belastet. Wir setzen uns beim zuständigen Bundesministerium der Verteidigung für eine Gleichverteilung der Belastungen auf alle Übungsflugräume in ganz Deutschland ein.

Nach wie vor prägen die Herausforderungen der militärischen und zivilen Konversion Teilbereiche unseres Landes. Wir werden auch weiterhin Konversionsmaßnahmen zur Fortentwicklung der betroffenen Kommunen unterstützen.

Rheinland-Pfalz – Teil der Einen Welt

Viele Menschen, Vereine und Kirchengemeinden in Rheinland-Pfalz engagieren sich für eine gerechte Eine Welt. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass Fluchtursachen in den Ländern bekämpft werden und begrüßen daher die Sustainable Development Goals (SDGs) der UN-Agenda 2030. Auch Rheinland-Pfalz verpflichtet sich, die 17 globalen Nachhaltigkeitsziele umzusetzen.

5. Sicher leben in einem handlungsfähigen Staat

Inneres

Rheinland-Pfalz ist eines der sichersten Bundesländer. Dies ist der Verdienst unserer Polizist:innen und der vielen Haupt- und Ehrenamtlichen in den Bereichen Brand- und Katastrophenschutz sowie im Rettungsdienst. Wir setzen weiterhin auf eine transparente, vielfältige, bürgernahe und gut ausgestattete Polizei. Mit unserer Politik gewährleisten wir, dass die Bedingungen für die vielen Menschen, die für die Sicherheit in unserem Land sorgen, weiterhin so gut bleiben. Polizei, Verfassungsschutz, Brand- und Katastrophenschutz und Rettungsdienste sind für uns zentrale Organisationen, die für die Sicherheit und den Zusammenhalt in Rheinland-Pfalz stehen. Für neue Herausforderungen sind sie hervorragend ausgebildet und ausgestattet.

Polizei

Personal der Polizei/Kriminalitätsbekämpfung

Die hohen Einstellungszahlen der letzten fünf Jahre werden fortgeführt, indem jährlich 500 Polizeikommissar-Anwärter:innen eingestellt werden, um die Zahl von 10.000 ausgebildeten Polizeibeamt:innen ab Oktober 2024 zu erreichen und beizubehalten. Wir stärken die polizeiliche Präsenz im Wechselschichtdienst erheblich und setzen bei der Kriminalitätsbekämpfung auf gezielte Personalzuweisungen, insbesondere an die Kriminalpolizei. Vor allem in den Bereichen Hasskriminalität, Organisierte Kriminalität, Kinderpornographie (Missbrauchsdarstellung), sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche, Gewalt in engen sozialen Beziehungen (insbesondere Tötungsdelikte gegen Frauen), Kriminalität im digitalen Raum (Cybercrime) sowie Wirtschafts- und Umweltkriminalität setzen wir Schwerpunkte.

Terroristischen Bedrohungen begegnen wir, indem wir unsere Polizeikräfte auch weiterhin mit gezielten Schulungsmaßnahmen auf besondere Lagen vorbereiten und ihnen durch moderne Ausstattung den größtmöglichen Schutz bieten.

Wir unterstützen das rheinland-pfälzische Interventionsprojekt gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen (RIGG) und wollen das High-Risk-Management stärken und sachgerecht ergänzen.

Im Rahmen einer Gesamtpersonalplanung werden wir zusätzliche Tarif- und Verwaltungsstellen bedarfsgerecht zur Entlastung der Schutz- und Kriminalpolizei von polizeifremden Aufgaben sowie Spezialist:innen für Technik und Sonderbedarfe einstellen, die sogenannte Sonderlaufbahn Polizei weiter ausbauen und zusätzlich Unterstützungskräfte zur Kriminalitätsbekämpfung einstellen.

Wir wollen, dass die Polizei die vielfältige Gesellschaft abbildet. Wir streben an, den Frauenanteil in der Polizei – vor allem in Führungspositionen – zu erhöhen und werden in diesem Zusammenhang die Gleichstellungspläne in den Polizeipräsidien regelmäßig überprüfen. Unser Ziel ist es, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf beispielsweise durch flexiblere Kinderbetreuung zu stärken. Wir wollen den Anteil von Menschen mit einem Migrationshintergrund in der Polizei weiter erhöhen und hierzu unter

anderem Integrationsbeauftragte bei den Polizeipräsidien benennen, um den Austausch auf interkultureller Ebene zu stärken. Wir unterstützen weiterhin die Arbeit der Ansprechstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen.

Die Pauschale für die Einsatzverpflegung bei der Polizei wollen wir an die Entwicklung der Lebensmittelkosten anpassen.

Aus- und Fortbildung

Die gesellschaftspolitische Bildung wird in der Aus- und Fortbildung der Polizei intensiviert. Nach wie vor liegt ein wichtiger Fokus auf der Vermittlung von Deeskalationsstrategien und interkulturellen Kompetenzen. An der Kommission „Innere Führung“ halten wir fest. Elektronische Formen der Wissensvermittlung werden wir ausbauen und Trainingskonzepte der Sicherheitslage anpassen. Von der Polizeistudie „Demokratie und Werte“ in der Polizei erwarten wir weitere Impulse für die Organisation sowie die Aus- und Fortbildung. Die hierzu eingerichtete Forschungsstelle an der Hochschule der Polizei werden wir in der Mitte der Legislaturperiode evaluieren. Unser Ziel ist, die Hochschule der Polizei auch durch eine stärkere Kooperation mit anderen Hochschulen zu stärken und die Rahmenbedingungen für die Studierenden kontinuierlich zu verbessern.

Organisation der Polizei

Wir werden die mehr als einhundert Dienststellen im Land erhalten. Insbesondere in den ländlichen Bereichen wollen wir die Dienststellen baulich und technisch so erweitern, dass diese vorübergehend abgeschlossen werden können. Zusammen mit der Ausweitung des zentralen Notruf- und Einsatzmanagements können wir so besonders zur Nachtzeit deutlich mehr Personal flexibel einsetzen. Für die Polizeipräsidien Koblenz und Mainz sowie die Hochschule der Polizei werden wir moderne Einsatztrainingszentren einrichten.

Die Arbeit der Polizeibeauftragten als Mittlerin zwischen Bürger:innen und der Polizei ist wichtig und soll weiter bekannt gemacht werden.

In einem Modellprojekt werden wir erproben, wie der Bezirksdienst der Zukunft aussehen kann.

Verkehrssicherheit

Die Verbesserung der Verkehrssicherheit und die Vision Zero bleiben ein kontinuierliches Ziel von uns. Die intensive Überwachung der Hauptunfallursachen Geschwindigkeit, Abstand und Ablenkung, insbesondere an Unfallschwerpunkten, werden wir fortsetzen.

Befugnisse

Um die deeskalierende und schützende Wirkung von Körperkameras umfassend auszuschöpfen, werden wir unter Berücksichtigung der zu erwartenden Rechtsprechung über den Einsatz auch in Wohnungen entscheiden.

Neue Gefahrenlagen und Kriminalitätsphänomene bedürfen einer zeitgemäßen rechtlichen Handlungsgrundlage. Änderungen der Sicherheitsgesetze werden wir nur im Konsens vollziehen.

Prävention

Wir wollen die Kriminalprävention landesweit stärken. Dazu soll neben erfolgreichen Präventionsprogrammen der Polizei, die Initiative „Sicherheitsgefühl in Kommunen“ stärken (InSiKo) umgesetzt und weiterentwickelt werden. Die Initiative soll die Kommunen bei der kommunalen Präventionsarbeit unterstützen und die Gründung neuer kommunaler Präventionsgremien forcieren. Ziel ist zudem, die Prävention landesweit über den Vorstand des Landespräventionsrates noch besser zu koordinieren. Wir unterstützen weiterhin die Arbeit der Leitstellen Kriminalprävention. Ebenso unterstützen wir weiterhin präventive Täterarbeit, Gewaltpräventionsprogramme und das Erlernen gewaltfreier Kommunikation.

Digitalisierung

Wir investieren weiter in die Digitalisierung der Polizei. Eine leistungsstarke Polizei muss über moderne digitale Ausrüstung verfügen. Hierzu führen wir die Ausstattung von Polizist:innen mit mobilen Endgeräten fort. Die Onlinewache hat sich als barrierefreier Zugang zur Anzeigenerstattung etabliert und wird als digitaler Service weiter ausgebaut und fortentwickelt. Im Kontext des bundesweiten Modernisierungsvorhabens „Polizei 2020“ werden auch in Rheinland-Pfalz die polizeilichen IT-Fachsysteme und Datenbanken erneuert und fortentwickelt. Die medienbruchfreie Kommunikation zwischen Polizei und Justiz wird dabei gewährleistet.

Wir werden die Chancen und Risiken Künstlicher Intelligenz für polizeiliche Zwecke beim Deutschen Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz anwendungsbezogen unter Beachtung datenschutzrechtlicher Belange erforschen, um sie für die Organisation nutzbar zu machen.

Gleichzeitig wird zur Gewährleistung der Informationssicherheit der Schutz der polizeilichen IT-Infrastruktur verstärkt.

Ausstattung

Durch den notwendigen Austausch der Polizeihubschrauber erweitern wir die Leistungsmöglichkeiten und verbessern gleichzeitig die Einsatzmöglichkeiten, so beispielsweise in der (Wald-)Brandbekämpfung, bei der Rettung von Menschen (Seilwindeneinsatz) bei Hochwasserlagen oder beim Transport von Verletzten. Gleichzeitig erhöhen wir die Reichweite und gewährleisten einen noch schnelleren Einsatz der Spezialeinheiten.

Die Flotte der Wasserschutzpolizei muss kontinuierlich modernisiert werden, um die Einsatzbereitschaft aufrecht zu erhalten. Die Verjüngung der Bootsflotte wurde bereits eingeleitet und soll fortgesetzt werden.

Die Einsatzfähigkeit von Elektrofahrzeugen für den polizeilichen Einsatzdienst wird weiterhin untersucht und dafür eine Potenzialanalyse durchgeführt.

Gesundheit

Die Arbeitsbedingungen im Wechselschichtdienst wurden bereits durch neue, gesündere Arbeitszeitmodelle verbessert. Das Projekt „Gesünder arbeiten in der Polizei“ wird fortgeführt, evaluiert und auf die Kriminalpolizei ausgedehnt. Die psychischen Belastungsmomente polizeilicher Arbeit werden mit dem Ziel untersucht, daraus zielgerichtete Maßnahmen zur Gesundheitsförderung abzuleiten. Supervisionsangebote werden ausgebaut. Die Zentralstelle für Gesundheit wird evaluiert. Die Einführung der Heilfürsorge wird auf einen größtmöglichen Nutzen für die Polizeibeamt:innen einerseits und ihre Haushaltsverträglichkeit andererseits untersucht.

Gewalt gegen Polizei und Einsatzkräfte

Wir verurteilen jede Gewalt gegen Polizei, Einsatz- und Rettungskräfte.

Die Arbeit von Polizei, Feuerwehr, Katastrophenschutz und Rettungsdienst verdient unser aller Respekt und unsere Anerkennung. Deswegen wollen wir weiterhin deutliche Signale setzen, dass Einsatzbehinderungen und Gewalt gegen Polizei, Einsatz- und Rettungskräfte nicht toleriert werden. Dazu wollen wir die Programme, mit denen in der Gesellschaft für mehr Respekt und Zivilcourage geworben wird, weiterentwickeln und ausbauen. Im Dialog mit den kommunalen Spitzenverbänden und den Hilfsorganisationen wollen wir erörtern, wie die Situation der Betroffenen bei Gewalt gegenüber Einsatzkräften verbessert werden kann.

Angriffe auf Personen, die unsere Rechtsordnung verteidigen und häufig ehrenamtlich Menschen in Notsituationen helfen, werden wir konsequent verfolgen. Daher werden wir auch prüfen, ob die Effektivität der Strafverfolgung durch gebündelte Zuständigkeiten gesteigert werden kann.

Kommunaler Vollzugsdienst

Wir wollen in Zusammenarbeit mit den Kommunen die Ausbildung des Kommunalen Vollzugsdiensts optimieren und auf dieser Grundlage über die Befugnisse und Ausstattung entscheiden. Wir setzen uns dafür ein, den Kommunalen Vollzugsdienst an den Digitalfunk der BOS anzuschließen. Der Kommunale Vollzugsdienst muss nach innen und außen von der Polizei unterscheidbar bleiben.

Hochrisikospiele

Wir werden in Abhängigkeit von der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zur Gebührenregelung zu den polizeilichen Mehrkosten bei Hochrisiko-Veranstaltungen eine eigene Gebührenregelung im Polizei- und Ordnungsbehördengesetz schaffen. Wir werden eine Benachrichtigungspflicht für Betroffene in der Datei „Szenekundige Beamte“ festschreiben.

Verfassungsschutz: Hass und Gewalt frühzeitig erkennen – Extremismus bekämpfen – Beratung und Prävention ausbauen

Wir haben in Rheinland-Pfalz einen modernen rechtlichen Rahmen durch ein neues Landesverfassungsschutzgesetz geschaffen und die Kontrollrechte des Parlaments

gestärkt und werden beobachten, wie sich das novellierte Gesetz in der Praxis bewährt. Dabei treten wir für einen Verfassungsschutz ein, der für die aktuellen Herausforderungen personell, organisatorisch und technisch aufgestellt ist.

Personalentwicklung

Um den aktuellen Herausforderungen gewachsen zu sein, müssen wir die Analysekompetenz durch die vermehrte Einstellung von Wissenschaftler:innen verbessern sowie die Voraussetzungen schaffen, um einer spezifischen nachrichtendienstlichen Qualifizierung Rechnung zu tragen.

Digitalisierung

Auf den Erfolgen der Task Force „Gewaltaufrufe rechts“ gilt es aufzubauen und die Erfahrungen phänomenübergreifend zu nutzen. Um mit den technischen Anforderungen im Verfassungsschutzverbund Schritt zu halten, muss die IT-Ausstattung unter Einhaltung des Datenschutzes dem aktuellen Stand der Technik entsprechen. Dies gilt für die verfassungsschutzspezifische IT-Infrastruktur, wie für die technische Ausstattung zum Internet-Monitoring und der operativen Tätigkeiten. Die Gewinnung von ausgebildetem Fachpersonal, insbesondere aus den Bereichen Informationstechnik und Internetnutzung, hat hohe Priorität und muss durch attraktive Rahmenbedingungen gefördert werden.

Prävention REX

Die Präventionsarbeit als wichtige Säule im Kampf gegen extremistische, sicherheitsgefährdende und demokratiefeindliche Bestrebungen wird im Verfassungsschutz ausgebaut und die Zusammenarbeit mit staatlichen wie nichtöffentlichen Stellen fortentwickelt. Ein Schwerpunkt bleibt die Kooperation mit dem Bündnis „Demokratie gewinnt!“.

Sicherheitspartnerschaft/Wirtschaft/Prävention Cybersicherheit

Die Sicherheitspartnerschaft ist ein wichtiger Baustein der erfolgreichen Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Verfassungsschutz. Vor dem Hintergrund der Zunahme von Cyberangriffen auf Institutionen des Staates und der Gesellschaft wird das Beratungs- und Unterstützungsangebot zur Cybersicherheit ausgeweitet.

Demokratiefeindlichkeit

Wir wollen extremistische, demokratiefeindliche Aktivitäten unabhängig vom Phänomenbereich bekämpfen. Die verstärkt festzustellenden extremistischen Bestrebungen, die eine Gefährdung oder gar Beseitigung der Demokratie zum Ziel haben, müssen frühzeitig erkannt und insbesondere mögliche Verbindungen zu Rechtsextremist:innen und Reichsbürger:innen aufgedeckt werden. Diesen Erfordernissen wird durch die Einrichtung eines eigenen Sachgebiets für extremistische, demokratiefeindliche Aktivitäten Rechnung getragen. Die Früherkennung terroristischer Einzeltäter:innen wird weiter verstärkt und ausgebaut. Wir werden weiterhin konsequent den Waffenbesitz von Extremist:innen verhindern und deren Entwaffnung vorantreiben.

„Neue Rechte“

Wir werden die „Neue Rechte“ auch im Netz weiter konsequent beobachten, Entwicklungen analysieren und Politik und Gesellschaft hierüber informieren.

Brand- und Katastrophenschutz, Rettungsdienst

Nachwuchsförderung

Wir wollen das Ehrenamt in den Wehren weiter stärken. Hierzu werden wir den Wehren zum einen Handlungsempfehlungen zur Ausgestaltung der Nachwuchswerbung an die Hand geben und zum anderen das bestehende Baukastensystem, aus dem sich örtliche Wehren geeignete Maßnahmen zur Nachwuchsgewinnung zusammenstellen können, weiter ausbauen. Dabei wollen wir insbesondere darauf achten, dass der Anteil der Frauen sowie der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in den Wehren steigt.

Ehrenamtsstudie

Um die Feuerwehren zielgerichtet und nachhaltig stärken zu können, werden wir eine umfangreiche Studie zum Ehrenamt Feuerwehr in Rheinland-Pfalz durchführen. Kernelement dieser Studie soll eine repräsentative Befragung von Feuerwehrleuten sein. Die Studie soll sich u.a. mit Themen wie der Nachwuchsförderung, der gesellschaftlichen Würdigung, der Aus- und Weiterbildung aber auch der Aufwandsentschädigungen beschäftigen. Ziel ist es, unseren Ehrenamtlichen in Zukunft noch bessere Rahmenbedingungen zu geben.

Weiterentwicklung der Akademie

Die Feuer- und Katastrophenschutzakademie werden wir bedarfsgerecht weiterentwickeln und die Lehrgangskapazitäten ausgerichtet an den Bedarfen vor Ort ausbauen. Dazu gehört neben der weiteren Digitalisierung des Lehrangebots auch die Erweiterung um neue Räumlichkeiten zunächst in Modulbauweise. Durch eine systematische Erfassung der Bedarfe wollen wir möglichst optimale Lernbedingungen in der Aus- und Fortbildung schaffen.

Förderung von Fahrzeugen und Gerät

Für unsere Feuerwehrrkräfte ist eine gute, moderne Ausstattung lebenswichtig. Deshalb wird das Land Fahrzeuge und Gerätschaften auch weiterhin fördern.

Herausforderungen des Klimawandels

Der Klimawandel wird in Qualität und Quantität verstärkt Extremwetterereignisse mit sich bringen. Das hat Folgen für den Katastrophenschutz, er muss dieser Entwicklung angepasst werden. In einem ersten Schritt werden wir die zur Bekämpfung von Wald- und Vegetationsbränden sowie von Starkregenereignissen erarbeiteten Konzepte umsetzen und die benötigten Fahrzeuge und Gerätschaften besonders fördern. Zusätzlich werden wir solche Einsätze mit landeseigenen Fahrzeugen unterstützen. Für die Vorbereitung auf solche Einsätze setzen wir zudem auf ein gezieltes Aus- und Fortbildungskonzept.

Krisenvorsorge und Krisenbewältigung

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig neben einem guten Krisenmanagement die Krisenvorsorge ist. Das gesamtstaatliche Risiko- und Krisenmanagement muss unter Einbeziehung aller für die Vorsorge für Kritische Infrastrukturen und Kritische

Dienstleistungen zuständigen Ressorts in Bund und Ländern sowie unserer europäischen Nachbarländer fortentwickelt werden. Auch die Zivile Verteidigung muss hierbei einbezogen werden, um ein gutes und ganzheitliches Schutzniveau für die Bevölkerung gewährleisten zu können. Wir wollen diese wichtige Aufgabe in der gesamten Landesregierung weiter voranbringen, ein tragfähiges Konzept entwickeln und umsetzen.

Psychosoziale Notfallversorgung (PSNV)

Für Betroffene und Einsatzkräfte muss bei Bedarf eine moderne Psychosoziale Notfallversorgung gewährleistet sein. Um dies zu erreichen und für die PSNV-Kräfte eine professionelle Supervision zu ermöglichen, werden wir die Beratungs- und Koordinierungsstelle PSNV stärken und die Zusammenarbeit zwischen Einsatzkräften, PSNV und dem Opferbeauftragten weiter ausbauen.

Integrierte Leitstellen

Die Integrierten Leitstellen sind das zentrale Element für die effektive Alarmierung und Steuerung der Einsätze von Feuerwehr und Rettungsdienst. Hierzu wollen wir modernste Einsatztechnik bereitstellen, mit der zukünftig auch die kommunalen Aufgaben-träger des Brand- und Katastrophenschutzes arbeiten können. Auch werden wir in Mainz, Trier und Koblenz den Neubau hochmoderner Leitstellen fördern.

Hilfsorganisationen

Die Hilfsorganisationen leisten einen wichtigen Beitrag zur öffentlichen Sicherheit. Wir schaffen für sie auch weiterhin optimale Bedingungen.

Rettungswachen

Mit der neuen gemeinsamen Qualitätssicherungsstelle für den Rettungsdienst werden wir die Versorgung der Bevölkerung in Rheinland-Pfalz vertieft untersuchen und insbesondere dort, wo ein Ausbau des Rettungsdienstes erforderlich ist, den Neubau von Rettungswachen fördern. Die Arbeit von qualifizierten Ersthelfer:innen (First Responder Teams) in den Kommunen sehen wir als wertvollen Beitrag zur Erstversorgung der Bevölkerung im Notfall. Wir werden prüfen, wie diese ehrenamtliche Tätigkeit weiter unterstützt werden kann.

IT in der Notfallmedizin

Mit dem konsequenten Einsatz von IT und neuen Medien in der Notfallmedizin und der Einführung von Telemedizin im Rettungsdienst soll die Notfallversorgung der Bevölkerung, gerade im ländlichen Bereich, auf hohem Niveau weiterentwickelt werden.

Justiz

Rheinland-Pfalz ist ein starker Rechtsstaat, in dem die Menschen sicher leben können. Die Stärkung unserer Justiz bleibt daher ein wichtiger Schwerpunkt unserer Politik. Wir stehen auch in Zukunft für eine moderne und leistungsfähige Justiz, die unseren Rechtsstaat gegen Bedrohungen und auch gegen die zunehmende Gewaltbereitschaft in der politischen Auseinandersetzung verteidigt. Vor allem die Terrorismusbekämpfung, die Extremismusbekämpfung und Prävention aber auch unser Einsatz gegen Hass und Hetze bleiben für uns wichtige Felder rheinland-pfälzischer Justizpolitik, ebenso wie der Schutz der Bürger:innenrechte.

Leistungsfähige Justiz als tragende Säule unseres Rechtsstaates

Wir werden weiterhin eine sachgerechte personelle wie materielle Ausstattung beim Justizwachmeisterdienst, in den Geschäftsstellen, bei den Rechtspfleger:innen, Richter:innen, Staatsanwält:innen, bei den Justizvollzugsbeamt:innen sowie bei der Gerichts- und Bewährungshilfe sicherstellen. Neue Aufgaben durch bundesgesetzliche Regelungen bringen häufig personelle Mehrbelastungen der Justiz mit sich, ohne dass entsprechende Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden. Das Land Rheinland-Pfalz wird sich auf Bundesebene daher für eine dynamische und dauerhafte Beteiligung des Bundes an bundesgesetzlich verursachten Aufgaben einsetzen, damit bei Gesetzesvorhaben auch die finanziellen Belange der Länder angemessen berücksichtigt werden (Bundeskonnexität).

Die Justiz im Land Rheinland-Pfalz ist als Arbeitgeberin attraktiv. Das ist auch eine Folge der intensiven Maßnahmen des Landes zur Nachwuchsgewinnung. Dieses Engagement werden wir weiterverfolgen und mit dem Ziel intensivieren, auch in Zukunft motivierte und qualifizierte Nachwuchskräfte für die Justiz zu gewinnen. Der justizinternen Fortbildung messen wir einen hohen Wert bei.

Die Mitarbeiter:innen der Gerichte und Staatsanwaltschaften sollen über attraktive und flexible Arbeitsbedingungen verfügen. Zur weiteren Optimierung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie werden wir gemeinsam mit der justiziellen Praxis prüfen, in welchen Bereichen mit zunehmender Etablierung der elektronischen Akte mobiles Arbeiten ausgebaut werden kann. Dafür werden wir auch prüfen, ob die Einrichtung von betrieblichen Kinderbetreuungsangeboten für Justizbedienstete, ggf. in Zusammenarbeit mit anderen Dienststellen, möglich ist. Ein besonderes Anliegen ist es uns auch, die Angebote im Bereich des Gesundheitsmanagements nachhaltig auszuweiten und dabei insbesondere Maßnahmen für den Umgang mit Belastungen am Arbeitsplatz zu fördern. Die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit allen Gremien der Personalvertretung werden wir fortsetzen.

Zu guten Arbeitsbedingungen für Gerichtsbarkeiten mit Amtsermittlung kann auch die Unterstützung durch Verwaltungskräfte beitragen. Wir wollen dies in einem Modellversuch an drei Gerichten testen.

Im Rahmen der Prüfung der Heilfürsorge für Polizeibeamt:innen werden wir auch die Justizbediensteten mit Vollzugsaufgaben berücksichtigen.

Juristische Ausbildung und Prüfung

Die juristischen Ausbildungs- und Prüfungsordnungen wollen wir modernisieren, um die Jurist:innenausbildung zeitgemäß und zukunftsfest zu gestalten. Hierfür werden wir die juristischen Prüfungen digitalisieren und den juristischen Vorbereitungsdienst didaktisch aufwerten.

Berufsbild der Justizwachtmeister:innen fortentwickeln

Das Berufsbild der Justizwachtmeister:innen wird sich in den kommenden Jahren mit der Digitalisierung weiter grundlegend wandeln und seine zentrale Ausgestaltung in der Gewährleistung der Sicherheit in den Justizgebäuden finden. Zugleich sind die Sicherheitsanforderungen an den Gerichten deutlich angestiegen. Daher werden wir das Berufsbild des Justizwachtmeisterdienstes gemeinsam mit der justiziellen Praxis modernisieren, an die sich verändernden Bedingungen anpassen und damit attraktiver gestalten.

Zukunftsfähigkeit der Justizstrukturen sichern

Wir bekennen uns zu einer Präsenz der Justiz in der Fläche sowie zum Erhalt der Justizstandorte und zu einem bürger:innennahen Zugang zur Justiz. Unter dieser Maßgabe werden die Strukturen dort, wo es sinnvoll und notwendig ist, unter Beteiligung der Betroffenen und in transparenten Verfahren an veränderte gesetzliche und gesellschaftliche Rahmenbedingungen angepasst, um dauerhaft eine leistungsfähige und zukunftsfähige Justiz zu sichern. Hierzu wird die Entwicklung der Arbeitsbelastung bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften im Hinblick auf Eingangszahlen, Verfahrensdauer und Veränderungen in der Komplexität der Verfahren beobachtet.

Digitalisierung der Justiz

Wir werden die flächendeckende Einführung der elektronischen Akte in der Justiz konsequent bis 2025 umsetzen und dabei auf dem Erreichten aufbauen. Wir wollen die Potenziale der Digitalisierung umfassend nutzen, achten bei der Umgestaltung der Arbeitsabläufe aber auf einen insbesondere für die Mitarbeitenden transparenten und von fachlichen Erwägungen bestimmten Prozess. Zugleich sind wir uns über die anstehenden Investitionsherausforderungen in Hard- und Software im Klaren, die ein moderner, digitaler Arbeitsplatz unter Einbeziehung der IT-Sicherheit mit sich bringt. Im Zuge der weiteren Digitalisierung der Justiz werden wir auch die technischen Möglichkeiten von gerichtlichen Verhandlungen im Wege der Bild- und Tonübertragung ausbauen.

Bürgernahe Justiz

Eine starke, unabhängige, effiziente, bürgernahe und zukunftsfähige Justiz ist ein Grundpfeiler unseres Rechtsstaats und für das Vertrauen der Bürger:innen sowie der Unternehmen in den Rechtsstaat und damit in die Demokratie essenziell. Wir wollen die Erreichbarkeit der Justiz für die Bürger:innen vereinfachen und so den Zugang zu den Gerichten erleichtern. In allen Gerichtszweigen ist ein effektiver und bürgernaher Zugang zur Justiz zu gewährleisten. Zugleich wollen wir prozessuale Abläufe durch zielführenden Einsatz moderner IT-Technik und IT-Verfahren modernisieren.

Konsequente Strafverfolgung

Die Staatsanwaltschaften in Rheinland-Pfalz arbeiten effizient und leisten einen unverzichtbaren Beitrag bei der Bekämpfung der Kriminalität. Um diese wichtige Arbeit ausüben zu können, brauchen sie die hierfür erforderlichen rechtlichen Grundlagen sowie die nötigen personellen und materiellen Ressourcen. Nur so können sie angemessen auf neue gesellschaftliche Entwicklungen reagieren.

Opferschutz

Die Justiz leistet wichtige Hilfen, um unvermeidbare Belastungen von Betroffenen rechtsstaatlich und sozialstaatlich vertretbar zu halten. Der Zeugen- und Opferschutz muss konsequent erfolgen, Hilfsangebote für geschädigte Bürger:innen müssen weiterhin gestärkt werden, ohne die Rechte der Beschuldigten einzuschränken. Wir fördern deshalb auch zukünftig Einrichtungen wie die Stiftung Rheinland-Pfalz für Opferschutz, den Weißen Ring, die Vereine für Soziale Rechtspflege und die Interventionsstellen gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen. Wir sichern die psychosoziale Zeugenbegleitung. Der erstmals ernannte Opferbeauftragte der Landesregierung leistet wertvolle Hilfe und Unterstützung für Betroffene schwerer Straftaten. Seine Stellung wollen wir gesetzlich stärken.

Bekämpfung von Hass und Hetze

Unsere offene und pluralistische Gesellschaft wird durch die Verbreitung von Hass und den Aufruf zu Gewalt gegen Dritte in ihrem Bestand gefährdet. Hass und Hetze – nicht nur im Internet – sind der Nährboden künftiger Gewaltdelikte und terroristischer Verbrechen. Wir setzen uns daher aktiv gegen die Verbreitung von Hass und Hetze insbesondere im Internet ein. Nachdem das Gesetz zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität nunmehr in Kraft getreten ist, werden wir bei der Landeszentralstelle zur Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus sowie der Landeszentralstelle Cybercrime Erstzuständigkeiten für die nach diesem Gesetz gemeldeten Delikte einrichten. Durch die Bündelung der Ermittlungskompetenzen bei den Zentralstellen mit der dort vorhandenen besonderen Sachkunde sollen optimale Ermittlungserfolge erzielt und gefährliche Straftäter besonders im Blick behalten werden.

Projekte zur Bekämpfung der Hasskriminalität, wie etwa die vom Ministerium der Justiz, dem Ministerium des Innern und für Sport und der Medienanstalt Rheinland-Pfalz eingerichtete Initiative „Verfolgen und Löschen“, werden wir fortführen und weiter ausbauen.

Sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche

Sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche werden wir weiterhin konsequent bekämpfen. Im Rahmen unseres Paktes gegen sexualisierte Gewalt an Kindern und Jugendlichen werden wir dabei die Ausbildung und Fortbildung von Verfahrensbeteiligten noch stärker berücksichtigen. Wir werden in diesem Rahmen gemeinsam mit der staatsanwaltschaftlichen Praxis, der Jugendhilfe und Opferschutzorganisationen prüfen, ob durch zentralisierte Strukturen die Effektivität der Strafverfolgung in diesem Deliktsfeld gesteigert werden kann. Wir werden prüfen, wie wir gemeinsam mit wissenschaftlicher Expertise Hürden identifizieren und senken können, die Opfer von der Erstattung einer Strafanzeige abhalten. Die Beiordnung psychosozialer Prozessbetreuung stellt ein wichtiges Hilfsangebot für Opfer schwerer Straftaten, insbesondere

Sexualstraftaten, dar. Wir werden uns dafür einsetzen, dass dieses Hilfsangebot noch mehr Akzeptanz und Bekanntheit erfährt.

Cybercrime

Um den staatlichen Schutzpflichten für die Interessen der Bürger:innen gerecht zu werden, ist eine Spezialisierung und fortlaufende Qualifizierung der Staatsanwaltschaften im Bereich der Bekämpfung der Cyberkriminalität erforderlich.

Wirtschaftskriminalität

Wirtschaftskriminalität untergräbt das Vertrauen der Bürger:innen in die soziale Marktwirtschaft und schädigt redliche Unternehmer:innen ebenso, wie Sozialversicherungsträger und öffentliche Haushalte. Die effektive Verfolgung und Ahndung dieser Delikte setzt eine angemessene und spezialisierte personelle und materielle Ausstattung der Strafverfolgungsbehörden, Fort- und Weiterbildungsangebote sowie moderne IT-Anwendungen voraus, die wir zur Verfügung stellen wollen. Gemeinsame Ermittlungsgruppen von Justiz, Polizei, Zoll und Steuerfahndung können – je nach Fallkonstellation – ein probates Mittel zur effektiven Strafverfolgung dieses Bereichs sein.

Jugendkriminalität

Den Erziehungsgedanken des Jugendstrafrechts stellen wir in den Mittelpunkt der Verfolgung von Jugenddelinquenz. Durch effektive Zusammenarbeit aller Akteur:innen des Jugendstrafverfahrens werden die Verfahren beschleunigt und die erforderlichen Maßnahmen können schnell und damit wirksam eingeleitet werden. Wir begrüßen daher, die bewährte Struktur der Häuser des Jugendrechts und streben – unter konsequenter Beachtung der richterlichen Unabhängigkeit – eine weitere Beschleunigung der Verfahren durch eine engere Kooperation mit den zuständigen Jugendrichter:innen an. Dort, wo aufgrund der regionalen Strukturen keine Häuser des Jugendrechts eingerichtet sind, werden wir die enge Zusammenarbeit der Beteiligten der Jugendverfahren weiter fördern und den weiteren Ausbau der Häuser des Jugendrechts in der Fläche prüfen. Um eine wohnortnahe Vollstreckung von Jugendarresten zu ermöglichen, werden wir prüfen, ob im nördlichen Rheinland-Pfalz Arrestplätze geschaffen werden können.

Bioethikkommission

Wir werden beim Justizministerium wieder eine Bioethikkommission einrichten.

Strafvollzug

Wir stehen für einen modernen und konsequent am Gedanken der Resozialisierung ausgerichteten Strafvollzug. Eine zentrale Bedeutung kommt dabei dem Übergangsmangement zu, welches wir – etwa durch eine verbesserte Kooperation mit der Bundesagentur für Arbeit – bereits deutlich gestärkt haben. Diesen Weg wollen wir fortsetzen. Unser Ziel ist, dass Strafgefangene zur Senkung der Rückfallquoten in geklärte Verhältnisse entlassen werden. Wir werden auch die Bedeutung des freiwilligen Arbeitens und des Sports im Justizvollzug stärken. Dazu streben wir unter anderem die Stärkung der Sportbeamt:innen an. Wo immer möglich, wollen wir im Rahmen des

Übergangsmagements darauf hinarbeiten, dass entlassene Gefangene auch örtliche Sportvereine in ihrem sozialen Empfangsraum finden und dort aufgenommen werden.

Um die vielfältigen und immer komplexer werdenden Aufgaben des Strafvollzugs erfüllen zu können, braucht es gut ausgebildetes und motiviertes Personal. Wir werden daher auch weiterhin für eine auskömmliche Personalausstattung für alle Bereiche des Vollzugs Sorge tragen. Wir werden die Ausbildungskapazitäten erhöhen und das Berufsbild attraktiver gestalten. Ferner werden wir die sachliche Ausstattung für die Mitarbeiter:innen in den Justizvollzugsanstalten noch stärker an ihren Bedürfnissen orientieren.

Der Strafvollzug ist aufgrund der Tatsache, dass Männer mehr als 90% der Gefangenen ausmachen, vorwiegend auf deren Interessen und Bedarfe ausgerichtet. Angebote für Frauen bestehen daher nur in wenigen Justizvollzugseinrichtungen und nicht in vergleichbarer Breite und Vielfalt. Das wollen wir ändern, um weiblichen Gefangenen die gleichen Behandlungs- und Bildungsangebote machen zu können, wie männlichen Gefangenen. Zugleich wollen wir der besonderen Situation von Müttern mit neugeborenen Kindern Rechnung tragen.

Wir streben den Aufbau einer zentralen geriatrischen Abteilung an.

Vor besondere Herausforderungen – gerade unter den Bedingungen der Pandemie – wird der Strafvollzug durch die Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafen gestellt. Daher werden wir Programme zur gemeinnützigen Arbeit zur Vermeidung von Ersatzfreiheitsstrafen, wie zum Beispiel „Schwitzen statt Sitzen“ fortführen und wo möglich ausbauen. Wir werden uns zudem auf Bundesebene dafür einsetzen, dass der Berechnungsmaßstab in § 43 Satz 2 StGB geändert wird, um Ersatzfreiheitsstrafen zu verkürzen.

Menschenrechtsverteidiger:innen

Den Einsatz für Menschenrechte wollen wir auch über die Grenzen von Rheinland-Pfalz hinaus unterstützen. Wir werden daher eine Initiative ergreifen, um internationale Menschenrechtsverteidiger:innen, die aufgrund ihres Engagements ihr Heimatland vorübergehend verlassen müssen, mit einem zeitlich begrenzten Stipendium zu unterstützen. Hierdurch können wir Stiftungsstipendiat:innen aus einer für sie lebensbedrohlichen Situation holen, sie stabilisieren und ihnen Zeit, Raum und Anerkennung für ihr politisches Engagement geben. Gleichzeitig können sie, unter dem Schutz des Grundgesetzes, ihren Einsatz für Menschenrechte fortsetzen, Kontakte knüpfen und schließlich mit internationaler Rückendeckung in ihre Heimatländer zurückzukehren.

Kommunen und Kommunalentwicklung

Gemeinsam mit unseren Kommunen wollen wir die Chancen des Veränderungsjahrzehnts nutzen. Starke Kommunen, in denen die Menschen in Rheinland-Pfalz umfassenden Zugang zu Bildung, Mobilität, gesundheitlicher und pflegerischer Versorgung, guten Arbeitsplätzen und einer leistungsstarken und verlässlichen digitalen Infrastruktur haben, sind dafür wichtige Veränderungstreiber. Wir werden gemeinsam mit unseren Kommunen dafür sorgen, dass die Menschen in Rheinland-Pfalz auch in Zukunft gut leben können.

Als bürgernahe und das Lebensumfeld prägende Verwaltungsebene sind den Kommunen die alltäglichen Aufgaben der örtlichen Gemeinschaft anvertraut. Kreise, Städte und Gemeinden sollen auf einem stabilen Fundament stehen. Hierzu muss die Stärkung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Kommunen ein Schwerpunkt im Landeshaushalt sein.

Das Konnexitätsprinzip ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Das Land Rheinland-Pfalz wird sich auf Bundesebene für eine dynamische und dauerhafte Beteiligung des Bundes an bundesgesetzlich verursachten kommunalen Aufgaben einsetzen, insbesondere im Bereich der Sozialgesetzgebung (Bundeskonnexität).

Der Kommunale Finanzausgleich ist das geeignete Instrument zur Unterstützung der Kommunen. Wir wollen einen bedarfsgerechten Kommunalen Finanzausgleich entwickeln, der sich klar an den Vorgaben des Verfassungsgerichtshofes orientiert. Der Dialog mit den Kommunen ist uns dabei sehr wichtig.

Wir werden die Effekte der Umstellung auf wiederkehrende Straßenausbaubeiträge insbesondere im Hinblick auf die Erhebungskosten betrachten.

Altschuldenabbau

Das Land wendet bereits seit Jahren erhebliche Mittel auf, um die Kommunen bei der Altschuldenproblematik zu unterstützen. Durch den Kommunalen Entschuldungsfonds (KEF-RP) und das Aktionsprogramm für kommunale Liquiditätskredite (Zinnsicherungsschirm und Bonusprogramm) stellt das Land eine Summe von jährlich knapp 190 Millionen Euro bereit. Von 2012 bis 2020 wurden rund 1,5 Milliarden Euro für Zins- und Tilgungshilfe für kommunale Liquiditätskredite zur Verfügung gestellt. Die bestehenden Landesprogramme werden noch bis 2025 (KEF-RP) bzw. bis 2029 (Aktionsprogramm) geführt.

Auf Bundesebene haben wir uns unter anderem auch in der Kommission Gleichwertige Lebensverhältnisse dafür eingesetzt, dass der Bund Mitverantwortung für die Lösung der kommunalen Altschuldenproblematik übernimmt. Eine Lösung blieb allerdings auf Bundesebene aus. Gerade in den aktuellen Zeiten wäre eine gemeinsame Kraftanstrengung von Bund und Ländern ein wichtiges Signal an die Kommunen gewesen. Die Koalitionsparteien setzen sich erneut auf Bundesebene für eine Beteiligung des Bundes ein. Die kommunale Altschuldenhilfe muss weiterhin auf der bundespolitischen Agenda bleiben. Im Rahmen der Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs wird das Thema der Altschulden der Kommunen ebenso in das Gesamtkonzept einbezogen und mitbehandelt werden.

Klimaschutz und kommunale Klimaschutzbeauftragte

Der Klimaschutz und die Folgen der Klimaerhitzung stellen unsere Kommunen für große Herausforderungen. Dafür wollen wir sie durch geeignete Förderprogramme und durch Veränderung der bestehenden Richtlinien dabei unterstützen, Maßnahmen für Klimaschutz und Klimafolgenanpassung umzusetzen. Hierbei nehmen die kommunalen Klimaschutzbeauftragten eine wichtige Rolle bei der Umsetzung des Klimaschutzes und der Prozesssteuerung wahr.

Kommunale Digitalisierungsbeauftragte

Die Digitalisierung schreitet in allen Bereichen unserer Gesellschaft mit schnellen Schritten voran. Unsere Kommunen stehen dabei vor erheblichen Herausforderungen. Hierbei nehmen die kommunalen Digitalisierungsbeauftragten eine wichtige Rolle bei der Umsetzung der Digitalisierung und IT-Steuerung wahr.

Digitale Ratssitzungen/kommunales Ehrenamt/Auskunftssperre

Ratssitzungen in Präsenz sind und bleiben ein wichtiges Element der Demokratie auf kommunaler Ebene. Um die Rahmenbedingungen für das kommunale Ehrenamt zu verbessern, werden wir die Möglichkeit von Beschlussfassungen im Rahmen digitaler Ratssitzungen auch nach der Pandemie ermöglichen. Dafür werden wir die Ergebnisse der Evaluation der wegen der Corona-Pandemie geschaffenen Vorschriften auswerten. Rechtssicherheit und Transparenz kommunaler Ratsarbeit sind hierbei zu berücksichtigen.

Die nächste Änderung der Gemeinde- und Landkreisordnung nehmen wir zum Anlass, um mit den kommunalen Spitzenverbänden über die Verbesserung der Rahmenbedingungen des kommunalen Ehrenamtes, beispielsweise im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Kommunalmandat, zu erzielen.

Unsere Demokratie lebt vom politischen Engagement. Die zunehmenden Anfeindungen und gewalttätigen Übergriffe gegenüber politisch aktiven Menschen beobachten wir mit großer Sorge. Wir wollen prüfen, wie wir diese Menschen besser schützen und wie wir im Hinblick auf den Schutz persönlicher Daten sicherstellen können, dass sie sich frei von Angst in den politischen Diskurs einbringen können. Deshalb werden wir prüfen, wie die rechtlichen Voraussetzungen für den Antrag auf Erteilung von Auskunftssperren mit Blick auf die persönlichen Daten von politisch aktiven Menschen gesenkt werden können und werden ggf. dazu auf Bundesebene aktiv werden.

Wissenschaftlich begleitete Modellprojekte für Jugendparlamente und -foren auf kommunaler Ebene

Um die Zukunft unserer Demokratie zu sichern, müssen wir die Jüngeren auch über die Ausweitung des Wahlrechts hinaus an demokratische Entscheidungsprozesse heranzuführen und ihnen im Rahmen der bestehenden demokratischen Institutionen mehr Möglichkeiten geben. Um hier gemeinsam mit den Jugendlichen die richtigen Beteiligungsformen zu finden, werden wir wissenschaftlich begleitete Modellprojekte für Jugendparlamente und -foren auf kommunaler Ebene durchführen. Die nächste Ände-

rung der Gemeindeordnung nehmen wir zum Anlass, um mit den kommunalen Spitzenverbänden eine stärkere Einbindung von Jugendlichen in die Kommunalpolitik zu erzielen. Hier werden wir auch in den Dialog mit Jugendvertreter:innen treten.

Kommunal- und Verwaltungsreform (KVR)

Die dringlichste Aufgabe unserer Kommunen liegt derzeit in der Bekämpfung der Pandemie und der Bewältigung der zum Teil noch nicht absehbaren Folgewirkungen. Dies erfordert eine enorme Kraftanstrengung und bindet erhebliche zeitliche wie personelle Ressourcen mit Blick auf die Weiterentwicklung einer modernen, digital vernetzten, bürgernahen und resilienten Kommunalverwaltung.

Die verbindliche Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes bis zum Jahresende 2022, der verstärkte Ausbau der Digitalisierung und die Einführung der kommunalen eAkte gehören in diesem Kontext ebenso zu den Themenschwerpunkten wie die Reform des Kommunalen Finanzausgleichs (KFA) und die Modellphase zur Intensivierung der interkommunalen Zusammenarbeit (IKZ) auf der Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte. Insbesondere die Digitalisierung wird den Kommunen wichtige Erkenntnisse dazu liefern, inwieweit durch IKZ Synergie-Effekte und eine Verbesserung der Effizienz kommunaler Strukturen erreicht werden können, ohne dass die Bürger:innennähe davon tangiert wird.

Die Ergebnisse der vorgenannten Vorhaben werden uns die strukturelle Entscheidungsgrundlage dafür liefern, das weitere Verfahren zur Fortführung der Kommunal- und Verwaltungsreform festlegen zu können.

Die umfangreichen Gutachten zur Kommunal- und Verwaltungsreform haben uns die Notwendigkeit einer weiteren Reform der Strukturen auf kommunaler Ebene deutlich aufgezeigt. Für uns gilt unverändert die Prämisse fort, dass wir Entscheidungen über die notwendige Weiterentwicklung der kommunalen Strukturen in einem breiten politischen Konsens im Parlament und mit den kommunalen Spitzenverbänden sowie auf Grundlage einer breit angelegten Bürgerbeteiligung treffen und umsetzen werden.

Lebenswerte und lebendige Dörfer und Städte

Rheinland-Pfalz ist durch seine starke kommunale Struktur geprägt. Unser Ziel sind zukunfts feste, lebenswerte und lebendige Dörfer und Städte, in ländlichen und urbanen Räumen. Wir wollen unsere Kommunen als Orte des sozialen Zusammenhalts, Orte der Lebensqualität und Orte des klimaneutralen Wirtschaftens weiterentwickeln. Hierbei legen wir ein Augenmerk auf Sicherheit, Nachhaltigkeit, Klimaschutz und wirtschaftliche Entwicklungschancen. Hierfür verfolgen wir einen integrierten Ansatz und setzen ein umfangreiches Maßnahmenpaket um:

Städtebauförderung/Dorferneuerung/I-Stock/Stadtdörfer

Die Fördermittel in den Investitionsprogrammen Städtebau, Dorferneuerung und Investitionsstock werden wir auf hohem Niveau halten und auch mit diesem Mittel Maßnahmen für den Klimaschutz und das nachhaltige Bauen unterstützen. Das Modellprojekt Stadtdörfer, mit dem Stadtteile mit dörflichem oder ländlichem Charakter gefördert werden, wollen wir verstetigen und zu einem landesweiten Programm ausbauen. Als regionale Konjunkturprogramme schaffen diese Förderprogramme Anreize für den Ausbau und Erhalt von Arbeitsplätzen.

Dorferneuerungsschwerpunkt: Grün im Dorf

Innerhalb der Dorferneuerung werden wir durch die Erhöhung des Fördermittelanteils einen deutlichen Schwerpunkt auf Maßnahmen der Dorfökologie sowie der Grün- und Freiraumgestaltung (Grün im Dorf) legen und damit Klimaschutz vor Ort und eine nachhaltige Stärkung der Lebensqualität gezielt fördern. Um dem Thema seinen notwendigen Stellenwert einzuräumen und auch die Bevölkerung noch stärker dafür zu sensibilisieren, werden wir das jährliche Sonder-Förderkontingent für unsere Kommunen mehr als verdoppeln.

Innenstadt-Impulse

Nicht nur der ländliche Raum, sondern auch unsere Innenstädte sind im Wandel. Die monatelangen pandemiebedingten Einschränkungen und der Strukturwandel stellen Handel und Kommunen vor große Herausforderungen. Mit dem Modellvorhaben „Innenstadt-Impulse“ und den Ansätzen aus dem Einzelhandels Gipfel setzen wir auf innovative Ideen, um die Stadtentwicklung voranzubringen. Nachdem im ersten Schritt die Oberzentren von diesem neuen Ansatz profitieren, werden wir auch die Mittelzentren in das Vorhaben einbeziehen. Die Grundzentren werden wir im Rahmen der bestehenden Programme weiter unterstützen.

Stadt.Land.Stark/Ressortübergreifender Ansatz

Da sich in unseren Kommunen die gesamte Lebenswirklichkeit der Menschen abspielt, gehen wir auch bei der Unterstützung durch das Land neue und umfassende Wege. Mit „Stadt.Land.Stark“ kombinieren wir ressortübergreifend die Themen der klassischen Kommunalförderung mit den Themengebieten Arbeit und Soziales sowie Wohnen und Bauen. So etablieren wir mit einem ganzheitlichen, integrierten Unterstützungsansatz Leuchttürme für das ländliche Leben.

Starke Kommunen – starkes Land/Zukunftsscheck Dorf/Kreisentwicklungskonzepte

Um auch über Verwaltungsgrenzen hinweg positive Entwicklungen auf regionaler Ebene anzustoßen, werden wir unsere Zukunftsinitiative „Starke Kommunen – starkes Land“ intensivieren. Das Format „Zukunftsscheck Dorf“ und das Instrument des Kreisentwicklungskonzepts führen wir fort.

Beratung der Kommune zu Fördermöglichkeiten Bund/EU/Land

Unseren Kommunen stehen eine Vielzahl von Fördertöpfen von EU, Bund und Land zur Verfügung. Wir wollen, dass sie diese Mittel möglichst effektiv abrufen und einsetzen können. Deshalb werden wir unser vorhandenes Beratungsangebot verbessern und sie dabei unterstützen Bundes- und EU-Fördermittel noch stärker in Anspruch zu nehmen.

Innen- vor Außenentwicklung

Am Grundsatz Innen- vor Außenentwicklung halten wir auch bei der Kommunalentwicklung fest. Wie werden prüfen, wie rechtliche Hürden für eine erfolgreiche Innenentwicklung gesenkt und Verfahren entbürokratisiert werden können.

Urbane Prävention und Sicherheit

Die urbane Kriminalprävention und damit die Sicherheit in unseren Städten haben für uns einen hohen Stellenwert. Deswegen wollen wir die Kriminalpräventiven Räte stärken, in denen Vertreter:innen der Kommunen, der Zivilgesellschaft und Polizei zusammenkommen. Wir wollen auch die Sicherheit und das Sicherheitsgefühl der Bürger:innen durch die Beseitigung möglicher „Angsträume“, entsprechend weiterentwickelte Abläufe bei der Planung und Durchführung von Großveranstaltungen sowie durch geeignete städtebauliche Maßnahmen weiter erhöhen. Hierbei spielt die Absicherung von belebten Plätzen, etwa durch technische, verkehrsplanerische oder gestalterische Maßnahmen, eine entscheidende Rolle. Die enge Einbindung der Bürger:innen ist uns auch in diesem Zusammenhang wichtig.

Wir werden in ausgewählten Kommunen die Erprobung und Umsetzung sinnvoller und zielgerichteter Maßnahmen unterstützen. Hierzu wird auch eine Qualifizierung der Planer:innen für die Belange der städtebaulichen Kriminalprävention und der Verantwortlichen in den Kommunen insbesondere zur Sicherung von Großveranstaltungen erfolgen.

Digitale Dörfer/Digitale Städte

Wir unterstützen Dörfer und Städte dabei, sich mit innovativen Ansätzen noch besser aufzustellen und so die Lebensqualität weiter zu erhöhen. So leisten wir auch einen Beitrag für eine ausgewogene demographische Entwicklung. Wir haben mit den „Digitalen Dörfern“ und unter anderem der Unterstützung für die „herzlich digitale Stadt“ Kaiserslautern wichtige Best-Praxis-Beispiele für Smart-City/Smart-Country geschaffen. Die Erfahrungen dieser Projekte wollen wir nun in die Fläche bringen und daher das „Netzwerk Digitale Dörfer RLP“ und das „Interkommunale Netzwerk Digitale Stadt“ nutzen, um den Wissenstransfer zu sichern.

Dorfläden/Dorfbüros/neue Konzepte für Dorfgemeinschaftshäuser als soziale Orte

Mit unserer Unterstützung für den Aufbau von Dorfläden und Dorfbüros sowie neuer Konzepte zur Nutzung und Gestaltung von Dorfgemeinschaftshäusern schaffen wir in unseren Kommunen soziale Orte, die den Zusammenhalt und die Attraktivität unserer Gemeinden weiter steigern. Mit den Dorfbüros bringen wir die neue Form des Arbeitens in einem Co-Working-Space auch aufs Land. Mit einem neuen Förderprogramm unterstützen wir die Kommunen, bei denen keine privaten oder gemeinnützigen Angebote vorhanden sind, beim Aufbau und der Umsetzung von Dorfbüros. Hiermit leisten wir einen Beitrag für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie für den Klimaschutz.

Entwicklungsagentur/Maker-Spaces

Unsere Kommunen werden von der Entwicklungsagentur als starkem Partner, insbesondere bei der Digitalisierung der Kommunen und zum Beispiel mit dem Modellprojekt zur Schaffung von „Maker-Spaces“ unterstützt.

Limes-Kommunen

Das Land unterstützt auch zukünftig die Limes-Kommunen u.a. mit Mitteln der Dorferneuerung beim Erhalt des Welterbes und bei der kommunalen Entwicklung. Die Entwicklungsagentur Rheinland-Pfalz und die Generaldirektion Kulturelles Erbe Rheinland-Pfalz tauschen sich regelmäßig mit Limes-Kommunen und regionalen Organisationen in Schottland, England und Österreich zu Fragen der Kommunalentwicklung im Zusammenhang mit der Limes-Welterbestätte aus.

BUGA 2029

Die Bundesgartenschau 2029 im Welterbe Oberes Mittelrheintal soll wichtige Impulse zur Fortentwicklung der Region und des Tourismus geben. Das Land unterstützt die BUGA-Kommunen als starker Partner. Dabei begrüßen wir, dass die BUGA 2029 an den Klimazielen der Landesregierung ausgerichtet wird.

Unterstützung der Stationierungs-Kommunen

Mit der US-Präsenz in Rheinland-Pfalz geht die besondere Verantwortung und Chance einher, das transatlantische Verhältnis genauso wie das deutsch-amerikanische Zusammenleben in unseren Kommunen positiv zu gestalten. Vor diesem Hintergrund werden wir uns weiterhin selbstbewusst in den transatlantischen Dialog einbringen und Maßnahmen wie das WiR!-Programm zur Förderung eines aktiven deutsch-amerikanischen Gemeindelebens im Umfeld der US-Standorte weiterentwickeln.

Landesentwicklung

Landesentwicklungsprogramm (LEP V)

Um unser Landesentwicklungsprogramm mit Blick auf die Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte weiterzuentwickeln, beginnen wir in dieser Legislaturperiode die Aufstellung des LEP V.

Mit dem LEP wollen wir einen Beitrag für eine digitale, ökologische, klimaneutrale und wirtschaftlich erfolgreiche, soziale und moderne Zukunft unseres Landes erarbeiten, in der das Leben auf dem Land und in den Städten durch gute Lebensverhältnisse und eine hohe Lebensqualität geprägt ist. Wir sind überzeugt, dass die Vorschläge und Beiträge aus unterschiedlichen Bereichen unserer Gesellschaft zu diesem Ziel beitragen werden.

Wir werden die Aufstellung des neuen Landesentwicklungsprogramms durch eine Konzeptionsphase mit einer breiten Beteiligung der Wissenschaft, der Kommunen, der Kammern und Verbände und der Öffentlichkeit vorbereiten.

Handlungsfelder, denen wir in diesem Prozess eine besondere Aufmerksamkeit widmen wollen sind unter anderem das bezahlbare Wohnen, die Klimafolgenanpassung, die Sicherung, Steuerung und Weiterentwicklung der Versorgungsinfrastruktur, die nachhaltige Flächennutzung, der Schutz und die ökologische Aufwertung von Freiräumen, der Schutz und die Schaffung klimaökologischer Ausgleichsräume, eine moderne vernetzte Mobilität und der Erhalt des Landes als Industrie- und Wirtschaftsstandort.

Vermessungs- und Katasterverwaltung

Die Vermessungs- und Katasterverwaltung hat in den vergangenen Jahren die Chancen der Digitalisierung genutzt, um sich zu einer hochmodernen Verwaltung zu entwickeln. Wir wollen, dass dieser Weg konsequent fortgesetzt wird, um die Arbeitsprozesse im Sinne einer bürger:innennahen und wirtschaftsorientierten Verwaltung bei gleichbleibender Servicequalität weiter zu optimieren.

Feiertagsgesetz

Wir wollen die bestehenden Regelungen im Feiertagsgesetz zeitgemäß weiterentwickeln, um die individuellen Freiheiten der Bürger:innen mit dem verfassungsrechtlich geschützten Sonn- und Feiertagsschutz in Einklang zu bringen.

Glücksspielgesetz

Die Koalitionspartner halten daran fest, dass sich die Standorte der Spielhallen, wie 2012 gesetzlich verankert, reduzieren. Für die bestehenden Spielhallen, welche die 500m-Abstandsregel aktuell nicht einhalten, soll es im Hinblick auf die pandemiebedingten Auswirkungen auf die kommunalen Haushalte und den Arbeitsmarkt eine letztmalige Übergangsphase von sieben Jahren geben. Dabei werden wir Auflagen, Qualifizierungsanforderungen und eine Verbesserung der Situation der Suchtbekämpfung vorsehen.

Haushalt und Finanzen

Wir stehen für eine verantwortungsvolle Haushaltspolitik, die künftige Generationen in den Blick nimmt. Der konsequente Konsolidierungspfad der vergangenen Jahre hat die Grundlage dafür geschaffen, dass wir den Herausforderungen der Corona-Pandemie entschlossen begegnen können. Wir werden auch in Zukunft eine Haushaltspolitik gestalten, die Investitionen in die Zukunft unseres Landes ermöglicht und gleichzeitig finanzielle Spielräume für unsere nachfolgenden Generationen erhält.

Haushaltspolitik

Die konsequente Haushaltspolitik der Ampelkoalition der letzten Jahre führte zu Überschüssen im Landeshaushalt. Unsere Politik hat es ermöglicht, die fiskalischen Herausforderungen des Klimawandels und der Corona-Pandemie im Land entschlossen und zielstrebig anzugehen und gleichzeitig gezielte Impulse für die Zukunft zu setzen. Wir werden die verantwortungsvolle Haushaltspolitik fortsetzen und dabei die verfassungsrechtlichen Vorgaben einhalten.

Die Herausforderungen des Klimawandels und der Corona-Pandemie werden die Rahmenbedingungen für den Landeshaushalt in den kommenden Jahren spürbar belasten. Die Steuereinnahmen werden mittelfristig deutlich hinter den Erwartungen vor der Pandemie zurückbleiben. Dies schränkt die Spielräume auf der Ausgabenseite kommender Landeshaushalte erheblich ein.

Wir brauchen deshalb weiterhin eine konsequente Begrenzung und Priorisierung der Ausgaben des Landes. Angesichts der unsicheren Haushaltslage stehen alle in diesem Koalitionsvertrag vereinbarten Vorhaben unter einem Finanzierungsvorbehalt. Neue Maßnahmen lassen sich nur umsetzen, wenn die dazu notwendigen Mittel durch strukturelle Entlastungen des Haushalts erwirtschaftet werden. Möglichkeiten der Gegenfinanzierung durch strukturell wirksame Einsparungen in anderen Bereichen werden wir nutzen. Bereiche, in denen vorübergehend mehr Mittel benötigt werden, werden wir fortlaufend daraufhin überprüfen, ob die angestrebten Ziele erreicht werden und ob der Umfang der Mittel weiter notwendig ist.

Nur eine konsequente Ausgabendisziplin ermöglicht die Schaffung finanzieller Gestaltungsräume, um die bevorstehenden Herausforderungen zielgerichtet in den Blick nehmen zu können und zukunftsweisende Schwerpunkte zu setzen. Wir wollen die Investitionsquote des Landes auf hohem Niveau fortführen. Wir gehen bestehende gesellschaftliche und wirtschaftliche Herausforderungen der kommenden Jahre an und legen einen Schwerpunkt auf die Förderung und aktive Gestaltung laufender Transformationsprozesse in den Bereichen, Bildung, Klimaschutz, Wirtschafts- und Arbeitswelt, Digitalisierung und Stärkung der Infrastruktur. Aus dem Sondervermögen „Nachhaltige Bewältigung der Corona-Pandemie“ können – gemäß der Zielsetzung, zur Planungssicherheit von Haushalten und Unternehmen beizutragen – noch bis zum Jahr 2023 Corona-bedingte investive Ausgaben geleistet werden. Damit wollen wir konjunkturstabilisierende und zugleich nachhaltige Investitionen in Zukunftstechnologien, Infrastruktur und Klimaschutz fortsetzen.

Vor dem Hintergrund der Unsicherheit über den Verlauf der Pandemie und deren Folgen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung sowie angesichts der Notwendigkeit der

Reform des Kommunalen Finanzausgleichs wird die Koalition für das Jahr 2022 einen Einjahreshaushalt und für die Folgejahre wieder Doppelhaushalte vorlegen.

Eine aktiv gestaltende Landesverwaltung lebt vom Engagement vieler kompetenter Mitarbeiter:innen. Wir wollen eine handlungsstarke Landesverwaltung, die mit ihren Ressourcen viel erreicht. Die Landesverwaltung verfügt über eine starke Personalausstattung. Aufgabenkritik, technische Innovation, fortlaufende Qualifizierung und organisatorische Optimierung werden genutzt, um die aktuellen Herausforderungen mit einem weitgehend konstanten Personalbestand zu bewältigen. Personalzuwächse sind nur bei deutlicher Veränderung von Aufgaben oder Hinzutreten neuer Aufgaben ausnahmsweise möglich.

Neben der Begrenzung der Ausgaben ist eine stabile Einnahmehasis die Voraussetzung für solide öffentliche Haushalte und einen handlungsfähigen Staat. Bei der Beurteilung steuerpolitischer Initiativen auf Bundesebene stellen die Auswirkungen auf die Einnahmeseite des Landeshaushalts für uns ein wesentliches Kriterium dar. Wir werden uns in Verhandlungen mit dem Bund weiter für eine dauerhafte bedarfsgerechte und nicht an Bedingungen geknüpfte Finanzierung von Landesaufgaben starkmachen.

Das Land wird weitere geeignete Flächen im Landeseigentum als Standorte zur Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien verpachten, um zum Gelingen der Energiewende und zum Erreichen der Klimaschutzziele beizutragen. Dies betrifft auch geeignete Standorte für Windenergieanlagen in Staatsforsten.

Nachhaltige Finanzpolitik

Wir verstehen Klimaschutzpolitik als Querschnittsaufgabe, um unsere natürlichen, wirtschaftlichen und sozialen Lebensgrundlagen zu schützen. Hiervon ausgehend wollen wir auch im Bereich der Finanzpolitik weiter sichtbare Zeichen setzen und die Finanzpolitik des Landes neben ökonomischen Kriterien stärker auch an Kriterien der Nachhaltigkeit und des Klimaschutzes ausrichten. Die im Jahr 2020 beschlossene Richtlinie für die Anlage der Mittel des Sondervermögens „Versorgungsrücklage des Landes“ stellt sicher, dass sich die Neuanlage der Mittel zukünftig stärker an dem Gedanken der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit ausrichtet. Wir werden auf die Weiterentwicklung des Anwendungsbereichs dieser Kriterien hinwirken und wollen mittelfristig sicherstellen, dass weitere Vermögensanlagen des Landes solchen Aspekten der Nachhaltigkeit entsprechen.

Wir werden auch prüfen, ob bei der Kreditaufnahme nachhaltige und klimafreundliche Formen der Refinanzierung durch das Land eingesetzt werden können.

Wir werden eine Berichterstattung über fiskalische Nachhaltigkeit in die mittelfristige Finanzplanung des Landes aufnehmen.

Steuerpolitik

Zur Bewältigung der Krisenfolgen in den öffentlichen Haushalten ist – neben einer Begrenzung der staatlichen Ausgaben – die Sicherung der Einnahmehasis erforderlich. Angesichts der Belastung der öffentlichen Haushalte durch die Corona-Krise ist eine gerechte steuerliche Lastenverteilung weiterhin ein vordringliches Ziel.

In diesem Zusammenhang muss auch verhindert werden, dass missbräuchliche Gewinnverlagerungen in das Ausland das deutsche Steueraufkommen mindern. Um diesem Ziel Rechnung zu tragen, wurde eine gesetzliche Auskunftsspflicht für grenzüberschreitende Steuergestaltungen geschaffen, bei deren Umsetzung der Bund und die Länder zusammenarbeiten. Wir werden uns in diesen Prozess weiter einbringen und auch damit einen Beitrag zu mehr Steuergerechtigkeit leisten.

Zur Steuergerechtigkeit gehört für uns auch, dass bisher unbesteuerte Aktivitäten großer Konzerne im Digitalbereich in die Besteuerung einbezogen werden.

Steuermisbrauch und Steuerhinterziehung ist auf allen Gebieten entschieden entgegenzutreten. Wir werden deshalb nach wie vor besonderen Wert darauflegen, dass die Betriebsprüfung und die Steuerfahndung gut aufgestellt sind.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass Kapitalgesellschaften nicht länger durch sogenannte „Share deals“ mithilfe künstlicher, alleine auf die Steuergestaltung ausgerichteter Konstruktionen die Grunderwerbsteuer vermeiden können.

Wir setzen uns für das Ziel ein, die Unternehmen in Rheinland-Pfalz durch günstige Rahmenbedingungen im Wettbewerb zu stärken. Vor allem eine zeitnahe Betriebsprüfung soll für die Unternehmen Planungssicherheit schaffen. Auch die Zusammenarbeit unserer Steuerverwaltung mit dem Fiskus anderer Staaten wollen wir vorantreiben.

Die Grundsteuer ist eine Steuer, von der fast alle Bürger:innen betroffen sind. Wir werden weiter die erforderlichen Schritte unternehmen, um die Grundsteuerreform nach dem bundesgesetzlich vorgesehenen Modell für die Steuerverwaltung effizient und für die Bürger:innen schonend umzusetzen; dazu gehört die Teilnahme an der Erarbeitung der entsprechenden automationstechnischen Grundlagen zusammen mit den übrigen Ländern. Die Kommunen sollen rechtzeitig in die Lage versetzt werden, ihre Hebesätze anzupassen, um eine insgesamt aufkommensneutrale Reform sicherzustellen.

Zeitgemäße Steuerverwaltung

Die Erfüllung der staatlichen Aufgaben ist nur mit einer handlungsfähigen Einnahmeverwaltung möglich. Die Steuerverwaltung hat die pandemiebedingten Herausforderungen angenommen und leistet einen wesentlichen Beitrag zu deren gesamtgesellschaftlicher Bewältigung.

Die Steuerverwaltung hilft in der Pandemie, die wirtschaftlichen Belastungen für die betroffenen Unternehmen sowie Bürger:innen abzufedern, insbesondere durch die schnelle und unbürokratische Bearbeitung einer Vielzahl von Anträgen auf Steuerstundungen oder Herabsetzung und Zurückzahlung von Steuervorauszahlungen. Sie ist trotz aller kontaktbeschränkenden Maßnahmen zum Gesundheitsschutz für die Bürger:innen stets erreichbar und hat zur Bewahrung der eigenen Funktionsfähigkeit ihre besondere Flexibilität unter Beweis gestellt.

Die Erfahrungen und Erkenntnisse dieser Krise gilt es nunmehr zu nutzen, um die Möglichkeiten flexibler und moderner Arbeitsformen in einer digitalisierten Arbeitswelt weiter auszubauen. Dabei kommt dem länderübergreifenden Automations-Projekt KONSENS, das wir auch weiterhin mit Nachdruck unterstützen werden, eine große

Bedeutung zu. Dabei wollen wir auch auf eine bürger:innenfreundliche Sprache achten. Denn nur, wer die Entscheidungen der Steuerverwaltung versteht, kann diese auch akzeptieren. Steuerakzeptanz aber ist ein wichtiger Bestandteil der Steuergerechtigkeit.

Beteiligungen des Landes

Landesbeteiligungen müssen transparent geführt werden und kostenbewusst agieren. Wir legen Wert auf die parlamentarische Kontrolle der Landesbeteiligungen und wollen diese weiterentwickeln. Wir werden dafür den Public Corporate Governance Kodex (PCGK) des Landes Rheinland-Pfalz überarbeiten und an die aktuellen Erfordernisse anpassen. Darüber hinaus soll geprüft werden, einen jährlichen Nachhaltigkeitsbericht auch für die Landesbetriebe – in Anforderungen und Ausgestaltung proportional zu Tätigkeit und Größe der jeweiligen Landesgesellschaft – verbindlich einzuführen.

Die Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) hat insbesondere durch die Bearbeitung vielfältiger Corona-Hilfsprogramme in herausragender Weise dazu beigetragen, die Folgen der Pandemie in Rheinland-Pfalz zu bewältigen. Wir werden die ISB weiter zum zentralen Förderinstitut des Landes Rheinland-Pfalz ausbauen. In diesem Zusammenhang werden wir auch prüfen, ob die Wiederaufbaukasse in die ISB überführt werden kann. Wir wollen zudem den Einsatz von Wagniskapital bei mittelständischen und forschungsintensiven Unternehmen verstärkt fördern.

Wir bekennen uns ausdrücklich zum Lotteriemonopol, mit dem eine Steuerung des Spielverhaltens und damit eine effektive Suchtprävention ermöglicht wird. Vor diesem Hintergrund sind auch die im neuen Glückspielstaatsvertrag vorgesehenen weitergehenden Möglichkeiten zu beurteilen. Wir werden daher auf Grundlage einer umfassenden Prüfung entscheiden, ob und gegebenenfalls in welcher Form diese Möglichkeiten auch in Rheinland-Pfalz umgesetzt werden sollen.

Das Land Rheinland-Pfalz – ein moderner, attraktiver und vielfältiger Arbeitgeber

Attraktivität des öffentlichen Dienstes steigern

Die rheinland-pfälzischen Beamt:innen und die Tarifbeschäftigten im Öffentlichen Dienst sind eine grundlegende Stütze unseres Gemeinwesens. Eine engagierte und leistungsfähige Verwaltung ist die Voraussetzung für einen handlungsfähigen Staat, der für gute und verlässliche Strukturen des Zusammenlebens im Sinne aller Menschen sorgt.

Wir stehen dafür ein, dass das Land Rheinland-Pfalz ein guter und attraktiver Arbeitgeber bleibt und auch in Zukunft im Wettbewerb um die besten Köpfe bestehen kann. Dies betrifft eine angemessene Bezahlung ebenso wie gute Arbeitsbedingungen für die Bediensteten des Landes. Wir streben im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten an, die Tarifabschlüsse der Tarifgemeinschaft der Länder für die Beschäftigten des Landes auch für die Beamt:innen sowie die Versorgungsempfänger:innen zu übernehmen.

Arbeitgebermarke aufbauen

Die rheinland-pfälzische Landesverwaltung ist ein moderner, attraktiver und krisensicherer Arbeitgeber mit vielfältigen beruflichen Betätigungsfeldern. Diese Vorteile des öffentlichen Dienstes wollen wir stärker herausstellen. Wir wollen eine Arbeitgebermarke konzipieren, in der sich sämtliche Fachbereiche unter dem Arbeitgeber Landesverwaltung wiederfinden.

Bewerbungsprozess beschleunigen

Das Karriereportal Rheinland-Pfalz werden wir in diesem Zusammenhang modernisieren und elektronische Personalgewinnung ermöglichen. Wir wollen dadurch den Bewerbungsprozess vereinfachen und beschleunigen. Dies ist eine wesentliche Voraussetzung im Wettbewerb um die besten Köpfe.

Duale Studiengänge einrichten

Die Verwaltung steht vor der Herausforderung, ihren Bedarf insbesondere an Digitalisierungs- und IT-Kompetenzen zu decken. Mit neuen dualen Studiengängen und einer engen Kooperation mit rheinland-pfälzischen Hochschulen wollen wir dem wachsenden Bedarf an qualifizierten Nachwuchskräften im technischen und naturwissenschaftlichen Verwaltungsdienst noch besser Rechnung tragen.

Gute Arbeitsbedingungen und individuelle Entwicklung

Eine leistungsfähige Verwaltung braucht leistungsfähiges Personal. Gute Arbeitsbedingungen stehen daher für uns im Zentrum. Wir wollen eine lebensphasenorientierte Personalpolitik fördern und dadurch Anreize für einen längeren Verbleib im öffentlichen Dienst setzen. Wir ermöglichen die individuelle Entwicklung und Entfaltung unserer Mitarbeitenden. Mit gezielten Fort- und Weiterbildungsangeboten wollen wir sie in ihrem beruflichen Fortkommen weiter unterstützen. Wir fördern die Kultur des lebenslangen Lernens. Mit individuellen Personalentwicklungsmaßnahmen wollen wir unsere

Bediensteten zu einer möglichst vielfältigen Einsatz- und Verwendungsbreite befähigen. Hierzu wollen wir Fortbildungsbeauftragte als Teil der jeweiligen Personalverwaltung etablieren, die unseren Bediensteten passgenaue Fort- und Weiterbildungsangebote empfehlen können.

Öffentliche Träger der Fort- und Weiterbildung – wie z.B. die Kommunalakademie Rheinland-Pfalz, die Hochschule für öffentliche Verwaltung oder die Volkshochschulen – haben bei der beruflichen Fort- und Weiterbildung für uns einen hohen Stellenwert. Mitarbeitende und Führungskräfte der Landesverwaltung können bereits jetzt deren Angebote in Anspruch nehmen. Diese Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten wollen wir weiter ausbauen, um motivierte Leistungsträger in der Verwaltung zu halten.

Wir fördern Kreativität und Innovation. Innovation findet vor allem dort statt, wo unterschiedliche Ideen, Perspektiven und Expertisen aufeinandertreffen. Voraussetzungen hierfür sind eine positive Fehlerkultur, Vertrauen und Wertschätzung.

Dienstrad-Leasing

Wir wollen für Bedienstete der Landesverwaltung ein Dienstrad-Leasing einführen und hierfür die Möglichkeit zur Entgeltumwandlung für die Mitarbeiter:innen schaffen. Sofern die Tarifvertragsparteien in der anstehenden Lohnrunde eine entsprechende Regelung für den Bereich der Tarifbeschäftigten vereinbaren, wollen wir diese zeitnah umsetzen.

Gleichberechtigung von Frauen im öffentlichen Dienst

Dem öffentlichen Dienst kommt mit Blick auf die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen im Berufsleben eine besondere Vorbildfunktion zu. Daher setzen wir in allen Ressorts der Landesregierung und bei allen politischen, normgebenden und verwaltenden Maßnahmen das Prinzip der Geschlechtergerechtigkeit um. Wir streben landesweit eine paritätische Verteilung der Führungspositionen in der Landesverwaltung an. Das erfolgreiche Mentoring-Programm „Mehr Frauen an die Spitze!“ führen wir fort und wollen mit Blick auf eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf insbesondere das Instrument des „Job-Sharing“ in der rheinland-pfälzischen Landesverwaltung erweitern und auch für Führungspositionen attraktiv weiterentwickeln.

Bei der Besetzung von Aufsichtsgremien und Vorständen in landeseigenen Unternehmen und Unternehmen mit Landesbeteiligung setzen wir unsere Bemühungen für eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen fort. Mit einem Anteil von über 31% haben wir bereits viel erreicht. Das erklärte Ziel bleibt die Parität. Bei allen Positionen, die landesseitig besetzt werden, verpflichtet sich das Land zu einer paritätischen Entsendung/Benennung.

Betriebliches Gesundheitsmanagement forcieren

Die Gesundheit unserer Bediensteten liegt uns am Herzen. Einen besonderen Stellenwert hat hierbei das systematische betriebliche Gesundheitsmanagement, das insbesondere mit präventiven Maßnahmen zum Wohl unserer Mitarbeitenden beiträgt.

Digitalisierungskompetenz

Die Digitalisierung der Verwaltung erfordert neue und veränderte Kompetenzen in allen Aufgabenbereichen: Wir werden sicherstellen, dass unsere Bediensteten über die nötigen Anwender:innen-Kompetenzen für neue Applikationen verfügen. Führungskräfte brauchen Gestaltungskompetenzen, um die Digitalisierungspotenziale auf den eigenen Aufgabenbereich zu übertragen. Wir werden unseren Bediensteten die Fähigkeiten und Fertigkeiten vermitteln, die sie in der digitalen Verwaltung benötigen. Für uns steht bei der Digitalisierung nicht die Technik, sondern der Mensch im Mittelpunkt.

Wir wollen außerdem den Service für die Mitarbeitenden der Landesverwaltung ausbauen und weitere digitale Angebote im Bereich der „Employee-Self Services“ in die Wege leiten.

Flexible Arbeitszeitmodelle und Homeoffice ausbauen

Flexible Arbeitszeitmodelle und mobiles Arbeiten haben sich bewährt und sind fester Bestandteil unserer familienfreundlichen Personalpolitik. Wir werden unsere modernen und innovativen Arbeitszeitmodelle in der Landesverwaltung weiter ausbauen. Wir wollen überall dort, wo dies mit den dienstlichen Belangen vereinbar ist, Arbeiten auch im „Homeoffice“ ermöglichen. Wir wollen langfristige Arbeitszeitkonten einführen, um den Mitarbeitenden eine höhere Arbeitszeitsouveränität zu garantieren und die Lebensarbeitszeit insgesamt flexibler zu gestalten. Damit bieten wir attraktive Lösungen, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, insbesondere bei der Kinderbetreuung sowie der Pflege naher Angehöriger weiter zu verbessern.

Auch im Homeoffice muss es eine Unterscheidung zwischen Arbeitszeiten und Ruhezeiten geben und Homeoffice oder mobiles Arbeiten können einen festen Arbeitsplatz nur ergänzen. Die Arbeitszeiten müssen vollständig erfasst werden und es muss ein Recht auf Nichterreichbarkeit geben.

Organisation zentraler Dienste

Es wurden erste Schritte für ein zentrales Fuhrparkmanagement beim Landesbetrieb Mobilität eingeleitet, das eine effizientere Nutzung der Dienstfahrzeuge gewährleistet. Wir streben die Verankerung weiterer ökologischer Elemente in diesem Rahmen an. Ein Großteil der Dienstwagen der Landesbehörden und nachgeordneter Behörden soll soweit möglich auf E-Mobilität umgestellt werden. Parallel dazu muss der Ausbau der Ladeinfrastruktur für E-Fahrzeuge im Bereich der jeweiligen Dienststellen erfolgen. Die Corona-Krise hat ein stärkeres Gewicht digitaler Formen des Arbeitens und der Zusammenarbeit mit sich gebracht. Wir begreifen diese Entwicklung als ökonomische und ökologische Chance, eine dauerhafte Reduzierung der Reisekosten und der Anzahl der vom Land auf allen Verwaltungsebenen gehaltenen Fahrzeuge zu prüfen.

Landespersonalvertretungsgesetz

Wir planen – auch im Hinblick auf die weiter fortschreitende Digitalisierung der Arbeitswelt – eine Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes. Ebenso werden wir prüfen, wie das Dienstrecht entbürokratisiert werden kann.

Verbraucher:innenschutz

Auch im Verbraucher:innenschutz stehen wir vor einem Veränderungsjahrzehnt. Globalisierung und Digitalisierung stellen Verbraucher:innen vor neue Herausforderungen. Auf den schnellen Wandel im Bereich digitaler Geschäftsmodelle wollen wir mit Initiativen für stärkeren Verbraucherschutz reagieren. Uns allen kommt mit unseren Konsumentenscheidungen in einer Zeit des Klimawandels und globaler Ungleichheiten eine zentrale Rolle beim nachhaltigen Konsum zu – wir wollen die Rechte der Verbraucher:innen weiter stärken und schützen. Verbraucher:innen haben ein Recht auf verlässliche, glaubwürdige und verständliche Informationen, die ihnen eine Orientierungshilfe und echte Wahlfreiheit bieten.

Für einen starken Verbraucher:innenschutz

Für die Umsetzung eines wirksamen Verbraucher:innenschutzes wird auch in Zukunft die gute Arbeit der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz von entscheidender Bedeutung sein. Sie steht den Verbraucher:innen zuverlässig mit Rat und Tat zur Seite. Die langjährigen Projektfinanzierungen „Digitaler Verbraucherschutz“ und „Finanzdienstleistungen“ wollen wir verstetigen. Wir wollen die Verbraucherzentrale bei dem Ausbau der digitalen Informations- und Beratungsangebote unterstützen.

In Kooperation mit der Verbraucherzentrale wollen wir die digitale Beratung und die Beratung in Bezug auf Aspekte der Nachhaltigkeit verstärken und die Marktbeobachtung mit einem nächsten Schwerpunkt beim Thema Ernährung und Gesundheit ausbauen. Ein weiterer wichtiger Teil unserer Verbraucherpolitik ist es, faire Akteur:innen am Markt zu stärken. Auch deshalb wollen wir eine transparente Preisgestaltung erreichen, damit Verbraucher:innen vor Täuschungen von Marktteilnehmer:innen geschützt werden.

Wir setzen uns für starke Verbraucherrechte ein, damit Verbraucher:innen auf Augenhöhe am Markt teilnehmen können und vor unseriösen Praktiken effektiv geschützt sind. Das nutzt auch der großen Mehrheit der seriösen Unternehmen.

Verbraucher:innenschutz für eine nachhaltige und soziale Gesellschaft

Mit unserer Verbraucher:innenpolitik wollen wir auch die Nachhaltigkeit fördern. Daher werden wir Maßnahmen zur Förderung eines nachhaltigen Konsums ergreifen. Die oft ehrenamtlich betriebenen Repair-Cafés wollen wir in ihrer Arbeit unterstützen. „Energiearmut“ ist eine gesellschaftliche Herausforderung. Wir wollen einen besseren Schutz einkommensschwacher Haushalte hiervoor erreichen. Die Verbraucherzentrale sehen wir als wichtige Partnerin bei der Beratung, auch bei Problemen mit Mietverhältnissen und Nebenkostenabrechnungen.

Für starke Verbraucher:innenrechte auch auf der Bundes- und Europaebene

Wesentliche Regelungen des Verbraucher:innenschutzes finden auf der Bundes- und auf der europäischen Ebene statt. Wir setzen uns dafür ein, dass Verbraucher:innen vor untergeschobenen Verträgen geschützt werden, telefonisch angebotene Verträge in Textform bestätigt werden müssen und automatische Vertragsverlängerungen deutlich begrenzt werden.

Im weiten Bereich des digitalen Lebens setzen wir uns dafür ein, dass die Verbraucher:innenrechte nicht unter die Räder kommen und z.B. ein klarer Rechtsrahmen für den Einsatz von Algorithmen geschaffen wird, der für Transparenz sorgt und Diskriminierungen verhindert. Verbraucher:innen müssen wissen können, was mit ihren Daten im Netz passiert.

6. Grundsätze der Zusammenarbeit und Vereinbarungen

Landtag und Bundesrat, Zusammenarbeit

Unser Koalitionsvertrag gilt für die gesamte Dauer der 18. Legislaturperiode. Die Koalitionspartner verpflichten sich, diese Vereinbarung im Regierungshandeln umzusetzen. Die Partner tragen für die gesamte Politik der Koalition für das Land gemeinsam Verantwortung. Es wird ein Koalitionsausschuss gebildet, der regelmäßig tagt.

Zusammenarbeit im Landtag

Die Koalitionspartner SPD, BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN und FDP werden ihre Arbeit im Landtag und in der Landesregierung laufend und umfassend miteinander abstimmen und zu Verfahrens-, Sach- und Personalfragen Konsens herstellen. Die Koalitionspartner vereinbaren, dass im Landtag und in allen von ihm beschickten Gremien nicht mit wechselnden Mehrheiten abgestimmt wird. Das gilt auch für Fragen, die nicht Gegenstand der vereinbarten Politik sind. Die Gewissensentscheidung der bzw. des einzelnen Abgeordneten nach Artikel 79 der Verfassung von Rheinland-Pfalz bleibt davon unberührt.

Zur Abstimmung über die parlamentarische Zusammenarbeit setzen die Koalitionspartner den bewährten, engen und regelmäßigen Informationsaustausch miteinander fort. Die Koalitionspartner vereinbaren, Verfahren und Arbeit im Landtag einvernehmlich zu gestalten. Anträge, Gesetzesinitiativen und Anfragen auf Fraktionsebene werden gemeinsam eingebracht. Im Ausnahmefall können Anfragen auf Fraktionsebene von einem Partner allein eingebracht werden. Dann erfolgt dies im gegenseitigen Einvernehmen.

Landtag als Ort der gelebten Demokratie weiter stärken

Mit einer Reihe von Initiativen wollen wir unsere demokratische Kultur im gesellschaftlichen Alltag erlebbarer machen. Wir wollen die Steinhalle des Landesmuseums zu einem Ort der Demokratie und der politischen Bildung machen. Diesen Prozess werden wir in geeigneter Weise parlamentarisch begleiten und dabei auch modellhaft neue Beteiligungsformate testen wie beispielsweise Bürgerräte oder andere deliberative Ansätze.

Stärkung der Gedenkarbeit und Erinnerungskultur

Zum Kampf gegen Antisemitismus und Rassismus gehört eine starke Gedenkarbeit und Erinnerungskultur. Dem Landtag kommt hier eine besondere Chance und Verantwortung zu, nicht nur, weil er die vielfältigen haupt- und ehrenamtlichen Initiativen vernetzt und koordiniert, sondern auch, weil er für demokratische Grundwerte und Menschenrechte einsteht und diese aktiv in die Gesellschaft vermittelt. Aufbauend auf dem gemeinsamen Zusammenwirken der vielfältigen lokalen, regionalen und überregionalen gesellschaftlichen Kräfte in Rheinland-Pfalz und den Erkenntnissen aus Gedenkveranstaltungen des Landtags wollen wir das Konzept der Gedenkarbeit unter Einbeziehung der maßgeblichen Akteure wie auch der Partnerregionen grenzüberschreitend fortentwickeln.

Kinderfreundlicher Landtag

Kinder sind im Landtag Rheinland-Pfalz ausdrücklich willkommen. Wir werden die im Landtag bereits geschaffenen Rahmenbedingungen für Kinderfreundlichkeit und für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowohl für Abgeordnete als auch für Mitarbeitende, weitere Beteiligte und die Gäste des Parlaments kontinuierlich weiter verbessern. Dazu gehören zum Beispiel Wickel- und Stillmöglichkeiten und Eltern/Kind-Räume im Abgeordnetenhaus und im Deutschhaus.

Klimaneutraler Landtag

Entsprechend den Zielen der Landesregierung strebt der Landtag Klimaneutralität bis spätestens 2030 an. Die Koalitionspartner sind sich einig darüber, dass die Landesregierung Wege finden soll, wie die Mitarbeitenden der Fraktionen am Jobticket partizipieren können. Für die Mitarbeitenden des Landtags und der Fraktionen wollen wir die Möglichkeit eines Jobfahrrads schaffen. Auf Flugreisen im Inland und in die Nachbarländer soll weiterhin möglichst verzichtet werden. Wenn Flugreisen unternommen werden, sollen auch in Zukunft Ausgleichszahlungen erfolgen. Zudem soll die Infrastruktur für Wallboxen im Abgeordnetengebäude deutlich ausgebaut werden.

Transparenter Landtag

Für die Akzeptanz unserer Demokratie in der Gesellschaft ist Transparenz eine Grundvoraussetzung. Die Bürger:innen müssen jederzeit in Erfahrung bringen können, welcher Nebentätigkeit Landtagsabgeordnete nachgehen. Mit den Verhaltensregeln haben wir für eine Offenheit bei den Nebentätigkeiten gesorgt.

Im Landtag Rheinland-Pfalz gibt es bereits ein Lobbyregister. Nach Vorlage des Gutachtens des Wissenschaftlichen Dienstes werden wir auf dieser Grundlage das Lobbyregister weiterentwickeln.

Auch die Arbeit des Parlaments muss für die Bürger:innen nachvollziehbar sein. Um die Arbeit des Parlamentes noch transparenter darzustellen, sollen in der neuen Legislaturperiode die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass Ausschusssitzungen jederzeit gestreamt werden können.

Die Parlamentsunterlagen werden zentral und übersichtlich auf der Plattform OPAL der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt. Es soll geprüft werden, ob die Grundsätze von Open Data hierbei zukünftig noch besser umgesetzt werden können.

Öffentliche Petitionen

Ein wichtiges und niedrigschwelliges Beteiligungsrecht mit Verfassungsrang ist das Petitionsrecht. Wir wollen, dass öffentliche Petitionen künftig in der Regel in öffentlicher Sitzung beraten werden.

Gendergerechte Sprache

Die Koalitionspartner haben sich darauf verständigt, sich im Laufe der Legislaturperiode auf ein einheitliches Verfahren für eine gendergerechte Sprache im Parlament und in der Regierung zu einigen.

Demografische Anpassungen des Landeswahlgesetzes fortsetzen

Vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden demografischen Entwicklung haben die Koalitionspartner in der zurückliegenden Wahlperiode eine Neuordnung der Landtagswahlkreise vorgenommen. Da nach wie vor einige Verbandsgemeinden unterschiedlichen Wahlkreisen zugeordnet sind, besteht die Notwendigkeit einer weiteren Wahlkreisreform. Deshalb werden die Koalitionspartner den Innenminister dazu auffordern, hierfür dem Landtag einen Vorschlag binnen 18 Monaten zu unterbreiten, der Gegenstand der parlamentarischen Beratung wird. So stellen wir sicher, dass auch in dieser Wahlperiode eine notwendige Anpassung zur Wahlkreisentwicklung frühzeitig vorgenommen werden kann.

Verfassungsänderung

Wir streben folgende Änderung der Verfassung an und werden dazu den Dialog mit den demokratischen Fraktionen im Landtag suchen:

- Einführung des Wahlalters mit 16 bei Kommunal- und Landtagswahlen,
- Ersetzung des „Rasse“-Begriffs in unserer Verfassung,
- Klimaschutz als Staatsziel in der Verfassung verankern.

Bundesrat

Die SPD benennt zwei Mitglieder des Bundesrats, BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN und die FDP je ein Mitglied. Die übrigen Mitglieder der Landesregierung werden stellvertretende Mitglieder des Bundesrats. Das Mitglied und das stellvertretende Mitglied im Vermittlungsausschuss werden durch die SPD benannt.

Das Abstimmungsverhalten des Landes wird unter Berücksichtigung der Interessen des Landes und am Inhalt und Geist der Koalitionsvereinbarung zwischen den Koalitionsparteien abgestimmt. Sofern in Fragen, die nach Auffassung eines Koalitionspartners von grundsätzlicher Bedeutung sind, eine Einigung nicht erzielt werden kann, wird sich das Land der Stimme enthalten.

Struktur der Landesregierung

Die Koalitionsparteien vereinbaren folgende Struktur der Landesregierung:

- Ministerium des Innern und für Sport
- Ministerium der Finanzen
- Ministerium der Justiz
- Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung
- Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration
- Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
- Ministerium für Bildung
- Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit
- Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität

Anne Spiegel

Malu Dreyer

Daniela Schmitt

Misbah Khan / Josef Winkler

Roger Lewentz

Dr. Volker Wissing

Doris Ahnen

Dr. Bernhard Braun

Jürgen Creutzmann

Hendrik Hering

Clemens Hoch

Dr. Ulrich Kleemann



ZUKUNFTSVERTRAG

RHEINLAND-PFALZ – 2021 bis 2026

Koalition des Aufbruchs und der Zukunftschancen

Herbert Mertin

Franz Ringhoffer

Pia Schelhammer

Alexander Schweitzer

Sandra Weeser

IMPRESSUM



SPD
Landesverband Rheinland-Pfalz
Romano-Guardini-Platz 1
55116 Mainz

Telefon: 06131 / 270 61 0
E-Mail: lv.rheinland-pfalz@spd.de



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Landesverband Rheinland-Pfalz
Frauenlobstraße 59-61
55118 Mainz

Telefon: 06131 / 89 243 41
E-Mail: lgs@gruene-rlp.de



FDP
Landesverband Rheinland-Pfalz
Schillerstraße 11a
55116 Mainz

Tel. 06131 / 23 25 41
E-Mail: rlp@fdp.de

